Seit 1996 ÖSTERREICH JOURNAL
Das Magazin für Osterreicher in aller Welt

Ausg. Nr. 199 • 22. Juni 2021
Das unparteiische, unabhängige Magazin für ÖsterreicherInnen in aller Welt erscheint sechs Mal im Jahr in vier verschiedenen pdf-Formaten
http://www.oesterreichjournal.at

»Die Donau. Eine Reise in die Vergangenheit«

Die Österreichische Nationalbibliothek porträtiert den einmaligen Natur-, Kultur- und Lebensraum in ihrer neuen Sonderausstellung im Prunksaal *(ab der Seite 130)*

© Österreichische Nationalbibliothek / **https://www.oesterreichfotos.at/** Michael Mössmer

Sie sehen hier die Variante A4 mit 300 dpi und hoher Qualität von Bildern und Grafiken

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,
es sieht so aus, als würden die Zahlen der Corona-Neuinfektionen in den meisten Ländern, in denen Sie leben, merklich zurückgehen – wir wünschen Ihnen allen und den Ihren eine schnelle Rückkehr zu normalem Leben!

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 199

Bundespräsident beim Papst in Rom 3
Bundespräsident reiste nach Berlin 6
Staatsbesuch aus Tschechien 8
Staatsbesuch aus der Slowakei 9
Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen 10
Staatsbesuch aus Estland 10
Staatsbesuch aus Südkorea 12
25. Europa-Forum Wachau
Aufruf zur Beteiligung am Europatag 2021 16
Aus dem Parlament 18
Aus dem Bundeskanzleramt 34
Aus dem Außenministerium 44
Zivilcourage und Lebensretter im Nationalsozialismus 52
Aus den Bundesländern 53
EU-Zukunftsdebatte 64
Wiener Motorensymposium 2021 67
Europäische Forschungspolitik 72
PaN: Vorstandsmitglieder zu Besuch am VIP Terminal 73
PaN: Antrittsbesuch bei Argentiniens Botschafter Gustavo Eduardo Ainchil 74
Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Parlament 75
Bundespräsident trifft die Landeshauptleute 78
Landeshauptleutekonferenz in Bad Aussee 79

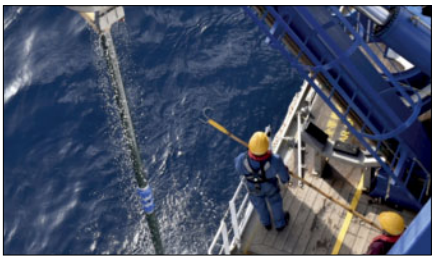
»Burgenland Journal«

100 Jahre Burgenland 81
Sonderausstellung zu 100 Jahre Burgenland 82
60 Jahre Diözese Eisenstadt – 100 Jahre Burgenland 85
Gestärkt aus der Krise 86
Mit Bürgerbeteiligung Richtung Klimaneutralität 2030 87
Eisenstadt »knackt« 15.000 Einwohner-Marke 90
Regionale Erdbeeren haben eine neue Königin! 90
Bildungscampus Oberwart Der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen 91
Multimediales Bild des Burgenlandes und der Volksgruppen 93
In interessanten Zeiten leben 95
Oper im Steinbruch 96
————————————
Branchenklima im Frühjahr 2021 ist aufgeklart… 97
Zügige Konjunkturerholung 99
Österreichs Handel in Zahlen 100
1. Quartal : Wirtschaftliche Lage ist weiterhin angespannt 101
MAN Nutzfahrzeug Werk Steyr gerettet 102
Fernbusterminal für Wien 104
Bevölkerungsentwicklung 107
Erster digitaler Weinatlas 110
Österreichs beste Gastronomen 113
Internationales Rosé-weinfestival 115
Christa Ludwig † 117
Erich Kussbach, Botschafter i.R. Ein Beitrag von Peter Stadlbauer 118
Franz Liszt Ehrenpreis für Prof. Martin Haselböck 120
Kardinal Schönborn feiert Fronleichnam im Stephansdom 121
Gedenkort für auf der Flucht Verstorbene 122
Ferne Sterne 123
Japangraben: Tiefsee-Expedition bricht zwei Rekorde 124
Pulsierende Herzen in der Petrischale 126
Graphen – Atomares »Maß-schneidern« 128
Die Donau – Eine Reise in die Vergangenheit in der Österreichischen Nationalbibliothek 129
Mit Dürer in die Niederlande … und auf romantischen Spuren durch Tirol 135
Die Frauen der Wiener Werkstätte Ein Blick auf bisher wenig beachtete Gestalterinnen. 137
Vorarlbergs bedeutendste Plakatsammlung 140

Bundespräsidenten beim Papst in Rom 3

25 Europa-Forum Wachau 13

Wiener Motorensymposium 2021 67



Tiefsee-Expedition Japangraben 124

Die Frauen der Wiener Werkstätten 137

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland.
Fotos Seite 2: Vatican Media; NLK / Pfeiffer; ÖVK; T. Kanamatsu, ECORD/IODP/JAMSTEC; MAK

»Papst Franziskus wird in die Geschichte eingehen.«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen trifft bei seiner Reise nach Rom Papst Franziskus, seinen italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella und Italiens Premier Mario Draghi

Foto: © Vatican Media

Papst Franziskus empfing Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Frau Doris Schmidauer

Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist am Vormittag des 7. Juni im Vatikan mit Papst Franziskus zusammengetroffen. Gemeinsam mit seiner Frau Doris Schmidauer hatte er auch Präsente dabei. Er habe dem Papst eine „Ziegenherde“ geschenkt, erzählte der Bundespräsident nach dem Besuch am Petersplatz. Die 20 Ziegen wurden freilich symbolisch übergeben. Sie sind Teil der „Sinnvoll Schenken“-Reihe der Caritas und kommen bedürftigen Familien in Burundi zugute.

Er schätze Papst Franziskus außerordentlich, sagte Alexander Van der Bellen und verwies ausdrücklich auf dessen Enzykliken „Laudato Si’“ und „Fratelli Tutti“, in denen sich der Pontifex mit Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes sowie des sozialen Zusammenhalts auseinandersetze. „Papst Fran-

Foto: © Vatican Media

Österreich, Europa und die Welt

Foto: © Vatican Media

Papst Franziskus empfing Bundespräsident Alexander Van der Bellen

ziskus wird in die Geschichte eingehen", sagte der Bundespräsident. Der Vatikan sei in Umwelt- und Migrationsfragen sehr engagiert und beobachte dabei auch genau die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern, also auch in Österreich. In der Flüchtlingsfrage vertrete der Papst etwa die Ansicht, daß auch „kleine Aktionen" helfen könnten, meinte Alexander Van der Bellen. Er erinnerte daran, daß der Papst auch ohne viel öffentlichen Aufhebens einige Flüchtlingsfamilien von griechischen Inseln nach Rom geholt habe. „Die Kirche fördert auch humanitäre Aufenthalte."

Er habe auch versucht, Papst Franziskus zu einem Besuch in Wien und Österreich zu „überreden", erzählte der Bundespräsident und erinnert auch daran, daß diese Visite nach jener im November 2017 bereits sein zweiter Besuch im Vatikan gewesen sei. Daß er Papst Franziskus nun „wohlauf und gesund" wiedergetroffen habe, sei eine große Freude.

Neben dem Ziegen-Geschenk bekam Papst Franziskus auch ein Bild der Malerin Karin Mayer aus der Caritas-Kunstgruppe Retz für Menschen mit Behinderungen verehrt. Zudem einen Katalog der Ausstellung „Kunststationen", die derzeit im Stift Melk zu sehen ist und Werke von 13 Künstlerinnen und Künstlern der Gruppe zeigt, zu der auch Karin Mayer gehört. Die 1967 geborene Künstlerin freute sich sehr. Daß einmal eines ihrer Bilder niemand Geringerem als Papst Franziskus übergeben würde, hätte sie vor wenigen Tagen nicht für möglich gehalten.

Bundespräsident traf Amtskollegen Mattarella

Der Bundespräsident hat sich bei seinem Rom-Besuch „optimistisch" bezüglich eines Endes von Corona gezeigt. „Die Pandemie, wie wir sie erlebt haben, kann als überwunden gelten", sagte er am 7. Juni nach einem Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen Sergio Mattarella. „Aber wir müssen mit Mutationen rechnen, gegen die es noch keine Impfstoffe gibt."

Doch würden jüngste Erfahrungen Hoffnung machen, daß auch dagegen rasch Vakzine rasch gefunden würden.

Van der Bellen bezog sich dabei auf die Effizienz und Schnelligkeit, mit denen in den vergangenen Monaten Covid-19-Impfstoffe entwickelt worden sein. Mit seinem italienischen Kollegen habe er daher auch besprochen, wie es nach der Pandemie etwa wirtschaftlich weitergehen solle. Daher müßten auch Konzepte entwickelt werden, wie auch Italien von den wirtschaftlichen Wiederaufbaukonzepten der EU profitieren könne.

Italien sei von der Pandemie wirtschaftlich etwas härter getroffen worden als Österreich, analysierte Van der Bellen. Das liege auch daran, daß das südliche Nachbarland noch stärker von Tourismus abhängig sei als Österreich. Eine Erholung Italiens wäre aber auch für Österreich wichtig. Einerseits sei dies fast schon eine „Herzensangelegenheit", formulierte Van der Bellen, weil alljährlich Hunderttausende ÖsterreicherInnen Urlaub an der Adria machen würden, andererseits seien Österreich und Italien wirtschaftlich sehr eng verflochten. „Ich habe heute gelernt, daß Österreich allein mit Firmen in der Lombardei mehr Handel betreibt als mit ganz Rußland."

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein italienischer Amtskollege Sergio Mattarella

Österreich, Europa und die Welt

Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Doris Schmidauer und Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seinem italienischen Amfskollegen Sergio Mattarella und dessen Tochter Laura Mattarella

Gehe es also Italiens Wirtschaft gut, habe dies auch positive Auswirkungen auf Österreich. Umgekehrt verspüre bei negativen Entwicklungen auch Österreich negative Konsequenzen. Auch wir haben also größtes Interesse, daß die Regierung Draghi Konzepte auf die Beine bringt", erklärte Van der Bellen.

Zudem habe er mit Mattarella auch Themen wie eine gemeinsame EU-Außenpolitik besprochen. Diese lasse noch zu wünschen übrig. Etwa bei der Suche nach einer gemeinsamen Position gegenüber Rußland.

Gemeinsamkeiten in der Politik Österreichs mit Italien, aber auch dem Vatikan, ortete der Bundespräsident in der Frage einer baldigen EU-Erweiterung am Westbalkan. Er hoffe, daß Differenzen zwischen Nordmazedonien und Bulgarien, die derzeit die Beitrittsgespräche zwischen der EU und Skopje aber auch mit Albanien stocken lassen, bald überwunden werden könnten. Keine Hoffnung machte sich Van der Bellen indes auf ein ausgiebiges Kultur-Sightseeing-Programm anläßlich seines offiziellen Besuchs in der „Ewigen Stadt". Das sei schade, meinte der Bundespräsident. Nachsatz: „Aber das ist in diesem Amt eben so."

Arbeitsgespräch mit Mario Draghi

Alexander Van der Bellen gibt Italien „gute Chancen", mit dem seit Februar amtierenden Premier Mario Draghi erfolgreich aus der Coronakrise zu kommen. Er habe ihm gegenüber aus dessen Zeit als Chef der Europäischen Zentralbank von 2011 bis 2019 eine große Wertschätzung, so Alexander Van der Bellen nach einem Treffen mit Italiens Premier. Mario Draghi sei sicher der Richtige, um in Italien notwendige Reformen umzusetzen.

Diese seien wohl auch notwendig, um das milliardenschwere EU-Wiederaufbaukonzept umzusetzen, meinte Alexander Van der Bellen und nannte als Beispiele, das Nord-Süd-Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden Italiens. Dieses betreffe etwa die Arbeitslosigkeit, auch unter Jugendlichen. „Es gibt Vieles, das im Norden funktioniert, im Süden aber nicht. Österreich habe jedenfalls großes Interesse daran, „daß es Italien gut geht" und daß sich die Wirtschaft erhole, unterstrich der Bundespräsident und verwies auf die engen ökonomischen Verflechtungen beider Länder. Er hat Premier Draghi jedenfalls „alles Glück der Welt gewünscht". Er ist überzeugt, daß Italien unter seiner Führung erfolgreich sein werde.

„Als Präsident der Europäischen Zentralbank hat PM Mario Draghi damals das Richtige getan, um den Euro zu retten. Jetzt weiß man, die ambitionierten Projekte und Strukturreformen, um Italien fit für eine ökologische und digitale Zukunft zu machen, bei ihm und seinen MinisterInnen in verantwortungsvollen Händen", so der Bundespräsident auf Twitter. ■

https://www.bundespraesident.at/

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Van der Bellen ist überzeugt von erfolgreichen Reformen in Italien unter Mario Draghis (r.) Führung.

Wir alle sitzen im selben Boot

Van der Bellen und Steinmeier beschwören Zusammenhalt in EU – Alexander Van der Bellen Bundespräsident auf erstem Auslandsarbeitsbesuch seit einem Jahr: »Europa – das ist uns in der Krise wieder bewußt geworden – das sind wir alle.«

Foto: HBF / Peter Lechner

Gute Freunde: der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und sein deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier

Bei seiner ersten Auslandsreise nach einer Corona-bedingten Pause von rund einem Jahr hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier einmal mehr die Wichtigkeit europäischer Zusammenarbeit in Zeiten der Krise betont. Nach anfänglichen Schwierigkeiten habe sich auch die EU "letztlich bewährt", waren sich die beiden Staatsoberhäupter bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Schloß Bellevue am 3. Juni einig.

„Meine erste Auslandsreise nach fast einem Jahr pandemiebedingter Pause hat mich nicht zufällig nach Berlin geführt. Deutschland und Österreich sind Nachbarn und Freunde, beide Länder sind Teil unseres gemeinsamen Europas, menschlich und wirtschaftlich engstens miteinander verflochten. Es geht darum, die engen Bande innerhalb der Europäischen Union durch die nun wieder möglichen persönlichen Besuche zu stärken. Am schönsten ist Europa ja doch persönlich“, so postete der Bundespräsident auf seiner Facebook-Seite. Die Krise habe gezeigt, daß kein Staat alleine das Virus besiegen könne, sagte Van der Bellen. Sie habe aber auch vor Augen geführt, daß es in einem Europa, das oft „leichtfertig schlechtgeredet“ werde, ein „wirklich bemerkenswertes Maß an Zusammenhalt und Solidarität, das in der Welt seinesgleichen sucht“, geben kann, so Steinmeier. „Wenn der Sturm das Dach abdeckt, sind alle in der EU dabei, das konnte man letztes Jahr und heuer beobachten“, formulierte Van der Bellen. Europa sei eben kein Garant für Einigkeit, sondern eine „Garantie dafür, daß es einen Rahmen

Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Gattin Doris Schmidauer (l.) mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dessen Gattin Elke Büdenbender auf Schloß Bellevue

dafür gibt, daß man – trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte – am Ende zusammenkommen kann, um einen Kompromiß zu finden“, betonte der deutsche Präsident.

Zwar habe es am Anfang auch zwischen Österreich und Deutschland Spannungen gegeben, räumte Van der Bellen mit Verweis auf „Kommunikationsprobleme“, etwa in Ischgl zu Beginn der Corona-Pandemie, ein. Doch hätten diese rasch beseitigt und einvernehmlich gelöst werden können. „Das hat mich überzeugt, daß Deutschland und Österreich wirklich gute Nachbarn sind.“ Es sei deshalb auch kein Zufall, daß ihn seine erste Auslandsreise nach so langer Zeit ausgerechnet nach Berlin führe. Auch Steinmeier lobte die engen deutsch-österreichischen Beziehungen und betonte, daß Van der Bellen mittlerweile zu einem „persönlichen Freund“ geworden sei.

Dann stand für Van der Bellen ein Treffen mit den beiden Kanzlerkandidaten der konservativen CDU/CSU sowie der Grünen – Armin Laschet und Annalena Baerbock auf dem Programm. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel fand ein Videogespräch statt – sie empfängt Gäste aufgrund der Pandemie derzeit nur virtuell. Die seit 2005 amtierende Kanzlerin tritt bei der deutschen Bundestagswahl am 26. September nicht mehr an. Die neue Kanzlerin oder der neue Kanzler wird indirekt über das Parlament gewählt.

Es sei ihm wichtig, sich persönlich zu kennen, damit man auch „kritisch reden“ kann, begründete Van der Bellen seine Treffen mit Laschet und Baerbock. Doch sei es nicht nur nationales, sondern auch europäisches Interesse, denn „es gibt wohl wenige Länder, deren Wahl und Regierung für die EU von derartigem Interesse ist wie Deutschland“. Zu einer möglichen schwarz-grünen Koalition in Deutschland nach dem Vorbild Österreichs wollten sich weder Steinmeier noch Van der Bellen äußern.

Wichtig sei nun die Wiederbelebung der persönlichen Kontakte, freuten sich beide Präsidenten sichtlich über ihr Wiedersehen. Es gebe jedenfalls belastbare Zeichen dafür, daß die schlimmste Phase der Pandemie „hinter uns liegt“, so Steinmeier. Somit stehe auch einem Urlaub an österreichischen Seen oder in den österreichischen Bergen „hoffentlich nichts mehr im Weg“, lud Van der Bellen deutsche Touristen in die Alpenrepublik ein. Er hoffe, daß diese demnächst wieder die österreichische Gastfreundschaft – die, wie Van der Bellen scherzte, nicht nur genetisch, sondern auch ökonomisch bedingt sei – in Anspruch nehmen werden. ■

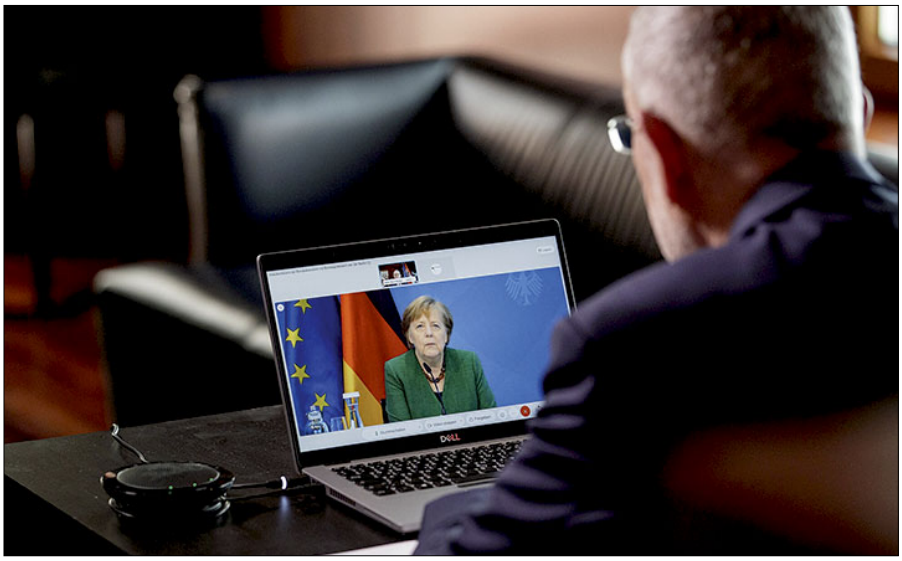


Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel,

Foto: HBF / Peter Lechner

… mit dem CDU/CSU-Spitzenkandidaten fürs Bundeskanzleramt Armin Laschet und

Foto: HBF / Peter Lechner

… mit der Grünen Spitzenkandidatin fürs Bundeskanzleramt Annalena Baerbock

Arbeitsbesuch des tschechischen Präsidenten

Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Doris Schmidauer mit ihrem Gatten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Staatspräsident Miloš Zeman mit Gattin Blanka

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und sein tschechischer Amtskollege Miloš Zeman haben sich am 10. Juni bei einem Treffen in Wien für bessere Beziehungen zu Rußland ausgesprochen. Präsident Zeman sagte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, er stimme mit Bundespräsident Van der Bellen in Bezug auf die „Unlust, die Stimmung à la Kalter Krieg zu erneuern“ vollkommen überein. Der tschechische Präsident lobte auch die „ausgewogene Einstellung“ Van der Bellens zu Rußland.

Es wäre „unproduktiv“, Rußland aus Europa auszuschließen und Verhandlungen zu verhindern. Kritisch äußerte sich Miloš Zeman allerdings über den Kremlkritiker Alexej Nawalny. Dieser habe die russische Einverleibung der Krim unterstützt, ebenso wie russische Nationalisten und Massenabschiebungen. Alexander Van der Bellen erklärte dazu, daß egal „wie man die Person von Nawalny einschätzt, ist das kein hinreichender Grund, ihn vergiften zu wollen“. Als er das sagte, nickte Präsident Zeman zustimmend.

Auch sonst zeigten sich die Staatsoberhäupter in vielen Fragen einig. Beide lobten die bilateralen Beziehungen, auch auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Bei der Kernenergie gebe es zwar unterschiedliche Meinungen, aber hier sei Transparenz wichtig, so Alexander Van der Bellen: „Solange wir gut informiert werden, solange es Zusammenarbeit zwischen Technikern und Wissenschaftern gibt, was Dukovany und Temelin betrifft, ist es kein Grund für echte Sorge“, so der österreichische Bundespräsident in Anspielung auf den geplanten Ausbau der beiden tschechischen AKW. ■

Foto: HBF / Peter LechnerFoto:

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) im Gespräch mit Staatspräsident Miloš Zeman

Antrittsbesuch des Premierministers der Slowakischen Republik, Eduard Heger, in Österreich

Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist es wichtig, mit seinen Nachbarn im Gespräch zu bleiben: Der neue slowakische Premierminister Eduard Heger kam zum Antrittsbesuch nach Wien. Beim Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen ging es vor allem um die Fortschritte im Covid-Impfprozeß und die Stimmungslage in der Bevölkerung sowie um den slowakischen Wiederaufbauplan, der in unserem Nachbarland als wichtiges Instrument zur Umsetzung von Reformen gesehen wird und eine massive Investition insbesondere in klimarelevante Verkehrsprojekte und Gebäudesanierung, aber auch in die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung und Gesundheit bringen soll. ■

Fotos: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing den neuen Premierminister der Slowakei, Eduard Heger, zu einem Antrittsbesuch in seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg

»Die Volksgruppenpolitik muß immer weiterentwickelt werden«

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing im Beisein von Bundesministerin Susanne Raab die Vorsitzenden und stv. Vorsitzenden der österreichischen Volksgruppenbeiräte zu einem Meinungsaustausch. Angesprochen wurden dabei aktuelle Themen wie die Umsetzung der im Vorjahr erhöhten Fördermittel für die Volksgruppen. Besprochen wurden auch Fragen der mehrsprachigen Bildung in den Kindergärten und Schulen sowie die Sichtbarmachung der Volksgruppen in den Medien.

Der Bundespräsident betonte in der Sitzung: „Die autochthonen Volksgruppen sind mit ihrer jeweils ganz besonderen Sprache und Kultur ein selbstverständlicher Teil der österreichischen Identität, den wir nach Kräften fördern und erhalten müssen. 2020 war ein besonderes Jahr für die österreichischen Volksgruppen. Anläßlich des 100-Jahr-Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung ist es endlich gelungen, die Volksgruppenförderung substantiell anzuheben. Nicht nur um die seit 25 Jahren überfällige Inflationsanpassung, sondern auf das Doppelte! Aber Volksgruppenpolitik muß immer weiterentwickelt werden. In jedem Land der Welt. Sie muß den aktuellen Lebensbedingungen und Bedürfnissen angepaßt werden. So fängt etwa elementare Bildung, zu deren Förderung in den Volksgruppen-Sprachen wir laut Staatsvertrag verpflichtet sind, heute natürlich schon beim Spracherwerb in Kindergarten und Krippe an!“, so der Bundespräsident.

„Volksgruppen sind oft auch eine Brücke zu unseren Nachbarn: An vielen bilingualen Schulen – das wissen Sie alle besser als ich – lernen österreichische Kinder der jeweiligen Volksgruppe mit deutschsprachigen Kindern aus demselben Ort und mit Kindern aus dem Nachbarland. Gemeinsam! Sie lernen voneinander. Sie lernen miteinander. Durch sie wächst Europa enger zusammen.“

Die für Volksgruppenangelegenheiten zuständige Kanzleramtsministerin Susanne Raab bedankte sich für den Austausch und die gute Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidenten und betonte, daß es bereits ihr drittes Treffen mit den Vorsitzenden der Volksgruppenbeiräte und ihren Stellvertretern seit Beginn des Vorjahrs war. „Wir können auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: Ein Meilenstein war sicher die Verdoppelung der Volksgruppenförderung, auch die Abstimmungsspende an Kärnten, mit der im Bereich Bildung und Digitalisierung einiges in Bewegung gesetzt werden kann. Ein eigener Budgettopf für Volksgruppenmedien wurde eingerichtet und bereits vergeben. Die erfolgreiche Roma-Strategie konnte verlängert werden, und im Ministerrat wurde die IHRA-Definition von Antiziganismus angenommen. Jetzt gilt es vor allem, weiter gemeinsam an der Erarbeitung der Wirkungsindikatoren zu arbeiten, um eine maximale Treffsicherheit der Förderungen zu gewährleisten“, so Susanne Raab an die Volksgruppenvertreter gerichtet. ■

Fotos: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Kanzleramtsministerin Susanne Raab nach der Konferenz mit den Volksgruppenvertretern in der Hofburg

Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am 14. Mai gemeinsam mit Doris Schmidauer sowie dem oberösterreichischen Landeshauptmann Thomas Stelzer, Robert Eiter vom Mauthausen Komitee und Gedenkstellenleiterin Barbara Glück im ehemaligen KZ Mauthausen einen Kranz im Gedenken an die Opfer niedergelegt. Am 5. Mai jährte sich die Befreiung des KZ Mauthausen und seiner 49 Nebenlager zum 76. Mal.

„Wir gedenken still der Gedemütigten, Gequälten und Ermordeten, der Opfer des Naziterrors und des Holocaust. Mauthausen ist ein Ort der Erinnerung und eine Mahnung für uns Gegenwärtige. Das steingewordene ‚Niemals wieder!' – das bedeutet ein klares Nein zu jeder Form von Totalitarismus, keine Toleranz gegenüber Rassismus und Antisemitismus", betonte der Bundespräsident anläßlich eines stillen Gedenkens.

Fotos: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (Mitte) mit Gattin Doris Schmidauer und Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer bei der Kranzniederlegung in Mauthausen

„Auch wenn wir in Zeiten wie diesen etwas anders gedenken, ist es nicht weniger wichtig. Wir tun es, um uns der Opfer zu erinnern, aber wir tun es auch für eine gemeinsame Zukunft. Die größte Gefahr für uns alle geht vom Vergessen aus. Davon, daß wir uns nicht mehr daran erinnern, was Menschen einander antun können, wenn wir Antisemitismus und Rassismus in unserer Mitte dulden. Wir alle sind aufgerufen, speziell jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Bedrohungen, Beleidigungen und Gewalt zu schützen", so Thomas Stelzer, Landeshauptmann von Oberösterreich. ■

https://www.mauthausen-memorial.org/

Staatsbesuch der Staatspräsidentin der Republik Estland

Die estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid ist am 26. Mai im Rahmen eines Staatsbesuchs von Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfangen worden. Beide kritisierten die von Belarus erzwungene Landung eines Flugzeugs und die anschliessende Inhaftierung des Oppositionellen Roman Protassewitsch und seiner Freundin. Das sei eine „staatliche Entführung" gewesen, sagte Alexander Van der Bellen auf der gemeinsamen Pressekonferenz.

„Es versteht sich von selbst, daß wir verlangen, daß die beiden sowie alle anderen Gefangenen unverzüglich freigelassen werden", erklärte der Bundespräsident. Man werde jedenfalls andere internationale Foren, wie die Vereinten Nationen, einbeziehen müssen.

Österreich habe bisher versucht, zwischen dem Staatschef Alexander Lukaschenko und der Opposition zu vermitteln und werde dies auch weiter versuchen. Über die Entwicklung in Belarus müsse man jedenfalls auch mit Rußland sprechen, so Alexander Van der Bellen. Rußland sei ein Teil Europas, doch das Verhältnis der EU zu Moskau habe sich in den vergangenen Jahren in eine negative Richtung entwickelt, was er sehr bedauere. Nun müsse die EU jedenfalls den Druck aufrechterhalten, dennoch dürfe der Dialog nicht aufgegeben werden, sagte der Bundespräsident.

Fotos: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Estlands Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid mit militärischen Ehren im Inneren Burghof

Dieser Akt des Staatsterrorismus sei schockierend, sagte Kersti Kaljulaid und for-

Fotos: HBF / Peter Lechner

derte weitere Maßnahmen gegenüber Minsk. Die estnische Staatspräsidentin betonte, es sei zu früh, über eine gemeinsame Politik der Europäischen Union zu sprechen, klar sei aber, daß es einer gemeinsamen Strategie gegenüber Moskau bedürfe. „Es gibt kein Land in Europa, das enttäuschter ist über die Entwicklung bei unseren östlichen Nachbarn“, so Kersti Kaljulaid. Estland sei jedenfalls bereit, die Opposition in Belarus weiter zu unterstützen.

Die estnische Präsidentin betonte, einig seien sie und Bundespräsident Van der Bellen sich auch, was die Beitrittsperspektive der Westbalkanländer betreffe, man dürfe dabei aber auch nicht auf Staaten der Östlichen Partnerschaft, wie die Ukraine und Georgien, vergessen.

Nicht überbewerten wollte Alexander Van der Bellen, daß die Entscheidung für einen Gipfel zwischen US-Präsident Joe Biden und Rußlands Präsident Wladimir Putin auf Genf und nicht Wien gefallen sei. „Wir würden uns immer freuen, wenn Wien ausgewählt wird, sollten aber auch nicht auf die Schweiz eifersüchtig sein“, so Alexander Van der Bellen. Kersti Kaljulaid erklärte, sie habe Präsident Biden vor seiner Wahl getroffen und sie glaube, mit Joe Biden habe Europa „einen neuen Partner im Kampf für Menschenrechte“ bekommen.

Ebenfalls große Einigkeit herrschte zwischen den zwei Staatsoberhäuptern dahingehend, daß die EU beim Kampf gegen die Klimakrise vorangehen müsse. „Rasche und entschlossene Schritte“ seien nun notwendig, so Alexander Van der Bellen. Estland könne als eine Art „Weltmeister der Digitalisierung“ hier auch als Vorbild dienen. Die bilateralen Beziehungen und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Estland und Österreich seien „sehr gut“, so der Bundespräsident, so sei ungeachtet der Pandemie der Warenverkehr in beide Richtungen angestiegen.

Staatspräsidentin Kaljulaid freute sich über den Austausch zur Digitalisierung und dankte Österreich für die Hilfe in der Coronakrise. ■

Fotos: HBF / Peter Lechner

Die Estnische Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid mit Gatten Georgi-Rene Maksimovski und Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer

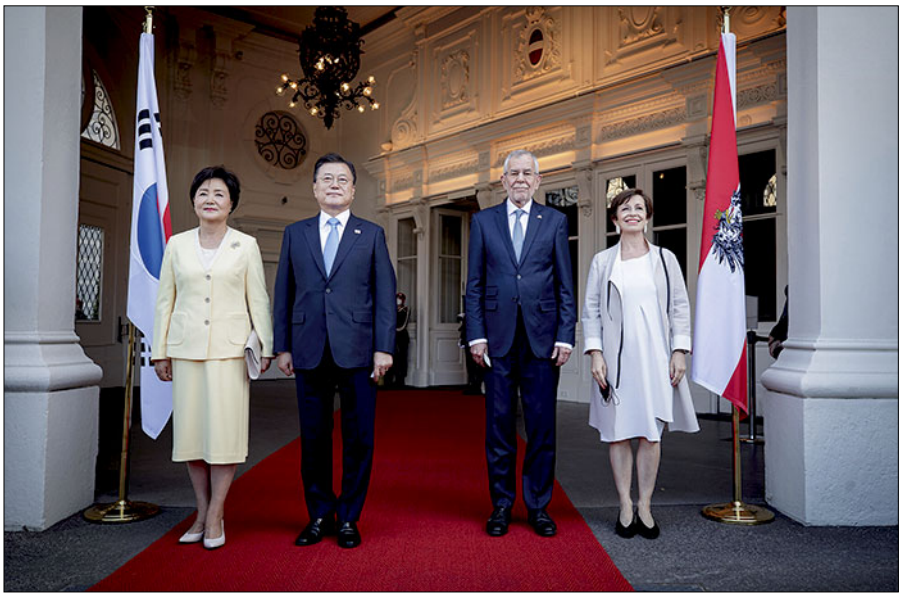
Österreich, Europa und die Welt

Staatsbesuch des Staatspräsidenten der Republik Südkorea

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing seinen Amtskollegen aus der Republik Korea, Moon Jae-in, in Wien mit militärischen Ehren

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie und der Klimakrise waren die Schwerpunkte eines Gesprächs, das Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 14. Juni mit seinem Amtskollegen aus der Republik Korea, Moon Jae-in, in Wien führte. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten Südkoreas Präsident und Alexander Van der Bellen zudem unisono, daß „selbstverständlich" auch das kommunistische Nordkorea ins COVAX-Programm zur Vakzinversorgung ärmerer Länder einbezogen werde, wenn es dies wolle.

Er sei sich aber nicht sicher, ob Nordkorea sich diesbezüglich schon geäußert habe und es überhaupt verläßliche Corona-Daten gebe. Eine Versorgung aller Länder mit Corona-Vakzinen sei aber im Interesse aller, auch Europas und der Industrieländer. Ganz generell lobte Bundespräsident Van der Bellen, daß sich Präsident Moon persönlich für den Dialog mit Nordkorea eingesetzt habe. Es gebe ja immer noch Familien, die zerrissen seien, weil ein Teil im kommunistischen Norden und ein Teil in Südkorea lebe. Diese Familien hätten dann keinen Kontakt zueinander, erinnerte der Bundespräsident. Moon Jae-in sei diesbezüglich sehr aktiv gewesen, habe aber mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un ein Gegenüber, „mit dem nicht leicht umzugehen ist".



v.l.: Präsidentengattin Kim Jung-sook mit Präsident Moon Jae-in und Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit seiner Gattin Doris Schmidauer in der Wiener Hofburg

Präsident Moon betonte, daß auch US-Präsident Joe Biden Zeichen setze, um den Dialog mit Nordkorea zu intensivieren. Es sei zu hoffen, daß diese auch in Pjöngjang gesehen würden. Bezüglich der Nordkorea-Politik von Joe Bidens Vorgänger Donald Trump meinte Alexander Van der Bellen, daß diese zwar sehr aktiv, letztlich aber nicht sehr effektiv gewesen sei. Ein „Beweis für eine Denuklearisierung" Nordkoreas sei bisher ausgeblieben.

Moon Jae-in wurde von seiner Frau Kim Jung-sook sowie Außenminister Eui-Yong Chung begleitet und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Im Zuge der Visite wurden ein bilaterales Kultur- und ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. ■

https://www.bundespraesident.at/

Fotos: HBF / Peter Lechner und Laura Heinschink

25. Europa-Forum Wachau

LH Mikl-Leitner: »Europäisch denken und regional handeln ist genau das, was Europa heute braucht.«

Foto: NLK / Pfeiffer

v.l.: EU-Kommissar Johannes Hahn, Landtagspräsident Karl Wilfing, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Abt Columban Luser, Bundeskanzler Sebastian Kurz, Außenministerin der Republik Kosovo Donika Gervalla-Schwarz, Litauens Premierministerin Ingrida Šimonyté, Landesrat Martin Eichtinger und der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis vor dem Stift Göttweig

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner blickte am dritten und somit letzten Tag des diesjährigen Europa Forums Wachau im Stift Göttweig vor allem auf die vergangenen 25 Jahre Europa Forum zurück und betonte, daß es für ein starkes Europa nun Aufschwung brauche.

Vor 25 Jahren habe man sich dazu entschieden, das Europa Forum am Stiftsareal durchzuführen. Laut Landeshauptfrau Mikl-Leitner gab es damals gute Gründe, Göttweig als Veranstaltungsort auszuwählen. „Gründe, die heute noch mehr Bedeutung haben als vor 25 Jahren. Zum ersten: Stift Göttweig ist ein Platz mit einer langen Geschichte, an der lange Zeit geschrieben und gebaut wurde. Was Göttweig schon hinter sich hat, das hat Europa noch vor sich. Tatsache ist, seit mittlerweile knapp 1000 Jahren steht dieses Benediktinerkloster auf einem festen und sicheren Fundament, ist umgeben von starken Wurzeln und hat schon viele Turbulenzen mitgemacht. Heute erstrahlt dieses Stift in seiner vollen Pracht und Blüte. Und das ist nur deshalb möglich gewesen, weil viele engagierte, fleißige Hände immer wieder daran weitergebaut haben.“ So wie mit diesem Stift, verhalte es sich auch bei dem „Erfolgsprojekt Europäische Union“. Die Ausgangslage sei gut: „Denn auch Europa steht heute im Kern auf einem starken und festen Werte-Fundament. Einem starken Fundament, das auf Friede, Freiheit und Demokratie beruht, das uns allen große Chancen und Möglichkeiten eröffnet hat. Einem festen Fundament, das uns allen Stabilität und Sicherheit gibt und das auch in unsicheren Zeiten nur sehr schwer auszuhebeln ist“, so Mikl-Leitner. Das Ziel für die nächsten Jahre müsse sein, dieses Werte-Fundament der Europäischen Union bei allen Mitgliedsstaaten noch weiter zu festigen und die innereuropäischen Spannungen zu überwinden. Man müsse diese Werte auch bei jenen Ländern einfordern, die mit der Europäischen Union kooperieren oder Teil der Europäischen Union werden wollen. Mikl-Leitner: „Denn wer unser demokratisches Werte-Fundament heute in Frage stellt, der gefährdet nicht nur die Stabilität und Sicherheit in Europa, der wird auch niemals Partner der Europäischen Union sein können und dürfen.“

Den zweiten Grund, der für Göttweig spreche, erkenne die Landeshauptfrau in den Gegebenheiten vor Ort: „Mit seinem Kloster und den verschiedensten Ländereien und Weingärten ist das Stift ein Platz, an dem immer schon groß gedacht und konkret gehandelt wurde. Groß denken und konkret handeln, das ist genau das, was den Subsidia-

Österreich, Europa und die Welt

ritäts-Gedanken ausmacht. Europäisch denken und regional handeln ist genau das, was Europa heute braucht."

Das habe man in den vergangenen 15 Monaten erlebt. Denn besonders in der Krise sei gelebte Subsidiarität nicht nur gefragt, sondern auch gefordert gewesen. Sie führte die Schutzimpfungen als Beispiel an: Auf der einen Seite wäre für die Regionen alleine eine ausreichende Beschaffung von Impfstoffen nicht möglich gewesen. Und bei allen Anlaufschwierigkeiten und Rückschlägen sei die europaweite Beschaffung noch immer die beste Wahl gewesen. Auf der anderen Seite hätte die Europäische Union alleine keine Schutzimpfungen vor Ort organisieren und durchführen können. Für die Umsetzung vor Ort brauche es die Kompetenz und Stärke der Regionen, brauche es die Stärke des Föderalismus. „Und Niederösterreich macht es heute vor: Mit den Landes-Impfzentren, die in Kombination mit den Hausärzten zur Stunde auf Hochtouren laufen."

Für die Landeshauptfrau ist klar: „Wenn Subsidiarität gelebt wird und auch richtig eingesetzt wird, dann können wir noch so große Herausforderungen tatsächlich stemmen. Und genau das wird uns jetzt auch bei den nächsten wichtigen Schritten helfen. Ganz konkret beim Weiterbau von Europa, wofür seitens der Europäischen Union für zukünftige Investitionen rund 750 Milliarden Euro an Unterstützung für die nächsten Jahre bereitgestellt werden." Die einzelnen Regionen wiederum investieren diese Mittel in konkrete, nachhaltige Zukunfts-Projekte.

Am Weg in die Zukunft von Europa würden sich für Mikl-Leitner heute neue Fragen auftun – und zwar besonders: „Was fordert unsere Zeit? Was braucht die Gegenwart und was braucht die Zukunft? Und für mich steht fest: Wir brauchen jetzt ein großes und gemeinsames Ziel. Und dieses Ziel mit einem Wort heißt: Aufschwung." Denn es gehe darum, so schnell wie möglich und so kraftvoll wie möglich wieder nach vorne kommen.

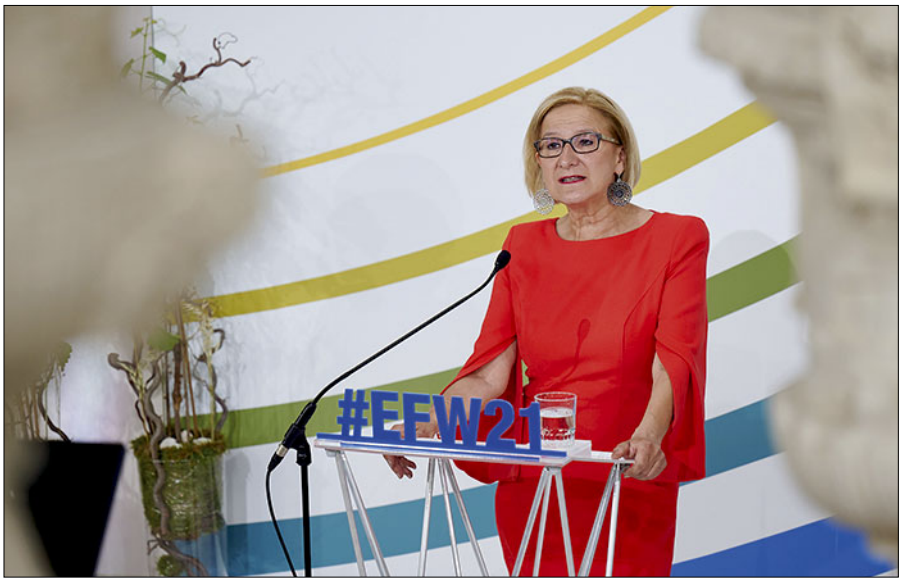


Foto: NLK / Pfeiffer

LH Johanna Mikl-Leitner sprach am Schlußtag des 25. Europa-Forum Wachau

„Zurück zur Beschäftigung. Zurück zur Wirtschaftskraft. Zurück zu den zentralen Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger", so die Landeshauptfrau. Dieses Ziel werde man erreichen können, indem man die Stärken in Europa erkennt und noch besser nutzt. Mikl-Leitner dazu: „Mit dem Green Deal hat die Europäische Union bereits einen mutigen Schritt gesetzt, nämlich erster klimaneutraler Kontinent zu werden. Ein wichtiger Schritt gegen Klimawandel und Umweltzerstörung und hin zu einer modernen und ressourceneffizienten Wachstumsstrategie. Wo wir als Bundesland Niederösterreich auch unsere vollste Unterstützung leisten werden. Weil wir schon heute die einzige Region in Europa sind, die ohne Atomstrom und ohne Kohlekraftwerk auskommt und gleichzeitig 100 Prozent ihres Strombedarfs aus erneuerbarer Energie abdeckt. Und so mutig wir in Europa mit dem Green Deal vorangehen, so selbstbewußt müssen wir auch bei den Investitionen in Wissenschaft und Forschung sein." Denn bereits die Krise habe gezeigt, daß Wissenschaft und Forschung eine europäische Kernkompetenz ist. Der Anspruch für die Zukunft müsse sein, diese Innovationskraft von Europa nicht nur zur kontinentalen Kernaufgabe zu machen, sondern Europa zu dem führenden Forschungs-Kontinent in der Welt voranzutreiben.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede beim Europa-Forum Wachau

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Bundeskanzler Sebastian Kurz merkte an, daß Österreich nun wieder aufblühe: „Wir haben ein hartes Jahr hinter uns. Jetzt können wir durch den Impffortschritt öffnen und im Sommer zur Normalität zurückkehren." Daß das Europa-Forum Wachau wieder stattfinden könne, sei laut Kurz gut. „Wir brauchen internationale Zusammenarbeit und Vernetzung in Friedenszeiten, aber besonders wenn es darum geht, Krisen zu bewältigen." Die Pandemie habe viele Themen überlagert, aber auch fünf Punkte hervorgebracht, die nun angegangen werden müssen. Kurz: „Wir müssen erstens die Krisenresilienz und die Entscheidungsgeschwindigkeit in der EU erhöhen. Zweitens die Zusammenarbeit in Europa ausbauen, auch mit Staaten, die nicht Teil der Europäischen Union sind.

Österreich, Europa und die Welt

Foto: NLK / Pfeiffer

Der Präsident des Europa-Forum Wachau, Landesrat Martin Eichtinger

Das dritte Thema ist, daß wir auf den Westbalkan nicht vergessen dürfen. Viertens müssen wir uns im Kampf gegen den Klimawandel weiter engagieren, aber unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit. Und das fünfte Thema ist das selbstbewußte Auftreten der Europäischen Union in der Welt."

Landesrat Martin Eichtinger

Der Präsident des Europa-Forum Wachau, Landesrat Martin Eichtinger, verwies in seiner Rede auf ein Zitat von Alexis de Tocqueville, der meinte: „Lokale Versammlungen machen die Stärke der freien Nationen aus." Eichtinger: „Das macht deutlich, wie wichtig es ist, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in den Mittelpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas zu stellen. Wir in den Regionen und Gebietskörperschaften sind näher an den Bürgerinnen und Bürgern und können diejenigen erreichen, die normalerweise nicht teilhaben und ihre Meinung äußern." Dazu müsse man das europäische Projekt neu beleben, indem man die demokratische Funktionsweise der Union verbessert. „Unser Haus der europäischen Demokratie besteht aus einem soliden Fundament, den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften. Aus starken Mauern, den Mitgliedsstaaten und einem schützenden Dach, der Europäischen Union", so der Landesrat, der unterstrich: „Die Konferenz der Zukunft Europas bietet die einzigartige Gelegenheit, dieses Haus weiter auszubauen. Doch sie kann nur Erfolg haben, wenn sie über Brüssel und die Hauptstädte hinausgeht und wenn die eingebrachten Maßnahmen umgesetzt werden."

In Niederösterreich sei der Austausch mit der Bevölkerung zu europäischen Zukunftsfragen sehr wichtig, weshalb bereits 2018 das Bürgerbeteiligungsmodell „Salons Europa-Forum Wachau" ins Leben gerufen wurde. Aus diesen Salongesprächen und den Gesprächen der letzten Tage seien drei konkrete Forderungen des Europa-Forums Wachau ausgearbeitet worden. „Diese drei Forderungen sind die Stärkung des Forschungsstandorts und der Selbstversorgungssicherheit Europas, die Förderung der Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft und drittens die Attraktivierung des ländlichen Raums", erklärte Eichtinger. Diese Forderungen werde man in die Konferenz zur Zukunft Europas einbringen und damit die Durchlässigkeit und Kommunikation zwischen den Bürgern und Brüssel erhöhen und verbessern.

EU-Kommissar Johannes Hahn

EU-Kommissar Johannes Hahn merkte ebenfalls an, daß die Europäische Union in der Welt eine Rolle zu spielen habe. „Europa ist ein Kontinent von freien Menschen für freie Menschen. In der Mehrheit der Staaten der Welt haben sie diese Freiheit nicht." Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts sei es, den „european way of life", den Wohlstand und die individuelle Freiheit zu sichern. „Als Gegenmodell zu Diktatur und Turbokapitalismus", so Hahn.

Schweizer Außenminister Ignazio Cassis

Der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis sagte: „Die Schweiz und die Europäischen Union sind eng verbunden. Wir pflegen einen intensiven wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Austausch. Wir teilen die gleichen Lebensräume. Wenn uns die Covid-Pandemie etwas gezeigt hat, dann wie wichtig gute Beziehungen unter Nachbarn sind. Freundschaftlich miteinander verbunden zu sein, heißt nicht gleich zu sein. Die Länder der Europäischen Union und die Schweiz stehen sich nahe, gerade weil sie ihre Individualität pflegen. Diese Individualität gilt es zu respektieren. Sie ist Teil unserer Geschichte. Unserer Identität."

Litauens Premierministerin Ingrida Šimonyté

Ingrida Šimonyté, Litauens Premierministerin, merkte an, daß ihr Land seit 17 Jahren Mitglied der Europäischen Union sei und man während dieser Zeit gelernt habe, daß ungeachtet aller Unterschiede die EU eine Gemeinschaft sei, die den gemeinsamen Werten verpflichtet ist. „Jeder bringt seine Perspektive ein und wir erkennen, daß wir zueinander gehören. Wie bei einem Puzzle, bei dem alle Berührungspunkte haben und alles Sinn ergibt, wenn die Puzzleteile zusammengefügt werden." Neue Horizonte könne man nur erreichen, wenn man gemeinsam vorangehe.

Weitere Aussagen

Die Jugendaktivisten Andreas Moser und Dave Kock berichteten dem Plenum über ihre Aktion „stand for something".

Weitere Inputs gab es via Videobotschaft von Economist Jeffrey David Sachs, Doug Ford, Premier der kanadischen Provinz Ontario, EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen und von Sviatlana Tsikhanouskaya, der Oppositionsführerin in der Republik Belarus.

Das Europa-Forum Wachau 2021

Das Europa-Forum Wachau 2021 fand vom 10. bis 12. Juni unter dem Thema „Heading for New Horizons" statt.

Weiters feierte man auch das 25jährige Jubiläum des Europa-Forum Wachau, welches sich seit jeher der Zukunft der EU widmet. Neben vielen hochkarätigen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Diplomatie interessierte auch in diesem Jahr ganz besonders die Meinung der Jugend, weshalb man sehr auf den Austausch mit den jungen Gästen gespannt war.

Es wurde gemeinsam mit EU BürgerInnen über aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union gesprochen und über zentrale europäische Themen diskutiert – denn ganz klares Ziel war es, vor allem während dieser dynamischen Zeit, den europäischen Gemeinschaftsgedanken zu stärken. ■

https://www.europaforum.at/
https://www.noel.gv.at/

Foto: European Union 2020 / Source : EP / DAINA LE LARDIC

Europatag 2021: Reden Sie mit über die Zukunft Europas

Bundespräsident Alexander Van der Bellen ruft gemeinsam mit 20 weiteren Präsidenten Europas alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich aktiv an der Konferenz über die Zukunft Europas zu beteiligen.

Die gewählten Staatsoberhäupter der EU-Staaten rufen die BürgerInnen gemeinsam zur Teilnahme an der EU-Zukunftskonferenz auf. „Unsere Stärke als Demokratien liegt darin, unsere vielstimmigen Gesellschaften in die Suche nach dem besten Weg in die Zukunft einzubinden. Je mehr Menschen sich an einer breit angelegten, offenen Debatte beteiligen, umso besser für unsere Union“, heißt es im Appell von 21 Präsidenten, darunter neben Alexander Van der Bellen auch Frank-Walter Steinmeier, Emmanuel Macron, Sergio Mattarella und Borut Pahor.

Seit dem 9. Mai 2021 finden über einen Zeitraum von rund zwei Jahren zahlreiche Bürgerforen und Debatten auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene statt, in denen die BürgerInnen Handlungsempfehlungen in Bereichen wie Nachhaltigkeit und Klima–schutz, Digitalisierung und Europas Rolle in der Welt entwickeln. Darüber hinaus können Ideen auf einer Online-Plattform ausgetauscht werden. Die Empfehlungen sollen den europäischen Institutionen als Grundlage für die Weiterentwicklung und künftige Ausrichtung der Europäischen Union dienen. Die Initiative zu diesem Appell ging von Sloweniens Präsident Borut Pahor aus. Slowenien bildet mit Deutschland und Portugal von Juli 2020 bis Dezember 2021 die Trio-Ratspräsidentschaft der EU.

Gemeinsamer Appell der EU-Staatsoberhäupter

„Laßt uns über Europa reden!

Zum Europatag übermitteln wir allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern unsere besten Wünsche.

Dieser Europatag ist ein besonderer. Bereits im zweiten Jahr in Folge begehen wir ihn unter den herausfordernden Bedingungen der Covid-19-Pandemie. Wir fühlen mit allen, die aufgrund dieser Pandemie Leid erfahren haben.

Dieser Europatag ist aber auch deshalb ein besonderer, weil er den Auftakt der Konferenz über die Zukunft Europas bildet. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der EU dazu auf, von dieser einmaligen Möglichkeit Gebrauch zu machen, unsere gemeinsame Zukunft mitzugestalten.

Die Umstände, die diese Debatte über die Zukunft Europas begleiten, unterscheiden sich stark von denen früherer Jahre. Es mag aussehen, als bliebe in der gegenwärtigen Lage nicht genug Zeit für eine tiefgehende Erörterung der Zukunft Europas. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Covid-19-Pandemie hat uns daran erinnert, was im Leben wirklich zählt: unsere Gesundheit, unser Verhältnis zur Natur, unser Verhältnis zu unseren Mitmenschen, gegenseitige Solidarität und Zusammenarbeit. Sie hat Fragen aufgeworfen, die unsere Art zu leben betreffen. Sie hat die Stärken der europäischen Integration aufgezeigt, aber auch ihre Schwächen. Über all das müssen wir reden.

Die Herausforderungen, vor denen wir als Europäerinnen und Europäer stehen, sind vielgestaltig. Sie reichen von der Bewältigung der Klimakrise und dem Aufbau grüner Volkswirtschaften über das Bemühen um Ausgleich im zunehmenden Wettbewerb der Globalen Akteure bis hin zum Einsatz für die Digitalisierung unserer Gesellschaften. Wir werden an neuen Methoden und neuen Lösungen arbeiten müssen. Unsere Stärke als Demokratien liegt darin, unsere vielstimmigen Gesellschaften in die Suche nach dem besten Weg in die Zukunft einzubinden. Je mehr Menschen sich an einer breit angelegten, offenen Debatte beteiligen, umso besser für unsere Union.

Das europäische Projekt ist in der Geschichte beispiellos. 70 Jahre sind seit der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vergangen, 64 seit der Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft in Rom. Zu jener Zeit gelang es den europäischen Staats- und Regierungschefs, ein vom Krieg zerrissenes Europa zu einen. Vor 30 Jahren begannen der Osten und der Westen Europas, sich einander verstärkt anzunähern. Ganz unterschiedliche Länder fanden sich zur Europäischen Union zusammen. Jedes von ihnen hat eigene historische Erfahrungen gemacht, trägt seine eigene Last aus der Vergangenheit; jedes setzt sich damit allein und in seinen Beziehungen zu anderen Ländern auseinander.

Von Anbeginn war das europäische Projekt ein Projekt des Friedens und der Versöhnung, und das ist es bis heute. Von Anbeginn war das europäische Projekt ein Projekt des Friedens und der Versöhnung, und das ist es bis heute. Wir setzen uns für eine gemeinsame strategische Vision eines geeinten, friedlichen und freien Europas ein.

Sämtliche Grundsätze der europäischen Integration haben auch heute noch dieselbe außerordentliche Relevanz wie vormals: Freiheit, Gleichheit, Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Mei-

nungsfreiheit, Solidarität, Demokratie und Loyalität zwischen den Mitgliedsstaaten. Wie können wir gemeinsam sicherstellen, daß diese fundamentalen Grundsätze der europäischen Integration auch mit Blick auf die Zukunft relevant bleiben?

Wenngleich es manchmal scheint, als sei die Europäische Union für die zahlreichen über das letzte Jahrzehnt entstandenen Herausforderungen – von der Wirtschafts- und Finanzkrise über die Schaffung eines gerechten und ausgewogenen EU-weiten Migrationssystems bis zur aktuellen Pandemie – unzureichend gerüstet, so sind wir uns bewußt, daß es ungleich schwerer wäre, stünde jeder von uns allein. Wie können wir die europäische Zusammenarbeit und Solidarität am besten stärken und dafür sorgen, daß wir aus der Gesundheitskrise auf eine Weise hervorgehen, die uns künftigen Herausforderungen gegenüber widerstandsfähiger macht?

Wir brauchen eine starke, handlungsfähige Europäische Union — eine Europäische Union, die den Übergang zu nachhaltiger, klimaneutraler und digital gestützter Entwicklung weltweit anführt. Wir brauchen eine Europäische Union, mit der wir uns alle identifizieren können, sicher in dem Wissen, daß wir unser Bestes für künftige Generationen gegeben haben. Gemeinsam kann uns das gelingen.

Die Konferenz über die Zukunft Europas wird die Gelegenheit bieten, offen über die Europäische Union zu reden und unseren Bürgerinnen und Bürgern, allen voran den jungen Menschen, zuzuhören. Sie schafft einen Raum für Dialog, Gespräche und Debatten über das, was wir morgen von der EU erwarten und was wir bereits heute dafür tun können.

Wir müssen über unsere gemeinsame Zukunft nachdenken, und daher laden wir Sie ein, sich an der Diskussion zu beteiligen, damit wir zusammen einen Weg nach vorn finden.“

Was sind die Bestandteile der Konferenz?

- Auf der mehrsprachigen digitalen Plattform können Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen austauschen und Online-Beiträge einreichen. Sie werden während der gesamten Konferenz auf der Plattform gesammelt, analysiert, überwacht und veröffentlicht.
- Dezentrale Veranstaltungen von Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen sowie nationalen, regionalen und lokalen Behörden werden in ganz Europa virtuell, als Präsenzveranstaltung* oder in hybrider Form stattfinden.
- Europäische Bürgerforen werden verschiedene Themen erörtern und ihre Vorschläge unterbreiten. Sie werden in Bezug auf die geografische Herkunft, das Geschlecht, das Alter, den sozioökonomischen Hintergrund und/oder das Bildungsniveau der Bürgerinnen und Bürger repräsentativ sein.
- Plenarversammlungen der Konferenz werden sicherstellen, daß die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen nach Themen geordnet erörtert werden, mit offenem Ergebnis und ohne daß der Gegenstand auf vorab bestimmte Politikbereiche beschränkt wird. Die Plenarversammlung der Konferenz setzt sich gleichberechtigt aus Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission sowie Vertretern aller nationalen Parlamente und aus Bürgerinnen und Bürgern zusammen.
  Der Ausschuß der Regionen, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft werden ebenfalls vertreten sein. Wenn über die internationale Rolle der Union diskutiert wird, wird der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hinzugezogen.
- Es können auch Vertreter wichtiger Interessenträger eingeladen werden. Der Exekutivausschuß wird die Schlußfolgerungen der Plenarversammlung der Konferenz ausarbeiten und veröffentlichen.

Wie können Sie Ihre Meinung einbringen?

Wählen Sie einfach aus dem breiten Themenspektrum und teilen Sie der Konferenz Ihre Meinung mit. Ihre Ideen werden während der gesamten Konferenz auf der Plattform gesammelt, analysiert, überwacht und veröffentlicht. Sie werden dann in die Diskussionen im Rahmen der Europäischen Bürgerforen und der Plenartagungen einfließen. Ein Feedback-Mechanismus stellt sicher, daß die auf Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz vorgebrachten Ideen zu konkreten Empfehlungen für EU-Maßnahmen führen. Die endgültigen Ergebnisse der Konferenz werden in einem Bericht an den gemeinsamen Vorsitz zusammengefaßt. ■

https://futureu.europa.eu
https://www.bundespraesident.at/

21 Präsidenten Europas

Borut Pahor
President of the Republic of Slovenia

Alexander Van der Bellen
President of the Republic of Austria

Rumen Radev
President of the Republic of Bulgaria

Zoran Milanović
President of the Republic of Croatia

Nicos Anastasiades
President of the Republic of Cyprus

Miloš Zeman
President of the Czech Republic

Kersti Kaljulaid
President of the Republic of Estonia

Sauli Niinistö
President of the Republic of Finland

Emmanuel Macron
President of the French Republic

Frank-Walter Steinmeier
President of the Federal Republic of Germany

Katerina Sakellaropoulou
President of the Hellenic Republic

János Áder
President of the Republic of Hungary
Michael D. Higgins
Uachtarán na hÉireann
President of Ireland

Sergio Mattarella
President of the Italian Republic

Egils Levits
President of the Republic of Latvia

Gitanas Nausėda
President of the Republic of Lithuania

George Vella
President of the Republic of Malta

Andrzej Duda
President of the Republic of Poland

Marcelo Rebelo de Sousa
President of the Portuguese Republic

Klaus Iohannis
President of Romania

Zuzana Čaputová
President of the Slovak Republic

Anmerkung: Staatsoberhäupter von 21 EU-Ländern – also alle außer jenen, wo das Staatsoberhaupt ein Monarch ist: Spanien, Belgien, Niederlande, Schweden Luxemburg

Aus dem Parlament

Bosnien und Herzegowina

Österreich unterstützt Bosnien und Herzegowina weiterhin auf dem Weg zu einem Beitritt zur Europäischen Union. Das bekräftigte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 16. April in einer Videokonferenz mit dem Präsidium der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina, Borjana Krišto, Denis Zvizdić und Nebojša Radmanović. Weitere Themen waren parlamentarische Kooperationen, aktuelle Entwicklungen in der Corona-Pandemie sowie die Frage einer Gedenk- und Versöhnungskultur.

Sobotka: EU-Beitritt wesentlicher Prozeß in Schritten

Der Beitrittsprozeß der Westbalkanländer zur EU sei für Österreich von wesentlicher Bedeutung, betonte Sobotka im Gespräch. Ein politischer Konsens über die weitere Annäherung von Bosnien und Herzegowina an die EU sei der Schlüssel für einen Beitritt, zeigte er sich überzeugt. Es gebe einen grundsätzlichen, politischen Konsens und eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung zum europäischen Weg, wenngleich es Herausforderungen bei einigen Schlüsselfragen gebe, wie etwa der Wahlrechtsreform, legten die Parlamentsvorsitzenden aus Bosnien und Herzegowina dar. Sobotka versicherte seinen AmtskollegInnen, daß das Land in Österreich einen Partner habe, der die Region und die Menschen verstehe. Der EU-Beitritt sei jedenfalls ein Prozeß, der in Schritten zu bewältigen sei, so der Nationalratspräsident.

Zuspruch für weitere Intensivierung der parlamentarischen Kooperation

Um die Heranführung des Westbalkans an die EU zu unterstützen, beteiligt sich Österreich an mehreren Projekten. Sobotka hob insbesondere das EU-Twinning-Projekt hervor, im Rahmen dessen sich Österreich gemeinsam mit Ungarn und Kroatien für die Stärkung der Parlamente in Bosnien und Herzegowina engagiert. Er drückte seine Hoffnung aus, daß zum Abschluß des Projekts im Herbst ein Treffen in Bosnien und Herzegowina möglich sei. Die Mitglieder des Präsidiums der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina bezeichneten sowohl das Twinning-Projekt als auch das Westbalkan-Stipendienprogramm als wertvolle Unterstützung, wodurch MitarbeiterInnen aus der Verwaltung etwa im österreichischen Parlament Erfahrungen sammeln können.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Virtuelles Gespräch mit dem Präsidium der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (Mitte) und Parlamentsdirektor Harald Dossi (r.)

Die ParlamentspräsidentInnen sprachen sich dafür aus, die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der beiden Länder weiterhin zu intensivieren. Eine Gelegenheit für einen parlamentarischen Austausch auf internationaler Ebene soll es bei der geplanten IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen im September in Wien geben.

Weitere Themen: Covid-19 und Gedenkkultur

Auch über aktuelle Entwicklungen der Pandemie tauschten sich die ParlamentspräsidentInnen aus. Sie sprachen etwa über die Erfahrungen mit regional unterschiedlichen Maßnahmen und über die Akzeptanz in der Bevölkerung. Interessiert zeigte sich Sobotka an Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Arbeit in Zeiten der Pandemie.

Die Herausforderungen des gemeinsames Gedenkens an die Ereignisse der Vergangenheit und eine darauf aufbauende Versöhnung bzw. ein daraus resultierender Ausgleich zwischen Opfern und TäterInnen war ebenfalls Thema des Austausches. Sobotka betonte, daß es in Österreich lange gedauert hat, bis eine Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden habe. Seiner Meinung nach brauche dieser emotional sehr herausfordernd Prozess viel Zeit und Aufklärungsarbeit. Gerade Parlamente seien für diese langfristige und nicht der Tagespolitik unterworfenen Herausforderung die am besten geeignete Institution und sollten für die Gedenk- und Versöhnungskultur in ihrem Staat eine große Rolle spielen, so Sobotka. ■

Spanien

Der Gedankenaustausch auf virtueller Ebene zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsidentin des spanischen Abgeordnetenhauses Meritxell Batet Lamaña am 16. April war von vielen Gemeinsamkeiten geprägt. Das Gespräch drehte sich um die Bewältigung und Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Umsetzung der Impfstrategie, die Intensivierung der bilateralen Kontakte auf den diversen Ebenen, die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU sowie die Schwerpunkte der Zukunftskonferenz.

Beide PolitikerInnen stellten eine Ermüdung der jeweiligen Bevölkerung in Bezug auf die Corona-Maßnahmen sowie eine Verschärfung der politischen Debatten fest. Großes Interesse zeigten sie an einer Stärkung der parlamentarischen Diplomatie. Der von Nationalratspräsident Sobotka angesprochenen Kampagne #WeRemember, bei der am 21. Jänner, dem Tag der Befreiung des KZ Ausschwitz, an die Opfer des Holo-

caust erinnert werden soll, sagte Lamaña ihre volle Unterstützung zu.

Große Herausforderungen für die Legislative durch die Corona-Krise

Batet Lamaña, die der Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Pedro Sánchez angehört, berichtete, daß es in ihrem Land nach den harten Lockdowns im letzten Jahr nun gewisse Lockerungen gebe, die jedoch regional sehr differenziert ausfallen. Es gebe einen allgemeinen nationalen Rechtsrahmen, innerhalb dessen die autonomen Gemeinschaften Spielräume haben. Auch die politischen Kontroversen mit der Opposition hätten stark zugenommen, allerdings würden sich alle Fraktionen an die Maskenpflicht im Plenum halten. In Spanien gebe es auch die Möglichkeit für Abgeordnete, auf digitalem Weg an Abstimmungen im Parlament teilzunehmen, was unter anderem auch von MandatarInnen, die sich in Quarantäne befanden, genutzt werden konnte.

Generell würden die Gesundheitskompetenzen bei den Regionen liegen, es gebe aber einen nationalen Impfplan, der Priorisierungen (Seniorenheime, Altersgruppen etc.) vorsehe. PolitikerInnen wurden ebenso wie in Österreich nicht vorgereiht, teilte sie Nationalratspräsident Sobotka mit. Die Impfbereitschaft in Spanien sei generell sehr hoch; es sei das erklärte Ziel der Regierung, bis Ende des Sommers 70 Prozent der Bevölkerung geimpft zu haben.

Sobotka stimmte mit seiner Amtskollegin darin überein, daß es wichtig sei, das reibungslose Funktionieren der Legislative während der Pandemie zu gewährleisten.

Austausch auf bi- und multilateraler Ebene, Ausbau der Kooperationen

Der Nationalratspräsident plädierte für eine Intensivierung des gegenseitigen Besuchsaustauschs, nicht nur auf bilateraler Ebene, im Rahmen der bilateralen parlamentarischen Gruppen, sondern auch im Rahmen multilateraler Gremien. So würde er sich sehr freuen, Batet Lamaña bei der IPU-Weltkonferenz in Wien begrüßen zu dürfen. Aufgrund der in Österreich und Spanien jeweils vorhandenen Expertisen hielt Sobotka auch vertiefte Gespräche über den Ausbau der Kooperation mit Latein- und Südamerika sowie über die Entwicklungen am Westbalkan für sehr zielführend. Österreich setze sich etwa seit langem für eine Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU. In diesem Kontext diskutierten die beiden Präsidenten auch die Frage der Anerkennung des Kosovo.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Gespräch mit der Präsidentin des spanischen Abgeordnetenhauses, Meritxell Batet Lamaña

Vereint im Kampf gegen Terrorismus, politischen Islam und Antisemitismus

Große Übereinstimmung orteten beide auch hinsichtlich der Notwendigkeit, entschlossen gegen Terrorismus, politischen Islam und Antisemitismus vorgehen zu müssen. Nach Auffassung von Sobotka sei es eine prioritäre Aufgabe der Parlamente, mit Nachdruck gegen Antisemitismus einzutreten, da es eine grundlegende Bewußtseinsänderung in dieser Frage brauche. Die Vorfälle rund um das Kapitol und den Sitz des deutschen Bundestags hätten wiederum gezeigt, daß Parlamente nicht nur „geistig, sondern auch physisch geschützt werden müssen“, unterstrich er. Gerade Krisenzeiten würden den Nährboden für extremistische Strömungen bilden, bekräftigte auch Lamaña, die von Versuchen von einzelnen Gruppen berichtete, die Sicherheitsabsperrungen vor dem spanischen Parlament zu überwinden. Ihr Land habe eine lange und leidvolle Geschichte mit dem Terrorismus, weshalb man in dieser Frage sehr achtsam sei und etwa auch ein eigenes Gesetz für den Umgang mit den Opfern von terroristischen Attentaten beschlossen habe. Der Nationalratspräsident verwies in diesem Kontext auf den geplanten IPU/UN-Gipfel zur Bekämpfung des Terrorismus und gewalttätigen Extremismus am 9. September 2021, der nach der IPU-WeltpräsidentInnenkonferenz stattfinden werde. ■

Rumänien

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Rumäniens Parlamentspräsident Ludovic Orban tauschten sich in einer Videokonferenz über Herausforderungen in der Pandemiebekämpfung aus, wobei Sobotka die Wichtigkeit betonte, gerade auch in Krisenzeiten die Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Verpflichtungen gegenüber al-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Gespräch mit dem rumänischen Parlamentspräsidenten Ludovic Orban

len Arbeitskräften – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft – sicherzustellen. Orban bedankte sich für diese klaren Worte und führte aus, daß in manchen Ländern Westeuropas – nicht aber in Österreich – rumänische Arbeitskräfte vor allem seit der Pandemie von massiven Schwierigkeiten berichteten, die ihnen zustehenden Arbeitsrechte durchgesetzt zu bekommen.

Nationalratspräsident Sobotka betonte weiters, daß die Bedeutung Rumäniens für Österreich auch daran ermessen werden könne, daß die größten Auslandsinvestitionen österreichischer Unternehmen weltweit in Rumänien getätigt wurden. Parlamentspräsident Orban bestätigte die Bedeutung österreichischer Unternehmen für Rumänien. In Rumänien würden österreichische Unternehmen einen hervorragenden Ruf genießen und für hochwertige Arbeit geschätzt werden.

Sobotka und Orban sprachen außerdem über eine weitere Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen der beiden Länder, die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU sowie über aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Weitere Themen waren die wirtschaftlichen Beziehungen und Sicherheit in Parlamenten.

#WeRemember: Eine Aktion gegen Antisemitismus

Große Übereinstimmung orteten beide Präsidenten hinsichtlich der Notwendigkeit, entschlossen gegen Antisemitismus und Antiziganismus vorgehen zu müssen. Sobotka zeigte sich überzeugt, daß es eine prioritäre Aufgabe der Parlamente sei, mit Nachdruck gegen Antisemitismus einzutreten. Es sei ihm deshalb ein besonderes Anliegen, am Holocaust-Gedenktag ein gemeinsames Zeichen zu setzen. Nach positiven Rückmeldungen aus dem Europäischen Parlament und anderen Parlamenten in Europa thematisierte der Nationalratspräsident auch gegenüber Parlamentspräsident Orban die entsprechende Kampagne #WeRemember, bei der am 27. Jänner, dem Tag der Befreiung des KZ Auschwitz, an die Opfer des Holocaust erinnert wird. Parlamentspräsident Orban sagte auch seinerseits Unterstützung zu.

Interparlamentarische Beziehungen und Westbalkanstaaten

Im Hinblick auf die Beziehungen der beiden Länder auf parlamentarischer Ebene und im Sinne des weiteren Erfahrungsaustauschs hob Sobotka hervor, daß nach einem virtuellen ersten Teil der zweite Teil der IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien für September 2021 geplant sei. Darüber hinaus gebe es eine gute und langjährige Kooperation zwischen Österreich und Rumänien im Rahmen der EU-Donauraumstrategie, deren Intensivierung auch auf parlamentarischer Ebene erläutert wurde.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Gespräch mit dem Kosovarischem Parlamentspräsidenten Glauk Konjufca.

Der Westbalkan stelle eine Schwerpunktregion Österreichs und des Parlaments im Sinne einer Heranführung dieser Länder an die EU dar, so der Nationalratspräsident. Er nannte etwa das Westbalkan-Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen, aber auch die Implementierung der Demokratiewerkstatt in Albanien, Nordmazedonien, dem Kosovo und Montenegro als Beispiele für Kooperationen. Besonders interessiert zeigte sich Sobotka an einem gemeinsamen Ausschuss des rumänischen Parlaments mit dem Parlament der Republik Moldau, der das Nachbarland Rumäniens auf dem Weg zur EU unterstützen soll.

Herausforderungen durch die Corona-Krise

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie thematisierten die Präsidenten unter anderem wirtschaftliche Auswirkungen und die Impfkampagnen, aber auch eine wahrnehmbare „Müdigkeit“ der BürgerInnen in beiden Ländern, was die Einschränkungen betrifft. Auch über Schutzmaßnahmen in den Parlamenten tauschte sich der Nationalratspräsident mit seinem rumänischen Amtskollegen aus. Sobotka bezeichnete es als elementar, daß der Parlamentarismus auch in Zeiten einer Krise funktioniere. ■

Kosovo

In die kontinuierliche Serie an pandemiebedingt virtuellen Gesprächen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit ParlamentspräsidentInnen aus ganz Europa reihte sich am 26. April ein Austausch mit dem kosovarischen Parlamentspräsidenten Glauk Konjufca.

Neben Entwicklungen in der Corona-Pandemie wie etwa zur Verfügbarkeit von Impfungen waren zentrale Themen die Situation des Kosovo im Hinblick auf eine EU-Heranführung, aber auch die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Kosovo auf parlamentarischer Ebene, etwa im Zusammenhang mit der vom österreichischen Parlament unterstützten Demokratiewerkstatt in Pristina.

Wille zur Fortführung der Demokratiewerkstatt in Pristina

Sobotka strich im Gespräch die bisherigen bilateralen Kooperationen mit der Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments und im Rahmen des Westbalkan-Stipendienprogramms hervor. So soll das Stipendienprogramm dem Nationalratspräsidenten zufolge fortgesetzt werden. Auch im Hinblick auf die Demokratiewerkstatt hoffe er auf weitere Kontinuität. Sie sei eine gute Möglichkeit, das Interesse der BürgerInnen für demokratiepolitische Prozesse zu wecken. Vor allem werde damit das Bewußtsein bei BürgerInnen gestärkt, speziell bei Jugendlichen und SchülerInnen, die damit besser verstehen, was Demokratie bedeutet und wie wichtig freie Wahlen sind, betonte auch

Sobotka zu Austausch in Lissabon

Parlamentspräsidenten Konjufca. Er sprach sich dafür aus, das Projekt Demokratiewerkstatt im Kosovo jedenfalls fortzusetzen, zumal es auch ein wichtiges Zeichen der Freundschaft der beiden Parlamente darstelle.

Zur allgemeinen Sicherheit von Institutionen wie dem Parlament räumte Konjufca auf Sobotkas Nachfrage ein, daß es im Kosovo sowohl bei der Cybersicherheit, als auch bei der physischen Sicherheit noch Aufholbedarf gebe, etwa in architektonischer Hinsicht.

Sobotka sprach sich insgesamt dafür aus, die Treffen auf Abgeordnetenebene, zum Beispiel im Rahmen der parlamentarischen Gruppe, weiter zu verstärken und lud Konjufca zu einem persönlichen Treffen nach Wien ein.

Hohe Zustimmungsrate zur Europäischen Union im Kosovo

In der öffentlichen Meinung gebe es zu einem EU-Beitritt des Kosovo eine sehr hohe Zustimmungsrate in seinem Land, so Konjufca. Er bezeichnete es als Glücksfall, daß es im Kosovo keine einzige euroskeptische Partei gebe. Es brauche jetzt noch den politischen Willen, entsprechende Reformen so schnell wie möglich voranzutreiben, verwies er unter anderem auf einen Vorschlag mit einem umfassenden Maßnahmenpaket, das auf Arbeitsebene des Parlaments im Kosovo entstanden sei.

Der Westbalkan sei Schwerpunktregion Österreichs und des österreichischen Parlaments, seine Heranführung an die EU ein großes Anliegen, betonte Nationalratspräsident. Der Prozeß sei ein richtiger und zeige bereits erste Ergebnisse, so Sobotka, der ermutigte, den Reformprozeß im Kosovo mit den Perspektiven für die Bevölkerung voranzutreiben.

Thematisiert wurden in dem Gespräch auch der „Belgrad-Pristina-Dialog“. Der Kosovo-Krieg mit Massakern und vielzähligen Toten unter Zivilisten, dem die Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo folgte, sei noch sehr frisch in Erinnerung, so Konjufca. Eine Grenzverschiebung, die zur De–batte gestanden sei, hätte aus seiner Sicht zu einer Destabilisierung in der Region geführt. Leichter als andere Vereinbarungen sei wohl eine Friedensvereinbarung zu treffen, meinte der kosovarische Parlamentspräsident.

Wolfgang Sobotka sprach in diesem Zusammenhang seine Unterstützung für den Weg zu stabilen Verhältnissen in der Region aus. ■

Parlamentsdirektion / Margarida Macedo Basto

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Gespräch mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa (r.)

Nachdem der internationale parlamentarische Austausch pandemiebedingt viele Monate lang nur auf virtueller Ebene möglich war, trat Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 30. April erstmals wieder eine Auslandsreise nach Portugal an. Auf dem Programm des dreitägigen Besuchs in Lissabon standen Treffen mit Staatsoberhaupt Marcelo Rebelo de Sousa, dem Präsidenten der Versammlung der Republik Eduardo Ferro Rodrigues, Außenminister Augusto Santos Silva, sowie mit dem Präsidenten der Interparlamentarischen Union Duarte Pacheco.

Nachdem Portugal im ersten Halbjahr 2021 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne hat, standen EU-Themen im Mittelpunkt der einzelnen Gespräche. Neben den Beitrittsperspektiven für die Staaten des Westbalkans ging es unter anderem um die Umsetzung der Konferenz zur Zukunft Europas, die Bewältigung der Corona-Krise sowie umzahlreiche außenpolitische Fragen. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die im September in Wien stattfindende Internationale Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen.

Ähnliche Geschichte verbindet

„Österreich und Portugal verbindet auch die leidvolle Geschichte des Weges von Diktaturen zu stabilen parlamentarischen Demokratien“, so Sobotka. Durch die Nelkenrevolution in Portugal und die Befreiung Österreichs durch die Alliierten vom Nazi-Terrorregime wurde unser jeweiliger Weg zu modernen europäischen Staaten überhaupt erst möglich. Umso wichtiger ist es, anti-demokratischen Kräften – die oft auch anti-semitische Kräfte sind – entschieden entgegenzutreten.

IPU-Konferenz 2021 in Wien

Die Vorbereitungen für die im September geplante Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien (über 300 sind teilnahmeberechtigt) laufen auf Hochtouren, informierte Sobotka IPU-Präsidenten Duarte Pacheco bei seinem persönlichen Zusammentreffen in Lissabon und betonte die Bedeutung des interparlamentarischen Dialogs. Wie schon beim virtuellen Teil im August 2020 werde das Thema „Parlamentarische Führung für einen effektiveren Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten schafft“ im Mittelpunkt stehen. Daran anschließend ist die Abhaltung des „Ersten Globalen Gipfels zur Terrorismusbekämpfung“, der gemeinsam von der IPU und den Vereinten Nationen veranstaltet wird, geplant.

Was die Beziehungen zu den USA betrifft, so seien die bisherigen Signale von Präsident Joe Biden, dessen erste Auslandsreise nach Europa geführt hat, vielversprechend, konstatierte Nationalratspräsident Sobotka. Die Vertiefung der transatlantischen Beziehungen sowie das Bekenntnis zum Multilateralismus wären sehr wichtig, zumal die USA der bedeutendste Partner bei globa-

len Herausforderungen wie zum Beispiel dem Klimawandel sei. Auch wäre eine Teilnahme der USA an der IPU-Weltkonferenz ein positives Zeichen, so Sobotka der betonte, daß die USA zu den wenigen Staaten gehören, die nicht in der IPU Mitglied sind.

Positiv bewertete der Nationalratspräsident die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika. Er machte sich zudem für einen weiteren Ausbau der parlamentarischen Kooperationen stark und zeigte Interesse an den Erfahrungen Portugals vor allem im Bereich der parlamentarischen Kooperationen mit Staaten in Sub-Sahara Afrika.

EU: Zukunftskonferenz und europäische Säule sozialer Rechte

Angesichts der aktuellen geopolitischen und gesellschaftlichen Umbrüche sei ein starkes und handlungsfähiges Europa wichtiger denn je, war Sobotka überzeugt. Die Konferenz zur Zukunft Europas könne nur dann erfolgreich sein, wenn eine echte Einbindung der BürgerInnen sowie der nationalen Parlamente sichergestellt werde.

Sobotka wirbt um Unterstützung für Beitrittsprozesse von Albanien und Nordmazedonien

Der Nationalratspräsident warb auch in Portugal um Unterstützung für die Heranführung der Staaten des Westbalkans an die EU, zumal eine Aussicht auf Mitgliedschaft der wichtigste Anreiz für Reformen und zur Eindämmung massiver Abwanderung sei. Der Erweiterungsprozeß müsse seiner Meinung nach wieder Fahrt aufnehmen, ganz besonders gelte dies für Albanien und Nordmazedonien.

Sobotka berichtete darüber, daß sich Österreich seit vielen Jahren am Westbalkan engagiere und ein Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen und ein Twinning-Projekt ins Leben gerufen habe. Auch habe man Albanien, Nordmazedonien, dem Kosovo und Montenegro bei der Implementierung einer Demokratiewerkstatt für Kinder und Jugendliche geholfen.

Corona: Neue Hoffnung für Wirtschaft und Tourismus durch europäischen „Grünen Paß“

Beim Thema Corona zeigte sich, daß Portugal zuletzt sehr erfolgreich in der Bekämpfung der Pandemie war. Da die Wirtschaft in Portugal ebenso wie in Österreich auf einem starken Tourismussektor basiert, erwarteten sich beide Gesprächspartner positive Effekte durch die Einführung des europäischen Grünen Passes. ■

Parlamentsdirektion / Margarida Macedo Basto

Nationalratspräsident Sobotka mit Portugals Parlamentspräsident Eduardo Ferro Rodrigues,

Parlamentsdirektion / Margarida Macedo Basto

… mit dem Präsidenten der IPU, Duarte Pacheco,

Parlamentsdirektion / Margarida Macedo Basto

… und mit Portugals Außenminister Augusto Santos Silva,

Österreich, Europa und die Welt

EU-Flagge für das Parlament

Martin Selmayr, der Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, hat dem Nationalratspräsidenten am 7. Mai anläßlich des Europatages eine EU-Flagge für das Parlament überreicht. Die Übergabe fand auf der Baustelle des historischen Parlamentsgebäudes statt, wo die Fahne nach Abschluß der Sanierung als Zeichen für ein gemeinsames Europa wehen soll.

Wolfgang Sobotka bedankte sich bei Selmayr und nutzte die Gelegenheit für einen Blick in die Zukunft der EU: „Wenn die Geschichte ein Indikator für die Zukunft ist, geben mir die vergangenen 70 Jahre Hoffnung, daß die Europäische Union auch in den kommenden Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag zu einem friedlichen und prosperierenden Miteinander unseres Kontinents leisten wird. Es ist unsere Aufgabe, die Europäische Union und ganz Europa in diesem Sinne weiter zu gestalten."

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Übergabe der EU-Flagge während der Baustellenbesichtigun durch denVertreter der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, an Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Auch Selmayr betonte die Bedeutung des gemeinsamen Handelns: „Die EU-Fahne auf dem österreichischen Parlament ist ein Symbol dafür, daß Europa nur gemeinsam gelingen kann. Nationale und europäische Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden, sie gehen Hand in Hand", sagte er. Was im österreichischen Parlament beschlossen werde, wirke sich auch auf europäischer Ebene aus. Ebenso sei Europapolitik ein gutes Stück weit Innenpolitik. „Wichtig ist, daß Entscheidungen in unserem gemeinsamen Europa im Sinne des Subsidiaritätsprinzips dort getroffen werden, wo sie am wirksamsten sind. Den nationalen Parlamenten kommt hier eine wichtige Aufgabe zu: Sie prüfen auch gegenüber den nationalen Regierungen, daß dieses Prinzip eingehalten wird und die EU genau diejenigen, aber auch nur diejenigen Gesetzesinitiativen ergreift, die nicht besser auf nationaler oder regionaler Ebene erledigt werden können", so Selmayr.

Auch im Hinblick auf die Debatte über die Zukunft Europas, die am Europatag, dem 9. Mai, startete, spielen die nationalen Parlamente für Selmayr eine wichtige Rolle. Die Initiative motiviere BürgerInnen quer durch die EU, sich aktiv einzubringen und ihr Europa von morgen zu gestalten. „Jetzt, wo es gilt, die Pandemie zu überwinden und gemeinsam durchzustarten, ist der ideale Moment, um für Europa Flagge zu zeigen", so Selmayr. ■

Sobotka auf Arbeitsbesuch im Schweizer Parlament

Die außergewöhnliche Situation in den Parlamenten aufgrund der Corona-Pandemie sowie die Intensivierung des parlamentarischen Dialogs im Rahmen der vereinbarten strategischen Partnerschaft zwischen Österreich und der Schweiz standen am 6. Mai im Mittelpunkt eines offiziellen zweitägigen Auslandsbesuchs von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Bern. Sobotka zeigte sich überzeugt, daß die auf Ebene der Regierungen auspaktierte strategische Partnerschaft zwischen beiden Ländern auch für die Parlamente neue Impulse in der Zusammenarbeit bedeuten könne. Demokratiebildung, die Heranführung des Westbalkans an die EU oder der Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus sind dabei nur einige jener Themen, bei denen der Nationalratspräsidenten Potential für konkrete parlamentarische Kooperationen sieht. Ein weiteres Gesprächsthema mit den Schweizern war eine gemeinsame europäische Arzneimittel- und Impfstoffproduktion.

Foto: Parlamentsdirektion / Béatrice Devènes

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka beim Gästebucheintrag mit dem Schweizer Nationalratspräsidenten Andreas Aebi in Bern

Österreich, Europa und die Welt

Parlamente haben Verantwortung in der Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus

In den Gesprächen mit seinem Amtskollegen Andreas Aebi sowie mit dem Ständeratspräsidenten Alex Kuprecht im Schweizer Parlament brachte Sobotka seine Sorge zum Ausdruck, daß die Covid-Pandemie in den sozialen Medien eine neue Art von Extremismus hervorbringt. Umso wichtiger sei es, daß sich Parlamente ihrer Verantwortung in der Bekämpfung von Antisemitismus und Extremismus bewußt seien, bekräftigte der Nationalratspräsident gegenüber den beiden Vorsitzenden der zwei Schweizer Parlamentskammern.

Auch das Thema der gemeinsamen Impfstoff- und Medikamentenbeschaffung auf EU-Ebene zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie war Gegenstand der Gespräche. In Hinblick auf die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz wurde betont, wie wichtig es sei, eine Lösung zu finden.

Im Zusammenhang mit dem nächsten großen physischen Treffen zwischen ParlamentspräsidentInnen im Rahmen der Weltkonferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) im Frühherbst in Wien informierte Sobotka die Schweizer zudem, daß die Planungen mit der IPU und den Vereinten Nationen insbesondere unter dem Aspekt der Covid-19- Sicherheitsmaßnahmen laufen. „Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß Parlamente in aller Welt noch enger zusammenrücken und versuchen, aktuelle Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen“, so der Nationalratspräsident. Das gelinge im virtuellen Raum nur für eine Zeit lang, der interparlamentarische Dialog müsse aber insbesondere bei drängenden Themen an einen gemeinsamen physischen Verhandlungstisch zurückkehren. So soll etwa das Thema der Sicherheit der Parlamente und damit der Schutz der Demokratien ein Diskussionsthema bei der Weltkonferenz sein.

Beim Treffen mit dem Bundesrat und Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) Alain Berset unterstrich Sobotka, daß auch Covid-19 die Notwendigkeit einer stabilen Partnerschaft zwischen der EU und der Schweiz aufgezeigt habe. Diskutiert wurden auch die Herausforderungen der Regierungen bei der Krisenbewältigung im vergangenen Jahr und die Wichtigkeit für klare Perspektiven der Bevölkerung, etwa durch eine rasche Umsetzung eines europaweit kompatiblen „Grünen Passes“.

Foto: Parlamentsdirektion / Béatrice Devènes

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) mit Ständeratspräsident Alex Kuprecht…b

Foto: Parlamentsdirektion / Béatrice Devènes

und mit dem Schweizer Bundeskanzler Walter Thurnherr

Foto: Parlamentsdirektion / Béatrice Devènes

Österreichs Fahne auf dem Parlamentsgebäude in Bern

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung des Versuchsbetriebs der elektronischen Stimmabgabe in der Schweiz tauschte sich der Nationalratspräsident mit Bundeskanzler Walter Thurnherr über E-Voting und Digitale Demokratie aus. Auch die Evaluation des Krisenmanagements in der Covid-Pandemie und die Lehren sowie die Vorbereitung auf weitere Krisen waren Gegenstand des Gesprächs.

Bei einem Treffen mit dem Vizepräsidenten der Auslandschweizer-Organisation (ASO) und ehemaligen Ständeratspräsidenten Filippo Lombardi erfolgte ein Austausch über die Rolle und Rechte der AuslandsstaatsbürgerInnen in Österreich und in der Schweiz. ■

Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur

Gemeinsame Sondersitzung der Präsidialkonferenzen des Nationalrates und des Bundesrates anläßlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.l.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zeithistorikerin Linda Erker, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück, ORF-Moderatorin Rebekka Salzer, Eidel Malowicki – Dialogprojekt LIKRAT, und Bundesratspräsident Christian Buchmann

Die Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur und welche neue Formen der Vermittlung man heute gehen müsse, damit die Geschichte der Shoah in Bezug auf die Verantwortung jedes Einzelnen im Heute begreifbar wird – diese Fragen standen am 5. Mai im Mittelpunkt des Gedenktags im Parlament gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

In diesem Sinne betonte auch Bundesratspräsident Christian Buchmann in seinen Grußworten, daß der Einsatz für Menschenrechte und Demokratie von jedem Einzelnen von uns verlange, sich den Verharmlosern, Verschwörern und Hetzern entgegenzustellen, bevor deren Saat aufgeht. Buchmann mahnte damit die Verantwortung aller ein, auch heute und in Zukunft gegen Haß, Intoleranz, Rassismus und Vorurteile konsequent anzukämpfen.

In gleicher Weise rief Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka einmal mehr dazu auf, sich stetig und entschieden für ein ausgewogenes und solidarisches Miteinander einzusetzen und damit der Verantwortung gegenüber den Opfern des Holocaust gerecht zu werden. Es gebe keine Wiedergutmachung, keine Gerechtigkeit für sie, so Sobotka im Programmheft, es gebe nur unser Versprechen, die Geschichte nicht zu vergessen, uns ihrer gewahr zu sein und uns in unserer Gegenwart und Zukunft für Menschenrechte und gegen das Vergessen einzusetzen.

Sowohl Sobotka als auch Buchmann äußerten ihre Sorge angesichts der Tatsache, daß in Zeiten der gesellschaftlich, aber auch politisch herausfordernden Corona-Pandemie, Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wieder verstärkt wahrzunehmen sind.

76 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen gibt es immer weniger Zeitzeugen, die authentisches Wissen aufgrund eigener unendlich schmerzlicher Erlebnisse über die Gräueltaten des Nationalsozialismus an die nächsten Generationen weitergeben können. Daher stand der diesjährige Gedenktag im Zeichen neuer Wege der Gedenk- und Erinnerungskultur. Beispielgebend dafür sind die beiden Projekte „Gegen das Vergessen“, eine einzigartige Freiluftinstallation von Luigi Toscano mit überlebensgroßen Porträtfotos von Überlebenden der NS-Verfolgung (die Bilder waren auch in Wien an der Ringstraße zu sehen), und „LIKRAT“, ein europaweites Dialogprojekt zwischen jüdischen und nicht jüdischen Jugendlichen mit dem Ziel, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen.

Über diese Initiativen und die Möglichkeiten, wie Erinnerung nachhaltig erlebbar gemacht werden kann, sprachen die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück und die Zeithistorikerin Linda Erker mit Luigi Toscano und Eidel Malowicki. Dabei herrschte Konsens darüber, daß man nicht bei der Ritualisierung stehen bleiben darf und daß es darauf ankommt, beim Erinnern auch die Diskussion zum Heute-Bezug miteinzuschließen. Man müsse viele kleine Projekte unterstützen, die Dezentralisierung sei in diesem Bereich ein wesentlicher Faktor, so der Tenor.

Der Gedenktag, den das Parlament seit 1998 jährlich am 5. Mai begeht, fand aufgrund der Corona-Pandemie zum zweiten Mal nicht im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung, sondern in Form einer gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen von Nationalrat und Bundesrat statt. ■

Digitalisierung berührt Demokratie in Grundfesten

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Virtuelle Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedsstaaten und des EP in Berlin (EU-PPK): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) und Bundesratspräsident Christian Buchmann. Am Bildschirm: KonferenzteilnehmerInnen

Für Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka kann Demokratie nur mit der Gewährleistung von Sicherheit in Parlamenten ermöglicht werden. Das legte er am 10. Mai bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedsstaaten sowie des Europäischen Parlaments dar, die heuer pandemiebedingt als Videokonferenz stattfand. Auf Einladung des deutschen Bundestags und des Bundesrats wurde über die durch die Digitalisierung veränderte Öffentlichkeit und ihre Herausforderungen und Chancen für die repräsentative Demokratie diskutiert. Im Fokus der Konferenz standen zudem Formen der interparlamentarischen Kooperation.

Digitalisierung als Chance und Gefahr für die Demokratie

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sieht durch die Digitalisierung die Grundfeste der Demokratie berührt, wie er in seinem Redebeitrag ausführte. Das biete viele Chancen, wie etwa neue Möglichkeiten der Beteiligung von BürgerInnen, wie sie im österreichischen Parlament geplant sind bzw. bereits praktiziert werden. Auch im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz seien die Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligung, etwa das Crowdsourcing, ein zentraler Aspekt für die verstärkte Einbindung der BürgerInnen in die Diskussion. Sobotka wies aber auch auf die Gefahren der Digitalisierung hin. So sprach er die Zersplitterung der Öffentlichkeit vor allem in den sozialen Medien an und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ereignisse im US-Kapitol in Washington, D.C. „Dies hat gezeigt, daß Demokratie nirgendwo selbstverständlich ist und jeden Tag aufs Neue verteidigt werden muß“, sagte der Nationalratspräsident. Es gebe Implikationen für die Sicherheit von Parlamenten weltweit.

Auch in Österreich würden gewisse Strömungen die Pandemie und die damit verbundene Unsicherheit ausnützen, um Falschinformationen zu verbreiten und demokratische Institutionen zu beschädigen. Sobotka wies in diesem Kontext insbesondere auf einen Anstieg antisemitischer und somit antidemokratischer Tendenzen hin, besonders bei der Nutzung digitaler Plattformen. Dies müsse Warnung und Auftrag zugleich sein, sagte er. Unbestritten sei die freie Meinungsäußerung jedes Menschen, die es zu schützen gelte. Die Anbieter sozialer Plattformen müssten stärker in die Verantwortung gezogen werden, zeigte sich der Nationalratspräsident überzeugt und plädierte für eine europäische Lösung. Insgesamt müsse man wachsam bleiben. „Nur mit der Gewährleistung der Sicherheit von Parlamenten kann Demokratie erst ermöglicht werden“, sagte Sobotka. Dieses Thema werde auch Gegenstand der 5. Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen im September 2021 in Wien sein.

Auch für Bundesratspräsident Christian Buchmann ist der digitale Wandel Herausforderung und Chance, aber auch mit Risiken behaftet. Der österreichische Bundesrat habe sich daher mehrmals in Enqueten mit den gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung, insbesondere deren Gefahren und Chancen für die Demokratie beschäftigt. Buchmann rief zu raschem Handeln auf. „Reglementierungen sind im Internet nicht beliebt. Dennoch steht es in unserer Verantwortung, etwa Social-Media-Plattformen einen rechtlichen Rahmen zu geben, um Mißbrauch zum Schaden unserer politischen Systeme aber auch gesellschaftszersetzende Tendenzen hintanzuhalten“, sagte er im Rahmen der Konferenz. Der Bundesratspräsident begrüßte, daß mit dem „Digital Services Act“ gemeinsame EU-Regelungen in Vorbereitung stehen, unterstrich aber zusätzlich die Notwendigkeit strafrechtlicher Regelungen und eines „Code of Conduct“ sowie von Aufsichtsstrukturen für Plattformen. Auch müsse die faire Teilhabe der BürgerInnen am digitalen Wandel gewährleistet werden, indem der digitale Highway insbesondere in den Regionen ausgebaut und gestärkt werde.

Sobotka tritt für gemeinsame Aktion im Holocaust-Gedenken ein

Nationalratspräsident Sobotka nutzte die Gelegenheit zudem, um seine AmtskollegInnen um Unterstützung der Kampagne „WeRemember“ des World Jewish Congress und der UNESCO zu werben. Er rief dazu auf, am 27. Jänner 2022 der Millionen Opfer der Shoah zu gedenken, indem möglichst alle Parlamente sich mit einer Aktion wie etwa einem Foto im Parlament oder einer Beleuchtung des Gebäudes beteiligen. ■

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Besuch des Präsidenten der Italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico (l.) und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im Doppelinterview mit MedienvertreterInnen

Italien

Der italienische Parlamentspräsident Roberto Fico war am 17. Mai zu Besuch im österreichischen Parlament. Er tauschte sich in einem Arbeitsgespräch mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka über aktuelle Entwicklungen in der Corona-Pandemie und die Bekämpfung von Antisemitismus aus.

Nach einem Besuch bei der Sondersitzung des Nationalrats sprach er noch mit Bundesratspräsident Christian Buchmann über das Zwei-Kammern-System in beiden Ländern und europäische Zukunftsfragen sowie die Zusammenarbeit von Zentralregierung und Regionen während der Corona-Krise.

Pandemie zentrales Thema im Gespräch mit Nationalratspräsident Sobotka

Wolfgang Sobotka zeigte sich erfreut, seinen italienischen Amtskollegen nach einem pandemiebedingt virtuellen Gespräch Ende vergangenen Jahres nun in Wien begrüßen zu dürfen. Die Covid-19-Pandemie stand auch im Mittelpunkt des Austausches der beiden Parlamentspräsidenten. So berichtete Sobotka unter anderem über aktuelle Öffnungsschritte und den Impffortschritt. Insbesondere der „Grüne Paß“ in Österreich und entsprechende Planungen in Italien wurden thematisiert. Die technische Einigung auf europäischer Ebene sei erfreulich, so Sobotka. Schließlich sei der Paß zentral für die Reisefreiheit in Europa.

Der Nationalratspräsident zeigte sich außerdem interessiert an den Maßnahmen in der italienischen Abgeordnetenkammer, um auch in Zeiten der Pandemie Gesetze verabschieden zu können. Die Abgeordneten wurden dort auf drei Standorte im Parlament aufgeteilt und können per Tablet elektronisch abstimmen, berichtete Fico.

In wirtschaftlicher Hinsicht sprachen die Parlamentspräsidenten unter anderem über das europäische Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ und die Schwerpunkte Digitalisierung und Ökologisierung, die beide Länder im Rahmen dieser Investitionen setzen wollen.

Auch die Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus und damit verbundene Herausforderungen in den sozialen Medien sprach Sobotka an. Er betonte, daß das österreichische Parlament eine aktive Rolle bei der Bekämpfung von Antisemitismus einnehme. Fico bestätigte die Teilnahme Italiens an der Aktion #WeRemember zum Gedenken an den Holocaust.

Austausch mit Bundesratspräsident Buchmann über Zwei-Kammern-System

Aufgrund einer Sondersitzung des Nationalrats ergab sich für den Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer die Gelegenheit, eine Sitzung des Nationalrats vor Ort mitzuerleben. Danach stand noch ein Gespräch mit Bundesratspräsident Christian Buchmann auf der Agenda, wo es neben der Corona-Pandemie vorrangig um das Zwei-Kammern-System in beiden Ländern ging. Fico legte dar, daß es in Italien einen perfekten Bikameralismus gebe, da beide Kammern des Parlaments die gleichen Kompetenzen haben.

Buchmann wiederum schilderte, welche Aufgaben der Bundesrat wahrnimmt und betonte insbesondere dessen Mitwirkung in Fragen der Europäischen Union. Thematisiert wurde auch die Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung und den Bundesländern bzw. Regionen in der Corona-Krise.

Buchmann und Fico sprachen zudem über die Wichtigkeit „Konferenz zur Zukunft Europas“ und eine mögliche Zusammenarbeit der beiden Parlamente, um die Regionen in diesem Prozeß zu stärken. Ein wichtiges Anliegen beider Präsidenten war auch die Unterstützung der Westbalkan-Länder im Beitrittsprozeß zur EU, um die Stabilität dieser Region zu gewährleisten. ■

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Bundesratspräsident Christian Buchmann (l.) mit dem Präsidenten der Italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico beim Gästebucheintrag

Österreich, Europa und die Welt

Belgien

In einem weiteren pandemiedingt virtuell stattgefundenen Arbeitsgespräch tauschte sich Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 25. Mai mit seiner belgischen Amtskollegin Eliane Tillieux aus. Neben aktuellen Entwicklungen in der Corona-Pandemie standen der EU-Erweiterungsprozess in den Westbalkanländern sowie die Sicherheit der Parlamente und das Vorgehen gegen den aufkommenden Antisemitismus im Mittelpunkt der Videokonferenz.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Virtuelles Gespräch mit der Präsidentin der belgischen Abgeordnetenkammer Eliane Tillieux

Covid-19: Impffortschritt in Belgien und Österreich in etwa gleich auf

Zentrales Thema des Austausches war die aktuelle Lage der Covid-19-Pandemie in beiden Ländern. Sobotka bezeichnete die Impfung als den erhofften „Game-Changer" in der Pandemie und interessierte sich für den Impffortschritt sowie die Position Belgiens zum „Grünen Paß". Was die Impfungen betrifft, stellten beide PräsidentInnen fest, daß Österreich und Belgien aktuell auf etwa gleichem Niveau liegen. Laut Eliane Tillieux haben in Belgien rund 40 Prozent der impfbaren Bevölkerung die erste Impfdosis erhalten, etwa 15 Prozent haben bereits beide Impfungen bekommen. Die ersten Monate der Pandemie seien vor allem in den Alten- und Pflegeheimen schwierig gewesen, nach einem koordinierten Eingreifen im ganzen Land habe sich die Situation jedoch deutlich gebessert, informierte Tillieux. Auch in Belgien habe man in den letzten Wochen zahlreiche Öffnungsschritte gesetzt, Homeoffice sei jedoch weiterhin die Regel.

In Bezug auf den „Grünen Paß" betonte die Präsidentin der belgischen Abgeordnetenkammer, daß auch Belgien weitere Erleichterungen forcieren wolle, der Premierminister werde dazu in Kürze die belgische Position erläutern. Tillieux erwähnte zudem, daß es in der belgischen Gesellschaft eine Debatte gebe, in wie weit es bei der Einführung des „Grünen Passes" zur Diskriminierung von nicht geimpften Personen komme.

Ebenfalls Gesprächsthema war die coronabedingte Änderung der Arbeitsweise in beiden Parlamenten. Sobotka informierte über die Einführung von Abstandsregeln und der Maskenpflicht im Hohen Haus. In Belgien habe man die Teilnahme an Ausschußsitzungen aus der Ferne ermöglicht, auch bei Plenarsitzen seien prinzipiell Fernabstimmungen möglich, erläuterte seine Amtskollegin. Zudem könnten pandemiebedingt nur maximal 39 der 150 Abgeordneten zugleich im Plenarsaal anwesend sein.

Auch debattierten die beiden Parlamentspräsidenten über die Rolle Belgiens als Hauptstandort der europäischen Covid-19-Impfstoffproduktion. Tillieux erläuterte dazu, daß belgische Gesetze novelliert wurden, um den Export von Covid-19-Impfstoffen aus belgischen Werken mit zeitgemäßen Gesetzen regulieren zu können. Sobotka dankte Tillieux, daß Belgien einen verläßlichen juristischen Rahmen für die Impfstoffproduktion und den Impfstoffexport gewährleiste und damit einen wesentlichen Beitrag zur Impfstoffversorgung aller EU-Mitgliedsstaaten liefere.

Sobotka zu EU-Erweiterungsprozeß: „Kein Verständnis für Veto Bulgariens"

Was den EU-Erweiterungsprozeß mit den Westbalkanländern betrifft, stellte Sobotka fest, daß er kein Verständnis für das angedrohte Veto Bulgariens zur Aufnahme Nordmazedoniens habe. Es gehe darum, den Ländern des Westbalkans positive Beitrittssignale zu senden, sonst drohe Europa, seinen Einfluß in dieser Region zu verlieren. Der Nationalratspräsident verwies in diesem Zusammenhang etwa auf die „Impfdiplomatie" Rußlands und Chinas. Der Westbalkan stelle eine Schwerpunktregion Österreichs und des Parlaments im Sinne einer Heranführung an die EU dar, so der Nationalratspräsident. Er nannte etwa das Westbalkan-Stipendienprogramm für ParlamentsmitarbeiterInnen, aber auch die Implementierung der Demokratiewerkstatt in Albanien, Nordmazedonien, dem Kosovo und Montenegro als Beispiele für Kooperationen. Auch Belgien sei für den EU-Beitritt der Länder des Westbalkans, es gebe jedoch aus ihrer Sicht noch große Anstrengungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Europäischen Werte zu erfüllen, unterstrich Eliane Tillieux.

Entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus nötig

Große Übereinstimmung orteten beide PräsidentInnen hinsichtlich der Notwendigkeit, entschlossen gegen Antisemitismus vorgehen zu müssen. Österreich habe aufgrund seiner Geschichte hier eine besondere Rolle, betonte der Nationalratspräsident. Sobotka lud das belgische Parlament ein, im nächsten Jahr Teil der weltweiten Gedenkkampagne „We-Remember"-Kampagne zu werden, um ein klares Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Die Erinnerungskultur liege auch ihr sehr am Herzen, da es immer noch „offene Wunden" in der Gesellschaft gebe, so Tillieux.

Ein weiterer Gesprächspunkt war das Thema der Sicherheit in und rund um Parlamentsgebäude. Beide GesprächspartnerInnen orteten ein erhöhtes Sicherheitsrisiko, auch ausgelöst durch die coronabedingte Zunahme und Vermischung von radikalen Positionen. Das österreichische Parlament wolle auch deshalb die Parlamentssicherheit auf neue Beine stellen, wobei Sobotka auf ein Abkommen des Parlaments mit dem Innenministerium verwies. In Belgien habe sich die Kombination aus verstärkten Kontrollen durch die Militärpolizei bei den Eingängen sowie das System der „neutralen Zone", mit einem Demonstrationsverbot rund um das Parlamentsgebäude, bewährt, informierte Tillieux. ■

Österreich, Europa und die Welt

Ungarn

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf am 1. Juni in Budapest mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, dem Präsidenten der ungarischen Nationalversammlung László Kövér und dem Staatspräsidenten János Áder zusammen. Zum Abschluß des Besuches tauschte sich Sobotka mit András Heisler, dem Präsidenten des Zentralverbands der Jüdischen Gemeinden Ungarns, aus.

Die Corona-Pandemie stand im Mittelpunkt der Gespräche

Im Zentrum der Gespräche mit Ministerpräsident Orbán, Parlamentspräsident Kövér und Staatspräsident Áder stand die Covid-19-Pandemie. Sobotka thematisierte etwa den „Grünen Paß“ und den Impffortschritt in den beiden Ländern. Mit seinem Amtskollegen Kövér sprach er zudem über Schutzmaßnahmen und den Umgang mit der Pandemie in den Parlamenten.

Im Zusammenhang mit Covid-19 war auch ein EU-Beitritt der Westbalkanstaaten Thema. Sobotka zeigte sich überzeugt, daß die EU auch in Zeiten der Corona-Krise der wichtigste Partner für die Region sei. Eine konstruktive Erweiterungspolitik sei im gemeinsamen strategischen Interesse der EU, sagte der Nationalratspräsident. „Ohne Stabilität am Westbalkan kann es keine Stabilität in Europa geben“, so Sobotka. Er äußerte gegenüber der ungarischen Staatsspitze in diesem Zusammenhang das Anliegen, den Beitrittsprozeß für Albanien und Nordmazedonien zu unterstützen.

Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU

Der Nationalratspräsident sprach mit Orbán, Kövér und Áder auch über das Wiederaufbauprogramm „NextGenerationEU“ und über die Schwerpunkte, die die beiden Länder im Rahmen dieses Instruments setzen. „Zentraler Grundpfeiler in der Europäischen Union muß – auch beim Einsatz von EU-Mitteln – die Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sein“, so Sobotka. Auch betonte er, daß der Umgang mit der österreichischen Journalistin Franziska Tschinderle in den ungarischen Staatsmedien nicht akzeptabel sei.

Konferenz zur Zukunft Europas

Mit seinem Amtskollegen Kövér tauschte sich Sobotka über die Konferenz zur Zukunft Europas aus. Er nutzte die Gelegenheit zudem, um auf die IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien am 7. und

Foto: Parlamentsdirektion / Kerekes Zoltan

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) traf Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán,

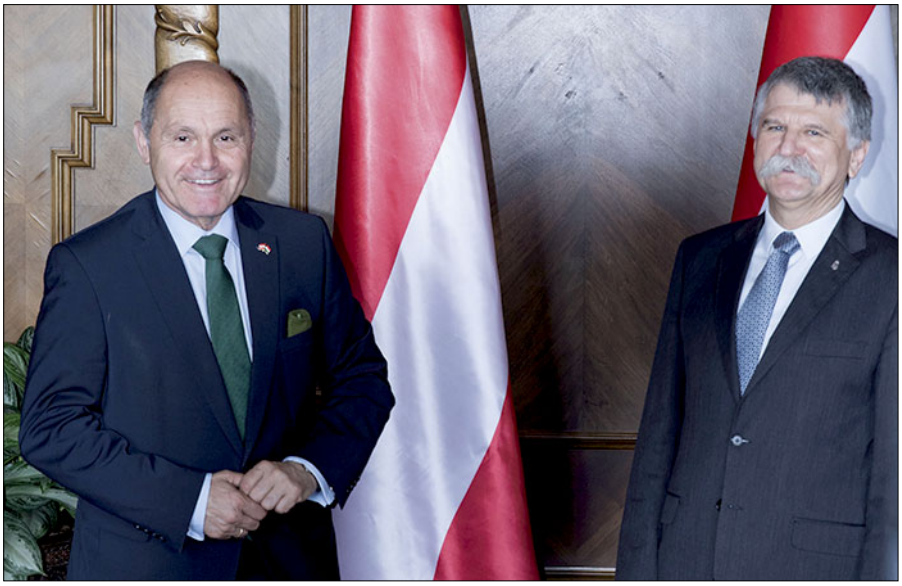


Foto: Parlamentsdirektion / Kerekes Zoltan

… den Präsidenten der Ungarischen Nationalversammlung László Kövér,

Foto: Parlamentsdirektion / Kerekes Zoltan

… Ungarns Staatspräsidenten János Áder,

Österreich, Europa und die Welt

8. September 2021 aufmerksam zu machen und über weitere Möglichkeiten der interparlamentarischen Kooperation zu sprechen.

Im Rahmen seines Besuchs besichtigte der Nationalratspräsident auch eine vor kurzem renovierte Synagoge in der Budapester Innenstadt und sprach mit András Heisler, dem Präsidenten des Zentralverbands der Jüdischen Gemeinden Ungarns. ■

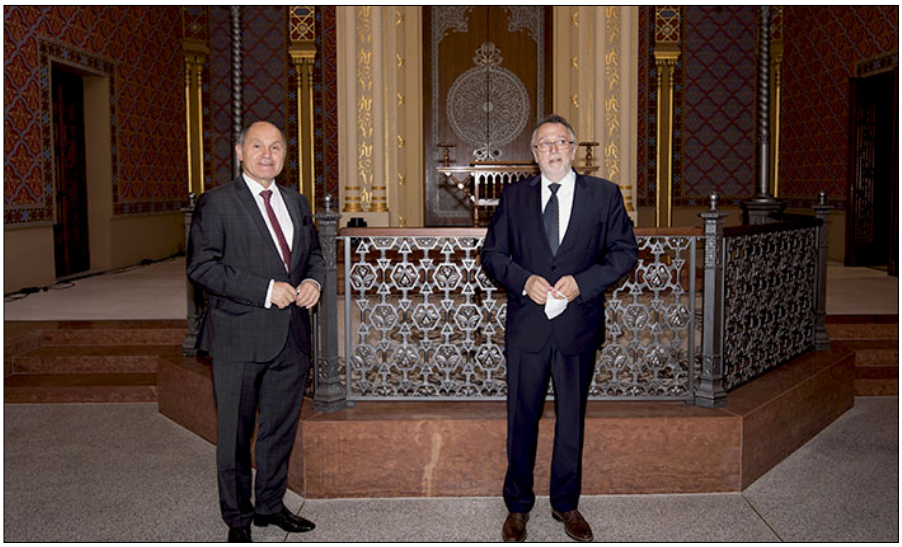


Foto: Parlamentsdirektion / Kerekes Zoltan

… und den Präsidenten des Zentralverband der Jüdischen Gemeinden Ungarns, András Heisler, in der Synagoge in der Rumbach Sebestyén Straße

Bundesratspräsident Buchmann zu Besuch in Rom

Bundesratspräsident Christian Buchmann beendete am 10. Juni seinen zweitägigen Besuch in Rom. Mit den VizepräsidentInnen Doris Hahn und Peter Raggl traf Buchmann zu Beginn zu einem kurzen Informationsaustausch mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesministerin Karoline Edtstadler zusammen.

Am 9. Juni nahm das Präsidium des Bundesrates zunächst an der Audienz mit Papst Franziskus im Damasushof teil. Buchmann übermittelte dabei die Grüße und besten Wünsche der österreichischen Bundesländer und des Bundesrates.

Anschließend traf das Präsidium der österreichischen Länderkammer im Palazzo Madama mit der Präsidentin des italienischen Senats, Maria Elisabetta Alberti Casellati, zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Im Zentrum stand dabei die Konferenz zur Zukunft Europas. Buchmann betonte dabei, daß Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in Europa noch zu wenig gelebt würden. „Europa ist noch nicht in den Herzen der Menschen angekommen, wir müssen daher die Chance nutzen, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Weiterentwicklung der Europäischen Union, gerade am westlichen Balkan, zu sprechen." Die PräsidentInnen der beiden Kammern stimmten darin überein, daß am Ende der Konferenz eine Stärkung des gemeinsamen Europas stehen sollte.

Zur Sprache kam auch die Situation beider Länder in der Covid-19-Pandemie, insbesondere der Jugendlichen und Frauen, die besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt waren. Das Präsidium des Bundesrates brachte zudem zum Ausdruck, daß man auf einen raschen Abbau der pandemiebedingten Hürden an der Brenner-Grenze hoffe. Mit seiner Amtskollegin tauschte sich Buchmann auch über den Aufbau- und Resilienzplan aus. Senatspräsidentin Alberti Casellati hob in diesem Zusammenhang die anstehenden Strukturreformen in Italien hinsichtlich Digitalisierung und Ökologisierung hervor. Der Bundesratspräsident brachte seine Überzeugung

© Vatican Media

Bundesratspräsident Christian Buchmann nach der Audienz bei Papst Franziskus im Vatikan

Foto: Parlamentskorrespondenz / Parioli Fotografia

v.l.: BR-Vizepräsidentin Doris Hahn, BR-Präsident Christian Buchmann, die Präsidentin des Italienischen Senats, Maria Elisabetta Alberti Casellati, und BR-Vizepräsident Peter Raggl

Foto: Parlamentskorrespondenz / Parioli Fotografia

Der Präsident der Italienischen Abgeordnetenkammer, Roberto Fico (Mitte r.), und Bundesratspräsident Christian Buchmann (Mitte l.)

zum Ausdruck, „daß die Menschen unbedingt mitgenommen werden müssen, damit die Programme des Recovery Funds ihr Ziel erreichen".

Am 10. Juni traf das Präsidium des Bundesrates im Palazzo Montecitorio mit Roberto Fico, dem Präsidenten der Italienischen Abgeordnetenkammer zusammen. Zur Sprache kam dabei zunächst die Situation beider Staaten in der anhaltenden Covid-19-Pandemie und der erste Plenartag zur Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg am 19. Juni. Buchmann brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß am Ende der Zukunftskonferenz „daraus der Föderalismus gestärkt hervorgeht, damit etwas für die Menschen in den Regionen, Städten und Gemeinden spürbar wird".

Präsident Fico thematisierte die Probleme, die die anhaltende Pandemie insbesondere für Jugendliche und Frauen mit sich gebracht hätte. Zwar hätten die pandemiebedingten Maßnahmen zu einem Digitalisierungsschub in Italien geführt, aber gerade in den Familien und besonders für Frauen wären die Belastungen besonders hoch gewesen.

Thema des Austausches waren auch die Belastungen der Tiroler Bevölkerung durch

Foto: Parlamentskorrespondenz / Parioli Fotografia

v.r.: BR-Vizepräsidentin Doris Hahn, BR-Präsident Christian Buchmann, der Präsident der Italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico und BR-Vizepräsident Peter Raggl

die verkehrsbedingten Emissionen beim Brenner Basistunnel und das Wiederanlaufen des Tourismus in den beiden Ländern. Zum Schluß informierte Fico das Bunderatspräsidium über das Zusammenspiel der beiden Kammern des italienischen Parlaments, die mit gleichen Rechten in der Verfassung ausgestattet sind und die Umsetzung der Verfassungsreform zur Verkleinerung der Anzahl der Abgeordneten der beiden Kammern. Bunderatspräsident Buchmann gratulierte dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer „zu diesem System des perfekten Bi-Kammeralismus". ■

Österreich, Europa und die Welt

Serbischer Parlamentspräsident Dačić zu Besuch im Parlament

Ivica Dačić, Präsident der serbischen Nationalversammlung, traf am 11. Juni im Rahmen seines Besuchs in Wien mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsident Christian Buchmann zusammen. Im Zentrum der Gespräche standen die Corona-Pandemie, eine EU-Erweiterung um Staaten des Westbalkans und die parlamentarische Kooperation. Der Nationalratspräsident zeigte sich erfreut über den Besuch seines serbischen Amtskollegen. Die Länder seien eng verbunden, betonten beide Parlamentspräsidenten.

Sobotka sprach mit Dačić über aktuelle Entwicklungen in der Pandemie. Er thematisierte etwa den „Grünen Paß", der zentral für die Reisefreiheit sein werde. Neben Öffnungsschritten in beiden Ländern tauschten sich die Parlamentspräsidenten auch über Fortschritte beim Impfen aus. Dačić setzte sich insbesondere für eine Lösung in der Frage der Anerkennung von Impfungen mit dem russischen oder dem chinesischen Impfstoff ein. Auch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise waren Thema im Gespräch.

Möglicher EU-Beitritt Serbiens

Mit Blick auf einen möglichen EU-Beitritt Serbiens tauschte sich Sobotka mit seinem Amtskollegen über notwendige Reformen und andere Schritte auf dem Weg zur EU aus. Er betonte, daß es keine Stabilität in Europa geben könne ohne Stabilität am Westbalkan und versicherte, daß Österreich aufgrund der engen Verbundenheit größtes Interesse an der europäischen Integration der Region habe.

Sobotka thematisierte außerdem die Zusammenarbeit der Parlamente, etwa im Rahmen des Westbalkan-Stipendienprogramms. Beide Parlamentspräsidenten zeigten sich erfreut über den Austausch. Mehr Gelegenheit für parlamentarischen Austausch wird es zudem bei der IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen Anfang September in Wien geben.

Auch mit Bundesratspräsident Christian Buchmann sprach Dačić über die parlamentarischen Beziehungen. Beide betonten, wie wichtig der bilaterale Austausch sei, nicht zuletzt, weil viele Menschen aus Serbien in Österreich leben. Neben der Covid-19-Pandemie stand auch hier die europäische Integration im Fokus des Gesprächs. Buchmann versicherte die Unterstützung durch Österreich, insbesondere bei verwaltungstechnischen Fragen im Beitrittsprozeß.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) mit dem serbischen Parlamentspräsidenten Ivica Dačić bei dessen Gästebucheintrag

Virtueller Austausch mit kanadischem Parlamentspräsidenten Anthony Rota

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf am 15. Juni per Videokonferenz mit dem Speaker (Präsidenten) des Unterhauses des kanadischen Parlaments, Anthony Rota, zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Themen waren unter anderem die Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf parlamentarischer Ebene sowie die Erfahrungen mit der internationalen Kooperation von Parlamenten. In diesem Zusammenhang wurde auch die IPU-Weltkonferenz im kommenden September in Wien angesprochen. Sobotka und Rota tauschten auch ihre Erfahrungen mit der COVID-19-Krise und den Parlamentssanierungen in Wien und Ottawa aus.

Die beiden Parlamentspräsidenten thematisierten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie unter anderem die Frage der Akzeptanz der Corona-Maßnahmen in der Bevölkerung und zogen einen Vergleich des Stands der Impfkampagnen in beiden Ländern. Sobotka wies darauf hin, daß Österreich als Tourismusland starkes Interesse an allen Regelungen hat, die wieder internationale Mobilität und Reisen erlauben. Vor allem die Impfungen würden die Hoffnung auf eine baldige weitgehende Normalisierung bestärken. Rota berichtete, daß Kanada nach Anlaufschwierigkeiten mit den Impfstoffen nun davon ausgehe, bis Mitte August bis zu 75 Prozent der impfbaren Bevölkerung immunisiert zu haben. Er teilte mit Sobotka die Auffassung, daß ein international einheitlicher Impfnachweis wünschenswert

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, am Bildschirm der kanadische Parlamentspräsident Anthony Rota

wäre, um wieder Reisetätigkeit zu ermöglichen.

Öffnung und Demokratievermittlung als Herausforderungen für Parlamente

Sobotka und Rota verglichen auch die Erfahrungen mit den umfangreichen Sanierungen der historischen Parlamentsgebäude, die derzeit in Wien und auch in Ottawa stattfinden. Dabei zeigten sich ähnliche Herausforderungen, da es in beiden Fällen nicht nur um die Renovierung und technische Adaptierung der Gebäude geht. Diese sollen auch für die Bevölkerung geöffnet und zu Orten der Demokratievermittlung werden. Das sei angesichts der Tatsache, daß die Demokratie vielfach unter Druck gerate, von großer Bedeutung, waren sich beide einig.

Internationale Kooperation von Parlamenten und IPU-Weltkonferenz

Ein Schwerpunkt des Gesprächs waren Erfahrungen mit dem parlamentarischen Austausch und der Kooperation von Parlamenten. Die beiden Amtskollegen stimmten überein, daß die Erfahrungen der Pandemie genützt werden sollten und das Instrument der Videokonferenzen einen raschen Austausch ermögliche. Die direkte Begegnung sei jedoch nicht zu ersetzen.

Rota bekundete in diesem Zusammenhang auch sein Interesse an der von 6. bis 8. September 2021 stattfindenden 5. IPU-Weltkonferenz der ParlamentspräsidentInnen in Wien. Sobotka betonte, er hoffe, Rota dazu persönlich begrüßen zu können. Er sei zuversichtlich, daß die Entwicklung der Pandemie bis Herbst jedenfalls ein physisches Treffen der ParlamentspräsidentInnen erlauben werde, selbstverständlich unter Beachtung aller Sicherheitsmaßnahmen.

Gespräch mit dem montenegrinischen Premierminister Krivokapić

Im Rahmen seines Besuchs in Österreich traf der montenegrinische Premierminister Zdravko Krivokapić am 15. Juni im Parlament mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zusammen. Zentrale Gesprächsthemen waren neben der Corona-Situation der Westbalkan und EU-Erweiterung sowie die parlamentarische Kooperation der beiden Länder, die Demokratiewerkstatt und die 5. IPU-Weltkonferenz in Wien.

Corona: Impfsituation und Ausblick auf Sommertourismus

Nationalratspräsident Sobotka thematisierte die Corona-Impfsituation, die sich auch im Hinblick auf „Österreich als Tourismusland“ hier gut entwickelt habe. Premierminister Krivokapić dankte in diesem Zusammenhang für die vorbehaltlose Unterstützung Österreichs, was Impfstoffe betrifft. Bei der Regierungsbildung im Dezember sei er mit hohen Infektionszahlen im Land vor einer großen Herausforderung gestanden.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) und der Montenegrinische Premierminister Zdravko Krivokapić bei der Begrüßung in Wien

Mittlerweile seien aber 60 Prozent der Bevölkerung in Montenegro entweder geimpft oder eben genesen, sieht Krivokapić sein Land als stabile Tourismusdestination für den Sommer. Die Branche stelle 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dar, betonte er. Der Corona-Krise habe man mit Maßnahmenpaketen gegengesteuert, zudem seien gleich nach der Regierungsbildung Anleihen auf den Markt gebracht worden, um nachhaltig Löhne und Pensionen auszubezahlen.

Krivokapić: Schlüsselwort des Balkans ist Aussöhnung

Nationalratspräsident Sobotka interessierte sich im Gespräch für die Situation am Westbalkan, etwa was den Stand des sogenannten Belgrad-Priština-Dialogs betrifft. Thema war dabei auch die internationale Dimension etwa zwischen Rußland und China zu Montenegro als NATO-Mitglied. Österreich sei sehr daran gelegen, dem Westbalkan eine europäische Perspektive zu geben, so Sobotka.

Krivokapić betonte, für ihn sei Aussöhnung das Schlüsselwort des Balkans. Der Blick richte sich aber oft in die Vergangenheit, was es schwer mache, in die Zukunft zu blicken. Die grundsätzliche Frage sei, ob das Wort Versöhnung ausreiche, oder ob es eine Konfrontation mit der Vergangenheit geben müsse.

Krivokapić sieht durchaus die Chance, wie er sagte, wenn man sich dem Weg in die EU aufmerksam widme, daß Montenegro das nächste EU-Mitglied werden könnte. Er sei jedenfalls 100 Prozent „committed“ *(verpflichtet)* für diesen Weg.

Parlamentarische Kooperation, Demokratiewerkstatt, IPU

Für die lange Beziehung und die Gemeinsamkeiten von Montenegro und Österreich sei auch weiterhin die parlamentarische Kooperation ein wesentlicher Punkt, unterstrich Nationalratspräsident Sobotka etwa im Hinblick auf die parlamentarische Freundschaftsgruppe. Auch für die Demokratiewerkstatt in Montenegro sei man Pate gestanden, um Menschen schon früh dazu zu bringen, sich mit Demokratie zu beschäftigen.

Sobotka hofft, auch im Rahmen der 5. IPU-Weltkonferenz weitere Gemeinsamkeiten für den Westbalkan und dessen Weg nach Europa zu finden. Denn diesen Weg halte er aus sicherheitspolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Gründen für wichtig und notwendig. ■

https://www.parlament.gv.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Aus dem Bundeskanzleramt

Trotz Corona macht sich jeder Zweite Sorgen über die Integration

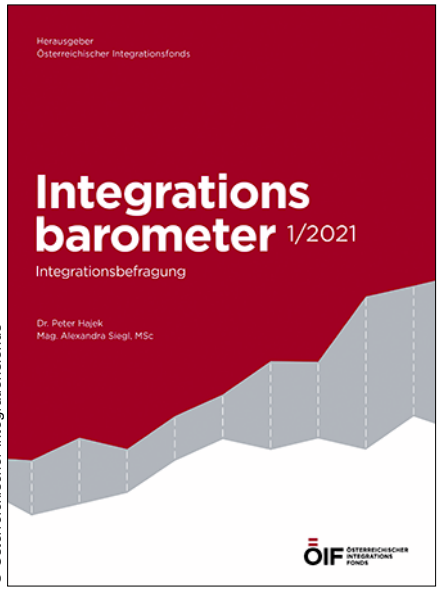
Die Corona-Pandemie hat große Auswirkungen auf die Integration, die ganz klar vom persönlichen Kontakt zwischen Einheimischen und Zuwanderinnen und Zuwanderern lebt. Seit rund einem Jahr fehlen diese Begegnungen aufgrund der notwendigen Einschränkungen. Die Folge davon ist vielfach der Rückzug in die Communitys und in die Familien aus den Herkunftsländern. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten wird vonseiten der Regierung alles getan, damit integrationsfördernde Maßnahmen weiterhin so gut wie möglich online beziehungsweise mit strengen Schutzmaßnahmen stattfinden können und die Menschen daran auch teilnehmen“, hielt Integrationsministerin Susanne Raab am 15. April bei der Präsentation des „Integrationsbarometers 2021“ gemeinsam mit Meinungsforscher Peter Hajek fest. Der Integrationsmonitor im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖOF) basiert auf Online- und telefonischen Befragungen im Februar 2021. Befragt wurden 1.000 Personen ab 16 Jahren.

Foto: BKA / Christopher Dunker

Am 15. April lud Bundesministerin Susanne Raab (l.) zu einem Pressegespräch zum Thema „Integrationsbarometer 2021“ – im Bild mit Meinungsforscher Peter Hajek

Etablierung des Ehrenamts als vierte Säule der Integration

Sobald es die Corona-Situation wieder erlaube, sollten Zuwanderinnen und Zuwanderer ihre Integration wieder aktiv in die Hand nehmen und die bestehenden Angebote nutzen. Die umfassenden Kursmaßnahmen und Programme würden so bald wie möglich wieder hochgefahren, die Integrationsmaßnahmen zudem weiter ausgebaut, so Raab. So werde die Dauer der für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte verpflichtenden Werte- und Orientierungskurse zumindest verdoppelt, von bisher acht Stunden auf mindestens 16 Stunden.



© Österreichischer Integrationsfonds

Weiters wird neben der gesellschaftlichen und sprachlichen Integration sowie der Integration auf dem Arbeitsmarkt ehrenamtliches Engagement von Zuwanderinnen und Zuwanderern als vierte Säule der Integration etabliert.

Stärkung von Frauen und Mädchen als Schwerpunkt in der Integrationsarbeit

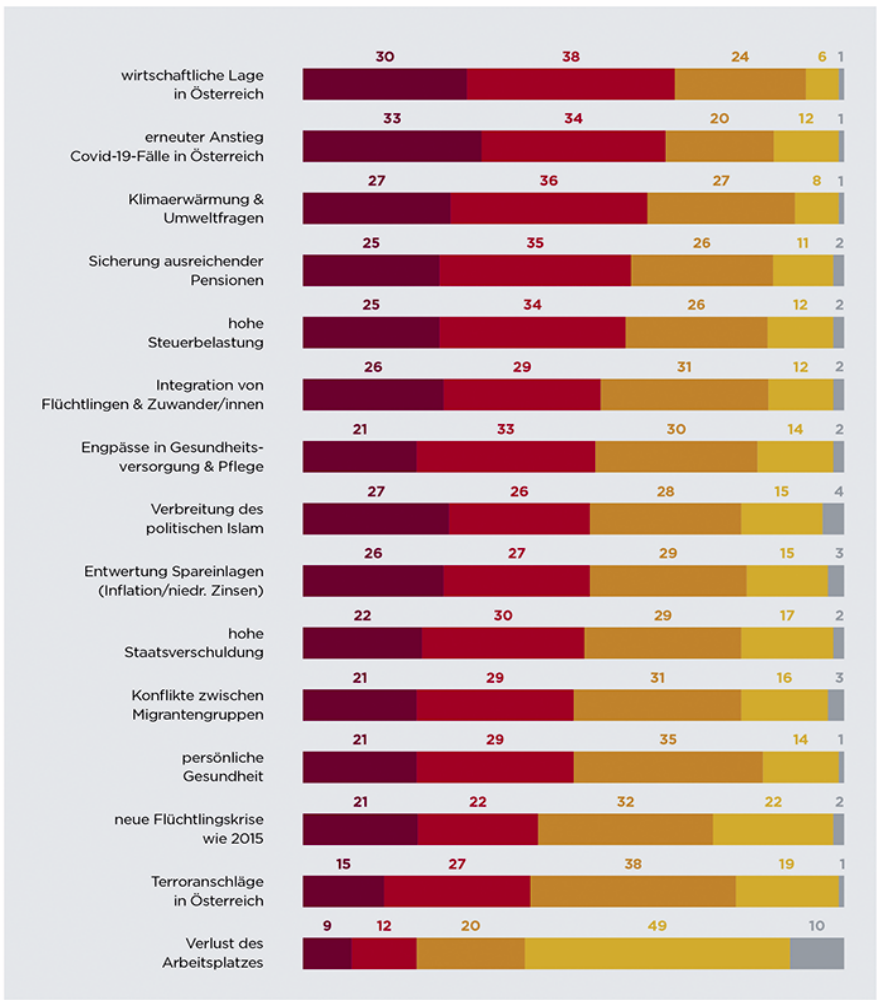
Probleme im Zusammenleben werden laut Integrationsbarometer vor allem in der Einstellung gegenüber Frauen wahrgenommen: 53 Prozent der Befragten nehmen veraltete, patriarchal geprägte Rollenbilder wahr. Dazu kommen kulturbedingte Gewaltformen wie weibliche Genitalverstümmelung (FGM) und Zwangsheirat bis hin zu „Ehrenmorden“, von denen überwiegend Frauen mit Migrationshintergrund betroffen sind. „Ein Schwerpunkt in der Integrationsarbeit wird daher auf der Stärkung von Frauen und Mädchen liegen, damit sie selbstbestimmt und wirtschaftlich unabhängig leben können“, so die Bundesministerin. Ergänzt werde das durch zahlreiche präventive Maßnahmen im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie durch Aufklärungsarbeit zu kulturell bedingten Gewaltformen.

Intensivierung des Kampfs gegen Parallelgesellschaften und den politischen Islam

Laut Integrationsbarometer hat sich das Sicherheitsgefühl gegenüber dem Vorjahr signifikant verschlechtert. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf den islamistisch motivierten Terrorakt im November 2020 in Wien sowie auf die Randale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Silvesternacht. Mehr als jeder vierte Befragte hat Sorge vor der Verbreitung des politischen Islam (27 Prozent „sehr oft“, 26 Prozent „öfter“), fast jeder Zweite (45 Prozent) nennt den politischen Islam und die Radikalisierung als größte Sorge im Zusammenleben mit ZuwanderInnen sowie Flüchtlingen. Der Kampf gegen diese gefährlichen Tendenzen muß daher konsequent weitergeführt werden: mit der Arbeit der Dokumentationsstelle politischer Islam, dem Anti-Terror-Paket oder auch mit Schulungsangeboten.

„Das Integrationsbarometer ist ein spannender Seismograf, der unter anderem aufzeigt, wie wichtig unser Kampf gegen den politischen Islam und religiös motivierten Extremismus ist. Wir werden hier auch weiterhin wachsam bleiben und neben dem bereits bestehenden vielfältigen Maßnahmenbündel auch weitere setzen“, so die Integrationsministerin abschließend.

Österreich, Europa und die Welt



© Österreichischer Integrationsfonds

Zentrale Ergebnisse

- Ein erneuter Anstieg der Covid-19-Fälle und die wirtschaftliche Lage durch die Corona-Krise sind derzeit die größten Sorgen der ÖsterreicherInnen. Migrationsthemen sind im Vergleich dazu etwas weniger wichtig. Am meisten Bedeutung im Bereich Migration hat das Thema politischer Islam.
- 45 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, daß MigrantInnen in ihren systemrelevanten Berufen einen beachtlichen Anteil zur Bewältigung der Corona-Pandemiegeleistet haben.
- Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen hat sich im Vergleich zur letzten Umfragewelle im August 2020 signifikant verschlechtert. Hier spielt nicht nur der Terroranschlag, sondern auch die Verunsicherung aufgrund der Corona-Krise eine tragende Rolle.
- Das Zusammenleben mit MigrantInnen, die man aus Arbeit, Schule, Nachbarschaft oder Freundeskreis persönlich kennt, wird mehrheitlich positiv bewertet. Hat man bei ZuwanderInnen jedoch kein bekanntes Gesicht, sondern eine anonyme Gruppe vor Augen, fällt die Bewertung negativer aus. So findet das Zusammenlebenmit MigrantInnen im Allgemeinen in der Arbeit oder in Geschäften zwar noch eine Mehrheit positiv, in der Schule, im Wohnviertel und im öffentlichen Raum wird es jedoch mehrheitlich negativ wahrgenommen.
- Als Probleme im Zusammenleben werden vor allem kulturelle Unterschiede, die Einstellung gegenüber Frauen und die Integrationsbereitschaft gesehen. Die Wahrnehmung des politischen
- Islam als ein Problem ist vermutlich vor dem Hintergrund des Terroranschlags im Vergleich zum August um 11 Prozentpunkte angestiegen.
- Die Wahrnehmung von Parallelgesellschaften hat sich verstärkt. Diese werden vor allem im öffentlichen Raum und im Wohnviertel geortet. Diese werden vor allem im öffentlichen Raum und im Wohnviertel geortet, weniger dagegen in Geschäfts- und Einkaufsvierteln oder der Arbeit.
- In Bezug auf die Vorschläge zum Thema Migration und Integration steht die Bevölkerung vor allem berufsspezifischen Sprachkursen, einer integrationsfördernden Ausrichtung des islamischen Religionsunterrichts und der Kontrolle islamischer ReligionslehrerInnen durch den österreichischen Staat positiv gegenüber.
- Für stärkere Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung, eine stärkere Einbindung der Eltern in die Bildung ihrer Kinder und eine Ausbildung von MigrantInnen in Mangelberufen finden sich breite Mehrheiten.

Über den ÖIF

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) ist ein Fonds der Republik Österreich und ein Partner des Bundes in der Integrationsförderung.

- In seiner Tätigkeit richtet sich der ÖIF an Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Drittstaatsangehörige
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Institutionen, Organisationen und MultiplikatorInnen im Integrations-, Sozial- und Bildungsbereich
- Die österreichische Gesellschaft

Gründung & Aufgaben

Der ÖIF wurde 1960 vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR und vom Bundesministerium für Inneres (BM.I) unter dem Namen „Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen“ gegründet. Die Ungarn-Krise des Jahres 1956 und die damit verbundene Flüchtlingswelle hatte deutlich gemacht, daß Österreich zur Betreuung von Flüchtlingen einen entsprechenden institutionellen Rahmen braucht. Nach seiner Ausgliederung aus dem BM.I im Jahr 1991 markierte das Jahr 2002 einen Meilenstein in der Geschichte des ÖIF. Das Leistungsprofil des ÖIF wurde ab diesem Zeitpunkt gezielt ausgeweitet und der ÖIF zeichnet seitdem für die Umsetzung der Integrationsvereinbarung mitverantwortlich. In diesem Rahmen wickelt der ÖIF österreichweit Deutschprüfungen auf verschiedenen Sprachniveaus ab und evaluiert Deutsch-Integrationskurse zur laufenden Qualitätssicherung. ■

https://www.integrationsfonds.at/

Nordmazedonien ist für Österreich eine Chancenregion

„Aus österreichischer Sicht ist es wichtig, glaubhafte und konkrete Fortschritte in der Region des Westbalkans zu erzielen. Nordmazedonien ist ein Musterschüler vor dem Hintergrund des Beitrittsprozesses“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 15. April nach dem Arbeitsbesuch des Vize-Premierministers für europäische Angelegenheiten der Republik Nordmazedonien, Nikola Dimitrov. „Für Österreich ist der Westbalkan eine Chancenregion. Uns verbinden historische Wurzeln, wirtschaftliche Möglichkeiten. Unsere Unternehmen vor Ort bringen eine entsprechende Wertschöpfung. Nordmazedonien ist aber auch ein wichtiger Sicherheitsknotenpunkt.“

Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 15. April empfing Bundesministerin Karoline Edtstadler den Außenminister der Republik Nordmazedonien Nikola Dimitrov zu einem Arbeitsgespräch.

Westbalkan als Partner bei Pandemiebekämpfung und Migration

„Der Westbalkan ist gerade auch bei der Bekämpfung der Pandemie eine Partnerregion. Österreich hat eine wichtige Koordinierungsfunktion bei der COVAX-Fazilität“, so die Europaministerin. „Im Bereich der Migration ist Nordmazedonien ein wichtiger Partner. Wenn wir die illegale Migration stoppen wollen, müssen wir eng mit dem Nachbarstaat Griechenlands kooperieren. Die Westbalkanroute ist eine Hauptroute von illegaler Migration“, sagte Edtstadler.

Mit dem Westbalkan Erfolgsgeschichte der EU-Integration fortschreiben

An den portugiesischen EU-Ratsvorsitz appelliere man bezüglich der Finalisierung des Verhandlungsrahmens für die erste Beitrittskonferenz: „Nordmazedonien hat als vorbildlicher Kandidat für einen EU-Beitritt wichtige Schritte unternommen. Ich fordere daher auch Bulgarien auf, seine Blockade jetzt aufzugeben.“ Man wolle den Westbalkan in die Überlegungen der Zukunftskonferenz einbeziehen, die nun endlich starten könne. „Das ist wesentlich, denn diese Region gehört zu Europa. Setzen wir unsere Energie hier ein, um die Erfolgsgeschichte einer Integration der Westbalkan-Staaten fortzuschreiben“, forderte die Europaministerin abschließend. ■

Europaministerin lud zur »Europa-Sprechstunde«

Mein Ziel ist es, Europa näher zu den Bürgerinnen und Bürgern zu bringen. Daher ist mir der Austausch mit den Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäten ein besonderes Anliegen. Sie sind gerade bei EU-Themen wichtige Bindeglieder zwischen der europäischen und nationalen Ebene einerseits sowie der regionalen und lokalen Ebene andererseits“, betonte Europaministerin Karoline Edtstadler zum Auftakt des neuen Formats der „Europa-Sprechstunde“ am 14. April. Künftig soll dieser persönliche, informelle Austausch zwischen der Europaministerin mit den Europa-GemeinderätInnen regelmäßig einmal pro Monat stattfinden, vorerst aufgrund der Covid-19-Pandemie in virtueller Form.

„Ich freue mich darüber, daß die EU-Zukunftskonferenz am 9. Mai endlich starten wird. In Österreich habe ich diesen Diskussionsprozeß bereits im Juni 2020 begonnen, denn vor allem die Debatte über die Lehren aus der Coronavirus-Krise kann nicht auf

Foto: BKA

Europaministerin Karoline Edtstadler

sich warten lassen. In den nächsten Monaten gilt es, noch intensiver mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Sorgen, Anregungen und auch ihre Kritik in Bezug auf die Europäische Union zu diskutieren. Dabei spielen die Europa-Gemeinderätinnen und -räte eine besonders wichtige Rolle“, betonte sie.

Der Auftakt der Konferenz über die Zukunft Europas hat sich Pandemie-bedingt um ein Jahr verzögert. Mit 19. April ging eine von den EU-Institutionen eingerichtete Plattform online, auf der die EuropäerInnen über zehn wichtige Themenbereiche diskutieren, Veranstaltungen organisieren oder an diesen teilnehmen können. „Parallel dazu entwickeln wir in Österreich eine eigene Website und eigene Pakete zur Unterstützung all jener, die sich in die EU-Zukunftskonferenz einbringen möchten“, verwies die Europaministerin auf den geplanten Online-Auftritt.

„Es ist mir ein besonderes Anliegen, daß die Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte mit spezifischen Informationen, Leitfäden und Tipps bestmöglich unterstützt werden, damit sie selbst, aber auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sich aktiv an der EU-Zukunftskonferenz beteiligen.“

Thema Nummer 1 in der Diskussion war die Verteilung der Covid-19-Impfstoffe innerhalb der EU: „Ohne die österreichische Initiative wäre das Ungleichgewicht bei der Impfstoffverteilung noch größer geworden. Der hartnäckige Einsatz von Bundeskanzler Sebastian Kurz auf europäischer Ebene hat sich ausgezahlt."

Auch am geplanten „digitalen grünen Zertifikat" als Nachweis für Geimpfte, Genesene und Getestete zeigten die Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte großes Interesse, stellt dieses doch einen entscheidenden Schritt in Richtung Wiederherstellung der Mobilität und Normalität in der EU dar – besonders wichtig für die heimische Wirtschaft und den Tourismus in Österreich.

Hinsichtlich der EU-Erweiterung sei für Österreich aus Gründen der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Chancen die europäische Perspektive für die Westbalkan-Staaten von immenser Bedeutung, vor allem gegenüber der Präsenz anderer Mächte wie China, Russland oder der Türkei in der Region. In Bezug auf die Beziehungen der EU zur Türkei sei die Aufrechterhaltung der Dialogfähigkeit notwendig, allein aufgrund der geopolitischen Lage des Landes und seiner Rolle in der Migrationskrise. „Es muß jedoch ein Dialog auf Augenhöhe sein. Kritik gegenüber der Türkei müsse klar angesprochen werden", verwies Edtstadler etwa auf das jüngst angekündigte Ausscheiden des Landes aus dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) oder auf Vorfälle rund um die protokollarische Behandlung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem Besuch in Ankara (Sofagate). „Mit derartigen Schritten entfernt sich die Türkei immer weiter von einem EU-Beitritt."

Stärken der EU ausbauen und Lehren aus den Schwächen ziehen

„Wir nehmen vieles in der EU als selbstverständlich wahr, etwa Vorteile wie das grenzenlose Reisen. Die Coronavirus-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, welche negativen Auswirkungen es haben kann, wenn von heute auf morgen die bislang offenen Grenzbalken geschlossen werden, etwa für den Pendlerverkehr. Daher müssen wir uns über den Nutzen und die Vorteile der EU wieder stärker bewußt werden und diese auch klar kommunizieren." Die Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe etwa sei in sensationell schnellem Tempo erfolgt. „Gleichzeitig heißt dies aber nicht, daß wir berechtigte und differenzierte Kritik an der Union unterlassen sollten – ganz im Gegenteil. Die Pandemie hat die Schwächen der EU schonungslos offengelegt, etwa in der Abhängigkeit von Drittstaaten bei der Beschaffung von medizinisch notwendigen Gütern oder bei der Impfstoff-Verteilung innerhalb der EU. Diese Punkte müssen wir offen ansprechen und die Lehren daraus ziehen, vor allem im Kontext der EU-Zukunftskonferenz", unterstrich die Europaministerin.

„Mein Ziel ist es, daß es künftig in jeder österreichischen Gemeinde eine Europa-Gemeinderätin oder einen Europa-Gemeinderat gibt. Ich hoffe, Sie alle möglichst bald persönlich kennenzulernen", bekräftigte Edtstadler. Erfreulicherweise wächst deren Zahl aktuell über 1.200 stetig an. Das Netzwerk dient vor allem dazu, Wissen und Informationen an die Bevölkerung weiterzugeben und dort die Sichtbarkeit von EU-Themen und -Projekten zu erhöhen. Umgekehrt profitiert die Europaministerin über das Netzwerk von der direkten Wahrnehmung der EU-Stimmung in der österreichischen Bevölkerung. Denn, so Edtstadler: „Die EU ist nicht in Brüssel oder Straßburg. Sie ist dort, wo die Menschen Probleme haben und sich von der EU Lösungen erwarten." ■

https://www.eu-zukunftskonferenz.at/
https://www.europagemeinderaete.at/

Arbeitsgespräche in Madrid und Lissabon

Zur Bewältigung von Herausforderungen wie dem wirtschaftlichen Comeback, dem Kampf gegen Covid, der Koordination beim Wiederaufbau und einem gemeinsamen Plan für die Zukunft brauchen wir Allianzen innerhalb der Europäischen Union", betonte Europaministerin Karoline Edtstadler am 27. April nach ihrem Arbeitsgespräch mit dem spanischen Europa-Staatssekretär Juan González-Barba in Madrid. Spanien stelle dabei einen wichtigen Partner dar. Beide Seiten machten sich für die möglichst rasche Einführung des „Grünen Passes" stark: „Für Tourismusländer wie Spanien und Österreich ist dies von besonderer Bedeutung." Dieser Punkt sei auch bei einem Zusammentreffen mit Wirtschaftsministerin Nadia Calviño thematisiert worden.

„Stärken und Schwächen der Union wurden durch die Pandemie offengelegt. Wir müssen in der EU an einem Strang ziehen, wenn wir das wirtschaftliche Comeback und den grünen und digitalen Wandel schaffen wollen. Dann bleibt Europa mit globalen Playern wie den USA oder China auf Augenhöhe", so Edtstadler. Es gehe nun um eine rasche und faire Verteilung der Impfdosen, damit alle Mitgliedstaaten das EU-Ziel erfüllen können und mindestens 70 Prozent der Menschen eine Impfung zur Verfügung stellen können.

Westbalkan muß zu Europa gehören

Zur Migrationspolitik hielt Österreichs Europaministerin fest, daß man hier den Migrationsdruck vor allem in den Jahren 2015 und 2016 hart zu spüren bekommen habe: „Wir setzen auf Hilfe vor Ort, auf Außengrenzschutz und auf Rückübernahmeabkommen." Was die Beitrittsambitionen Nordmazedoniens und Albaniens betrifft, unterstrich Karoline Edtstadler ihre Forderung nach einem schnellen Vorankommen bei den Beitrittsverhandlungen: „Nachdem wir im März letzten Jahres die Gespräche mit beiden Staaten begonnen haben, ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU, hier endlich zu handeln. Der Westbalkan ist ein Gebiet, das zu Europa gehören muß." Und schließlich kam es in Madrid noch zu einem weiteren Treffen, mit der Ministerin für den ökologischen Wandel Teresa Ribera, wo der Green Deal im Mittelpunkt des Austauschs stand.

Bereits einige Tage davor fanden im aktuellen Ratsvorsitz-Land Portugal Gespräche mit der portugiesischen Europa-Staatssekretärin Ana Paula Zacarias und Außenminister Augusto Santos Silva statt. Dabei standen der „Grüne Paß", die EU-Erweiterung und die EU-Zukunftskonferenz im Fokus.

Die Europaministerin unterstrich auch bei ihrem Besuch in Lissabon, wie wichtig es sei, daß die Verhandlungen zum Grünen Pass rasch fortgeführt werden. „Ich bin mir sicher, daß dieses Zertifikat Mobilität auf allen Ebenen zurückbringt, also im Tourismus, bei Geschäftsreisen sowie bei Sport- und Kulturveranstaltungen", betonte Edtstadler, wobei man sich in dieser Frage auf beiden Seiten einig gewesen sei.

Ebenso wurden die geplanten EU-Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien thematisiert. „Wenn die Europäische Union nicht bald die Verhandlungen mit den beiden Beitrittskandidaten aufnimmt, droht der Einfluß von China und Rußland auf dem Balkan zu wachsen", hielt Edtstadler fest. ■

Enge Zusammenarbeit mit Liechtenstein

Bundeskanzler Sebastian Kurz hat am 29. April Daniel Risch, den Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, zu einem Arbeitsbesuch im Bundeskanzleramt empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Bewältigung der Covid-19-Pandemie und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen.

„Ich habe mich sehr gefreut, Daniel Risch, den neuen Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, heute in Wien begrüßen zu dürfen. Liechtenstein und Österreich sind Nachbarn und enge Partner, gerade auch in Zeiten der Pandemie“, so Sebastian Kurz. Besonders erfolgreich gestalte sich „die konstruktive und enge Zusammenarbeit“ etwa beim Grenzmanagement, „die vor allem für die rund 8.000 österreichischen Pendlerinnen und Pendler von Bedeutung ist. Wir brauchen auch in Zukunft praxisnahe Lösungen in diesem Bereich.“

Der österreichische Regierungschef zeigte sich auch über Liechtensteins Einbindung in das Covid-Krisenmanagement der EU, insbesondere bei den aktuellen Verhandlungen zum „Grünen Paß“, erfreut.

Vor diesem Termin war Risch bereits in seiner Funktion als Finanzminister mit seinem österreichischen Ressortkollegen, Finanzminister Gernot Blümel, zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Austausches standen die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, die Rolle Liechtensteins in Europa sowie die Digitalsteuer. Hinsichtlich letzterer zeigten sich Blümel und Risch zuversichtlich, daß es in diesem Sommer zu „einer flächendeckenden Einigung und für den Handel fairen Lösung“ kommen könne. Die Konzerne hätten durch die Krise profitiert, nun sollten sie einen „anständigen Beitrag“ leisten, so Blümel.

Sowohl der Präsident der Vereinigten Staaten, Joe Biden, als auch mehrere Europäische Staaten hatten Bereitschaft für eine Reform des internationalen Steuerwesens signalisiert. ■

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 29. April empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) den Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Daniel Risch, im Bundeskanzleramt.

Bundeskanzler und Arbeitsminister bei EU-Sozialgipfel in Porto

Die langfristigen Folgen der Coronakrise und der wirtschaftliche Wiederaufbau sind zentrale Themenschwerpunkte beim informellen Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 7. und 8. Mai. Österreich wurde in Porto durch Bundeskanzler Sebastian Kurz und Arbeitsminister Martin Kocher vertreten. Am ersten Tag fand auf Einladung des portugiesischen EU-Ratsvorsitzes ein Sozialgipfel statt, zu dem auch Vertreter der Sozialpartner geladen wurden. Am zweiten Tag bekannten sich die Staats- und Regierungschefs in einer Erklärung zu einem „grünen“ und „digitalen Übergang“ im Zuge des Wiederaufbaus, um Arbeitsplätze in Europa zu sichern. Im Anschluss an die Beratungen am Samstag fand ein EU-Indien-Gipfel statt, der aufgrund der Pandemie als Videokonferenz abgehalten wurde.

Die Stärkung der sozialen Dimension in der Europäischen Union war ein zentrales Gipfelthema sein, um den Herausforderungen des Klimawandels und der digitalen Transformation gerecht zu werden und sicherzustellen, daß die Chancengleichheit für alle gewährleistet ist. So soll ein Aktionsplan zu sozialen Rechten in der EU proklamiert werden, der 3 Hauptziele bis 2030 enthält: eine EU-weite Beschäftigungsrate von mindestens 78 Prozent, Fortbildungsmaßnahmen für mindestens 60 Prozent der Erwachsenen und mindestens 15 Millionen weniger Menschen, die von Armut betroffen und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Einer ebenfalls zur Diskussion stehenden EU-Richtlinie zu Mindestlöhnen standen Bundeskanzler und Arbeitsminister kritisch gegenüber. ■

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 7. Mai 2021 nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) gemeinsam mit Bundesminister Martin Kocher am EU-Sozialgipfel in Portugal teil.

Bundeskanzler Kurz mit »Freiheitspreis der Medien« ausgezeichnet

Arbeitsgespräch mit Bayerns Ministerpräsidenten Söder – Rede des Kanzlers bei Ludwig-Erhard Gipfel

Bayern und Österreich sind durch ihre direkte Nachbarschaft, die traditionell engen Beziehungen und einen intensiven wirtschaftlichen Austausch eng verbunden“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 11. Mai nach dem Arbeitsgespräch mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder in München. In einer gemeinsamen Pressekonferenz wurde von beiden Seiten die gute Partnerschaft und der laufende Gedankenaustausch hervorgehoben, der gerade in schwierigen Zeiten – wie nun während der Corona-Pandemie – wichtig sei. Man sei sich darin einig, daß die allgemein enge Zusammenarbeit und insbesondere der Erfahrungsaustausch im Kampf gegen Covid-19 auch weiterhin fortgesetzt werden sollen.

„Das Jahr der Pandemie war für uns alle ein forderndes Jahr, ein Jahr der Einschränkung und des Verzichts. Daher bin ich sehr erleichtert, daß sich die Situation mittlerweile so gut entwickelt. Wir sind in Österreich gut durch die dritte Welle gekommen“, so Sebastian Kurz. Dies sei vor allem durch die Kombination von regionalen Maßnahmen, der FFP2-Maskenpflicht sowie durch intensives Testen gelungen.

„Wir haben nun eine 7-Tage-Inzidenz von unter 100 erreicht“, informierte Kurz.*) Auf dieser Basis sowie in Anbetracht der Impffortschritte und zu erwartender saisonaler Effekte sei es nun in Österreich möglich, ab dem 19. Mai „breitflächige Öffnungen“ umzusetzen.**) Diese Lockerungen würden von den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen begleitet.

„Wir haben auch das gemeinsame Ziel, daß das Miteinander zwischen Bayern, Deutschland insgesamt, und Österreich betreffend den Grenzverkehr noch besser werden kann. Auch hier freuen wir uns, wenn wir wieder zur Normalität zurückkehren können“, so der Kanzler mit Verweis auf den Tourismus und die wirtschaftlichen Beziehungen.

„Jeder Schritt in Richtung niedrigerer Ansteckungszahlen und höherer Impfquoten ist ein Schritt zurück in die Normalität“, betonte der Bundeskanzler und zeigte sich mit Blick auf die weitere Entwicklung „sehr optimistisch“.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) beim Treffen mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Markus Söder in München

Rolle als »Brückenbauer Europas«

Im Anschluß an das Arbeitsgespräch wurde dem österreichischen Kanzler im Rahmen des von der Weimer Media Group veranstalteten Ludwig-Erhard Gipfels der „Freiheitspreis der Medien“ verliehen. Sebastian Kurz habe sich in seiner politischen Laufbahn immer wieder als „Brückenbauer Europas“ und „Kommunikator der Freiheit“ erwiesen, wie die Jury ihre Entscheidung begründete.

Der Preis wurde zum siebten Mal verliehen und zeichnet Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus, die sich in besonderer Weise für die freie Meinungsäußerung, das gesellschaftliche Miteinander, den politischen Dialog und die Demokratie einsetzen.

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz mit der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer anläßlich der Verleihung in den Bavaria Filmstudios München

*) *Am Tag vor dem Erscheinen dieser Ausgabe (21. Juni) betrug die 7-Tage-Inzidenz 11,7.*

**) *Diese Schritte erfolgten eben am 19. Mai und 10. Juni bzw. weitere folgen mit 1. Juli.*

Österreich, Europa und die Welt

In seiner Laudation hob der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis die enge Verbindung von Österreich und Griechenland hervor. Für den diesjährigen Preis ausgewählt worden zu sein sei „unzweifelhaft eine Anerkennung, welche sowohl die charakterlichen Eigenschaften als auch die Führungsqualitäten“ des österreichischen Regierungschefs widerspiegle. Sebastian Kurz habe schon in sehr jungen Jahren große politische Verantwortung übernommen. Er habe sich stets als verläßlicher Partner erwiesen, politische Umsicht gezeigt und sein Verantwortungsbewußtsein – insbesondere im europäischen Kontext – unter Beweis gestellt. So zeichne sich seine Politik durch „Pragmatismus, Kompromißbereitschaft und Geduld sowie den Glauben an die Kraft von Reformen, zum Wohle aller, aus“. Nicht zuletzt sei dies auch einer der Gründe, warum Österreich die Folgen der Pandemie besser als andere Länder bewältigt habe, zeigte sich der griechische Ministerpräsident in seiner Laudatio überzeugt.

Rolle als »Brücke zu Osteuropa«

Sebastian Kurz bedankte sich in seiner Rede für die Würdigung und Verleihung des Freiheitspreises: „Es ist mir eine große Ehre, diese Auszeichnung heute entgegennehmen zu dürfen“, so der Bundeskanzler. Österreich sei ein vergleichsweise kleines Land, im Herzen Europas gelegen: „Daher liegt uns sehr viel daran, in einem geeinten Europa leben zu dürfen und wir wollen mit den Möglichkeiten eines kleinen Landes einen Beitrag dazu leisten.“ Besonders wichtig sei es für Österreich aufgrund seiner Geschichte und geografischen Lage, immer wieder zu versuchen, „auch die Brücke nach Osteuropa zu schlagen. Für uns ist es ein ganz zentrales Anliegen, daß uns allen bewußt ist, daß die ‚Europäische Union nicht an den heutigen Grenzen enden kann, sondern auch der Balkan ein Teil der EU werden muß“, betonte der Kanzler. In Europa dürfe es auch keine Mitgliedsstaaten „erster und zweiter Klasse“ geben. Er sehe die Rolle Österreichs darin, aus einer in Westeuropa verankerten Position gleichzeitig um ein breites Verständnis zu werben, das auch Blickwinkel in Richtung anderer Staaten eröffne.

Gemeinsam »mit aller Kraft« für Erfolg der Europäischen Union arbeiten

Sebastian Kurz sprach in seiner Rede auch die wirtschaftliche Entwicklung in der EU an: „Wir tragen alle eine große Verantwortung, gerade jetzt nach der Pandemie, alles daran zu setzen, daß wir als Europäische Union nicht zurückfallen.“ Europa könne sich daher „keine großen Gräben leisten“, sondern müsse mit Blick auf andere Märkte gemeinsam „mit aller Kraft“ daran arbeiten, daß „die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union weitergeht, daß Europa ein starker Wirtschaftsstandort mit sicheren Arbeitsplätzen ist.“ Österreich freue sich, dazu einen Beitrag in Europa leisten zu können. ■

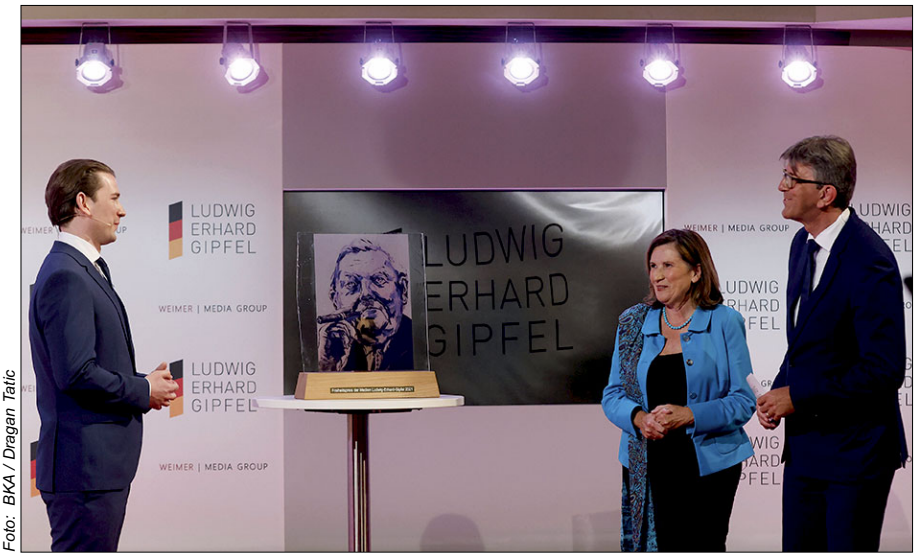


Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 11. Mai fand in den Bavaria Filmstudios München die Verleihung des „Freiheitspreises der Medien“ im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels statt. Im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.), Christiane Goetz-Weimer und Weimer Media Group-Chef Wolfram Weimer

Videokonferenz mit der Oppositionsführerin von Belarus, Zichanouskaja

„Wir haben als Republik Österreich ein massives Interesse, die Bevölkerung in Belarus zu unterstützten. Wir haben uns daher nach der erzwungenen Landung eines Flugzeuges und der Verhaftung eines Journalisten für eine klare Reaktion seitens der Europäischen Union ausgesprochen. Ich bin froh, daß dieser Beschluß so gefaßt worden ist“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 1. Juni nach einem Gespräch mit der Oppositionsführerin der Republik Belarus, Sviatlana Tsikhanouskaya.

Kurz erinnerte daran, daß man im April bei Tsikhanouskayas Besuch in Österreich ein

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Videokonferenz mit der weißrussischen Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja

intensives Gespräch darüber geführt habe, wie die Republik Österreich und die Europäische Union die oppositionellen Kräfte und die Zivilgesellschaft bestmöglich unterstützten können. Seitdem habe sich die Situation verschlechtert, die politischen Gefangenen in Belarus befänden sich in einer ungemein schwierigen Situation. Die erzwungene Landung der Ryanair-Maschine hätte zu einer weiteren Eskalation geführt. „Das ist etwas Einzigartiges, etwas Unfaßbares. Ich bin froh, daß wir als Europäische Union darauf schnell reagiert und schon am nächsten Tag Sanktionen beschlossen haben“, so der Bundeskanzler, der sich dafür aussprach, den Kontakt zu Tsikhanouskaya und zu den anderen handelnden Akteuren der Zivilgesellschaft weiter zu halten, um diese bestmöglich unterstützen zu können.

Falls keine Verbesserung der Situation eintrete, sprach sich Kurz dafür aus, auf europäischer Ebene über die Verhängung weiterer Maßnahmen zu diskutieren. „Die Situation ist sehr schwierig. Wir wollen ein klares Signal für die Zivilbevölkerung setzen.“ Er begrüßte zudem das wirtschaftliche Engagement führender österreichischer Unternehmen in Belarus, wodurch in beiden Ländern Arbeitsplätze geschaffen würden. „Auch österreichische Unternehmen haben ein Interesse an einer positiven Entwicklung im Sinne von Belarus“, sagte der Bundeskanzler.

Weitere Sanktionen müßten aber so ausgestaltet sein, daß sie das Regime, nicht aber die Zivilgesellschaft treffen. „Die Republik Österreich ist bereit zu erneuten und zielgerichteten Sanktionen. Es müssen aber die richtigen Personen getroffen werden. Das gilt für Listungen, für Flugverbote und für Wirtschaftssanktionen. Ich hoffe aber noch immer darauf, daß sich die Situation verbessern wird“, so der Bundeskanzler. ■

Offizieller Besuch der litauischen Premierministerin in Wien

„Litauen und Österreich sind Freunde und Partner. Und wir freuen uns, auf 30 Jahre unserer bilateralen Beziehungen zurückzublicken. Litauen ist in der Region unser wichtigster Handelspartner und wir hoffen, daß wir bald wieder das Niveau erreichen, daß wir vor der Pandemie hatten. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit während der Pandemie und für unseren Meinungsaustausch dazu, wie man am besten damit umgeht“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 11. Juni bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit der Premierministerin der Republik Litauen, Ingrida Šimonytė, im Bundeskanzleramt.

Foto: BKA / Florian Schrötter

Am 11. Juni empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz die Premierministerin der Republik Litauen, Ingrida Šimonytė, zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt in Wien.

EU-Covid-Zertifikat, Migration, Westbalkan und Weißrußland zentrale Themen

Im Mittelpunkt der Gespräche standen aktuelle europäische Themen sowie die Situation in Belarus. „Wir teilen ähnliche Bedenken hinsichtlich Weißrussland. Ich bin dankbar für die Unterstützung Litauens für die belarussische Opposition. Auch wir versuchen möglichst, die Opposition zu unterstützen. Wir fordern freie und faire Präsidentschaftswahlen sowie die sofortige Freilassung des kürzlich auf einem Ryanair-Flug festgenommenen Journalisten Roman Protassewitsch sowie aller anderen politischen Gefangenen“, so der österreichische Regierungschef, der sich froh darüber zeigte, sich mit Šimonytė austauschen zu können, da sie als Einwohnerin des Nachbarlandes die Situation in Belarus besser verfolgen könne.

„Die EU hat schnell reagiert. Wir unterstützen weitere Sanktionen gegen das Regime, wenn dies notwendig ist. Wir hoffen, daß es möglich ist, eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Wenn nicht, wird es eine starke Reaktion der EU brauchen“, so Kurz, der sich für den interessanten Meinungsaustausch bedankte.

Šimonytė: Das belarussische Volk hat das Recht, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden

Die Premierministerin bedankte sich für die Einladung und brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die bilaterale Zusammenarbeit mit Österreich noch weiter verstärkt werden könne. „Viele unserer Themen, viele unserer gemeinsamen Probleme werden auf europäischer Ebene gelöst, wo wir Partner sind, wo wir diskutieren, was für uns als Gemeinschaft und was für unsere Werte wesentlich ist. Es ist wichtig, daß wir uns mit Freunden, so wie heute, austauschen können“, so Šimonytė. Die Europäische Union stehe vor vielen Herausforderungen. Man müsse sich auch dem zuwenden, was vor der eigenen Tür passiere.

„Ich bin der österreichischen Bundesregierung und der Europäischen Union sehr dankbar, daß sie so rasch reagiert haben. Wir müssen Mittel und Wege finden, um sicherzustellen, daß politische Gefangene, die nah an der Grenze der Europäischen Union festgehalten werden, freikommen und daß das belarussische Volk das Recht hat, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden“, so Premierministerin. ■

Strategische Partnerschaft mit Korea mit Leben erfüllen

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz geleitet den südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in zu einem Arbeitsgespräch ins Bundeskanzleramt.

„Es sind beinahe 130 Jahre, daß wir zwischen unseren beiden Ländern bilaterale Beziehungen pflegen. Wir sind politisch, wirtschaftlich sowie in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Kultur eng miteinander verwoben. Beide Länder profitieren von dieser Zusammenarbeit“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 14. Juni im Anschluß an das Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten der Republik Korea, Moon Jae-in, im Bundeskanzleramt. Der österreichische Regierungschef bedankte sich für das Wirken des Staatsoberhauptes im Kampf gegen den Klimawandel und dessen Einsatz für Multilateralismus, für den Frieden sowie die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

„Wirtschaftlich gesehen ist Korea unser drittwichtigster Handelspartner in Asien. Es freut uns sehr, daß diese Beziehungen auch während der Pandemie kaum gelitten haben. Das Wachstum können wir durch den stetig steigenden wirtschaftlichen Austausch beflügeln“, so der Bundeskanzler. Darüber hinaus gratulierte Kurz dem koreanischen Präsidenten zur Bewältigung der Pandemie und dankte für den engen Erfahrungsaustausch während dieser Zeit.

Mit wichtigen Partnern internationale Beziehungen vertiefen

„Als Republik Österreich haben wir uns im August als Ziel gesetzt, daß wir mit wichtigen Partnern unsere internationalen Beziehungen upgraden und eine strategische Partnerschaft eingehen wollen. Ich freue mich, daß wir das heute gemeinsam mit Korea tun können. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Tourismus und Jugend ist dabei besonders interessant. Durch erste Abkommen wie bei der Doppelbesteuerung und beim Jugendaustausch oder auch im Kulturbereich können wir diese Partnerschaft gleich mit Leben erfüllen“, betonte Kurz. Auch der menschliche Austausch zwischen zwei Staaten sei besonders wichtig: „Wir freuen uns immer, Touristen aus Ihrem Land begrüßen zu dürfen. Wir werden alles dafür tun, daß auch dieser Austausch nun wieder stärker möglich wird. Ich danke Ihnen für Ihre Zeit in Österreich. Ihr Besuch ist uns eine große Ehre!“

Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz und seine Lebensgefährting Susanne Thier mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in mit Gattin Kim Jung-sook im Schloß Schönbrunn

Eingangs der Pressekonferenz unterzeichneten Finanzminister Gernot Blümel und der koreanische Außenminister Eui-Yong Chung ein Doppelbesteuerungsabkommen. Bereits im Vorfeld des Besuchs der südkoreanischen Delegation in Österreich wurden auch Kooperationsübereinkommen im Jugendbereich zwischen Österreich und Südkorea zur Stärkung der Zusammenarbeit insbesondere durch die Förderung eines Jugendaustauschprogramms unterzeichnet. ■

Eine Million Impfdosen für Westbalkanstaaten

Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 18. Juni empfing Bundeskanzler Sebastian Kurz die Regierungschefs der Westbalkanstaaten zu einem Gipfeltreffen im Bundeskanzleramt.

„Der Westbalkan ist für Österreich eine besonders relevante Region, mit der wir uns wirtschaftlich, historisch, menschlich und auch kulturell eng verbunden fühlen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 18. Juni im Bundeskanzleramt bei einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit den Ländern des Westbalkans in Wien. Teilgenommen haben daran die Ministerpräsidentin von Serbien, Ana Brnabić, der Premierminister von Nordmazedonien, Zoran Zaev, der Vorsitzende des Ministerrats von Bosnien-Herzegowina, Zoran Tegeltija, der Premierminister von Montenegro, Zdravko Krivokapić, der Regierungschef des Kosovo, Albin Kurti, die albanische Infrastrukturministerin Belinda Belluku sowie der EU-Sonderbeauftragte für den Belgrad-Pristina-Dialog und Fragen des Westbalkans, Miroslav Lajčák.

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß viele Menschen in Österreich ihre Wurzeln in dieser Region hätten. „Unser Land ist einer der wichtigsten Investoren in den Staaten des Westbalkans. Wir haben eine starke wirtschaftliche Kooperation, von der auch zahlreiche Jobs abhängen. Daher setzen wir uns schon lange für eine europäische Integration der Westbalkanstaaten ein und unterstützen die dafür notwendigen Reformen“, so Kurz. Diese Bemühungen würden auch weiterhin fortgesetzt. „Die Corona-Pandemie hat nicht nur die Europäische Union und die Staaten des Westbalkan erschüttert, sondern auch dazu geführt, daß andere wichtige Themen überlagert wurden“, sagte der Regierungschef. Er sei froh darüber, daß man sich nun auch wieder vermehrt Fragen abseits der Pandemie zuwenden könne.

Unterstützung im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie

„Wir haben die Pandemie erst besiegt, wenn alle Staaten in Europa und darüber hinaus diese Pandemie besiegt haben. Alleine können wir dabei nicht erfolgreich sein“, betonte Kurz. Österreich habe daher die Unterstützung der Westbalkanstaaten durch Impfstoff aus der EU koordiniert. Auf diese Weise sei es gelungen, über 600.000 Impfdosen aus der Europäischen Union für die Region sicherzustellen. „Darüber hinaus wollen wir aber als Republik Österreich auch einen bilateralen Beitrag leisten. Daher hat die Bundesregierung beschlossen, für die Länder des Westbalkans eine Million Impfdosen zur Verfügung zu stellen.“ Diese Impfdosen sollen ab August bis Ende des Jahres geliefert werden. Zudem trete Österreich auf EU-Ebene dafür ein, daß sämtliche Reiseregelungen in Zusammenhang mit der Pandemie nicht auf die EU beschränkt bleiben, sondern mit Drittstaaten akkordiert würden.

Reformschritte anerkennen – EU-Perspektive sicherstellen

„Natürlich stehen nach wie vor Herausforderungen bevor. Es gibt noch vieles an notwendiger Reformarbeit in den Staaten des Westbalkan, aber auch viele Fortschritte, die anerkannt werden müssen“, sagte der Bundeskanzler mit Verweis auf positive Entwicklungen wie das Wirtschaftswachstum oder bereits erfolgte Reformschritte. Österreich werde sich weiterhin für einen erfolgreichen Reformprozeß und die entsprechende Anerkennung dafür von Seiten der EU einsetzen.

Zusammenarbeit im Kampf gegen illegale Migration

„Die illegale Migration ist für viele europäische Länder, insbesondere auch für Österreich, ein massives Problem. Der Kampf dagegen kann nur gemeinsam mit unseren Partnern erfolgreich sein. Die Staaten des Westbalkans sind dabei sehr wesentlich für uns“, betonte Kurz. Daher unterstütze Österreich diese Länder bereits, unter anderem durch polizeiliche Kooperation und technische Hilfsmittel wie Drohnen oder Wärmebildkameras. „Wir haben heute besprochen, daß wir diese Zusammenarbeit weiter ausbauen werden.“ Davon würde die Republik Österreich unmittelbar profitieren, „denn je früher es gelingt, illegale Migration zu stoppen, desto größer ist die Chance, daß Menschen nicht illegal in die Europäische Union kommen.“

Abschließend bedankte sich der Bundeskanzler bei den Ländern des Westbalkans für den guten Austausch in Wien. „Ich bin froh über diese gute Partnerschaft“, so Kurz. ■

https://www.bundeskanzleramt.gv.at/

Aus dem Außenministerium

Fünfertreffen in Lugano

Bundesminister Alexander Schallenberg war am 16. April zum Fünfertreffen der Aussenminister von Deutschland, Luxemburg, der Schweiz, und Österreich sowie der neuen Außenministerin von Liechtenstein in Lugano in der Schweiz zu Gast. Im Fokus stand die weitere Stärkung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den deutschsprachigen Ländern. Einmal mehr war dabei auch die Corona-Pandemie ein wichtiges Thema.

„Die letzten zwölf Monate waren für uns alle eine unfreiwillige Achterbahnfahrt, aber ich gehöre zu jenen, die sagen, daß es auch positive Elemente in der Krise gibt“, so der Außenminister.

Erstens, habe sich unsere Gesellschaft als viel flexibler herausgestellt, als angenommen. Wir seien außerdem resilienter als wir glaubten und nach einem kurzen Schockmoment habe sich das Europa der Solidarität doch gezeigt. Und drittens, habe die Krise vor Augen geführt, wie wertvoll gute Nachbarschaft und regionale Zusammenarbeit sind: „Es hat sich gezeigt, daß die über Jahre aufgebaute, tragfähige, vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit in der Krise essentiell ist“, betonte Schallenberg, der in diesem Zusammenhang auch seine Unterstützung für die Errichtung einer „Dialogplattform Bodensee“ ausdrückte.

Nun sei das Ziel, sobald wie möglich einen Höchstgrad an Normalität zurückzuerlangen. Dazu würden die Impfungen sowie auch der angestrebte „Grüne EU-Paß“ beitragen.

„Ich bin sehr froh, daß die Schengenassoziierten Staaten hier von Anfang an dabei sein werden, denn es wäre vollkommen sinnlos, den Schengenraum wiederherstellen zu wollen, ohne die engsten Partner wie Liechtenstein und die Schweiz dabei zu haben“, so Schallenberg. Abschließend wies der Minister auch auf die kommende Herausforderung hin, wie in nächster Zeit mit dem europäischen Umfeld umgegangen werden solle. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Am 16. April nahm Außenminister Alexander Schallenberg (l.) am Fünfertreffen der deutschsprachigen Außenministerin und Außenminister in Lugano in der Schweiz teil.

Virtueller Rat der EU-Außenminister

Der heutige Rat der Außenministerinnen und Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten fand am 19. April im virtuellen Format statt. Im Fokus standen dabei neben der Situation in der Ukraine und in Belarus auch Myanmar und Äthiopien.

Zur angespannten Lage in der Ukraine betont Außenminister Alexander Schallenberg: „Ich bin extrem besorgt über den Bruch der Waffenruhe an der Kontaktlinie und über die russischen Truppenbewegungen entlang der Grenze und auf der Krim. Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Jeder falsche Schritt könnte einen Sturz ins Unglück zur Folge haben.“

Nun seien Zurückhaltung und Deeskalation gefragt. Es sei essentiell, bestehende, vertrauensbildende Formate zu nutzen, zielführen seien dabei vor allem die Trilaterale Kontaktgruppe (Ukraine, Rußland, OSZE), das Normandie-Format (bestehend aus Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Rußland) sowie die OSZE.

Auch beim ukrainischen Nachbarn Belarus sei die Situation verfahren. Die Machthaber in Minsk würden sich gegen jeglichen Dialog mit der Zivilgesellschaft sperren und versuchen, die Krise auszusitzen. „Sanktionen können hier nicht die einzige Antwort der EU sein. Wir setzen daher als Österreich unsere Aktivitäten mit der belarussischen Zivilgesellschaft fort“, so der Außenminister.

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 19. April am Rat der Außenministerinnen und Außenminister der EU-Mitgliedsstaaten via Videokonferenz teil.

Österreich, Europa und die Welt

Der Rat befaßte sich außerdem mit Konfliktregionen außerhalb Europas. Was in Myanmar mit der Niederschlagung friedlicher Proteste durch die Militärjunta begonnen habe, drohe das Land an den Rand eines Bürgerkrieges zu bringen.

„Wir müssen der Junta zeigen, daß es Konsequenzen für ihr Handeln gibt. Dazu gehören auch weitere gezielte Sanktionen, erstmals auch gegen eng mit dem Militär verbundene Unternehmen“, fordert Schallenberg.

Etwas aus dem Fokus der Öffentlichkeit gerückt, sei der Konflikt in Tigray, der Äthiopien, neben dem Wiederaufflammen ungelöster Grenzstreitigkeiten mit dem Sudan, schwer treffe. Zudem warnt Außenminister Schallenberg, daß auch Spannungen um die Befüllung des Großen Renaissance Staudamms am Nil massives Konfliktpotential berge. Er erneuerte daher sein Angebot, mit österreichischer Expertise bei künftigen Verhandlungen zu unterstützen: „Wir haben in Zentraleuropa viel Erfahrung im gemeinsamen Management von Flüssen, selbst in Zeiten, als Europa noch durch den Eisernen Vorhang geteilt war. Schon bei meiner Reise nach Äthiopien im Jänner habe ich die Expertise Österreichs als Sitzstaat der Internationalen Donauschutzkommission angeboten.“

Es sei wichtig, daß Äthiopien, der Sudan und Ägypten zu einem umfassenden Abkommen finden, das die Interessen aller drei betroffenen Länder respektiere. Genauso wie die Donau, solle auch der Nil in Zukunft eine Lebensader sein, die verbindet und nicht trennt, so Schallenberg abschließend. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing die belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya im Außenministerium

Swetlana Tichanowskaja in Wien

Bei einem Treffen mit der weißrussischen Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja am 28. April in Wien unterstrich Außenminister Alexander Schallenberg die Wichtigkeit des Dialogs mit allen Seiten. Mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien verfüge Österreich über ein perfekt geeignetes Dialogforum.

Eckpfeiler des österreichischen Engagements für Weißrussland seien die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie die Notwendigkeit, Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen: „Aus unserer Sicht sind vor allem zwei Aspekte wesentlich: die Unterstützung für alle Weißrussinnen und Weißrussen, die in ihrem Heimatland für ihre Rechte kämpfen, sowie das Vorgehen gegen Straffreiheit im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen“, so der Außenminister.

Österreich engagiert sich hier aktiv und in Zusammenarbeit mit NGOs, zum Beispiel im Rahmen einer Kooperation mit den Experten für Verfassungsreform der Venedig-Kommission des Europarats. In Planung ist außerdem ein „Artists-in-residence“-Programm, das jungen weißrussischen KünstlerInnen die Möglichkeit bietet, einige Zeit in Wien zu verbringen. Dieser rege Kontakt und Austausch zwischen Mitgliedern der österreichischen und weißrussischen Zivilgesellschaft zeigt, daß Österreich nicht wegsieht.

Auch auf EU-Ebene setzt sich Österreich laufend dafür ein, Lösungen für die Situation in Weißrußland zu finden: „Österreich bleibt engagiert. Wir werden das Thema beim nächsten Rat der EU-Außenministerinnen und Außenminister erneut besprechen.“

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Bekämpfung der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Straffreiheit in Weißrußland. Österreich setzt sich für dieses Thema kontinuierlich in multilateralen Gremien wie dem UNO-Menschenrechtsrat ein: „Jene, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, müssen wissen, daß sie früher oder später dafür zur Verantwortung gezogen werden“, so Schallenberg.

Swetlana Tichanowskaja dankte der Außenminister für ihr beharrliches Engagement. Österreich werde weiterhin ein Partner für die WeißrussInnen sein. ■

Österreich hilft Indien

Die Bundesregierung beschloß im Ministerrat vom 2. April, Indien mit zwei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) zu unterstützen. Die Mittel sind für den Kauf von antiviralen Medikamenten im Kampf gegen Covid-19 bestimmt.

Die Pandemie hat Indien schwer gezeichnet. Seit Beginn der Krise sind auf dem Subkontinent bereits rund 200.000 Menschen an Covid-19 verstorben. Besonders in den vergangenen Tagen ist die Zahl der Neuerkrankungen sprunghaft angestiegen. Täglich gibt es über 350.000 Neuninfizierte, was in etwa ein Drittel der weltweit täglich Neuerkrankten ausmacht. *(damaliger Stand, Anm.)*

„Unterstützung und Solidarität für Indien in dieser schweren Notsituation ist für Österreich selbstverständlich. Die Pandemie können wir nur gemeinsam weltweit besiegen. Wir helfen daher auch sonst, wo es nur möglich ist, schnell und unbürokratisch, sei es durch die intensivmedizinische Behandlung ausländischer Covid-19 Patientinnen und Patienten in Österreich, die Versorgung mit medizinischer Ausrüstung von Ländern in Not, oder zuletzt die gemeinsame Impfstoffbeschaffung mit der Europäischen Kommission für unsere Partner in den Staaten des Westbalkans“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Die Beschaffung der dringend benötigten Medikamente erfolgt über das Österreichische Rote Kreuz, das ein langjähriger und verläßlicher Partner der österreichischen humanitären Hilfe ist und über weitreichende Expertise in der Bekämpfung von Epidemien und Pandemien verfügt.

„Jetzt heißt es hinschauen, Kräfte bündeln und Hilfe leisten – und zwar rasch. Deshalb haben wir heute ein Soforthilfepaket als Österreichs Beitrag zu einer gemeinsamen Anstrengung der Europäischen Union beschlossen. Damit werden antivirale Medika-

mente aus Europa finanziert. Deshalb haben wir den Auslandskatastrophenfonds vervierfacht. Und ich bin gerade in Situationen wie diesen unglaublich froh, daß wir uns dazu bekannt haben“, betonte Vizekanzler Werner Kogler.

„Die Bilder, die uns in den letzten Tagen aus Indien erreicht haben, sind erschreckend. Sie führen uns ganz eindringlich vor Augen, daß wir im Kampf gegen die Pandemie alle gefordert sind. Denn niemand ist sicher, bevor wir nicht alle sicher sind. Umso wichtiger ist es, daß wir jene Länder unterstützen, die unsere Hilfe so dringend brauchen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Die Kliniken und Spitäler in Indien sind weit über ihre Kapazitäten hinweg ausgelastet und der Mangel an medizinischem Sauerstoff zur Beatmung sowie an antiviralen Medikamenten macht eine lebensrettende Versorgung zunehmend schwieriger. Ohne internationale Unterstützung ist eine vollständige Überlastung der medizinischen Einrichtungen gewiß. ■

Gespräch mit US-Auslands-österreicherInnen

In der Nacht von 28. auf 29. April, genauer gesagt zwischen Mitternacht und 1 Uhr früh, fand der zweite digitale Live-Talk von Außenminister Alexander Schallenberg mit AuslandsösterreicherInnen statt – dieses Mal aus Übersee. Eingeladen waren die in den USA lebenden ÖsterreicherInnen, gefolgt sind der Einladung mehr als 600.

„Natürlich wäre mir ein physisches Zusammentreffen wesentlich lieber gewesen“, so Außenminister Alexander Schallenberg, „aber wir befinden uns noch immer in einer außergewöhnlichen Zeit und damit ist das eine der wenigen Möglichkeiten für mich als Außenminister zumindest die unterschiedlichen Zeitzonen zu spüren zu bekommen“, fügte er schmunzelnd hinzu.

Fragen an den Außenminister und an den österreichischen Botschafter Martin Weiss, der als Gastgeber aus Washington zugeschaltet war, konnten bereits bei der Anmeldung zur Veranstaltung oder dann während des Talks mittels Chat-Tool eingesendet werden. Moderatorin Hannelore Veit versuchte möglichst viele der gesamt 355 eingelangten Fragen im Wechsel zwischen Außenminister und Botschafter beantworten zu lassen.

„Keine der eingelangten Fragen wurde ins Leere geschickt, das ist mir ganz wichtig festzuhalten“, verspricht Schallenberg. Alle Fragen aus Themenbereichen, die nicht im Rahmen des digitalen Treffens beantwortet

Foto: BMEIA / Gruber

Am 28. April hielt Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit dem österreichischen Botschafter in Washington, Martin Weiss, eine Videokonferenz für AuslandsösterreicherInnen ab. Moderiert wurde die Veranstaltung von der ORF-Journalistin Hannelore Veit.

würden, werden vom Außenministerium und der österreichischen Botschaft in Washington im Anschluß an die Veranstaltung schriftlich beantwortet.

Der Themenbogen spannte sich von der Beziehung Österreichs zur Biden-Administration, über die Doppelstaatsbürgerschaft bis hin zum „Green Pass“ und den aktuellen Einreiseregelungen.

„Dieser Austausch mit unserem 10. Bundesland, unseren Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreichern, ist für mich persönlich wichtig, um immer wieder auch die Antennen dort zu haben, wo sie der Außenminister haben sollte: im Ausland!“, so der Außenminister abschließend. ■

Impfstofflieferung nach Bosnien und Herzegowina

Anläßlich der Ankunft von 10.530 Covid-Impfdosen für Bosnien und Herzegowina war Außenminister Alexander Schallenberg am 4. Mai gemeinsam mit dem Nachbarschafts- und Erweiterungskommissar, Olivér Várhelyi, in Sarajewo zu Gast. Österreich hat als Koordinator gemeinsam mit der Europäischen Kommission in den letzten Wochen daran gearbeitet, insgesamt 651.000 Impfdosen an die Westbalkanländer liefern zu können.

„Als die Europäische Kommission Österreich gebeten hat, die Verteilung von Impfstoffen in der Region zu unterstützen, haben

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg reiste nach Sarajewo, um vor Ort Impfstoffe des EU-IPA-Mechanismus zu übergeben – im Bild mit EU-Kommissar Oliver Varhely

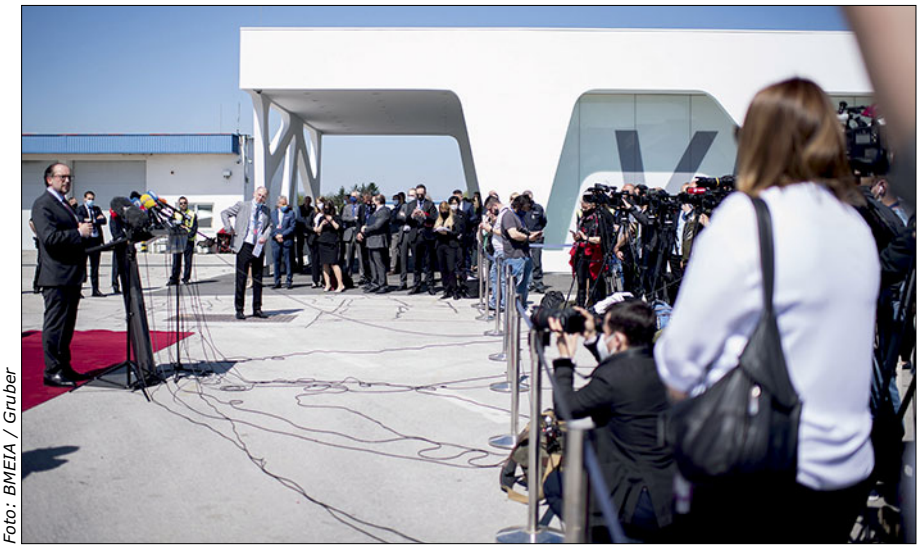


Foto: BMEIA / Gruber

Große Pressekonferenz bei der Ankunft am Flughafen Sarajewo

wir sofort und gern zugesagt. Es ist wohl kein Zufall, daß Österreich vom Team Europe mit der Koordinationsfunktion beauftragt wurde, denn der Westbalkan war und ist eine Priorität unserer Außenpolitik“, so Außenminister Schallenberg bei seiner Ankunft in Sarajewo.

Der Impfstoff-Verteilungsmechanismus der EU ergänzt das internationale COVAX-Programm, über welches bereits 49 Millionen Impfstoffe in 121 Länder geliefert wurden.

„Es war immer klar, daß die EU in ihrer Nachbarschaft helfen wird. Der Fokus liegt dabei klar auf den Westbalkanländern, aber auch auf der östlichen und südlichen Nachbarschaft sowie auf Afrika. In einer Pandemie gilt nur ein Prinzip: Niemand ist sicher solange wir nicht alle sicher sind“, betonte Schallenberg und unterstrich gleichzeitig, daß Österreich nichts zu gewinnen habe, wenn zwar im eigenen Land alle, die wollen, geimpft seien, es in der unmittelbaren Nachbarschaft jedoch noch weiße Flecken auf der Impfkarte gibt.

Bosnien und Herzegowina soll insgesamt knapp 214.000 Impfdosen über den Verteilungsmechanismus der EU erhalten. Bis August sollen kontinuierliche Lieferungen erfolgen, die vor allem dem Gesundheits- und Pflegepersonal und anderen vulnerablen Bevölkerungsgruppen zugutekommen.

Im Zuge seines Gesprächs mit der bosnischen Außenministerin Bisera Turkoviíc betonte Schallenberg einmal mehr, daß die Zukunft Bosnien und Herzegowinas in der Europäischen Union liege. Die territoriale Integrität des Landes dürfe dabei unter keinen Umständen zur Diskussion stehen.

„Es besteht kein Zweifel daran, daß das Land den Weg in die EU nur geeint bewältigen kann. Ich appelliere daher an alle Volksgruppen und politischen Parteien, aufeinander zuzugehen und gemeinsam die wichtigen Reformen in Angriff zu nehmen, die für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wichtig sind“, so der österreichische Außenminister. Reformen in Bereichen wie Wahlrecht, Unabhängigkeit der Justiz oder Bekämpfung der Korruption seien kein Selbstzweck, um die EU zufrieden zu stellen, sondern würden vielmehr das Leben der Menschen im Land, insbesondere der jungen, nachhaltig verbessern. ■

Ministerkollegen-Treffen in Prag

Außenminister Schallenberg war am 6. Mai in Prag bei seinem neuen tschechischen Amtskollegen Jakub Kulhánek zu Gast. Im Zentrum der Gespräche standen zum einen die gemeinsamen Bemühungen zur Wiederherstellung der Reisefreiheit im Sommer. Die beiden Außenminister tauschten sich über den EU-weiten „grünen Paß“ aus, der für die Wiederaufnahme der Reiseaktivitäten in Europa zentral ist. Gleichzeitig setzen sich Österreich und Tschechien für bestimmte „Vorleistungen“ auf bilateraler Ebene ein, damit zumindest schon geimpfte Personen vor dem für 1. Juli 2021 geplanten Inkrafttreten der EU-weiten Lösung frei reisen und so den Tourismus ankurbeln können.

„Mobilität ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht“, so Schallenberg.

Die tschechischen Pläne für den Ausbau des Kernkraftwerks Dukovany und den Aufbau eines Tief-Atommülllagers waren ebenfalls Thema des Treffens. Schallenberg stellt fest: „Österreich respektiert die Souveränität der Nachbarn bei der Wahl der Energiequellen. Aber auch wir haben legitime Interessen. Offenheit und Transparenz sind hier nötig.“

Schallenberg sicherte Tschechien auch im derzeit bestehenden diplomatischen Konflikt mit Rußland Unterstützung zu und bot konkrete Hilfestellung über die österreichische Botschaft in Moskau an. Beim bevorstehenden EU-Gipfel würden alle weiteren Schritte erörtert, die EU müsse hier mit einer Stimme sprechen. Im Rahmen der Pressekonferenz im Anschluß an die Gespräche wurde auch das gemeinsame österreichisch-tschechische Geschichtsbuch mit dem Titel „Nachbarn/Sousede“ offiziell vorgestellt. Bei dem Werk, das Beiträge von 27 österreichischen und tschechischen HistorikerInnen beinhaltet, handele es sich um eine Anregung zum Diskurs für Menschen auf beiden Seiten der Grenze und einen „grundsätzlichen Beitrag für die Zukunft und eine Bemühung, Vorurteile zu überwinden“, so Schallenberg. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf seinen tschechischen Amtskollegen Jakub Kulhánek

Österreich, Europa und die Welt

Rat der EU-Außenminister in Brüssel

Beim Rat für auswärtige Angelegenheiten (RAB), der am 10. Mai in Brüssel stattfand, standen der Westbalkan, internationale Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie die politische Lage in Rußland und Belarus im Zentrum der Gespräche. Auch der Sondergesandte des US-Präsidenten für das Klima, John Kerry, nahm virtuell an der Sitzung teil, um sich mit den europäischen Außenministerinnen und Außenministern im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel abzusprechen.

Zum Thema Westbalkan betonte Außenminister Alexander Schallenberg die Wichtigkeit die europäische Perspektive der Region auf vielfältige Weise greifbar zu machen. So bestehe die Beziehung zwischen Europa und seiner unmittelbarsten Nachbarschaft nicht ausschließlich aus EU-Beitrittsverhandlungen. Die engen menschlichen und historischen Verknüpfungen zwischen den Staaten des Westbalkans und Europas, aber auch die strategische Bedeutung der Region erfordern ein verstärktest Auftreten der EU am Westbalkan.

„Es geht in der Region auch um einen Kampf der Lebensmodelle. Entweder unser europäisches Lebensmodel oder das von anderen. Wenn wir beginnen, dem Westbalkan den Rücken zu zuwenden, dann wird das Vakuum schnell von anderen gefüllt werden und das kann nicht in unserem strategischen Interesse sein“, so Schallenberg.

Große Bedeutung schreibt der Außenminister auch den transatlantischen Beziehungen mit den USA im Kampf gegen den Klimawandel zu. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können wesentliche Drittstaaten wie China, Indien und Rußland für Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gewonnen werden.

„Es braucht ein ganz klares transatlantisches Tandem EU-USA in der Klimafrage“, betont Schallenberg.

Gegenüber Rußland fordert er eine klare gemeinsame Sprache von Seiten der Europäischen Union. Zudem müsse im Umgang mit Rußland auch die politische Lage in der Ukraine und in Belarus thematisiert werden. In Belarus hat Österreich bereits eine ganze Reihe an Kooperationsformen mit der belarussischen Zivilgesellschaft gestartet, die vom Austausch mit Expertinnen und Experten der Venedig-Kommission bis zum künstlerischen Bereich reichen. „Wir brauchen eine klare Kante gegenüber den jetzigen Machthabern, aber auch klare Perspektiven für die Menschen in Belarus.“ ■

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am Rat für auswärtige Angelegenheiten in Brüssel teil.

Treffen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg

Am Rande des Treffens der europäischen AußenministerInnen besuchte Alexander Schallenberg am 10. Mai das NATO-Hauptquartier in Brüssel.

Ein wichtiges Thema beim Austausch zwischen Schallenberg und Stoltenberg war die Lage in Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen. Schallenberg betonte das österreichische Interesse an einem fortgesetzten zivilen Engagement im Land. Fortschritte bei Frauenrechten, Demokratie und Parlamentarismus sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklung seinen essentiell, um Terrorismus und Fluchtbewegungen aus Afghanistan nach Österreich zu verhindern.

„Wir brauchen Stabilität in Afghanistan, wir müssen den Menschen vor Ort Perspektiven geben“, so Alexander Schallenberg. Bei dem Treffen unterzeichneten beide das Amtssitzabkommen für das NATO Liaison Büro in Wien, mit der das Bündnis seine Beziehungen zu der in Wien ansässigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken will. Darüber hinaus dient das Büro auch der Koordinierung der Arbeit der Alliierten innerhalb der OSZE. Über das Verbindungsbüro soll auch die Zusammenarbeit der NATO mit den anderen in Wien ansässigen Internationalen Organisationen gestärkt werden. Österreich bewährt sich somit ein weiteres Mal als verläßlicher Schauplatz des Multilateralismus.

„Die NATO ist und bleibt eine starke transatlantische Klammer und ein wichtiger Baustein einer regelbasierten internationalen Ordnung“, so der Außenminister. ■

Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu einem Gespräch im NATO-Headquarter in Brüssel

Österreich, Europa und die Welt

Treffen der Central 5 in Bratislava

Beim Treffen der Central 5 (C5) traf Aussenminister Alexander Schallenberg am 13. Mai in Bratislava mit seinen Amtskollegen aus der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zusammen. Beim mittlerweile fünften Austausch der Gruppe war diesmal der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba zu Gast.

Einmal mehr hob Außenminister Schallenberg die Bedeutung guter nachbarschaftlicher Beziehungen hervor, die sich besonders während der Pandemie zeigte. Die C5 Initiative habe sich als wertvolle Plattform erwiesen, die nun auch mit Blick auf die herbeigesehnte Reisefreiheit im Sommer zusammenarbeiten wolle.

„Wir wollen bis zum Sommer ein Maximum an Normalität für das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Der digitale ‚Grüne Paß' und Impfungen sind unser Ticket dorthin. Die Menschen wollen Reisefreiheit. Die Taschen sind schon gepakkt, die Regierungen müssen nun sicheres Reisen ermöglichen", so der österreichische Außenminister. Bis der „Grüne Paß" europaweit in Kraft treten könne, brauche es rasch bilaterale und regionale Abkommen, die den Bürgerinnen und Bürgern die notwendige Mobilität zurückgebe, erklärte Alexander Schallenberg.

Die Teilnahme des ukrainischen Außenministers am Treffen der C5 komme angesichts der jüngsten Entwicklungen in der östlichen Nachbarschaft genau zur rechten Zeit, so Schallenberg weiter.

„Wir stehen entschlossen hinter der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und an der Seite ihrer Menschen. Innerhalb der EU brauche es ganz klare Botschaften an Rußland: keine weiteren Eskalationen und eine Rückkehr zu Dialogformaten wie der Trilateralen Kontaktgruppe oder dem Normandie Format", betonte der Aussenminister, der angesichts jüngst bekanntgewordener illegaler russischer Aktivitäten in EU-Staaten auch die österreichische Solidarität mit Tschechien und Bulgarien bestätigte. Es zeige sich eine Abwärtsspirale der Beziehungen zwischen der EU und Rußland, die in niemandes Interesse sei.

„Wir brauchen einen zweigleisigen Ansatz: Dialog wo möglich, rote Linien, wenn nötig. Leider scheint Moskau im Moment nicht bereit für einen Dialog zu sein", so der Außenminister.

Zutiefst schockiert zeigte sich Außenminister Schallenberg am Rande des Treffens über die Gewalt in Israel und im Gaza Streifen, insbesondere Berichte von Lynchungen von jüdischen und arabischen israelischen Bürgern: „Diese Gewalt muß sofort aufhören. Alle Bürgerinnen und Bürger Israels verdienen, in Sicherheit und Frieden zu leben." ■

Foto: BMEIA

C5 Treffen + Ukraine in Bratislava (v.l.): Anze Logar (Slowenien), Jakub Kulhanek (Tschechische Republik), Dmytro Kuleba (Ukraine), Ivan Korcok (Slowakei), Außenminister Alexander Schallenberg und Peter Szijjarto (Ungarn).

Schallenberg in London

Außenminister Alexander Schallenberg war am 17. Mai zu Gast in London, wo er unter anderem mit seinem Amtskollegen Dominic Raab sowie Brexit-Minister David Frost zusammentraf. Thema der Gespräche war vor allem die weiterhin enge Kooperation mit Großbritannien nach dem Brexit.

„Die beschlossenen Abkommen zwischen der EU und Großbritannien ersetzen nur einen kleinen Teil der Beziehungen, die wir innerhalb der Europäischen Union aufgebaut haben. Wir hoffen, daß wir die Lücken sowohl durch bilaterale Zusammenarbeit als auch auf EU-Ebene beseitigen können", so Schallenberg, der betonte, daß die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und Großbritannien keinesfalls im Widerspruch zu den Kooperationsbemühungen der EU stehen solle. Kooperationsmöglichkeiten könnten zum Beispiel im Bereich des Informationsaustausches, der Sicherheitsdienste oder bei der Abwehr von Terror und Cyberkriminalität liegen. „Großbritannien bleibt ein wesentlicher Teil der westlichen Wertegemeinschaft, auch wenn wir nicht mehr Mitglied im selben Klub, der EU,

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg und Secretary of State for Foreign, Commonwealth and Development Aiffairs Dominic Raab

sind, teilen wir die Werte und Vorstellungen eines modernen westlichen Lebensstils, den es gemeinsam zu verteidigen gilt“, bekräftigte der Außenminister.

So gelte es etwa in Bezug auf Rußland und China gemeinsam an Antworten auf strategische Herausforderungen zu arbeiten. Österreich hoffe außerdem auf eine weitere Zusammenarbeit am Westbalkan und in Hinblick auf die COP26 in Glasgow sei eine enge Kooperation in Sachen Klimaschutz von großer Bedeutung.

Zu den laufenden Diskussionen zwischen der EU und Großbritannien rund um das Nordirland-Protokoll im Austrittsvertrag betonte der Außenminister, daß dieses nicht neu verhandelt werde, es jedoch Spielraum für pragmatische Lösungen gebe. Schließlich wolle niemand ein Wiederaufflammen der Gewalt in Nordirland. ■

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg traf den Minister of State for the Cabinet Office, Lord David Frost in London

Schallenberg in Nordmazedonien und Albanien

Gemeinsam mit dem slowenischen und tschechischen Außenminister, Anže Logar und Jakub Kulhánek, einem Teil der Central 5, setzte Außenminister Alexander Schallenberg am Pfingstwochenende in Skopje und Tirana ein starkes Zeichen für Nordmazedonien und Albanien auf ihrem Weg in die EU.

„Wir sind die drei Musketiere“, so der Außenminister am 22. Mai bei der Pressekonferenz mit der albanischen Amtskollegin, Olta Xhacka.

„Wir brauchen in der EU nicht über geopolitische Strategien reden, wenn wir das in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht auf die Reihe bekommen. Das ist politisch, wirtschaftlich und kulturell unsere Nachbarschaft.“

Bei der Pressekonferenz in Skopje gemeinsam mit dem mazedonischen Außenminister Bujar Osmani, auf die schwierige historische Gemengelage und die zahlreichen Verzögerungen und Blockaden im Prozeß der Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU angesprochen stellte der Außenminister fest: „Europa ist eine historisch dichte Region“, man könne keinen Meter gehen, ohne daß man auf einen Grabstein, eine Verwundung, eine Verletzung, eine kulturelle Hinterlassenschaft stoße. „Ich glaube nur, daß Europa ein unglaubliches Heilmittel für solche Wunden ist.“

Große Erwartungen habe er bezüglich Fortschritt der EU-Erweiterung an die kommende EU-Ratspräsidentschaft: „Mit Slowenien und meinem Kollegen Anze Logar sehe ich dieses Thema in besten Händen“, bestätigt Schallenberg. Er danke aber auch der aktuellen Präsidentschaft Portugal, die das Thema auf der Prioritätenliste der Europäischen Union wieder deutlich nach vorne gereiht hätte. Nicht zuletzt aufgrund der engen menschlichen Verflochtenheit – rund 550.000 Menschen aus dieser Region leben in Österreich – ist Österreich ein starker und traditioneller Verfechter einer EU-Erweiterung am Westbalkan. Diese menschliche Nähe hat gerade jüngst in der Bereitstellung von 651.000 Impfdosen für die Menschen am Westbalkan beredten Ausdruck gefunden: Österreich hat die Weitergabe dieser Impfdosen durch rechtliche Vereinbarungen mit dem Hersteller und den Partnern am Westbalkan sowie durch deren Vorfinanzierung möglich gemacht. ■

Liechtensteinische Außenministerin Dominique Hasler zu Gast in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 26. Mai die liechtensteinische Außenministerin Dominique Hasler zu ihrem Antrittsbesuch in Wien. Das Treffen stand ganz im Zeichen der exzellenten Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein. Schallenberg würdigte insbesondere die gute Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie, die sich durch den reibungslosen Ablauf des gemeinsamen Grenzmanagements ausgezeichnet hat und sich nun mit dem „Grünen Paß“ fortsetzt.

„Es freut uns, daß eine Einigung zum digitalen EU-Covid Zertifikat erreicht werden konnte, die unser Nachbarland Liechtenstein inkludiert. Somit haben wir eine viel-

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit dem tschechischen und slowenischen Außenminister Skopje.

versprechende Lösung, die eine sichere und grenzübergreifende Rückkehr zur Normalität gewährleistet“, so der Außenminister.

Neben regelmäßigen bilateralen Kontakten stehen Liechtenstein und Österreich durch Formate wie dem Fünfertreffen der deutschsprachigen Außenminister, dem Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter oder der internationalen Bodenseekonferenz in stetigem Austausch.

„Ich schätze die ausgezeichnete Zusammenarbeit im regionalen Kontext sehr. Vor allem die aktive Mitwirkung Liechtensteins bei der EU-Alpenraumstrategie, unter anderem in der von Tirol initiierten Stärkung der Jugendbeteiligung, sehen wir als ein positives Zeichen für regionale Kooperation“, betonte der Außenminister.

Die guten Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein finden auch auf multilateraler Ebene ihren Widerhall. Seit vielen Jahren verfolgen die beiden Länder ähnliche außenpolitische Ziele, wie den weltweiten Einsatz für Menschenrechte, Frauenrechte, Rechtsstaatlichkeit und effektiven Multilateralismus. Liechtenstein unterstützt hierbei auch die Kandidatur Österreichs für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Periode 2027-2028.

„Mit Liechtenstein haben wir einen verläßlichen Partner, der als Staat im Herzen von Europa viele unserer außenpolitischen Ansichten teilt“, so Alexander.

Liechtenstein und Österreich verbindet eine vielfältige Zusammenarbeit in Bereichen wie Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung oder Sport.

Auch menschlich sind die beiden Länder eng verwoben: Täglich pendeln etwa 8.400 ÖsterreicherInnen nach Liechtenstein. ■

Foto: BMEIA

Außenminister Alexander Schallenberg und Amtskollegin aus Liechtenstein Dominique Hasler

Rat der EU-Außenminister in Luxemburg

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 21. Juni 2021 am Rat für auswärtige Angelegenheiten (RAB) in Luxemburg teil. Bereits vor der Sitzung fand ein Treffen mit der belarussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja statt. Die Situation in Belarus, die Beziehungen der EU zur Türkei und Rußland standen im Zentrum der Gespräche bei diesem letzten Treffen unter portugiesischem Vorsitz.

In Bezug auf Belarus einigten sich die EU-Außenminister auf ein sehr umfangreiches, neues Sanktionspaket gegen Unterstützer des Lukaschenko-Regimes. Die Maßnahmen treffen unter anderem die Kali- und Düngemittelindustrie, Mineralölunternehmen und den Finanzdienstleistungssektor. Schallenberg betonte die Notwendigkeit, mvöglichst zielgerichtete Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Repressionen in Belarus zu verhängen, ohne der Zivilgesellschaft zu schaden: „Wir müssen nach dieser kaltschnäuzigen Aktion einer staatlichen Luftpiraterie die Daumenschrauben eindeutig anziehen, aber wir wollen auch nicht die Menschen in Belarus bestrafen. Es geht darum, Wirtschaftssanktionen zielgerichtet zu gestalten, damit jene getroffen werden, die wir treffen wollen.“

Der Außenminister unterstrich dabei erneut seine klare Unterstützung für die belarussische Zivilgesellschaft: „Österreich gehört zu jenen Staaten, die am meisten in den Dialog mit der belarussischen Zivilgesellschaft investieren. Bei Wirtschaftssanktionen gilt es darauf zu achten, daß sie diesen Dialog nicht erschweren. Sanktionen müssen begründet und wasserdicht sein. Der Eingriff muß chirurgisch erfolgen, damit wir nicht die Zivilgesellschaft treffen, sondern das Regime.“

Die EU habe zu den Repressionen in Belarus immer mit einer Stimme gesprochen und Beschlüsse einstimmig gefaßt, so auch am 21. Juni: „Wir können nicht zur Tagesordnung zurückkehren, wenn Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Gleichzeitig dürfen wir nicht den Menschen schaden, welche die Leidtragenden in dieser Situation sind“, so Außenminister Schallenberg.

Die EU-Außenminister hatten am Rande des Treffens außerdem Gelegenheit zu einem Austausch mit dem irakischen Außenminister Fuad Hussein. ■

https://www.bmeia.gv.at/

Foto: European Union

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem Amtskollegen Anže Logar von Slowenien

Zivilcourage und Lebensretter im Nationalsozialismus

Sonderausstellung von 19. Mai bis 1. Oktober 2021 im Heeresgeschichtlichen Museum

Die neue Sonderausstellung „Die Gerechten. Courage ist eine Frage der Entscheidung“ im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum (HGM) wurde am Abend des 18. Mai im Rahmen einer Online-Veranstaltung von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner feierlich eröffnet.

Die Ministerin wies bei ihrer Rede auf das Thema Zivilcourage und Wertevermittlung, welche auch beim Bundesheer eine bedeutende Rolle spielen: „‚Courage ist eine Frage der Entscheidung‘ – dieser Satz hat in der NS-Zeit über Leben und Tod von Menschen entschieden. Mit Projekten wie diesen können die Erinnerung an diese schlimme Vergangenheit bewahrt und gleichzeitig ihre Bedeutung an jetzige und zukünftige Generationen weitergegeben werden. Dabei geht es auch um Vermittlung von Werten, Menschenwürde und Toleranz einer Demokratie. Gerade durch das System der Wehrpflicht kommen beim Bundesheer Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen und Gesellschaftsschichten zusammen – da ist dieses Thema besonders wichtig.“

Der Direktor des Museums, Christian Ortner, bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und die einmalige Chance, dieses „spannende und für uns so wichtige Thema“ im Museum präsentieren zu können. Im Rahmen der Veranstaltung übermittelten Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler und Ruth Ur, Yad Vashems Direktorin für deutschsprachige Länder und die Schweiz, ihre Grußworte. In einer Videobotschaft erinnerte die Zeitzeugin Lucia Heilman an diese düstere und bedrohliche Zeit.

Die Internationale Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem ehrt Menschen, die während des Naziregimes jüdischen MitbürgerInnen ohne Gegenleistung geholfen haben zu überleben oder auszuwandern. Weltweit wird derartigen Personen der Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen.

Der Verein „Die österreichischen Freunde von Yad Vashem“ initiierte in Zusammenarbeit mit der Johannes Kepler Universität aus Linz dieses Projekt, welches speziell die österreichischen Gerechten vorstellt. Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Michael John und Univ.-Prof. Albert Lichtblau entstand so eine Ausstellung, in der die Zeit des NS-Terrors in Österreich und die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung bis hin zum Holocaust dargestellt und vermittelt werden. Mit dieser Ausstellung bietet das Heeresgeschichtliche Museum den BesucherInnen nach dem Lockdown wieder etwas historisch Anspruchsvolles.

Die Sonderausstellung ist bis 1. Oktober 2021 in den Sonderausstellungsräumen des Museums zu besichtigen. ■

https://www.hgm.at/
http://www.yad-vashem.net/
https://www.yadvashem.org/de/
https://www.bundesheer.at/

Foto: Bundesheer / Carina Karlovits

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und HGM-Direktor Christian Ortner

Foto: Bundesheer / Carina Karlovits

Die Vertreidigungsministerin beim Rundgang durch die Ausstellung im HGM

»Ein Dach für Kroatien«

Hilfe für Erdbeben-Opfer: Bischof Ägidius Zsifkovics und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil übergaben die ersten beiden Häuser in Zagreb

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Bischof Ägidius Zsifkovics (Mitte links), Jelena Pavičić-Vukičević (Mitte) und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (Mitte rechts)

Ein Dach für Kroatien“: Unter diesem Titel hat die Diözese Eisenstadt im März eine Hilfsaktion für die Betroffenen der Erdbeben-Katastrophe von 2020 initiiert, die jetzt in die erste Umsetzungsphase geht. Im Rahmen eines gemeinsamen Besuchs in der kroatischen Hauptstadt Zagreb haben Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 8. Mai zwei Häuser im Zagreber Vorort Èuèerje übergeben, die von der Diözese Eisenstadt und vom Land Burgenland gemeinsam finanziert werden und den Auftakt für die Hilfsaktion bilden. Zur Verfügung stehen die zwei in Holzbauweise erstellten Häuser einerseits einer vom Erdbeben schwer betroffenen siebenköpfigen Familie, andererseits der Pfarre Èuèerje.

Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics: „Im Geiste des heiligen Martin haben wir in Kooperation – das Land Burgenland, die Diözese Eisenstadt, die Stadt Zagreb, die Kroatische Regierung, die Erzdiözese Zagreb und die Caritas Burgenland – diese konkrete Martinstat mit diesen ersten zwei Häusern gesetzt.“

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: „Durch das Erdbeben im Vorjahr wurden rund 50.000 Gebäude zerstört oder beschädigt. Mehr als 7.500 Menschen leben in Notschlafstellen. In so einer Situation ist Zusammenhalt gefragt. Gerade für das Burgenland mit seinen besonderen kulturellen und historischen Beziehungen zu Kroatien ist es ein Gebot der Solidarität, diese humanitäre Initiative mitzutragen.“

Durch Spenden sollen weitere „Dächer für Kroatien“ finanziert werden. Die Holzhäuser aus dem Burgenland sind als dauerhaftes Zuhause für Familien in Kroatien geplant, die durch das Erdbeben nach Weihnachten 2020 in Zagreb und in der Gespanschaft Sisak-Moslavina ihr Obdach verloren haben.

Der Landeshauptmann will die Initiative auch bei der nächsten Landeshauptleute-Konferenz vorstellen, Diözesanbischof Zsifkovics wird auch die Bischofskonferenz damit befassen. So soll ein österreichweites Hilfsnetzwerk entstehen. Im Rahmen ihres Kroatien-Besuchs trafen Doskozil und Zsifkovics auch mit der Bürgermeisterin von Zagreb, Jelena Pavičić-Vukičević, zusammen. Zum Abschluß machte sich die burgenländische Delegation ein Bild von den schweren Schäden im Erdbebengebiet der Region Banovina. ■

https://www.burgenland.at/
https://www.martinus.at/

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Eines der beiden Häuser, die durch „Ein Dach für Kroatien“ bereits ermöglicht wurden.

Unsere Zukunft in unseren Händen

Europäische Jugendwoche – Kärntens Landesrätin Sara Schaar stellte Förderprogramme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps vor

Foto: Büro LR.in Schaar

LR.in Mag.a Sara Schaar, Olga Utan aus Moldawien (Freiwillige im Klagenfurter Europahaus) und Rovena Sina aus Albanien (Freiwillige im Kärntner Landesjugendreferat), GF Europahaus bzw. Verein GEMMA Marc Germeshausen

Anläßlich der europäischen Jugendwoche (European Youth Week – EYW) fanden von 24. bis 30. Mai europaweit sehr interessante Veranstaltungen zum Thema „Unsere Zukunft in unseren Händen“ statt. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz machten Jugendreferentin LR.in Sara Schaar, Marc Germeshausen vom Verein GEMMA bzw. vom Europahaus Klagenfurt, Olga Utan aus Moldawien (Freiwillige im Klagenfurter Europahaus) und Rovena Sina aus Albanien (Freiwillige am 25. Mai im Kärntner Landesjugendreferat) auf die neuen EU-Jugendprogramme 2021-2027 aufmerksam.

„Bei den europäischen Jugendwochen können Jugendliche Themen diskutieren, die ihnen am Herzen liegen und sich über die EU-Jugendprogramme informieren“, so Sara Schaar. Es sei wichtig, einen Raum zu schaffen, in dem Jugendliche ihre Meinungen z.B. zu Umweltthemen einbringen können. Einen idealen Rahmen hierzu würden das neue Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps bieten.

Erasmus+ heißt das EU-Förderprogramm für Bildung, Jugend und Sport, das im Jahr 2021 an den Start gegangen ist und bis Ende 2027 läuft. Unter dem Dach „Erasmus+ Jugend in Aktion“ gibt es Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte und die außerschulische Jugendarbeit. „Die Formate von Erasmus+ fördern Mobilität und interkulturelle Lernerfahrungen von jungen Menschen sowie den Aufbau von neuen Netzwerken“, so Schaar. Erasmus+ Jugend bietet weiterhin die Möglichkeit für 13- bis 30jährige, sich bei europäischen Jugendbegegnungen zu treffen, um sich mit einem Thema auseinanderzusetzen, welches sie bewegt. Die Weiterbildung für Fachkräfte der Jugendarbeit werden mittels europäischen Workshops, Seminaren und Trainings gefördert. „Ziel ist es, die Qualität und Anerkennung der Jugendarbeit in der EU zu fördern“, so Schaar.

Auch eine neue Förderschiene hat das Erasmus+ Programm 2021-2027 zu bieten, die „Youth Participation Acitivites“. „Hier werden Aktivitäten des non-formalen Lernens, welche die Teilhabe junger Menschen am demokratischen und gesellschaftlichen Leben auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene unterstützen, gefördert“, erklärt Marc Germeshausen vom Verein GEMMA.

Seit 2018 gibt es ein neues Jugendprogramm, das „Europäische Solidaritätskorps“, welches gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen aus dem sozialen Bereich die Möglichkeit bietet, junge, engagierte Menschen für ihr Team zu gewinnen. „Dazu zählen Solidaritätsprojekte, wo junge Menschen eigene lokale Projektideen umsetzen können oder Freiwilligenprojekte, wo sich junge Menschen freiwillig für das Projekt einer Organisation engagieren“, erklärt Germeshausen.

Insgesamt wurden 2020 neun „Erasmus+ Jugend“-Projekte in Kärnten umgesetzt und 202.256 Euro an Fördermittel abgeholt, im Rahmen des „Europäischen Solidaritätskorps“ waren es im vergangenen Jahr insgesamt 98.833 Euro für drei Projekte. ■

https://jugend.ktn.gv.at/

»Connecting Nature AT-CZ«

Renaturierung der Moore als zentraler Schwerpunkt in der Lebensraumvernetzung zwischen Niederösterreich und Tschechien

Foto: NLK / Filzwieser

v.l.: LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Christian Übl (Nationalpark Thayatal), Margit Gross (Naturschutzbund NÖ), Horst Dolak (Nationalpark Heidenreichsteiner Moor) und Barbara Dolak (Naturpark Hochmoor Schrems)

Biodiversität zu schützen und weiter zu forcieren ist eine der großen Herausforderungen dieser Zeit. Mit dem Projekt „Connecting Nature AT-CZ" werden wichtige Ökosystemdienstleistungen, Biodiversität und der attraktive Erholungsraum zwischen den NÖ Kalkalpen und den Böhmisch-Mährischen-Höhen bis zu den Karpaten in Tschechien erhalten und gefördert. Die Erhaltung der Moore im Waldviertel und weiterer in Tschechien spielt dabei eine wichtige Rolle.

„Die 75 Moore im Waldviertel und weitere in Tschechien bieten seltenen Tier- und Pflanzenarten ein Zuhause und zählen zu den absoluten Klimaschutz-Meistern, weil sie enorme Mengen an Kohlestoff speichern. Diese gilt es zu schützen und renaturieren", so LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf über die Wichtigkeit des Projektes. Dabei gibt es bereits wichtige Ergebnisse zur Erhaltung der Moore in Niederösterreich und Tschechien. „Vier Moore werden bereits aktiv in diesem Gebiet renaturiert und für zehn weitere liegen die Umsetzungskonzepte vor. Der allgemeine Erhaltungszustand der Moore und ihrer pflanzlichen und tierischen Bewohner hat sich außerdem im Projektgebiet verbessert", zieht Margit Gross, Geschäftsführerin Naturschutzbund NÖ, eine Bilanz.

„Die Naturparke Hochmoor Schrems und Heidenreichsteiner Moor eignen sich ausgezeichnet, um sich ein Bild über den einzigartigen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten zu machen", laden Horst und Barbara Dolak, Geschäftsführer dieser Naturparke, zu einem Besuch ein. Der Naturpark Heidenreichsteiner Moor als Naturpark des Jahres 2021 und der Naturpark Hochmoor Schrems mit der Ausstellung zum Thema „MOOR – Vom Gatsch zum Klima" bieten gerade jetzt und in den Sommermonaten ein ausgezeichnetes Ausflugsziel.

Das interregionale Projekt „Connecting Nature AT-CZ" (ConNat) ist ein Projekt zur Lebensraumvernetzung, zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Situation der Biodiversität zwischen Niederösterreich und Tschechien. „Der Austausch zwischen den beiden Ländern ist so wichtig, da der Artenschutz nicht an einer Grenze Halt macht. Überregionale Projekte wie ConNat bieten eine Plattform, wo Fachexpertinnen und Fachexperten ihre Erfahrungen für mehr Artenvielfalt austauschen können", betont Nationalparkdirektor Thayatal Christian Übl, Lead-Partner von Connecting Nature AT-CZ. Neben der Vernetzung geht es um den Erfahrungsaustausch der beiden Länder, um die Betreuung von Schutzgebieten zu optimieren. An diesem Projekt arbeiten elf Partner aus Österreich und der Tschechischen Republik. Zu den Partnern zählen Landes- bzw. Kreisverwaltungen, Universitäten, Regionalentwicklungsorganisationen, Schutzgebietsverwaltungen und NGOs.

Über Naturland Niederösterreich

Naturland Niederösterreich ist eine Initiative der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ im Auftrag von Landeshauptmann-Stv. Stephan Pernkopf und versteht sich als Plattform, die Wissenswertes rund um Schutzgebiete, Naturräume und Projekte in Niederösterreich sammelt und aufbereitet, Kooperationen initiiert und Gemeinsamkeiten kommuniziert.

Hinter all dem stecken viele engagierte Partnerorganisationen und Menschen, die in Niederösterreich seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit leisten. Denn nur durch das kontinuierliche Mitwirken vieler Hände und Köpfe konnte das „Naturland Niederösterreich" zu seiner jetzigen Größe heranwachsen und kann es auch in Zukunft weiter gedeihen. ■

https://www.noel.gv.at/
https://www.naturland-noe.at/connat

LIVE-TALK mit den Auslands-oberösterreichernInnen

Die gebürtige Puchenauerin Doris Berger, leitende Kuratorin des neuen OSCAR-Museums in Los Angeles, und der Teamchef der israelischen Fußball-Nationalmannschaft, Willi Ruttensteiner aus Wolfern, plauderten als LIVE-GÄSTE mit Landeshauptmann Thomas Stelzer und Moderator Florian Danner.

Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

v.l.: Doris Berger, leitende Kuratorin des neuen OSCAR-Museums in Los Angeles Moderator Florian Danner und, LH Thomas Stelzer

Guten Morgen und Mahlzeit nach Amerika, schönen Nachmittag und guten Abend nach Europa und Afrika, gute Nacht nach Asien und Australien“, so hieß Landeshauptmann Thomas Stelzer seine Landsleute im Ausland beim 1. Online LIVE-TALK des Netzwerkes von OÖ International willkommen.

„In Zeiten von Covid-19 ist ein persönlicher Kontakt mit unseren Landsleuten im Ausland kaum möglich. Daher wollte ich mich über diese digitale Plattform austauschen, persönliche Anliegen entgegennehmen und aktuelle Fragen beantworten. Der direkte Kontakt zu unseren Mitgliedern ist mir sehr wichtig. Denn sie repräsentieren unser Bundesland in der Ferne und sind unsere Botschafterinnen und Botschafter Oberösterreichs“, so der Landeshauptmann.

Grund zum informellen Austausch gab es genug. Die Landsleute hatten vielen brennende Fragen, die Großteils beantwortet werden konnten, so zum Beispiel: „Wie sieht die aktuelle Covid-19-Situation in Oberösterreich aus? Können wir im Sommer Urlaub in der Heimat machen? Gibt es eine Möglichkeit, mich in OÖ impfen zu lassen? Wie geht es dem Wirtschaftsstandort OÖ aufgrund der Pandemie? Gibt es eine organisatorische Unterstützung, wenn ich wieder in der Heimat Fuß fassen möchte? Wie können meine Kinder, die im Ausland geboren wurden, eine enge Verbindung zu OÖ aufbauen? Gibt es Austauschmöglichkeiten? Was macht OÖ im Bereich Digitalisierung?

Zwei Landsleute aus den Bereichen Kultur und Sport wurden beim LIVE-TALK vor den Vorhang geholt: Doris Berger, leitende Kuratorin des Academy Museum of Motion Pictures (Oscar Museum) in Los Angeles, das Ende September diesen Jahres offiziell eröffnet wird – und Willi Rutensteiner, Sportdirektor und Teamchef der israelischen Fußball-Nationalmannschaft, der auch über die aktuelle angespannte Lage vor Ort berichtete.

Zum Ausklang wurden noch zwei Exemplare des neu erschienenen Buches „Österreichisches Deutsch oder Deutsch in Österreich?“ des gebürtigen Attnang-Puchheimers Stefan Dollinger verlost. Dollinger ist Professor für Sprachwissenschaften an der British Columbia University in Vancouver/Kanada.

Über 800 Landsleute aus rund 100 Ländern auf allen Kontinenten der Welt sind Mitglied von OÖ International. Die Palette reicht von EntwicklungshelfernInnen und DiplomatenInnen über SportlerInnen und Kulturschaffenden bis hin zu Lehrenden und Studierenden oder bekannten Wirtschaftsgrössen. Selbstverständlich wird oftmals auch der großen Liebe wegen ins Ausland gegangen und dort eine Familie gegründet.

Wer im Ausland lebt, fühlt sich oftmals noch viel enger mit seiner Heimat verbunden. „Über unser Netzwerk OÖ International bleiben wir mit unseren Landsleuten im Ausland bestens vernetzt, auch in Krisenzeiten. Dieser Zusammenhalt ist mir wichtig. Denn: Einmal Oberösterreicher – immer Oberösterreicher“, so der Landeshauptmann abschliessend. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.ooe-international.at/talk

Gmundner Keramik:»Grün-geflammtes« wird Kulturerbe

Die österreichische UNESCO-Kommission hat drei neue »Elemente« in die nationale Liste des immateriellen Kulturerbes aufgenommen, darunter eines aus Oberösterreich: das »Traditionelle Handwerk in Gmunden: das Flammen von Keramik«

Insgesamt finden sich derzeit auf der nationalen, österreichischen Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO 136 Traditionen, 30 davon kommen aus Oberösterreich oder stehen in unmittelbarem Zusammenhang zum Land. „Jede Tradition und jedes Brauchtum, das in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes Eingang findet, muß über mehrere Generationen hinweg bis in die Gegenwart gelebt werden. Das unterstreicht, wie lebendig Traditionen in Oberösterreich gepflegt werden und wie sehr sie auch in der Gegenwart unseren Alltag prägen. Die Bewahrung unserer Heimat, unserer Traditionen und Wurzeln ist ein zentraler Auftrag in Oberösterreich“, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Foto: 2021 Gmundner Keramik Handels GmbH

Die grüne Bänderung in Verbindung mit dem weißen Glasurgrund bildet das typische „Grüngeflammte“, das auf Geschirr und Dekorgegenstände angebracht wird.

Keramik-Land Oberösterreich

Fast jedem Österreicher ist das „Grüngeflammte“ der Gmundner Keramik ein Begriff. Daß die Technik bereits im 17. Jahrhundert in Gmunden nachweisbar ist und bis heute als gelebte Tradition immer noch ausgeführt wird, ist weniger bekannt, aber einzigartig. Zur großen Blüte des Gmundner Keramik-Handwerks hatte sich im Laufe des 17. Jahrhunderts die typische Dekortechnik mit dem bekannten Grün nach eigener Rezeptur bereits etabliert. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde in Gmunden die typische Musterung mit Bänderung in Grün auf weißem Glasurgrund vorwiegend für Gebrauchskeramik als Schmuck verwendet. Diese sehr spezifische Auszier etablierte sich unter der Bezeichnung „Grüngeflammtes Geschirr“. Daß dabei vorwiegend mündliche Überlieferung in der Unterweisung der Technik notwendig ist, erklärt sich aus der Technik heraus. „Daß dieses alte Handwerk heute noch gepflegt wird, ist ein großes Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gmundner Keramik, denen ich dafür sehr herzlich danke“, so der Landeshauptmann, der auch der MF-Gruppe Anif, die das Traditionsunternehmen und seine Produktpallette zeitgemäß weiterentwickelt, für ihr großes Engagement dankt.

Hinter der schlichten Inventarnummer K 133 verbirgt sich in den Sammlungen des Landesmuseums ein bedeutender Kulturschatz. Handelt es sich doch bei der Godenschale mit weißer Zinnglasur und grüngeflammtem Dekor um die weltweit älteste erhaltene Schale in dieser Technik. Die Deckelschale ist mit zwei plastisch ausgeformten Engelsköpfen als Handhaben ausgestattet und hat einen Durchmesser von lediglich 16 Zentimeter. Hergestellt wurde sie in Gmunden im 2. Viertel des 17. Jahrhunderts. Die berühmte Godenschale wurde 1907 bei Umbauarbeiten in Schwanenstadt gefunden und ging als Schwanenstädter Fund in die Geschichte ein. Der Erwerb durch das Landesmuseum wurde durch Spenden von oberösterreichischen Firmen und Privatpersonen möglich. Letztere, darunter auch die Förderer des Oö. Landesmuseums, tragen auch heute noch sehr wesentlich zur Sammlungserweiterung bei. So konnte zuletzt ein großer Teil der von der Wiener Werkstätte gestalteten Ladeneinrichtung der Schleiss Keramik Gmunden erworben werden.

Ausstellung zur Gmundner Keramik im Schloßmuseum Linz

Im November 2021 wird die OÖ. Landes-Kultur GmbH in einer Ausstellung die Geschichte der Gmundner Keramik von Grüngeflammt bis zu den farbenfrohen Fayencen würdigen. Erzählt wird auch die Entwicklung von einstmals vielen Werkstätten bis zu einer der wenigen, heute noch bestehenden. In begleitenden Workshops – eine Kooperation mit dem Unternehmen Gmundner Keramik – können unterschiedliche Techniken erlernt und vertieft werden. Ein Teil des Vermittlungsprogramms werden Kurse zur Arbeit mit 3D-Keramikdruckern sein. Parallel zur Ausstellung erscheint eine Publikation zur Geschichte der Gmundner Keramik.

Gründung der Academy of Ceramics Gmunden

Anläßlich der Erhebung der Gmundner Flammtechnik zum immateriellen Kulturerbe wird im Laufe dieses Jahres die Academy of Ceramics Gmunden (AoCG) gegründet. „Wir wollen dazu beitragen, dieses großartige, traditionelle Handwerk in die Zukunft zu führen. Dazu ist es nötig, KünstlerInnen, HandwerkerInnen und all jene zu fördern, die sich diesem Metier verschrieben haben“, freut sich Alfred Weidinger, Direktor der OÖ Landes-Kultur GmbH, schon heute auf die in 2022 beginnenden Projekte. ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.gmundner.at/

Data Science in Salzburg

Eine Erfolgsstory wird internationalisiert

Als die Universität Salzburg 2016 das Masterstudium in Data Science startete, war sie die erste Universität in Österreich und sollte es auch eine Zeit lang bleiben. Nach fünf äußerst erfolgreichen Jahren wagen die Verantwortlichen nun den nächsten Schritt: Das Studium wird ab Herbst 2021 komplett auf Englisch angeboten. Damit wird Data Science in Salzburg für qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber aus quasi der ganzen Welt zugänglich.

„Digitalisierung und Datenwissenschaften gehören zu den Schlüsseldisziplinen für Zukunftsfähigkeit und sind ein wesentlicher Teil unserer Wissenschafts- und Innovationsstrategie Salzburg 2025. Durch die Internationalisierung dieses erfolgreichen Masterstudiums werden noch mehr kluge Köpfe nach Salzburg kommen und ihr innovatives Potential hier am Standort freisetzen. Die Nachfrage der Wirtschaft nach den Absolventinnen und Absolventen ist übrigens enorm“, so Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Rektor Hendrik Lehnert sieht darin einen wichtigen Schritt in der Entwicklung des Studienangebots: „Damit eine Universität erfolgreich und für die Studierenden attraktiv ist, muß sie nicht nur in der Forschung am Puls der Zeit sein, sondern auch die angebotenen Studien laufend evaluieren und weiterentwickeln. Englischsprachige Studien bedeuten nicht nur eine Öffnung für internationale Studierende, sondern bereiten auch unsere Absolventinnen und Absolventen perfekt auf eine Tätigkeit in diesem globalisierten Forschungs- und Tätigkeitsfeld vor.“

Der Schritt zum englischen Curriculum ist laut Studiengangsleiter Arne Bathke fast überfällig: „Wir haben seit Jahren Anfragen von Interessierten, wann es denn endlich auf Englisch angeboten würde. Auch unser Netzwerk an internationalen akademischen Partnern wartet schon darauf.“

Viele der internationalen InteressentInnen am Salzburger Data Science Masterstudium sind begeistert vom einzigartigen innovativen Spirit, den man aus dem Studienplan herausliest: Neben den für angehende Data Scientists absolut unerläßlichen Grundlagen aus Mathematik, Informatik und Statistik stehen Anwendungen ganz groß im Fokus, ein (üblicherweise gut bezahltes) Industriepraktikum ist sogar verpflichtend. Außerdem ethische Fragen: Im Pflichtseminar „Daten und Identität“ stehen stets aktuelle Themen im Fokus, wie heuer z.B. der digitale Impfnachweis zum Reisen innerhalb Europas, Cybersecurity, aber auch Diskriminierung durch Algorithmen der künstlichen Intelligenz. Dazu werden jeweils renommierte internationale Fachleute eingeladen, um mit den Studierenden zu diskutieren. In einer anderen Lehrveranstaltung geht es um etwas, woran man im Zusammenhang mit Data Scientists vielleicht nicht sofort denkt, was aber für den täglichen Job etwa in den Schaltzentralen von Unternehmen essenziell ist: gutes und effizientes Kommunizieren. Hier bekommen die Studierenden intensives externes Coaching von einer Expertin, die Vermittlung von Erkenntnissen an fachfremde Personen wird trainiert.

Foto: Universität Salzburg / Luigi Caputo

Der Campus der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg

Ein erfreulicher Nebeneffekt der Industriepraktika ist, daß sich in den letzten Jahren Dutzende an Kooperationen mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt haben. Alle verbindet, daß sie state-of-the-art Data Science Methoden bei sich einsetzen möchten und daher die Zusammenarbeit mit der Uni schätzen. Um diese anwendungsmotivierte Forschung besser koordinieren und ausbauen zu können, hat die Universität im letzten Jahr mit signifikanter Förderung durch das Land Salzburg das Intelligent Data Analytics Lab Salzburg (IDA Lab) eröffnet, das wiederum interessierten Studierenden eine weitere Brücke in die Anwendung bietet.

„Die Unternehmen profitieren durch methodische, anwendbare Forschung am Puls der Zeit und das IDA Lab durch spannende Fragestellungen aus der Praxis. So schaffen wir Vorsprung durch Forschung“, faßt Wolfgang Trutschnig, Direktor des IDA Labs, die Win-Win Situation zusammen.

Nina Schmitzberger, eine Absolventin des Data Science Masterstudium und derzeit bei BMW im Global Leader Development Programm, hebt die folgenden Highlights hervor: „Das interdisziplinäre Angebot an Lehrveranstaltungen und die familiäre Atmosphäre unter Studierenden, außerdem gute Vernetzungsmöglichkeiten mit den Professorinnen und Professoren an der Uni Salzburg. Gemeinsam mit den scheinbar unendlichen Einstiegsmöglichkeiten in die Berufswelt, in fast allen erdenklichen Branchen, ist das Data Science Studium in Salzburg unglaublich attraktiv und empfehlenswert für Studierende aus allen möglichen Bereichen.“

Das Masterstudium in Data Science ist offen für qualifizierte BewerberInnen aus der ganzen Welt. ■

http://datascience.sbg.ac.at/

Europatagsfest des Landes Steiermark

… mit steirischen Schülern, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Europalandesrat Drexler und Fußball-Profi Schnaderbeck

Rund um den Europatag am 9. Mai kommen seit Jahren hunderte steirische SchülerInnen zusammen, um über Europa und die Europäische Union zu diskutieren. Pandemiebedingt fand das Europatagsfest des Landes Steiermark nach dem Vorjahr, am 7. Mai zum zweiten Mal online statt. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, übermittelte den SchülerInnen eine sehr persönliche Video-Grußbotschaft, die einer Liebeserklärung an die Steiermark gleichkam. Europalandesrat Christopher Drexler und der stellvertretende Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wolfgang Bogensberger, diskutierten mit den SchülerInnen über ihre Anliegen, Ideen und Erwartungen an Europa. Der steirische Fußball-Star Viktoria Schnaderback beschrieb ihren Weg von Kirchberg an der Raab über München in die Weltstadt London und ihre Europa-Erfahrungen.

Foto: Land Steiermark

Europalandesrat Christopher Drexler verfolgt die Keynote von Fußball-Star Viktoria Schnaderbeck

Schnaderbecks Europa-Erfahrungen und ihr Appell an die SchülerInnen

Viktoria Schnaderbeck umriß für die SchülerInnen ihren „Weg von einem Dorf in Österreich über München in die Weltstadt London“. Sie berichtete über ihre „Learnings“ aus ihrer bisherigen Profi-Laufbahn, die Schwierigkeiten und Herausforderungen im Ausland, den Umgang mit Rückschlägen und die Chancen einer internationalen Karriere. Schnaderbeck hat es als besondere Bereicherung beschrieben, wenn man gerade als junger Mensch international unterwegs sein kann, wie es ihr durch ihre Stationen als Profi-Fußballerin in München und London und mit dem ÖFB-Frauen-Nationalteam möglich geworden ist. Sie sieht darin eine besonders wichtige Erweiterung der Perspektiven. Ihr Appell lautete, offen zu sein, Chancen zu nutzen und so eigene, bereichernde Europa-Erfahrungen zu machen.

„Viktoria Schnaderbeck hat Mut gemacht und gezeigt, wie wichtig es ist, international zu denken und den europäischen Austausch zu leben“, zeigte sich Europalandesrat Christopher Drexler von Schnaderbecks Keynote begeistert.

SchülerInnen diskutierten ihre Positionen zur Zukunft Europas

Intensiv mit Europa und der Europäischen Union beschäftigt haben sich in den letzten Wochen die teilnehmenden SchülerInnen der HAK Judenburg, des BG/BRG Judenburg, des Gymnasium Ursulinen Graz, der HAK und des BORG Weiz sowie des BORG Deutschlandsberg im Rahmen des Unterrichts. Sie haben ihre Anliegen, Forderungen und Ideen für Europa und die Europäische Union erarbeitet und präsentiert. Mittels Voting haben die rund 180 Teilnehmenden ihre brennendsten Themen aus sechs unterschiedlichen Themenfeldern ausgewählt, die nun ihr steirisches Positionspapier für die Zukunft Europas bilden.

„Ich bin wirklich begeistert von den wohlüberlegten und hochprofessionell vorgetragenen Präsentationen der Schülerinnen und Schüler zur Zukunft Europas. Sie haben sich intensiv mit den großen Fragen unserer Zeit auseinandergesetzt, Positionen definiert und diese auch gewichtet. Die Präsentationen und Diskussionen mit den Schülerinnen und Schülern haben ein erfrischend intensives Engagement für die positive Zukunft Europas gezeigt, von dem ich ausgesprochen beeindruckt bin. Wir werden uns jedenfalls darum bemühen, die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses auch in den tatsächlichen politischen Handlungsprozeß einzubringen“, so der Landesrat und kündigte an, die Positionen der SchülerInnen auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu übermitteln, die in ihrer Videobotschaft zur aktiven Mitgestaltung der Europäischen Union eingeladen hatte.

„Das Europatagsfest, der Einsatz und die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler, hat uns hautnah erleben lassen, was auch der in den Europafarben beleuchtete Grazer Uhrturm in dieser Woche zeigen soll: Europa ist in unserer Mitte. Wir alle gemeinsam gestalten die Zukunft Europas. Das werden wir im Zuge der ‚Konferenz über die Zukunft Europas‘, die mit dem Europatag am 9. Mai startet, auch intensiv leben. Die Schülerinnen und Schüler können uns mit ihrem Engagement dabei nur Vorbild sein“, so der steirische Europalandesrat abschließend. ■

https://www.kommunikation.steiermark.at/

Symbolträchtiger Strom zusammenschluß am Brenner

Erstmals seit 60 Jahren sind die Stromnetze zwischen Nord- und Südtirol wieder verbunden

Mit der Wiederherstellung der Leitungsverbindung zwischen den Netzbereichen Nord- und Südtirol im Umspannwerk Edyna am Brenner im Beisein der drei Landeshauptleute Günther Platter (Tirol), Arno Kompatscher (Südtirol) sowie Maurizo Fugatti (Trentino) wurde am 1. Juni ein weiterer Meilenstein der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesetzt. Erstmals seit 60 Jahren sind die Stromnetze zwischen Nord- und Südtirol damit wieder verbunden. Neben diesem historischen Aspekt wird durch den Stromzusammenschluß auch die Versorgungssicherheit für das Wipp- und Stubaital erhöht und zudem ein wichtiger Beitrag für die Energiewende und die Zukunftsstrategie „Tirol 2050 energieautonom“ geleistet.

„Am Brenner ist heute im wahrsten Sinne des Wortes der Funke übergesprungen. Nachdem bereits im Jahr 2019 der Zusammenschluß der Glasfasernetze erfolgte, sind nun erstmals seit 60 Jahren die Stromnetze über die Grenze von Nord- und Südtirol verbunden. Der Zusammenschluß unserer Stromnetze ist ein markanter Meilenstein in unserer gemeinsamen Geschichte und bringt für die Zukunft einen klaren Mehrfachnutzen mit sich: Einerseits stabilisieren wir damit die Energieversorgung und schützen unsere Bürgerinnen und Bürger noch besser vor großflächigen Stromausfällen. Andererseits gilt es, den Energiebedarf aus ökologisch verträglichen Ressourcen langfristig zu decken – dahingehend spielt der Stromzusammenschluß eine wesentliche Rolle. Die nachhaltige Entwicklung unserer alpinen Energiepolitik und die Absicherung und Stärkung des Stromverbundes im europäischen Kontext sind ausschlaggebende Themen für die Zukunft unserer Länder. Daher freut es mich heute ganz besonders, diesen historischen Moment mit meinen beiden Kollegen aus Südtirol und Trentino begehen zu können“ so der derzeitige Euregio-Präsident LH Platter.

„Die Überwindung der Grenzen in Europa findet in vielen Bereichen längst statt, vor allem auch dank der Technologie. Dies wird auch durch den heutigen Stromzusammenschluß deutlich. Durch diesen Zusammenschluß zwischen Norden und Süden wird die Stromsicherheit in Europa verbessert. Zugleich leisten wir für unsere Umwelt einen wichtigen Beitrag. Der Brenner muß für das Überwinden von Grenzen stehen. Auch am Beispiel des grenzenlosen Mobilitätsprojekts Brennerbasistunnel wird deutlich, daß wir gemeinsam besser vorankommen. Während der Pandemie sind die Grenzen für uns alle leider wieder spürbar geworden. Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino hat gerade im Jahr der Pandemie erlebt, wie wichtig der Zusammenhalt ist, um Grenze zu überwinden. Die Europaregion will sich nun auch weiterhin einsetzen, damit die Bewegungsfreiheit innerhalb der Europaregion wieder einheitlich ermöglicht wird“, erklärte Kompatscher.

Foto: Land Tirol / Berger

Die drei Landeshauptleute (v.l.) Maurizo Fugatti (Trentino), Günther Platter (Tirol) sowie Arno Kompatscher (Südtirol) beim symbolträchtigen Stromzusammenschluß am Brenner

„Der heutige Tag ist ein weiterer Beweis dafür, daß die drei Gebiete der Euregio zunehmend miteinander vernetzt werden wollen und dies vor allem auch mit konkreten Fakten belegen“, unterstrich auch Fugatti.

Technische Voraussetzungen geschaffen

Für den Zusammenschluß waren der Neubau und die Erweiterung von Umspannwerken und Hochspannungsleitungen im Wipptal in Nord- und Südtirol erforderlich. Zudem wurde im neu gebauten Umspannwerk Edyna am Brenner ein Spezialtransformator installiert, um eine Vereinbarkeit der unterschiedlichen Betriebsspannungen in Nord- und Südtirol herzustellen. „Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme des Umspannwerks durch den italienischen Netzbetreiber TERNA kann der Strom künftig wieder grenzüberschreitend fließen und es wird die Sicherheit der Stromversorgung weiter erhöht“, informierte Erich Entstrasser, Vorstandsvorsitzender der TIWAG-Gruppe und zugleich TINETZ-Aufsichtsratschef.

In einem ersten Schritt wird die neue Stromverbindung vorwiegend für gegenseitige Aushilfen genutzt. Ein vollumfänglicher Energieaustausch soll ab 2022 möglich sein. Hier laufen derzeit die Gespräche mit den dafür zuständigen Regulatoren. Bis Ende Juli wird die TINETZ auch notwendige Sanierungsarbeiten am Leitungsnetz im Wipptal abgeschlossen haben. Inklusive der erweiterten Umspannwerke in Vill und Steinach wurden auf Tiroler Seite knapp 25 Mio. Euro investiert. ■

https://www.tirol.gv.at/

Engagierte Integrationsarbeit

Vorarlbergs LR Gantner machte bei Integrationspreisverleihung auf Bedeutung von Kooperationen für erfolgreiche und gelingende Integration aufmerksam

Foto: Land Vorarlberg / sams

Ein Blick auf die Teilnehmenden an der Preisverleihung des 5. Vorarlberger Integrationspreises

Gemeinsam Vorarlberg“: Unter diesem Motto ist im Rahmen des fünften Vorarlberger Integrationspreises nach Projekten und Initiativen gesucht worden, die einen kooperativen, menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgen, gegen Diskriminierung vorgehen, gesellschaftliche Teilhabe fördern und den Zusammenhalt stärken. Bei der Preisverleihung am 17. Mai konnte der ressortzuständige Landesrat Christian Gantner insgesamt fünf herausragende Projekte und Initiativen auszeichnen, die eine unabhängige Jury zuvor anhand verschiedener Kriterien ausgewählt hatte.

Verschiedenheit zu akzeptieren und die Fähigkeiten zu besitzen, zuzuhören, andere wertzuschätzen und zu respektieren wären Aspekte, die ein friedvolles Miteinander auszeichnen und Integration fördern, unterstrich der Landesrat in seinen Ausführungen: „Integration ist ein langfristiger und facettenreicher Prozeß, bei dem sowohl Zugewanderte als auch die Mehrheitsgesellschaft ihren aktiven Beitrag leisten, um den Zusammenhalt im Land auch in Zukunft zu erhalten und zu stärken. Dabei ist das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte entscheidend.“ Als zuständiger Integrationsreferent erinnerte Gantner einmal mehr an das von allen Landtagsfraktionen gemeinsam beschlossene Vorarlberger Integrationsleitbild „Gemeinsam Zukunft gestalten“.

Vorarlberg: Erfolg des Gemeinsamen

Zur Vorarlberger Gesellschaft gehören Menschen, die schon seit Jahrzehnten in Vorarlberg leben oder erst seit wenigen Monaten oder Jahren hier sind. „Unsere wirtschaftlichen, aber auch unsere gesellschaftlichen Erfolge haben wir in vielen Teilbereichen auch der Integration zu verdanken. Sei es, daß wir auf Grundlage von Zugehörigkeit und Respekt kritische Diskussionen führen sowie Teilhabe und Teilnahme fördern und einfordern oder auch damit die Identifikation mit dem Ort, an dem wir leben, stärken und Chancengerechtigkeit über Grenzen hinweg ermöglichen“, so Gantner.

Foto: Land Vorarlberg / sams

Vorarlbergs Landesrat Christian Gantner

Allen 47. Einreichenden, die am Vorarlberger Integrationspreis 2020 teilgenommen hatten, sprach Gantner den Dank des Landes aus. Die hohe Zahl an Teilnehmenden zeige, daß es mit dem Preis gelinge, die ganze Vielfalt im Integrationsbereich abzubilden und vor den Vorhang zu holen. Allen Ausgezeichneten gratulierte er herzlich. Folgend die Kategorien und prämierten Einreichungen:

- Städte/Gemeinden/Regionen: Amt der Stadt Feldkirch mit dem Projekt „Naflahus – ein Ort der Begegnung und der Vielfalt“
- Institutionen: Walktanztheater.com mit der Initiative „Interkulturelle Theaterprojekte“
- Unternehmen: Collini GmbH mit dem Projekt „Die Verschiedenheit macht den Erfolg aus“
- Vereine: Club Pentanque Vinomna mit der Initiative „Kugelspiel gegen soziale Kälte“
- Einzelperson: Dragana Balinović & Julia Beck mit dem Projekt "connecthumans“

Vorarlberg als Vorreiter

Vorarlberg war das erste Bundesland, das im Jahr 2011 einen Integrationspreis ausgeschrieben hat. Seitdem wird der Preis in regelmäßigen Abständen vergeben – pandemiebedingt mußte die Preisverleihung auf 2021 verschoben werden. Im Rahmen der ersten vier Vorarlberger Integrationspreise „Interkulturelle Begegnungen“, „Von und miteinander lernen“, „Sport verbindet“ und „Zusammenleben in Vielfalt“ wurden bereits 105 Projekte guter Praxis vor den Vorhang geholt und 26 Projekte ausgezeichnet. ■

https//www.vorarlberg.at/integration

25 Jahre Wien-Haus in Brüssel

Bei der virtuellen Geburtstagsfeier, die vom Weingut Cobenzl des Forst- und Landwirtschaftsbetriebs der Stadt Wien live übertragen wurde, kamen zahlreiche KooperationspartnerInnen des Hauses aus 25 Jahren zu Wort.

Foto: Wien Haus

v.l.: Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros, Altbürgermeister Michael Häupl und Ursula Magnes, Musikchefin Radio Klassik

Von Anfang an waren die Wirtschaftsagentur Wien und die Stadt eng im Wien-Haus verbunden, und das ist bis heute so geblieben. Die erste Leiterin des Büros des damaligen „Wiener Wirtschaftsförderungsfonds“, Monika Unterholzner, erinnert sich gerne an die Präsentation des ersten EU-Förderhandbuchs mit Wirtschaftsstadträtin Brigitte Ederer und EU-Kommissar Franz Fischler: „Das war das erste umfassende Sammelwerk zum Förderdickicht der EU.“

Für ihre Nachfolgerin Susanne Strohm ist es nicht nur wichtig am Ball zu sein, wenn es um europäische Fördermöglichkeiten geht, sondern auch, spannende Projekte sowie Wiener Unternehmen in Brüssel vor den Vorhang zu holen. Wie etwa bei der Präsentation des „Content Vienna“ Awards mit kreativen virtuellen Lösungen, innovativen Apps und einer großen Cloud-Installation. Wiener ForscherInnen sind im Wien-Haus stets willkommen; wie Erich Grießler vom Institut für Höhere Studien bestätigt, der seit einer überraschenden Absage für ein EU-Projekttreffen den Weg in die Avenue de Tervueren fand und seither immer wieder kam: „Das Wien-Haus unterstützt Wiener ForscherInnen effektiv dabei, in Brüssel vor Ort in einem guten Rahmen sichtbar zu werden und unterstützt sie so in ihrer wissenschaftlichen Arbeit – ich habe vom Team immer die vollste und freundlichste Hilfe erhalten, die man sich nur wünschen kann, sogar als Sozialwissenschaftler“, wie er scherzhaft anmerkt.

Lernen, Vernetzen und Experimentieren

Wenn Wien eine europäische Metropole ist, wie Magistratsdirektor Erich Hechtner weiß, muß auch das Personal sich effizient auf der europäischen Ebene einbringen. „Daher ist mir wichtig, daß bereits junge KollegInnen, wie die Trainees, vor Ort sind, aber auch erfahrene KollegInnen diesen internationalen Wissensaustausch pflegen – sogar zum Teil gleich mehrere Wochen vor Ort verbringen. Dazu haben wir bewußt die Infrastruktur im Wien-Haus kontinuierlich ausgebaut.“ Die ersten von 109 PraktikantInnen, die es im Laufe der 25 Jahre nach Brüssel verschlug, waren Jasmin Opl und Andreas Eigenbauer. Beide erinnern sich gerne an die Arbeit in einem internationalen Umfeld, mit vielen Menschen, Sprachen und Kulturen und empfinden den Aufenthalt im Wien-Haus bis heute als Bereicherung. Auch der heutige Leiter der Abteilung für europäische Angelegenheiten, Martin Pospischill, war zunächst als Praktikant und später als stellvertretender Leiter in Brüssel: „unser zentrales Thema 2000 war die drohende Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch einen europäischen Gesetzesentwurf. In Abstimmung mit den Wiener Linien und gemeinsam mit vielen anderen Städten sowie mit Unterstützung des Europäischen Parlaments konnte dieser Plan abgewendet werden – seit damals ist klar, daß das Wien-Haus eine verläßliche Stelle für Informationsbeschaffung und damit ein unverzichtbarer Teil der Wiener Europapolitik ist.“ Während zu seiner Zeit eine Gruppe von ÖsterreicherInnen in Brüssel Taiji trainierte, macht das Team des Wien-Hauses heute zwei Mal pro Woche mittags eine Yoga-Pause mit den NachbarInnen der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz. Das Einvernehmen ist so gut, daß so-

Foto: Wien Haus

Die Neuen Wiener Concert Schrammeln begleiteten die virtuelle Geburtstagsfeier

gar die hofseitigen Gärten seit einigen Jahren durch eine Tor miteinander verbunden sind.

Ein Thema, das im Wien-Haus immer präsent ist, ist die Gleichstellung von Frauen. Regelmäßig finden Vernetzungstreffen von Frauen, die in Brüssel leben und arbeiten statt. Das von Wien unter Frauenstadträtin Renate Brauner gegründete Netzwerk FemCities war bereits mehrfach zu Gast und als eines der wenigen der rund 300 Regionalbüros richtet das Verbindungsbüro alljährlich eine Veranstaltung zum Internationalen Frauentag aus. Marion Gebhart, Leiterin der Frauenabteilung der Stadt Wien, erklärt, warum es wichtig ist, in Brüssel präsent zu sein: „In Brüssel sind einfach alle – und das Wien-Haus bringt immer wieder die richtigen Leute zusammen, das ist eine Kunst. Wir unterstützen die Veranstaltungen zur Gleichberechtigung gerne, weil es wichtig ist, das Thema Gleichstellung in allen EU-Politikfeldern zu verankern".

Begegnungen zwischen Brüssel und Wien

Wiener Kultur, vor allem im Rahmen von vielen Abenden mit prominenten DenkerInnen, KünstlerInnen aus Wien, nach Brüssel zu holen, hatte von Anfang an einen hohen Stellenwert, wie sich Eva Pretscher, langjährige Leiterin des Verbindungsbüros, erinnert: „Auftritte von Wolf Haas, Kathrin Röggla, Franzobel, Elisabeth Orth, Anton Zeilinger und vielen mehr, zeigten die Vielfalt Wiens, wie es sich für eine Weltstadt gehört. Wir lernten dabei dank eines Forschungsprojekts der Universität für Bodenkultur zur Kompostanlage der Wiener Müllabfuhr, daß die Stadt Wien Erdäpfel wegen ihrer hohen Qualität nach Großbritannien exportiert!"

Ein Fixpunkt im Kulturprogramm waren von 1998 bis 2017 die Wiener Vorlesungen, die Christian Ehalt gemeinsam mit Oskar Wawra 23 Mal nach Brüssel brachte. „In Österreich gibt es viele Entwicklungen zur Stärkung einer offenen Gesellschaft, die auch wesentlich der EU zu verdanken sind," so Ehalt, der nicht nur gerne daran denkt, wie er mit dem Oberrabbiner von Wien, Paul Chaim Eisenberg, im Büro der Leiterin eine Runde Tischfußball gespielt hat, sondern v.a. auch an die Begegnungen mit dem Team des Hauses.

Wesentliche Unterstützung für viele der Kulturveranstaltungen im Wien-Haus kamen vom Österreichischen Kulturforum und von der Österreich-Werbung. Deren Leiter, Paul Mayer, war dabei, als der Gewinner der belgischen Vorentscheidung für den Song-Contest 2015, Loic Nottet im Wien-Haus die Weltpremiere seines Siegerlieds gab. Elisabeth Kornfeind, österreichische Botschafterin in Belgien, betonte, wie erfolgreich die Zusammenarbeit mit dem Verbindungsbüro der Bundeshauptstadt ist: „Diplomatie lebt vom Dialog, von der Offenheit für andere Meinungen. Kultur ist hier ein wichtiger Träger – hier leistet das Wien-Haus einen wichtigen Beitrag zur Verständigung, nicht nur zwischen Wien und der EU, sondern auch zu den Regionen und Städten in Belgien." Seit 2009 ist auch die „Wiener Krimi-nacht in Brüssel" ein fixer Bestandteil des Kulturprogramms – immer kurz vor Weihnachten gibt es so Gelegenheit zum Fürchten und zum Abholen handsignierter Geschenke von Wiener Krimi-AutorInnen, wie auch Gerhard Loibelsberger. Er schrieb unter dem Eindruck des ständigen Regens für seine Dritte-Mann-Band einen „Brussels Blues", der den musikalischen Abschluß des Geburtstagsfests bildete.

Kauer: Europa ist selbstverständlicher Teil des politisch-administrativen Handlungsfelds der Stadt

Michaela Kauer, die seit zwölf Jahren die Geschicke des Wien-Hauses leitet, erinnerte daran, wie sich die Arbeit in den vergangenen Jahren verändert hat: „Zu Beginn lag der Schwerpunkt noch sehr auf der Europäische Kommission, mit der Aufwertung des Europäischen Parlaments und des Ausschusses der Regionen hat sich das deutlich verlagert. Die Themenpalette ist breit, aber unser Kompaß ist immer die Lebensqualität der Menschen in Wien. Dazu braucht es eine starke Daseinsvorsorge, gute finanzielle Rahmenbedingungen und ein klares Bekenntnis zum sozialen Zusammenhalt. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich, daß die EU ihre Ziele nur gemeinsam mit den Städten, in denen fast 72 Prozent der EU-Bevölkerung leben, erreichen kann." Das Team kann die Vielfalt der Aufgaben nur deshalb so gut bearbeiten, weil es exzellent mit den KollegInnen in Wien vernetzt ist: „Diese Zusammenarbeit funktioniert großartig, und sie zeigt, daß die Wiener Stadtverwaltung seit vielen Jahren ihre Handlungsebene auf Europa ausgedehnt hat. Dafür ein großes Dankeschön!". Kauer bedankte sich bei dem Team des Wien-Hauses für die gute Zusammenarbeit seit vielen Jahren – „Ihr seid die beste Visitenkarte der Stadt Wien" – bei allen Mitwirkenden des Abends und freut sich auf ein baldiges Wiedersehen mit den vielen KooperationspartnerInnen und FreundInnen. ■

https://www.wien.gv.at/

https://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/wien-haus/

3 von 4 Befragten in Österreich begrüßen EU-Zukunftsdebatte

Rechtsstaatlichkeit, mehr Selbstbewußtsein, aktive Klimapolitik und Sozialpolitik

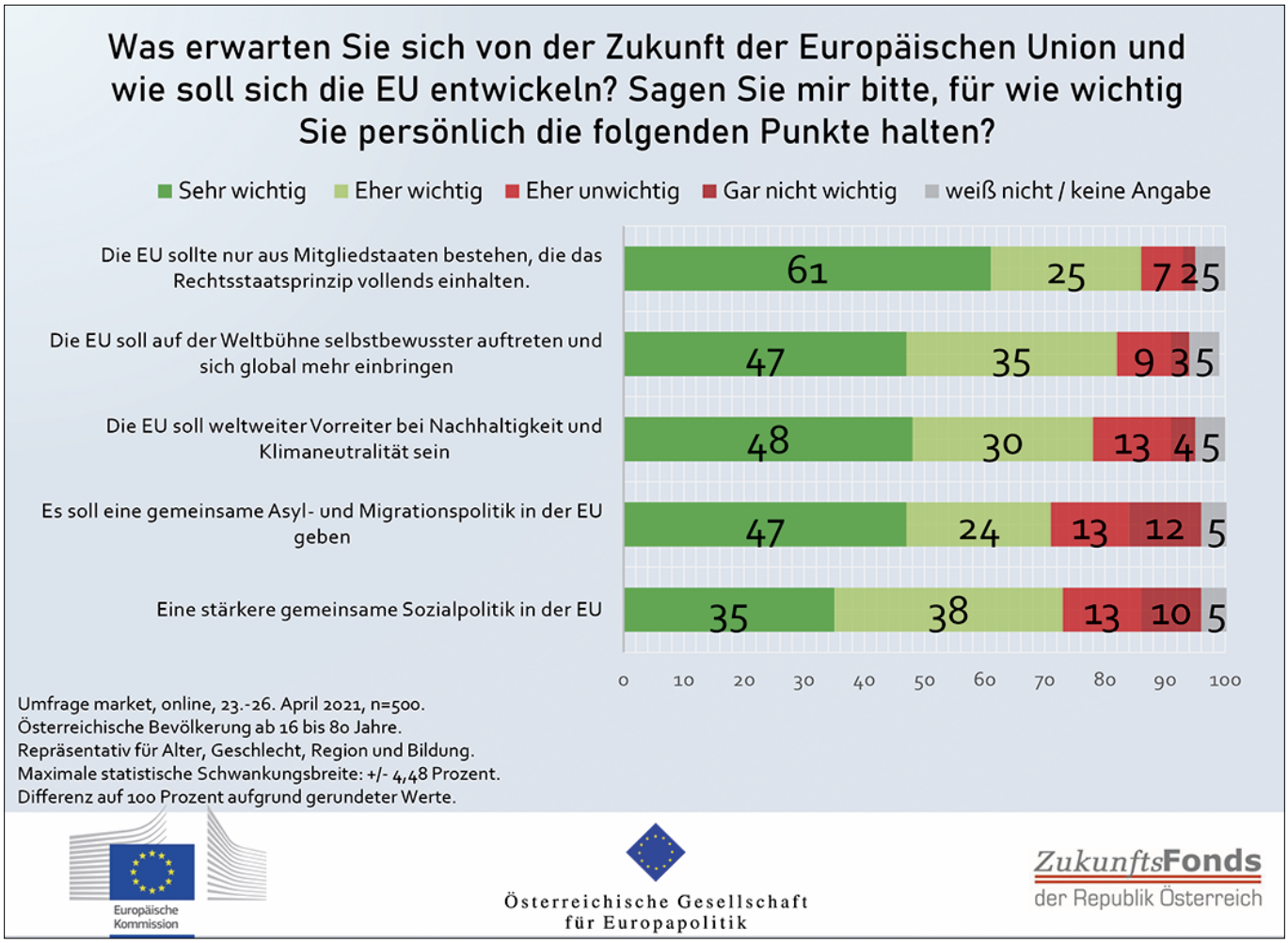
Die Europäische Kommission und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) bringen Schwung in die Debatte über die Zukunft Europas: Seit 9. Mai 2021 suchen Martin Selmayr, Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, ÖGfE-Generalsekretär, klimafreundlich per Rad, Bahn oder Videokonferenz in allen neun Bundesländern das Gespräch über Europa. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Dialog mit Jugendlichen. Am Pfingstmontag traten Selmayr und Schmidt rund um den Neusiedler See in die Pedale. Als nächstes stehen Ende Juni Besuche in Tirol und der Steiermark auf dem Programm. Parallel finden in allen Bundesländern Meinungsumfragen zu Europa statt. Ein österreichweites Stimmungsbild wurde am 26. Mai bei einem Pressegespräch im Haus der Europäischen Union präsentiert. Selmayr und Schmidt werden die Ergebnisse, ebenso wie ihre Erfahrungen „on tour", in die Debatte zur Zukunft Europas einspeisen.

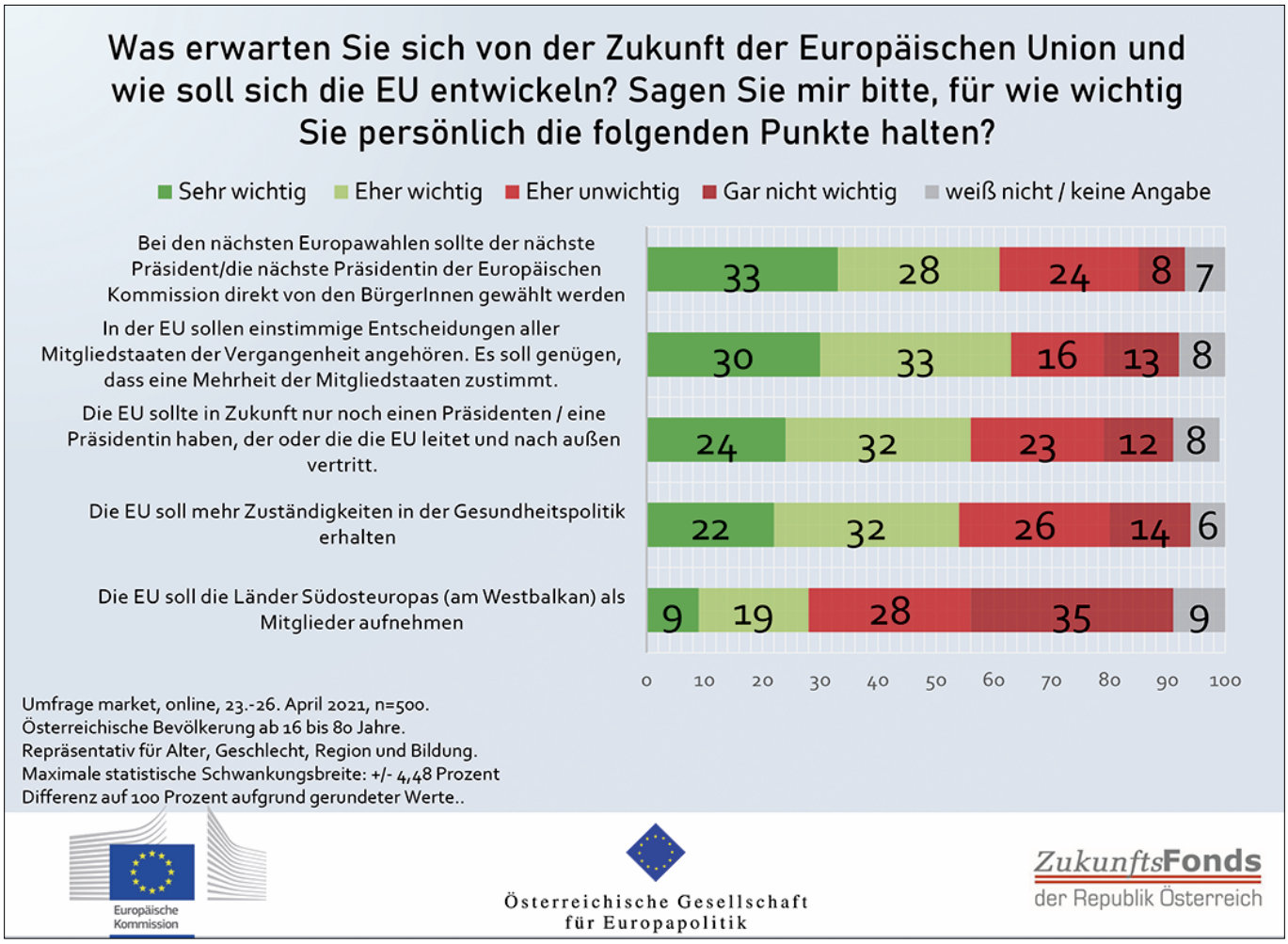
„Mit dem 9. Mai ist der Startschuß für eine europaweite Debatte über die Zukunft der Europäischen Union gefallen. Eine grosse Mehrheit der ÖsterreicherInnen steht dieser Zukunftsdiskussion aufgeschlossen gegenüber und möchte eine global starke EU, die sich als Vorreiterin im Klimaschutz positioniert und die Rechtsstaatlichkeit hochhält. Neue Impulse kommen keine Minute zu früh, denn das Image der Union hat durch die Corona-Pandemie deutlich gelitten", sagte Paul Schmidt mit Blick auf eine aktuelle österreichweite ÖGfE-Umfrage.

Eine breite Mehrheit der BürgerInnen in Österreich begrüßt demnach die Debatte zur Zukunft der Europäischen Union. Mehr als drei Viertel der Befragten (78 %) halten die Idee, eine solche europaweite Diskussion zu initiieren, für „sehr sinnvoll" (42 %) oder „eher sinnvoll" (36 %). Ein knappes Fünftel (18 %) zweifelt hingegen an ihrer Sinnhaftigkeit.

Einbindung junger Menschen wichtiger Erfolgsfaktor

Martin Selmayr betonte: „Die Debatte über die Zukunft Europas ist zwar sicher kein Allheilmittel, aber eine große Chance. Es liegt an uns, heute das Europa von morgen zu gestalten – und unseren Kontinent gemeinsam vorwärts zu bringen. Wichtig ist,





daß Ideen nicht nur aus Brüssel, Straßburg oder Wien kommen, sondern genauso aus Waidhofen an der Ybbs, Schwaz, Feldbach, Dornbirn oder Rust – sprich auch aus den Bezirken und Gemeinden. Denn Europa ist überall“, sagte der EU-Botschafter. „Ebenso wichtig ist, daß jetzt junge Menschen verstärkt zu Wort kommen. Ob in der Klima-, der Finanz- oder der Gesundheitspolitik: Das Europa, an dem wir heute bauen, muß den Bedürfnissen und Erwartungen der nächsten Generation entsprechen. Nur wenn das gelingt, hat Europa Zukunft. Ich bin gespannt, zu hören, was sich die Bürgerinnen und Bürger in den österreichischen Bundesländern konkret von Europa erwarten. Wie die ÖGfE-Umfrage zeigt, gibt es ja durchaus den Wunsch, die großen Themen auf europäischer Ebene gemeinsam anzupacken.“

Die aktuelle ÖGfE-Umfrage wurde zum Auftakt des vom Zukunftsfonds der Republik Österreich und der Europäischen Kommission unterstützten Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“ durchgeführt. Herwig Hösele, Kuratoriumsvorsitzender des Zukunftsfonds der Republik Österreich, sagte: „Der Zukunftsfonds der Republik Österreich setzt bei seinen Projektförderungen sowohl einen europa- als auch einen demokratiepolitischen Schwerpunkt. Denn ein geeintes Europa ist die Basis für eine lebenswerte Zukunft: Das ist eine der wichtigsten Lehren, die wir aus der leidvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts ziehen können und müssen. Die Sicherung und Stärkung der demokratischen Grundrechte innerhalb Europas und die engstmögliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten untereinander sind die besten Voraussetzungen für Frieden, Freiheit, Achtung der Menschenrechte, Schutz der Minderheiten und Toleranz. Ein besonderes Anliegen ist dem Zukunftsfonds in diesem Zusammenhang die Bewußtseinsbildung bei der jungen Generation.“

Wunsch nach starker globaler Rolle

Wenn es um die künftige Entwicklung der Europäischen Union geht, steht Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedsländer für die Befragten an erster Stelle, wie die Umfrageergebnisse zeigen. Für 86 % der Befragten ist es „sehr wichtig“ (61 %) oder „eher wichtig“ (25 %), daß „die EU nur aus Mitgliedstaaten bestehen sollte, die das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit einhalten“. Auch die Rolle der EU auf der Weltbühne und Pionierarbeit beim Klimaschutz sind der Bevölkerung in Österreich ein großes Anliegen: Für 82 % ist es „sehr wichtig“ (47 %) oder „eher wichtig“ (35 %), daß die EU künftig global „selbstbewußter auftritt und sich stärker einbringt“. Mehr als drei Viertel (78 %) möchten, daß die EU „weltweiter Vorreiter bei Nachhaltigkeit und Klimaneutralität“ ist.

„Die Stärkung von Europas Rolle in der Welt ist ein prioritäres Ziel von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen“, unterstrich Selmayr. „Wir Europäer tendieren manchmal dazu, uns selbst zu verzwergen. Dabei ist die Europäische Union der größte Binnenmarkt der Welt und damit ein wichtiger globaler Machtfaktor. Wir punkten als EU nicht mit dem Recht des Stärkeren, sondern mit der Stärke des Rechts. Wenn es darauf ankommt, ziehen wir an einem Strang. Das hat zum Beispiel auch die rasche Einigung des Europäischen Rates auf eine Verschärfung der Sanktionen gegen Belarus infolge der staatlichen Flugzeugentführung gezeigt.“

Gemäß der Umfrage wünschen sich die BürgerInnen auch „mehr Europa“ in den Bereichen Migration und Soziales. Eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik in der EU ist 71 % der Befragten „sehr wichtig“ (47 %) oder „eher wichtig“ (24 %). Ebenso hoch ist die Zustimmung der Befragten in Österreich zur „Stärkung einer gemeinsamen EU-Sozialpolitik“. Insgesamt 73 % halten dies für „sehr wichtig“ (35 %) bzw. „eher wichtig“ (38 %).

Knapp über die Hälfte der Befragten (54 %) möchte zudem, daß die Europäische Union in Zukunft mehr Zuständigkeiten in der Gesundheitspolitik erhält. Zurückhaltung herrscht bezüglich der Erweiterung der EU um die Länder des Westbalkans: Sie hat für 28 % Priorität. Für fast zwei Drittel (63 %) der Befragten ist dieses Thema aktuell indes weniger bedeutsam.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen wirken sich negativ auf das allgemeine EU-Stimmungsbild in Österreich aus. So erwarten 46 % der Befragten, daß der Zusammenhalt innerhalb der EU infolge der Krise schwächer werden wird, nur 13 % sind optimistisch und glauben, daß er stärker wird. „Das aktuelle EU-Meinungsbild ist stark pandemiegeprägt. Das europäische Krisenmanagement erhält – ähnlich dem nationalen – aktuell keine sonderlich guten Noten, Bilanz wird aber erst am Schluss gezogen. Auch wenn die Konferenz zur Zukunft Europas die europäische Welt nicht aus den Angeln heben wird können, ist es hoch an der Zeit, wieder vermehrt über Europa ins Gespräch zu kommen und der Bevölkerung mehr Möglichkeiten zur Mitsprache anzubieten. Wir freuen uns jedenfalls schon sehr auf viele spannende Gespräche vom Neusiedlerbis zum Bodensee “, ergänzte Schmidt. *(siehe den Beitrag auf den Seiten 16 und 17).*

https://futureu.europa.eu

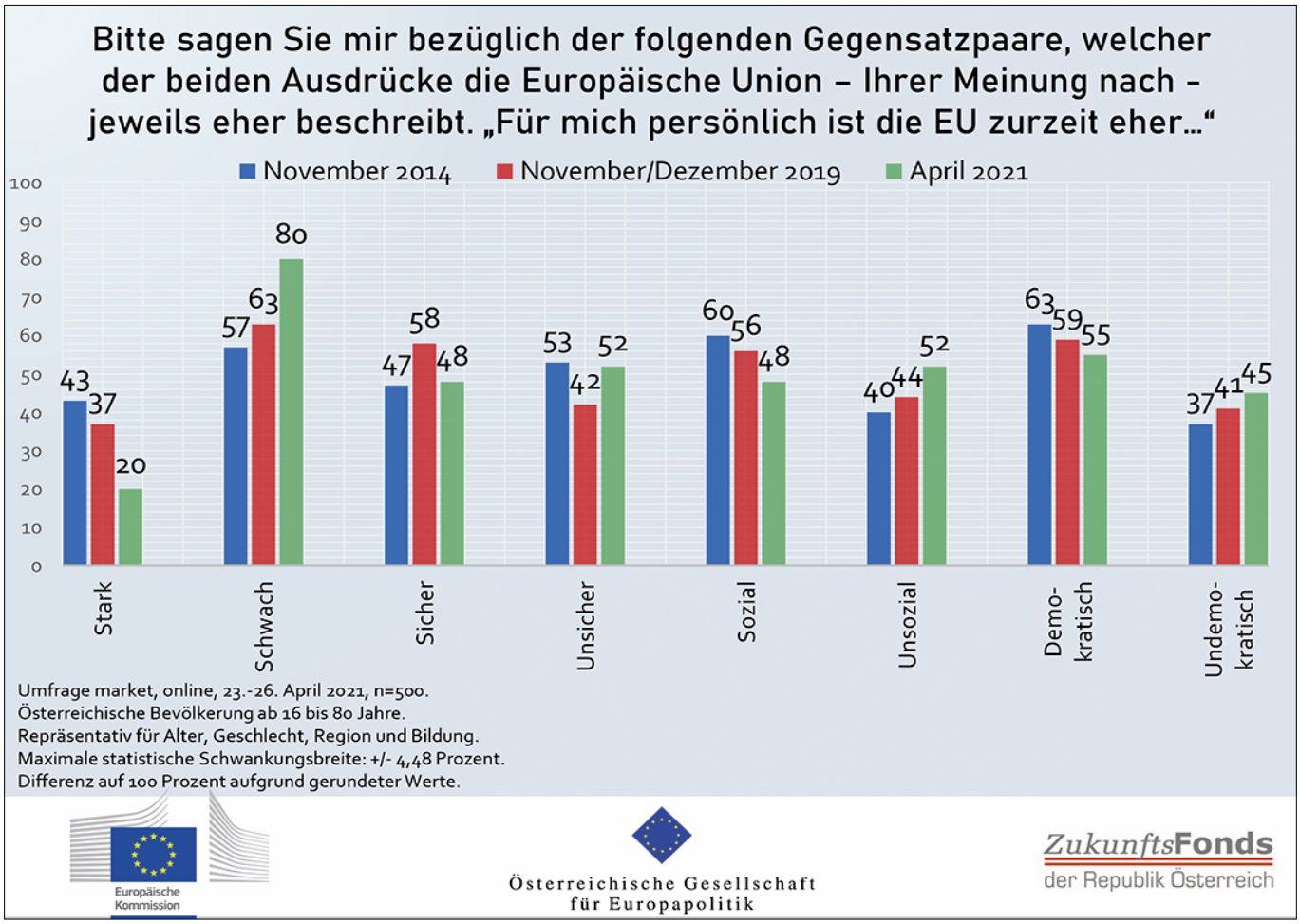
Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Die ÖGfE wurde im Jahr 1991 gegründet und ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein, finanziert und gebildet von den österreichischen Sozialpartnern und der Oesterreichischen Nationalbank. Die ÖGfE informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung in Bezug auf die Förderung europäischer Debatten und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen und Analysen.

Schwerpunkte und Aktivitäten

- Stellungnahmen und Analysen zu aktuellen EU-Themen
- Wissenschaftliche Publikationsreihe „ÖGfE-Policy Briefs“
- Veranstaltungsreihe „Europa Club Wien“/„Europa Club Uni“ und weitere Diskussionsformate
- Meinungsforschung – Einstellung der ÖsterreicherInnen zu EU-Themen
- Informationsarbeit an Schulen (Workshops, Vorträge), EU-Seminare für LehrerInnen
- Erstellung von Informationsmaterial (Wanderausstellungen, Folder)
- Monatliche Abstimmungsmonitorings der österreichischen EU-Abgeordneten
- Europäische Forschungsprojekte & Networking
- Jährliche Aktionen mit EU-Themenschwerpunkten und
- Umfassende Social Media Präsenz und Webauftritt

https://www.oegfe.at/



Wiener Motorensymposium 2021

Ein Ziel aber viele Wege zur Dekarbonisierung der Mobilität

Auf dem 42. Internationalen Wiener Motorensymposium gewährten mehr als 80 hochrangige Vortragende, darunter führende Manager, Ingenieure und Wissenschaftler der Motoren- und Antriebsentwicklung sowie Vertreter öffentlicher Organisationen und Vereine aus aller Welt, am 29. und 30. April einen Blick in die Zukunft der Mobilität. Organisiert wurde die zweitägige Online-Tagung vom Österreichischen Verein für Kraftfahrzeugtechnik (ÖVK).

Europa als Vorreiter der Dekarbonisierung

Das Klimaziel 2050 wird die Welt der Autohersteller radikal verändern. Bis Ende dieses Jahrzehnts rechnet Markus Duesmann, Vorstandsvorsitzender der Audi AG, weltweit mit einem Rückgang des Anteils des Verbrennungsmotors auf 50 Prozent im Premiumsegment. Audi setzt auf eine konsequente Elektrifizierungsstrategie: „Bis 2025 planen wir mehr als 20 vollelektrische Modelle." Hybridantriebe, die Kombination von Verbrennungsmotor und E-Antrieb, dienen als Zwischenschritt zum vollelektrischen Antrieb. Als erster Autohersteller will Audi die nächste Rallye Dakar mit einem Serienhybrid-SUV bestreiten. Der Brennstoffzellenantrieb mit Wasserstoff dagegen wird für Pkw innerhalb dieses Jahrzehnts laut Duesmann keine entscheidende Rolle spielen.

Den Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg des Elektrifizierungsziels sieht Duesmann in der konsequenten Plattformstrategie innerhalb der VW-Gruppe. So entwickeln Audi und Porsche gemeinsam die Premium Platform Electric, auf deren Basis bis 2030 sieben Millionen Fahrzeuge verkauft werden sollen.

Mercedes-Benz verfolgt eine langfristige Vision der elektrischen und CO_2-neutralen Mobilität, die „Ambition 2039" laut Torsten Eder, Leiter Entwicklung Powertrain bei der Mercedes-Benz AG. Bis 2039 wird bei Mercedes-Benz die Neuwagenflotte über den gesamten Lebenszyklus CO_2-neutral sein.

Auf der Antriebsseite verfolgt Mercedes-Benz bei der Transformation eine dreispurige Strategie, beginnend mit 48-Volt-Elektrifizierungen über Plug-in-Hybride bis zu vollelektrischen (batterieelektrischen) Antrieben. Als einziger Autohersteller bietet Mercedes-Benz auch eine Diesel-Hybridvariante an. Der dreispurige Ansatz ergibt sich laut Eder durch regional unterschiedliche Anforderungen und Rahmenbedingungen sowie Umsetzungsgeschwindigkeiten der Klimavorgaben auf dem Weltmarkt.

Beispiele für „Ambition 2039" sind auch die „Factory 56" als hochmoderne Produktionsstätte in Sindelfingen sowie der aufwendige Umbau des Firmensitzes in Untertürkheim. Dort soll der Mercedes-Benz Drive Systems Campus entstehen mit dem Schwerpunkt Batterietechnologie und elektrisches Fahren, einer Lithium-Ionen-Batteriezellproduktion in Kleinserie sowie einem Batteriesicherheitstestzentrum.

Trotz Transformation will Porsche als Sportwagenhersteller seine Stärken bewahren: unverwechselbares Design, Porsche-typische Performance, extrem hohe Qualitätsstandards und einzigartiges Fahrerlebnis, erklärt Oliver Blume, Vorstandsvorsitzender der Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG.

Umgelegt auf den Antrieb bedeutet dies einen Mix an Hochleistungs-Benzinmotoren, performanten Hybrid- sowie batterieelektrischen Modellen. Die Benzinmotoren werden kontinuierlich verbessert und sollen künftig mit E-Fuels (strombasierte synthetische Kraftstoffe) betrieben werden und so CO_2-neutral werden. Porsche baut derzeit zusammen mit Siemens Energy und Exxon Mobil in Chile eine Pilotanlage für E-Fuels auf, die im Serienbetrieb 15 Millionen Liter E-Fuel pro Jahr erzeugen soll.

Als Erstes will Porsche einen mit E-Benzin betriebenen Verbrennungsmotor 2022 in einem 911 GT3 Cup Rennwagen testen. Später könnten auch 911er mit E-Benzin betankt werden, deren Bauart keinen vollelektrischen Antrieb, aber eine Hybridisierung erlauben. Der 911er solle, solange es die gesetzlichen Rahmenbedingungen erlauben, mit einem Verbrennungsmotor angeboten werden, sagt Blume.

Nachhaltigkeit geht laut Blume jedoch über E-Mobilität hinaus, daher will das Unternehmen ab 2030 vollumfänglich CO_2-neutral sein, also auch in der Produktion.

Zulieferer: Mobilität muß leistbar bleiben

Stefan Hartung, Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, sieht bis 2050 zwei große, konträre Trends: einerseits das weltweit wachsende Bedürfnis nach Mobilität im Personen-, vor allem aber im Güterverkehr sowie anderseits das Pariser Klimaziel. Um beide Ansprüche erfüllen zu können, brauche es Technologieoffenheit. Bosch unterstützt zudem das Ziel der EU-Kommission, daß Mobilität auch in Zukunft für alle leistbar bleiben muß.

Laut Bosch ist das Klimaziel 2050 nur mit allen Antriebsarten zu erreichen. Der Zulieferer ist darauf vorbereitet: Im Bereich des batterieelektrischen Antriebs sind bereits mehr als 2,5 Mio. E-Fahrzeuge mit Bosch E-Komponenten ausgestattet. Das Laden will Bosch mit dem Internet der Dinge (IoT) vereinfachen.

Eine große Rolle schreibt Bosch künftig dem Brennstoffzellenantrieb mit Wasserstoff zu. Bosch arbeitet sowohl an stationären wie mobilen Brennstoffzellen und will von 2021 bis 2024 eine Milliarde Euro in diese Tech-

Foto: ÖVK

Studio Zeremoniensaal (v.l.): Sektionsleiter Walter Böhme (ÖVK) und Vortragender Thomas Bruckmüller (TU Wien)

nologie investieren. Bosch betreibt aber auch Projekte mit wasserstoffbetriebenen Verbrennungsmotoren.

Nicht übersehen werden darf laut Hartung der mögliche Beitrag des Verbrennungsmotors zum Klimaschutz. Dieser Motor sei robust, leistbar und mit synthetischen, CO_2-armen bzw. CO_2-freien Kraftstoffen als Beimengung könnten sofort, ohne Umbau, neue wie gebrauchte Fahrzeuge umweltfreundlicher unterwegs sein. Bei einem weltweiten Pkw-Bestand von 1,3 Mrd. Fahrzeugen werde diese Option oft unterschätzt. Daneben setzt Bosch auf Hybridantriebe, von der preisgünstigen 48-Volt- bis zur hochleistungsfähigen Plug-in-Hybridvariante.

„Die Zukunft ist elektrisch und sie hat bereits begonnen", ist Thomas Stierle, Leiter des Geschäftsbereichs Electrification Technology bei Vitesco Technologies, überzeugt. Gleichzeitig müssen Autohersteller und Zulieferer kostengünstige Lösungen auch für nicht batterieelektrische Antriebe dem Kunden anbieten – unter Einhaltung der gesetzlichen CO_2-Ziele.

Als eine Schlüsselrolle für den Erfolg des elektrischen Antriebs nennt Stierle die Kostenreduktion. Um die gegenüber einem Verbrenner-Antrieb deutlich höhere Komplexität von E-Antrieben für Kunden auch in preissensiblen Segmenten leistbar zu machen, setzen Vitesco Techologies intensiv auf die Kosteneinsparung bei Elektronik und Software durch modulare und skalierbare Systeme. Diese sind obendrein vom Autohersteller einfacher ins Fahrzeug zu integrieren.

Der Brennstoffzellenantrieb mit Wasserstoff ist laut Stierle vor allem für Nutzfahrzeuge, Schiffe und Züge attraktiv.

Uwe Wagner, Vorstand Forschung und Entwicklung der Schaeffler AG, prognostiziert für 2030 einen weltweiten Anteil elektrifizierter Antriebe von 70 Prozent bei Neuwagen, davon entfallen 30 Prozent auf batterieelektrische und 40 Prozent auf Hybridantriebe. Bis 2035 werde der weltweite Anteil an reinen E-Neufahrzeugen Richtung 50 Prozent steigen.

Wagner fordert, daß neben den Antrieben auch die dafür nötige Energieherstellung und Infrastruktur berücksichtigt werden. Europa wird künftig viel Ökostrom importieren müssen. Um diesen speichern und so über weite Strecken transportieren zu können, ist zum Beispiel Wasserstoff gefragt. Schaeffler arbeitet intensiv an Systemen und Komponenten, z.B. Bipolarplatten, für Brennstoffzellen und Elektrolyseure.

Univ.-Prof. Bernhard Geringer, Vorsitzender des ÖVK, resümiert: „Es gibt viele und hoffnungsfrohe Lösungen, vom Verbrennungsmotor mit E-Fuel bis zum reinen batterieelektrischen Antrieb. Keine davon kann allein die mehrdimensionalen Vorgaben an Treibhausgasreduktion, Effizienz, Kosten und globale Verfügbarkeit erfüllen."

Die Renaissance des Wasserstoffmotors im Schwerverkehr

Auf dem Weg zum Pariser Klimaziel fällt dem Schwerverkehr eine wichtige Rolle zu. Er verursacht in der EU rund 25 Prozent der CO_2-Emissionen aus dem Straßenverkehr. Seit 2019 gibt es in der EU auch für schwere Nutzfahrzeuge CO_2-Reduktionsziele. Sie sehen bis 2025 eine Flottenverbrauchssenkung bei Neufahrzeugen um 15 Prozent und bis 2030 um 30 Prozent gegenüber 2019/20 vor. Bei Nichterfüllung drohen hohe Strafen.

Anders als im Pkw-Bereich, wo sich der batterieelektrische Antrieb als optimale Lösung für einen lokal emissionsfreien Betrieb vorerst durchgesetzt hat, gibt es für den Schwerverkehr mehrere Lösungen, wie auch das Internationale Wiener Motorensymposium 2021 zeigt. Der batterieelektrische Antrieb punktet zwar auch bei Lkw mit dem besten Wirkungsgrad, dennoch gilt er nur für kurze Strecken und bei geringen Lasten als beste Wahl. Für den transnationalen Langstreckenverkehr dagegen, wo Reichweiten von 1.000 Kilometern, kurze Tankzeiten und hohe Nutzlast bei gleichzeitig geringen Betriebskosten sowie die bisher von Dieselmotoren gewohnte Zuverlässigkeit gefordert werden, wird seit einigen Jahren intensiv am Wasserstoffmotor gearbeitet.

Gegenüber dem bisher für den Langstrecken-Schwerverkehr favorisierten Brennstoffzellenantrieb hat er mehrere Vorteile: Der Wasserstoffmotor ist deutlich schneller in größeren Stückzahlen zu geringeren Kosten auf den Markt zu bringen. Die europäische Autoindustrie behält ihre Expertise und kann zahlreiche Arbeitsplätze sichern. Auch bietet der Wasserstoffmotor Lkw-Herstellern die Möglichkeit, ihn als „emissionsfrei" zertifizieren zu lassen – übrigens als einziger Verbrennungsmotor. Als emissionsfrei gilt in der EU ein Schwernutzfahrzeug, wenn es weniger als ein Gramm CO_2 pro Kilowattstunde erzeugt.

Diese Vorzüge haben in den vergangenen Jahren bei den Fahrzeugherstellern eine Renaissance des Wasserstoffmotors ausgelöst, wie Erik Schünemann von Bosch auf der Tagung berichtet. Die AVL List in Graz sieht im Wasserstoffmotor „die Brücke hin zur Brennstoffzelle", so Rolf Dreisbach auf der

Tagung. Das Institut für Verbrennungskraftmaschinen und Thermodynamik der TU Graz unter der Leitung von Univ.-Prof. Helmut Eichlseder, der jahrelang am Wasserstoffmotor etwa mit BMW forschte und entwickelte, liefert wertvolle Basisarbeit samt Testanalysen sowohl für Bosch wie für die AVL List und andere Unternehmen.

Der Wasserstoffmotor basiert meist auf einem Diesel- oder Gasmotor, mit dem er sich laut Roberto Golisano, Punch Torino, rund 80 Prozent der Komponenten teilt. Speziell auf den Wasserstoffbetrieb ausgelegt werden müssen vor allem das Einspritzsystem, die Kurbelgehäuseentlüftung sowie das Zünd- und Motorsteuerungssystem. Zur Erfüllung anspruchsvollster Emissionsgrenzwerte braucht der Wasserstoffmotor – anders als der Brennstoffzellenantrieb – ein Abgasnachbehandlungssystem. Allerdings ist es weniger komplex als bei einem modernen Dieselmotor. Denn beim Verbrennungsprozeß von Wasserstoff entstehen nur geringe Mengen an Stickoxiden sowie ein winziger Ausstoß an Partikeln durch das Motoröl.

Relativ zu sehen ist laut Andreas Kufferath von Bosch der schlechtere Wirkungsgrad des Wasserstoffmotors, den die Berliner Ingenieursgesellschaft Auto und Verkehr (IAV) in einer Vergleichsstudie mit max. 42 Prozent gegenüber rund 55 Prozent beim Brennstoffzellenantrieb angibt. Denn die Brennstoffzelle kann ihren Wirkungsgradvorteil laut Bosch nur bei niedriger und mittlerer Last voll ausspielen, nicht aber bei Volllast, weil sie sonst „überhitzt“, ihr Wärmemanagement überfordert. Der Wasserstoffmotor dagegen hat dieses Problem nicht. Gerade Schwernutzfahrzeuge und speziell Off-Highway-Fahrzeuge wie Minen-Lkw oder Landmaschinen sind oft im Volllastbetrieb unterwegs.

Der Serienstart von Wasserstoff-Lkw könnte bereits 2024 erfolgen und so rasch zur CO_2-Reduktion im Nutzfahrzeugbereich beitragen. MAN will laut Lukas Walter in seinem Vortrag noch heuer mit einem Test-Lkw starten.

Brennstoffzellen-Lkw aus Asien

Schwer-Lkw mit Brennstoffzellenantrieb sind bereits auf Europas Straßen unterwegs. Sie kommen vor allem aus Asien, von Großserien kann jedoch nicht die Rede sein. So bezieht das Schweizer Konsortium „H_2Energy“ seit 2020 Brennstoffzellen-Lkw (36-Tonner) von Hyundai. Derzeit sind 39 Lkw im Einsatz, bis Ende 2023 sollen es 1.000 sein. Sie tanken Druckwasserstoff mit 350 bar

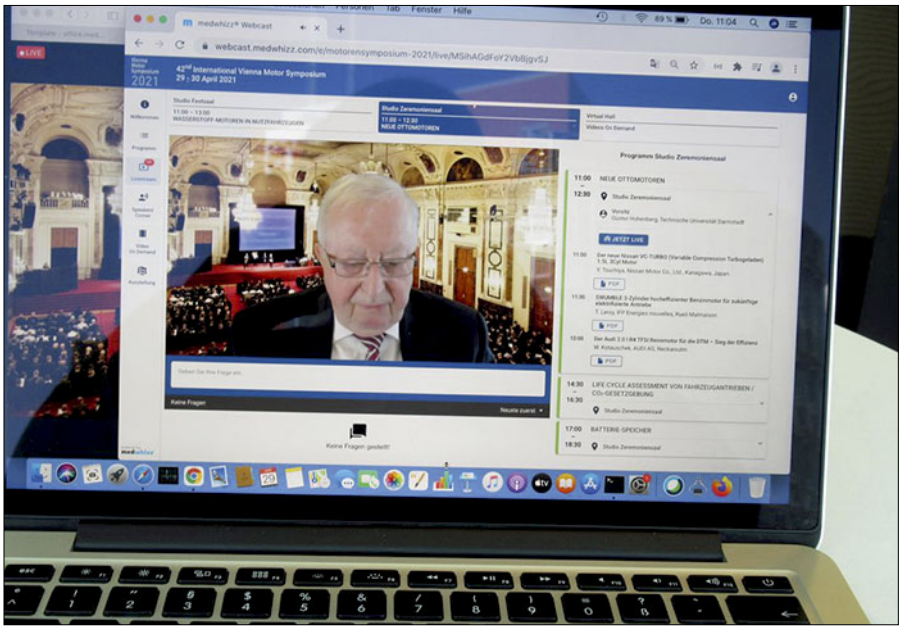


Foto: ÖVK

Sektionsleiter Günter Hohenberg (TU Darmstadt) vor virtuellem Hintergrund Konferenzzentrum Hofburg Vienna

und schaffen eine Reichweite von rund 400 Kilometern. Andere Hersteller wie Toyota, Daimler oder Nikola haben entsprechende Pläne angekündigt.

Die Anforderungen eines Schwer-Lkw an den Brennstoffzellenantrieb unterscheiden sich stark von jenen eines Pkw. Für Lkw muß der Antrieb laut Christian Mohrdieck von der Firma Cellcentric etwa eine Lebensdauer von 25.000 Betriebsstunden erreichen, für Pkw reichen 8.000 Stunden.

Frächter fordern zudem, daß der Brennstoffzellenantrieb auf das Preisniveau eines modernen Diesel- oder zumindest batterieelektrischen Antriebs kommt. Dies gilt vor 2030 als wenig realistisch. Ein Grund hierfür sind der hohe Edelmetallbedarf des Systems und die noch geringen Produktionsmengen an Brennstoffzellen. Derzeit werden laut Marc Sens von der IAV weltweit erst ein paar tausend Brennstoffzellenstapel produziert, erst für 2030 wird mit einer Produktion von 500.000 Stück pro Jahr gerechnet, was den Preis stark drücken werde. Daneben gilt es auch noch den nötigen hohen Edelmetallbedarf des Systems zu senken.

Laut Sens ist der Brennstoffzellenantrieb derzeit aber auch noch nicht robust genug für den internationalen Schwerverkehr. Daneben unterliegt die Brennstoffzelle wie die Batterie einem Alterungsprozess, ihre Leistung nimmt mit der Einsatzdauer ab.

Wasserstoffmotor als Türöffner

Es gibt aber auch Herausforderungen und Vorteile, die sich der Wasserstoffmotor und der Brennstoffzellenantrieb teilen. Beide benötigen den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur. Wobei der Wasserstoffmotor dank schnellerer und früherer Marktdurchdringung den Türöffner spielen und Wasserstoff-Tankstellenbetreibern eine Mindestauslastung garantieren könnte.

Anders als beim Laden von Batterien gibt es beim Wasserstoff einheitliche Tankstutzen, auch beim Abgabedruck hat sich der Markt auf 350 und 700 bar geeinigt – im Gegensatz zu der „Spannungsvielfalt“ an Ladesäulen. Das Wasserstofftanken ist für einen Fern-Lkw mit 1.000 km Reichweite in wenigen Minuten erledigt.

Für den von Daimler favorisierten Flüssigwasserstoff gibt es noch keine Infrastruktur. Flüssigwasserstoff hat eine höhere Energiedichte als Druckwasserstoff, erlaubt somit bei gleichem Tankvolumen mehr Reichweite. Er muß jedoch permanent auf minus 252 Grad C gekühlt werden, was sehr energieintensiv ist. Ein weiteres Problem sind die „Verdampfungsverluste“ von flüssigem Wasserstoff, was für Lkw wegen geringerer Stehzeiten jedoch als weniger heikel als für Pkw gilt. Einen entsprechenden Tank stellt Johannes Winklhofer von der Salzburger Aluminium Group (SAG) auf dem Motorensymposium vor. Die aufwendigen Tanks sind nach wie vor einer der größten Kostenfaktoren beider Antriebe und beeinflussen maßgeblich die Gesamtbetriebskosten, die für Frächter entscheidend sind.

Christian Mohrdieck von Cellcentric fordert auch finanzielle Anreize durch die Politik. Die entscheidende Rolle wird jedoch der Preis von Wasserstoff spielen, vor allem vom

Foto: OVK

Studio Festsaal: Plenar-Eröffnungssektion (v.l.): Plenarvortragende Stefan Hartung (Bosch) und Uwe Wagner (Schaeffler), Sektionsleiter Bernhard Geringer (TU Wien, ÖVK)

gewünschten „grünen" Wasserstoff, der mittels Elektrolyse mit Ökostrom und Wasser hergestellt wird. In der EU gilt ein Herstellungspreis von 4,5 Euro pro Kilo grünem Wasserstoff bis 2025 als realistisch. In Regionen mit extrem günstigem Ökostrom wie Nordafrika oder Südamerika ist von 1,15 Euro pro Kilo laut Thomas Korn, Chef der Firma Keyou, die Rede. An der Tankstelle kostet heute ein Kilo Wasserstoff rund neun Euro, allerdings handelt es sich dabei überwiegend um Wasserstoff, der aus Erdgas um rund zwei Euro pro Kilo erzeugt wird. Der Wasserstoffmotor bietet diesbezüglich einen weiteren Vorteil, wie MAN betont: Er verträgt auch den Mischbetrieb von Erdgas und Wasserstoff. Der CO_2-Vorteil ist dann geringer, aber trotzdem vorhanden.

Ist die aktuelle Klimapolitik ein Irrweg?

Das Testergebnis schreckte viele Elektrofans auf: Laut deutschem Autofahrerclub ADAC erzeugt der VW ID.4, ein reines E-Auto, mittelbar 114 Gramm CO_2 pro Kilometer und damit ungefähr so viel wie ein vergleichbares Auto mit Dieselmotor. Die 114 Gramm CO2 errechnet der ADAC auf Basis des mittleren Stromverbrauchs des ID.4 in der Höhe von 22,8 kWh auf 100 Kilometer und des deutschen Strommixes mit rund 500 Gramm CO_2 pro Kilowattstunde.

Auch auf dem Internationalen Wiener Motorensymposium 2021 warnten Experten, daß eine effiziente Klimapolitik im Verkehr mehr braucht als die Elektrifizierung der Fahrzeuge. So genannte Lebenszyklusanalysen, die alle Abschnitte eines Fahrzeugs – Produktion, Energiebereitstellung, Nutzung, Entsorgung, Recycling – umfassen, liefern wichtige Entscheidungshilfen für Politiker und Gesetzgeber.

Derzeit berücksichtigen die gesetzlichen CO_2-Vorgaben nur den kleinen Teil der direkten, unmittelbaren CO_2-Emissionen, die während des Betriebs des Fahrzeugs auftreten (vom Tank bis zum Rad). Dieser Ansatz fördert die Verlagerung der verkehrsbedingten Emissionen vom Auspuff zu den Kraftwerken sowie in andere Weltgegenden, warnt David Bothe von Frontier Economics in Köln. Für den Treibhauseffekt zählen jedoch alle CO_2-Emissionen gleich, egal, wo und wann sie auftreten.

Die Elektrifizierungsoffensive bringt unterm Strich daher eine viel geringere CO_2-Einsparung als erwartet. So kommen Thomas Bruckmüller und Werner Tober von der TU Wien in ihrer Studie zum Schluß, daß unter Berücksichtigung der Energieerzeugung bis 2040 bei einem angenommenen Bestandsanteil von 30 Prozent batterieelektrischer Fahrzeuge (Pkw und leichte Nutzfahrzeuge) sowie rund 15 Prozent erneuerbarem Kraftstoffanteil der CO_2-Ausstoß in Österreich gegenüber 2019 nicht wie laut offizieller Verbrauchsdaten um 44 Prozent, sondern real nur um 25 Prozent sinken wird. In Deutschland mit einem kohlenstofflastigeren Strommix als in Österreich beträgt der tatsächlich erwartbare CO_2-Rückgang trotz 10 Millionen batterieelektrischer Pkw bis 2030 gar nur sechs Prozent, errechnet Frontier Economics in einer Studie.

Diese Meta-Analyse von Frontier Economics im Auftrag der Forschungsvereinigung Verbrennungskraftmaschinen (FVV) in Frankfurt beleuchtet auf Basis von mehr als 80 Studien mit fast 500 Szenarien den Lebenszyklus eines Fahrzeugs von der „Wiege bis zum Grab". Sie ergibt laut Bothe, „daß aus Sicht des Klimaschutzes absehbar keine einzelne Antriebstechnologie die Nase vorn hat." Langfristig erlauben laut dieser Analyse alle Antriebe über das gesamte Fahrzeugleben betrachtet einen fast CO_2-neutralen Betrieb – vorausgesetzt, sie nutzen grüne Energie. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren, die zwar einen schlechteren Wirkungsgrad als Elektroantriebe haben, aber in der Produktion viel weniger CO_2 verursachen als etwa der batterieelektrische oder Brennstoffzellenantrieb, kann in der Gesamtbilanz den CO_2-Ausstoß sogar erhöhen. Auch die umfangreiche Vergleichsstudie der Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (IAV) in Berlin ergibt: Mehrere Wege führen zum ehrgeizigen CO_2-Reduktionsziel 2030 im Verkehr.

Die deutsche Firma P3 automotive zeigt, wie der Strommix eines Landes die Vorteile des Elektroantriebs gegenüber dem Verbrennungsmotor beeinflußt. So erreicht 2030 ein Pkw mit E-Antrieb und österreichischem Strommix den CO_2-Gleichstand mit einem mild hybridisierten Verbrennungsmotor trotz der energieintensiven Batterieherstellung bereits bei 34.000 Kilometern, mit deutschem Strommix jedoch erst nach 48.000 Kilometern.

Grundsätzlich darf, so Jürgen Schenk von P3 automotive, eine Kilowattstunde Strom bei der Erzeugung nicht mehr als 50 Gramm CO_2-Äquivalent erzeugen, damit der Elektroantrieb die beste Wahl zur Erreichung des Klimaziels ist. 2020 betrug dieser Wert etwa in Deutschland rund 500 Gramm CO_2. Bis 2030 soll er auf 308 Gramm sinken.

Die Rahmenbedingungen für eine Lebenszyklusanalyse werden durch die ISO 14040:2006 geregelt. Für Pkw ist dazu schon sehr viel Datenmaterial vorhanden. Dennoch gibt es noch einigen Verbesserungsbedarf, wie auch Bruckmüller von der TU Wien betont. Aufbauend auf einem Forschungsprojekt mit Joanneum Research in Graz nimmt er in dem Berechnungsmodell die Änderungen des Emissionsverhaltens eines Fahrzeugs über dessen Lebensdauer mit auf. Damit wird bestätigt, daß sich neue Antriebstechnolo-

Foto: ÖVK

Studio Festsaal: Plenar-Schlusssektion (v.l.):. Plenarvortragender Oliver Blume (Porsche), Sektionsleiter Helmut Eichlseder (TU Graz) und Bernhard Geringer (TU Wien, ÖVK)

gien in der Flotte sehr schnell auswirken, weil die Jahresfahrleistung neuer Pkw im Schnitt viel höher als von Altfahrzeugen ist. Noch viel schneller verbessert jedoch der Einsatz alternativer, umweltfreundlicher Kraftstoffe die Gesamtumweltbilanz, weil der gesamte Fahrzeugbestand davon profitieren kann.

David Bothe von Frontier Economics dagegen macht darauf aufmerksam, daß in aktuellen Lebenszyklusanalysen besonders der wichtige Bereich der Infrastruktur fehlt. Gerade für Strom und Wasserstoff sind die Bereitstellung und die Lade- bzw. Tankinfrastruktur sehr energieintensiv.

Im schweren Nutzfahrzeugbereich dagegen liegen überhaupt noch kaum Lebenszyklusdaten vor, berichtet Hinrich Helms vom Institut für Energie- und Umweltforschung (Ifeu) in Heidelberg. Ifeu hat eine Lebenszyklusanalyse für Schwer-Lkw in Deutschland für das Jahr 2030 erstellt. Die Studienautoren warnen davor, daß mit der heutigen Politik, die wichtige Faktoren in der Gesamtbilanz eines Fahrzeugs wie die Energieerzeugung nicht berücksichtigt, die Gefahr besteht, daß falsche Technologien subventioniert werden.

Grundsätzlich ergibt die Studie des Ifeu, daß ein Betrieb der Lkw mit grünem Wasserstoff oder E-Fuel (strombasierter synthetischer Kraftstoff) mit dem deutschen Strommix für die nächsten Jahre CO_2-mäßig keinen Sinn macht. Auch ein batterieelektrischer Lkw hat 2030 mit dem dann zu erwartbaren deutschen Strommix keine bessere CO_2-Bilanz als ein Verbrenner-Lkw mit E-Diesel, der mit Solarstrom in Marokko erzeugt wurde. Mit marokkanischem Windstrom schneidet der E-Diesel-Lkw sogar besser als der batterieelektrische Lkw mit deutschem Strom ab. Aber: Das setzt voraus, daß

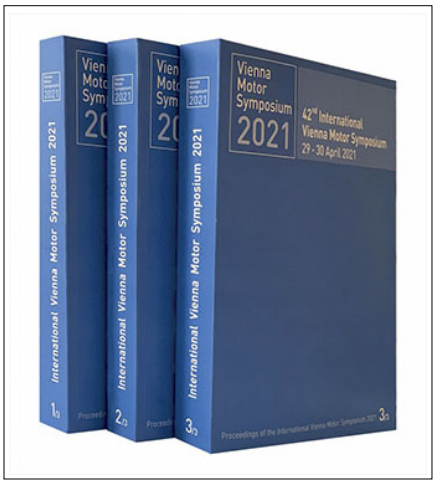


Foto: ÖVK

*Die unter **info@oevk.at** bestellbaren Vortragsbände mit allen Vorträgen des Motorensymposiums 2021*

bis 2030 in Marokko nicht nur die Ökostromanlagen in Betrieb sind, sondern auch die Produktionsanlagen für E-Diesel, betonen die Studienautoren.

Auch die zuständigen EU-Behörden sehen für den Schwerverkehr keine klare „Vorreitertechnologie“, so Nikolaus Steininger von der Generaldirektion Klimapolitik der Europäischen Kommission in seinem Vortrag. Grundsätzlich ist die EU für eine Technologieoffenheit, dazu brauche es aber adäquate Rahmenbedingungen und Investitionen. 2022 soll diskutiert werden, auch die Energieerzeugung für die CO_2-Bilanz eines Fahrzeugs heranzuziehen. Die Dekarbonisierung der Mobilität und besonders des Schwerverkehrs erfordert laut Steininger jedenfalls eine Langzeitstrategie. Attraktiv erscheinen batterieelektrische Schwerfahrzeuge für den regionalen Verkehr und Wasserstoff-Antriebe sowie Oberleitungssysteme für den Langstreckenverkehr. Keine große Rolle wird den E-Fuels beigemessen.

Günter Fraidl von der AVL List fordert, daß die Defossilisierung bei der Energieerzeugung und nicht beim Antrieb des Fahrzeugs beginnt. Nicht die Antriebspalette bestimmt die Energieträger, sondern die Energiequellen und -träger sollen die Antriebspalette bestimmen. Der geringe Anteil an erneuerbarer Energie weltweit verhindert, daß die steigende Anzahl an lokal emissionsfreien Fahrzeugen in gleichem Ausmaß den globalen CO_2-Ausstoß senkt. Weltweit nahm laut Fraidl die Produktion von erneuerbarer Energie 2020 nur um ein Prozent zu. Die Energieproduktion ist weltweit der größte CO_2-Erzeuger, zitiert Fraidl Climate Watch.

Soll die Klimapolitik nachhaltig sein, sind jedoch auch für jede Region Verfügbarkeit, Leistbarkeit und Arbeitsplätze in die Gesamtbetrachtung aufzunehmen. Gesamtheitliche Lebenszyklusanalysen beziehen diese Faktoren mit ein. ■

https://wiener-motorensymposium.at/

Europäische Forschungspolitik

Nachhaltige leistungsorientierte Forschungsfinanzierung für Fachhochschulen auf nationaler Ebene ist Bedingung für mehr Forschungsmittel aus der EU

Foto: Fachhochschul-Konferenz (FHK)

Konferenz-Podium (von oben v.l.): Krista Taipale: Director for international Affairs, Regional Council of Häme, Finland; Marjolijn Brussard, President ArtEZ University of the Arts; Board Member, Netherlands Association of Universities of Applied Sciences, President of UAS4EUROPE; Simon Pickard, Science Business (Moderator); Signe Ratso, Debuty Director-General, DG RTD, European Commission; Pascal Brunner, CEO and Co-Founder, Vatorex AG; Claudia Gamon, Member of the Euroepan Parlaimant

Bei einer großen, virtuellen Networking-Konferenz der Europäischen Fachhochschulen am 11. Mai unter dem Titel „Universities of Applied Sciences – From breakthrough ideas to breakthrough innovation“*) kam die europäische Forschungspolitik zu Wort. So strich Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung, Jugend und Sport in ihren Begrüssungsworten die wichtige Rolle der Fachhochschulen im nächsten Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ hervor. Es ginge vor allem darum, bahnbrechende Ideen für die europäische Gesellschaft und deren BürgerInnen nutzbar zu machen. Hierbei komme den Fachhochschulen eine Schlüsselrolle zu, um das gemeinsame Ziel eines „green, digital and healthy Europe“ zu erreichen.

Diese Ansicht unterstrichen auch die Europa-Parlamentarierinnen Angelika Niebler und Claudia Gamon. Beide wiesen auf das anwendungsorientierte Forschungsprofil der Fachhochschulen hin. Hier werden Innovationen entwickelt, die ein Europa der Zukunft dringend benötigt. Fachhochschulen stellen dabei sicher, daß aus innovativen Ideen Anwendungen entstehen, die als Produkte und Dienstleistungen am Markt erfolgreich sind. Gleichzeitig bilden die Fachhochschulen hochqualifizierte Fachkräfte aus, die in den neuen Berufsfeldern der Zukunft (Stichwort: „Green Jobs“) so dringend benötigt werden. Dies gelingt durch das eigenständige Profil der Fachhochschulen, das einen neuen Zugang zu Forschung und Lehre beinhaltet. Fachhochschulen forschen und lehren, eingebettet in ein regionales Umfeld, mit dem sie in einem ständigen Austausch stehen. So gelingt es in Kooperation mit der Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die unmittelbar für die Menschen nutzbar sind. Diese Form der Kooperation betrachteten alle an der Konferenz beteiligten, politischen Akteure als essentiell für die Umsetzung des nächsten EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon Europe“. In diesem Zusammenhang wurde auch die hohe Bedeutung einer nachhaltigen/stabilen Forschungsfinanzierung durch die Nationalstaaten als Bedingung für ein erfolgreiches Einwerben von EU-Mitteln hervorgehoben. In Österreich werden derzeit diese Mittel nur den Universitäten nicht aber den Fachhochschulen vom Bund zur Verfügung gestellt.

„Daß der Hebel ‚FH-Forschung‘ für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen bzw. für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit funktioniert, um Innovationen zu heben und wirksam zu machen, ist erwiesen. Jetzt müssen wir auch in Österreich dazu übergehen, diesen Hebel stärker zu nutzen und die FH-Forschung künftig mit einer nachhaltigen, leistungsorientierten Finanzierung ausstatten. Wir sehen hier den angekündigten Gesprächen mit BM Faßmann positiv entgegen und sind zuversichtlich, daß die Forschung im nächsten FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan im Sinne einer nachhaltigen leistungsorientierten Finanzierung abgebildet wird“, sagt Raimund Ribitsch, Präsident der Österreichischen Fachhochschul-Konferenz (FHK). ■

https://uas4europe.eu/
https://www.fhk.ac.at/

*) „Hochschulen für Angewandte Wissenschaften – Von bahnbrechenden Ideen zu bahnbrechender Innovation“

PaN Vorstandsmitglieder zu Besuch am VIP Terminal

Treffen zu einem gemeinsamen Zukunftsblick in den VIP-Salons am Flughafen Wien im »Golden Heritage«-Stil

Mit edlen Holzelementen an den Wänden, feinsten Böden und komfortablen Polstermöbeln – zeigen sich die fünf VIP-Salons. „Hohe Qualität und erstklassiges Service für unsere Passagiere haben am Flughafen Wien absolute Priorität. Unser Anspruch ist es, unsere Dienstleistungen auf höchstem Niveau – so wie das VIP Service – für alle zugänglich zu machen“, sagten Julian Jäger und Günther Ofner, Vorstände der Flughafen Wien AG, anläßlich der Eröffnung im Februar 2019.

Foto: PaN – Partner aller Nationen

Nach dem grandiosen Umbau lud der PR- und Marketing-Chef des VIP Terminals, Wilfried Berger (Bildmitte), die PaN-Vorstände Präsident Univ. Prof. Hermann Mückler (links), und PaN-Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz zu einem gemeinsamen Zukunftsblick ein.

Wohlfühlen wie ein VIP

Ob als Wohnzimmer oder moderner Konferenzraum genutzt, die neuen VIP-Salons stellten beim gemütlichen Probesitzen ihre Multifunktionalität unter Beweis. Die Reisenden können noch mehr Komfort im gewohnt exklusiven Ambiente am VIP Terminal erwarten: „Jeder, der unser VIP Service bucht, soll sich hier wohlfühlen – ganz unabhängig ob er Linie reist oder mit dem Privatjet unterwegs ist“, so die beiden VAH-Geschäftsführer Michael Zach und Joubin Pour. „Wir haben beim Design daher ganz bewußt darauf geachtet, den Wiener Charme mit internationalem Flair zu verbinden, so daß sich jeder Gast zu Hause fühlt. Wichtig war uns auch, daß die komplette Wertschöpfung von Design bis Produktion ‚Made in Austria‘ ist“, erläuterten Michael Zach und Joubin Pour.

Jeder Raum hat seinen eigenen Charakter: So findet sich etwa in einem Salon ein Möbelstück, das einem Kontrabaß ähnelt. Die Böden sind aus edlem Fischgräten-Parkett oder marmorartigen Fliesen. Die Wände zieren Holzelemente, abwechselnd mit verspielten Tapetenmustern, die an den Wiener Jugendstil erinnern. Moderne Kunstwerke fungieren als Eye-Catcher und verleihen den VIP Salons das besondere Etwas. Das Mobiliar ist mit seinen Grün- bis Beigetönen nicht nur State of the Art, sondern ebenso komfortabel. Neu am VIP Terminal ist eine kleine Bibliothek, die gespickt mit unterschiedlichsten Werken allen Reisenden zur Verfügung steht.

Das VIP Service im exklusiven Ambiente richtet sich unabhängig von Fluglinie oder Buchungsklasse an alle, die sich schon vor dem Flug etwas Besonderes gönnen wollen. Die geschulten MitarbeiterInnen am VIP Terminal kümmern sich um alle Formalitäten vom Check-in über die Paß- und Zollkontrolle bis zum persönlichen Transport zum Flugzeug. In der Zwischenzeit entspannen die Reisenden in den VIP Salons, wo sie sich mit kulinarischen Köstlichkeiten verwöhnen lassen können.

Foto: PaN – Partner aller Nationen

PaN steht für Partner aller Nationen, deshalb wurde der Platz vor dem VIP TERMINAL FLUGHAFEN WIEN kurz nach seiner Inbetriebnahme nach dem völkerverbindenden Dachverband aller Österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN benannt.

PaN steht für Partner aller Nationen

… und ist eine ideale Kombination mit dem VIP Terminal am Flughafen Wien. Aus diesem Grund wurde vor mittlerweile weit

über zehn Jahren – kurz nach der Inbetriebnahme des neuen VIP und GAC Terminals – der Kreisverkehr direkt vor dem Gebäude nach dem völkerverbindenden Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften als „PaN-Platz“ benannt. Nun ist die Beschilderung von damals bereits in die Jahre gekommen und nicht mehr gut lesbar. Anläßlich einer zukünftig geplanten Erneuerung trafen sich unter Einhaltung der geltenden Corona-Maßnahmen die PaN-Vorstände Präsident Univ. Prof. Hermann Mückler und Generalsekretär Senator Walter J. Gerbautz mit dem Marketingmanager der Flughafentochter VAH, die den VIP Terminal betreibt, zu einem gemeinsamen Zukunftsblick – ein Blick, der derzeit sehr verhalten ausfällt, da die gesamte Flugbranche weiterhin massiv unter der Corona Pandemie zu leiden hat. Dies trifft neben dem normalen Linienfluggeschäft etwas abgeschwächt genauso die Bereiche General Aviation und VIP Services. Daher ist auch hier intensives Sparen angesagt. Eine neue Beschilderung wird sich in gemeinsamer Kraftanstrengung mit dem PaN aber dennoch ausgehen. Und vielleicht können in näherer Zukunft bald auch kleinere Veranstaltungen des PaN einmal direkt im VIP Terminal stattfinden und so eine Win-Win-Situation für beide Seiten schaffen. Möge das normale Leben bald wieder losgehen! ■

https://www.viennaairport.com/VIP

Foto: Flughafen Wien AG

Stylisch und multifunktional: Die VIP-Salons im VIP Terminal am Flughafen Wien

Antrittsbesuch bei Argentiniens Botschafter SE Gustavo Eduardo Ainchil

Im Mai lud der im Dezember 2020 in Wien angekommene Botschafter SE Gustavo Eduardo Ainchil die Repräsentanten der Österreichisch-Argentinischen Freundschaftsgesellschaft-PaN zu einem ersten Höflichkeitsbesuch in die argentinische Botschaft ein. Botschafter Anchil berichtete von seiner Ankunft während der ernsten Covid 19-Phase und den damit zusammenhängenden Schwierigkeiten der Kontaktnahme mit den diversen Entscheidungsträgern sowie die coronabedingte Verzögerung seiner Akkreditierung in Österreich. Auch das erst im Mai stattgefundene erste Kennenlerngespräch mit den Vertretern der Österreichisch-Argentinischen Gesellschaft ÖAG-PaN hatten die rigorosen Coronamaßnahmen der Bundesregierung zur Ursache.

Sein erster inoffizieller Besuch führte Botschafter Ainchil ins Burgenland, Besucher der westlichen Bundesländer sind geplant

Die Vertretet der ÖAG-PaN berichteten von den Aktivitäten der Gesellschaft in den letzten Jahren, speziell von den alljährlichen Kranzniederlegungen gemeinsam mit dem Botschafter Argentiniens am Denkmal von Don Jose de San Martin im Donaupark und der Überreichung des PaN-Projekt-Preises im Jahr 2018 an die Gesellschaft. Die diversen kulturellen Veranstaltungen, unter anderem am ÖAG-Vereinssitz, dem Kultursalon der ÖAG-Vizepräsidentin Jutta Unkart-Seifert, mit argentinischen und österreichischen KünstlerInnen.

Foto: ÖAG

v.l.: ÖAG-Vizepräsident Senator Walter J. Gerbautz, SE Botschafter Gustavo Eduardo Ainchil und ÖAG-Generalsekretär Felix Ratcliffe in den Räumlichkeiten der Botschaft der Argentinischen Republik im 1. Wiener Gemeindebezirk.

Der Botschafter dankte den ÖAG-Vorständen für deren Besuch und gab der Hoffnung auf weitere gemeinsame gute Zusammenarbeit und Aktivitäten nach der Lockerung der Covid 19-Maßnahmen Ausdruck. ■

http://www.austria-argentina.at/

Innenpolitik

Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

v.r.: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zeithistorikerin Linda Erker, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück, ORF-Moderatorin Rebekka Salzer, Eidel Malowicki, Dialogprojekt „Likrat“, und Bundesratspräsident Christian Buchmann

Die Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur und welche neue Formen der Vermittlung man heute gehen müsse, damit die Geschichte der Shoah in Bezug auf die Verantwortung jedes Einzelnen im Heute begreifbar wird – diese Fragen standen am 5. Mai im Mittelpunkt des Gedenktags im Parlament gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

In diesem Sinne betonte auch Bundesratspräsident Christian Buchmann in seinen Grußworten, daß der Einsatz für Menschenrechte und Demokratie von jedem Einzelnen von uns verlange, sich den Verharmlosern, Verschwörern und Hetzern entgegenzustellen, bevor deren Saat aufgeht. Buchmann mahnte damit die Verantwortung aller ein, auch heute und in Zukunft gegen Haß, Intoleranz, Rassismus und Vorurteile konsequent anzukämpfen.

In gleicher Weise rief Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka einmal mehr dazu auf, sich stetig und entschieden für ein ausgewogenes und solidarisches Miteinander einzusetzen und damit der Verantwortung gegenüber den Opfern des Holocaust gerecht zu werden.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Bundesratspräsident Christian Buchmann (ÖVP) bei seiner Begrüßung

Es gebe keine Wiedergutmachung, keine Gerechtigkeit für sie, so Sobotka im Programmheft, es gebe nur unser Versprechen, die Geschichte nicht zu vergessen, uns ihrer gewahr zu sein und uns in unserer Gegenwart und Zukunft für Menschenrechte und gegen das Vergessen einzusetzen.

Sowohl Sobotka als auch Buchmann äußerten ihre Sorge angesichts der Tatsache, daß in Zeiten der gesellschaftlich, aber auch politisch herausfordernden Corona-Pandemie, Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wieder verstärkt wahrzunehmen sind.

Gemeinsame Sondersitzung der Präsidialkonferenzen von Nationalrat und Bundesrat

76 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen gibt es immer weniger Zeitzeugen, die authentisches Wissen aufgrund eigener unendlich schmerzlicher Erlebnisse über die Gräueltaten des Nationalsozialismus an die nächsten Generationen weitergeben können. Daher stand der diesjährige Gedenktag im Zeichen neuer Wege der Gedenk- und Erinnerungskultur. Beispielgebend dafür sind die beiden Projekte „Gegen das Vergessen“, eine einzigartige Freiluftinstallation von Luigi Toscano mit überlebensgroßen Porträtfotos von Überlebenden der NS-Verfolgung (die Bilder waren auch in Wien an der Ringstraße zu sehen), und „Likrat“, ein europaweites Dialogprojekt zwischen jüdischen und nicht jüdischen Jugendlichen mit dem Ziel, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen.

Über diese Initiativen und die Möglichkeiten, wie Erinnerung nachhaltig erlebbar gemacht werden kann, sprachen die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück und die Zeithistorikerin Linda Erker mit Luigi Toscano und Eidel Malowicki. Dabei herrschte Konsens darüber, daß man nicht bei der Ritualisierung stehen bleiben darf und daß es darauf ankommt, beim Erinnern auch die Diskussion zum Heute-Bezug miteinzuschließen. Man müsse viele kleine Projekte unterstützen, die Dezentralisierung sei in diesem Bereich ein wesentlicher Faktor, so der Tenor.

Der Gedenktag, den das Parlament seit 1998 jährlich am 5. Mai begeht, fand aufgrund der Corona-Pandemie zum zweiten Mal nicht im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung, sondern in Form einer gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen von Nationalrat und Bundesrat statt.

Buchmann: Wir müssen die Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen

Erinnern allein werde Verbrechen an ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten nicht verhindern können, unterstrich Bundesratspräsident Christian Buchmann, man müsse auch die Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen.

Buchmann ging daher in diesem Zusammenhang auch auf die aktuelle Situation der Corona-Krise ein, in der Ausgrenzung und Haß, verstärkt durch soziale Medien, vermehrt spürbar und erlebbar seien. Zug um Zug schlage dabei Zorn in Haß und Haß in Gewalt um. Die Verbrechen von Mauthausen seien kein singuläres Ereignis gewesen, sagte der Bundesratspräsident, sondern der schreckliche Tiefpunkt eines langen Prozesses der Ausgrenzung, Ächtung und Verfolgung – eines Prozesses des Wegsehens und des Zusehens ohne wesentlichen Widerstand. Buchmann zog dabei einen Bogen zu heutiger Verantwortung, sich nachhaltig und vehement für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen, und rief zur Zivilcourage auf, gegen das Vergessen immer wieder und erneut Zeichen zu setzen. Denn es mache sich jeder und jede des Billigens, Leugnens oder Verharmlosens zumindest mitschuldig, der tatenlos zusehe, wie zu Gewalt oder Haß gegen Menschen aufgerufen oder angestachelt wird, wie MitbürgerInnen beschimpft, verächtlich gemacht oder herabgewürdigt werden.

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Worte zum Gedenken durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Sobotka: Die Reflexion mit dem Hier und Jetzt fordert uns zu jeder Zeit

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka appellierte ebenfalls eindringlich an die Verantwortlichkeit für das Heute. „Die Reflexion der Gegenwart, die Beschäftigung mit unserer Existenz und unserer Verantwortung, mit dem Hier und Jetzt, und nicht nur mit dem, was geschehen ist, fordert uns zu jeder Zeit“, sagte er und äußerte seine Sorge darüber, daß ein gesamtgesellschaftliches Engagement gegen antisemitische Haltungen, wo das Strafrecht noch nicht greift, fehle. Daher habe das Parlament auch den Simon-Wiesenthal-Preis ins Leben gerufen, der heuer erstmals vergeben werde und zivilgesellschaftliches Engagement vor den Vorhang hole.

Man lebe heute in einer Wendezeit, in der das Wissen um Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und an jene, die diese Verbrechen erleiden mußten, in ein tradiertes Wissen der nachfolgenden Generationen überzugehen drohe. Mit dem Aussterben der Erinnerung werde nicht nur die Distanz größer, sie verändere auch ihre Qualität. Für ihn sei es daher ein kategorischer Imperativ, die Jahre des Nationalsozialismus und der monströsen Verbrechen nicht der Historisierung anheimfallen zu lassen. Es müsse vielmehr gelingen, die existenzielle Betroffenheit gegenüber dieser historischen Singularität, die Erfahrungen mit ihren emotionalen Hintergründen weiterzugeben. Was damals geschehen sei, müsse heute, wie auch in Zukunft im Bewusstsein der Menschen und insbesondere der politisch Handelnden präsent sein und präsent bleiben, so Sobotka.

Der Nationalpräsident erinnerte in diesem Zusammenhang an die Antisemitismusstudie 2020, die Mut machen dürfe, denn sie zeige, daß Bildung wirkt, sagte Sobotka unter Hinweis darauf, daß gut gebildete Menschen deutlich weniger rassistisch und antisemitisch eingestellt sind. Daher habe auch die Demokratiewerkstatt des Parlaments ein Bildungsangebot unter dem Titel „Bildung gegen Vorurteile“ entwickelt. Auschwitz und Mauthausen seien nicht auf ein singuläres Ereignis zu reduzieren, betonte Sobotka im Hinblick auf die Bedeutung der Bildung. Es gebe viele kleine Anfangspunkte, bis Worte zu Taten werden. Der Antisemitismus komme bieder aus unserer Gesellschaft, erst dann werde er an den Rändern sichtbar und dann komme noch ein importierter Antisemitismus nach Europa, unterstrich der National-

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Blick auf die TeilnehmerInnen der gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen des Nationalrates und des Bundesrates

ratspräsident die Notwendigkeit, die Erinnerung lebendig zu erhalten und die eigene Verantwortung von heute zu ergründen.

Gedenken soll auch Orientierung für die Gegenwart geben

Die ZeitzeugInnen werden uns auch im Hinblick auf die zwischenmenschlichen Beziehungen fehlen, waren sich die DiskutantInnen Barbara Glück, Linda Erker, Eidel Malowicki und Luigi Toscano einig und meinten, Biografien seien ein Schlüsselelement in der Geschichtsvermittlung. In diesem Zusammenhang wurde aber auch die Notwendigkeit angesprochen, den Fokus in der Gedenkarbeit künftig verstärkt auch auf die Verantwortung der TäterInnen zu lenken. So betonte die Historikerin Erker, die Frage nach dem „Wer" werde immer zentraler werden. „Wer sind die Verantwortlichen und was kann ich mir davon mit ins Heute nehmen?", so Erker. Daß es wichtig ist, zu untersuchen, in welchen Situationen Menschen damals waren, unterstrich auch Glück: „Viele befanden sich in Ohnmachtssituationen, viele aber auch in Situationen, in denen sie Handlungsoptionen hatten."

Entscheidend für eine nachhaltige Gedenkarbeit sei auch das Engagement der Zivilbevölkerung, so Glück: „An vielen Orten ehemaliger Außenlager in Österreich, engagiert sich die Zivilgesellschaft, so entstehen zahlreiche neue Gedenkstätten." Engagement der Zivilgesellschaft hat etwa auch Luigi Toscano in Wien erlebt, nachdem seine Fotoausstellung, die vor zwei Jahren prominent auf der Wiener Ringstraße gezeigt wurde, wiederholt zerstört wurde: „Bilder wurden zerschnitten, auf eines wurde sogar ein Hakenkreuz gemalt." Daß dies ausgerechnet in Wien an dieser Stelle in dieser Häufigkeit und Brutalität passierte, habe ihn zutiefst erschrocken. „Letztendlich ist die Zivilgesellschaft aber durch diese Vorfälle aufgestanden. Viele haben sich beteiligt, teilweise haben junge muslimische Frauen angefangen die Bilder zu reparieren und zu beschützen. Daraus ist etwa Tolles entstanden."

Daß jede Generation ihre eigenen Formate finden und auf ihre eigene Art und Weise ihre Lehren aus der Geschichte ziehen muß, darüber waren sich die DiskutantInnen einig. Motivation und gute Ansätze seien bereits vorhanden, benötigt würden aber neue Formen des Gedenkens und spannende Transferformate, meinte Toscano. Erker wünscht sich für die künftige Gedenkarbeit außerdem, daß diese nicht bei einer Ritualisierung stehenbleibe. Sie forderte Diskussionen, etwa über Kriegerdenkmäler, auf allen Ebenen ein und wünschte sich in dieser Beziehung eine Dezentralisierung. Diskussionen und Reibungspunkte seien weiterhin wichtig für eine dynamische Gedenkkultur, vor allem aber auch, die Diskussion mit einem Heute-Bezug anzuregen. Das Gedenken allein liefere nur eine unzureichende Orientierung für die Gegenwart.

Mit Sorge sprachen alle vier TeilnehmerInnen den Anstieg von antisemitischen Angriffen seit Pandemiebeginn an. Der Zusammenhang zwischen Verschwörungstheorien und Antisemitismus käme daher, weil Menschen es sich gerne leicht machten, so Erker. Man suche einen Sündenbock, was aber zeitgeschichtlich kein neues Phänomen sei. Antisemitismus sei gesellschaftlich und historisch tief verankert. Einen wesentlichen Faktor stelle daher die Bildung dar, denn nur ein gut informierter Mensch sei kein Antisemit mehr, so das Resümee.

Die Projekte »Gegen das Vergessen« und »Likrat«

„Gegen das Vergessen" ist eine einzigartige Freiluftinstallation mit überlebensgroßen Porträtfotos von Überlebenden der NS-Verfolgung. Der Fotograf Luigi Toscano hatte die Ehre, alle Porträtierten persönlich zu treffen und zu fotografieren. Mehr als 400 solcher Begegnungen gab es bisher. Die Gesichter und Geschichten des Projekts haben bereits Menschen auf der ganzen Welt bewegt. Einer ersten Präsentation in Mannheim folgten Ausstellungen in Europa und in den USA, darunter im UNO-Hauptquartier in New York. „Gegen das Vergessen" war zum Internationalen Holocaustgedenktag 2020 zu Gast bei der UNO in Genf, ein Jahr später bei der UNESCO in Paris. Anfang dieses Jahres wurde Luigi Toscano für sein Engagement als erster Fotograf zum UNESCO Artist for Peace berufen.

„Likrat" ist ein europaweites Dialogprojekt zwischen jüdischen und nicht jüdischen Jugendlichen mit dem Ziel, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen. Der Titel des Projekts „Likrat" ist hebräisch und bedeutet aufeinander zugehen. In diesem Sinne besuchen jüdische Jugendliche seit 2015 in Wien und mittlerweile auch in mehreren anderen Bundesländern Schulklassen oder Jugendzentren. Die Jugendlichen haben eine spezifische Ausbildung und ihr Ziel ist es, in der Begegnung in der Klasse dem Judentum ein Gesicht zu verleihen und auch einen Raum zu schaffen, in dem unbefangen Fragen gestellt werden können. „Likrat" dient damit dem Abbau von Vorurteilen, reduziert Antisemitismus, stärkt den Dialog und fördert so ein besseres Miteinander der österreichischen Gesellschaft in der Zukunft.

„Likrat" Österreich ist ein Projekt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und wurde 2021 mit dem Leon-Zelman-Preis für Dialog und Verständigung ausgezeichnet. ■

https://www.parlament.gv.at/

https://www.ikg-wien.at/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Innenpolitik

Bundespräsident trifft die Landeshauptleute

Alexander Van der Bellen in seinem zweiten Amtssitz im steirischen Mürzsteg: »Diesen regelmäßigen Austausch schätze ich sehr.« – Landeshauptleutekonferenz in Bad Aussee

Foto: HBF / Peter Lechner

Gruppenfoto vor dem zweiten Amtssitz des Bundespräsidenten (v.l.): LH Wilfried Halsauer Salzburg), LH Peter Kaiser (Kärnten),LH Günter Platter (Tirol), Doris Schmidauer und Bundespräsident Alexander Van der Bellen, LH Michael Ludwig (Wien), LH Hermann Schützenhöfer mit Gattin Marianne, LH Markus Wallner (Vorarlberg), LH Johanna Mikl-Leitner (Niederösterreich) und LH Thomas Stelzer (Oberösterreich)

Bundespräsident Alexander Van der Bellen lud am Vormittag des 29. Mai alle Landeshauptleute zu einem informellen Austausch in seinen zweiten Amtssitz ins steirische Mürzsteg. Anlaß war die damals beginnende Landeshauptleutekonferenz in Bad Aussee. Der Bundespräsident hatte die Einladung schon vor längerer Zeit in Absprache mit dem derzeitgen Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, Hermann Schützenhöfer, ausgesprochen. Das Treffen in Mürzsteg fiel nun mit den umfassenden Öffnungsschritten nach dem Lockdown zusammen, die eines der Themen beim Austausch waren.

Gekommen waren alle Landeshauptleute mit Ausnahme von Hans Peter Doskozil, der wegen einer Festsitzung des Landtages zu 100 Jahre Burgenland verhindert war.

© Bwag/Commons

Das kaiserliche Jagdschloß in Mürzsteg ist seit 1947 zweiter Amtssitz des Bundespräsidenten

Foto: Land Steiermark / Streibl

Ein Blick auf die Landeshauptleute bei ihrer Konferenz in Bad Aussee

In seiner Begrüßung hob der Bundespräsident hervor: „Wann immer ich in einem Bundesland unterwegs bin, suche ich auch das Gespräch mit den Landeshauptleuten. Ich höre da immer viel über die Stimmung und von den Sorgen und Hoffnungen des jeweiligen Bundeslandes. Diesen regelmäßigen Austausch schätze ich sehr."

Hermann Schützenhöfer bedankte sich stellvertretend sehr herzlich für diese besondere Einladung im Jagdschloss Mürzsteg.

Begrüßt wurden die eintreffenden Landeshauptleute vom Bundespräsidenten und Doris Schmidauer mit einer kleinen musikalischen Darbietung. Anschließend gab es eine Führung durch die Räumlichkeiten des zweiten Amtssitzes des Bundespräsidenten. Danach fand der informelle Austausch bei einem Arbeitsmittagessen statt.

Der zweite Amtssitz wurde 1947 in der Steiermark eingerichtet, weil Mürzsteg ausserhalb der russischen Besatzungszone lag. Der Bundespräsident sollte voll funktionsfähig sein, sollte das in Wien nicht der Fall sein. Der Amtssitz befindet sich im 1869 erbauten Jagdschloß Mürzsteg, das sich Kaiser Franz Joseph erbauen ließ. Es wurde für kaiserliche Jagden genutzt. Mürzsteg liegt zwischen Mürzzuschlag und Mariazell am Oberlauf der Mürz.

https://www.bundespraesident.at/

Landeshauptleutekonferenz in Bad Aussee

Als Abschluß der in Bad Aussee abgehaltenen Landeshauptleutekonferenz fand am 20. Mai eine Pressekonferenz von Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann der Steiermark, gemeinsam mit Wilfried Haslauer, Landeshauptmann von Salzburg, sowie Michael Ludwig, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, statt. Sie stand ganz im Zeichen der Aufbruchsstimmung, die durch die von der Bundesregierung gesetzten Öffnungsschritte im ganzen Land spürbar ist.

Thematisiert wurden etwa die Kostenübernahme der Ausgaben im Zuge der Pandemiebewältigung sowie das gemeinsame Gelingen des Aufschwungs in Österreich.

Die Übergabe des Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz von LH Wilfried Haslauer an LH Hermann Schützenhöfer mußte im vergangenen Jänner aufgrund der durch die Corona-Pandemie verursachten Einschränkungen vollkommen digital stattfinden. Umso erfreulicher war es für alle Landeshauptleute, daß die Konferenz nun in Bad Aussee, dem geografischen Mittelpunkt Österreichs, in Präsenz stattfinden konnte.

„Die gestern vollzogenen Öffnungsschritte haben dafür gesorgt, daß Freude und Zuversicht im Land Einzug halten. Dennoch dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß die Epidemie für uns Länder nicht nur eine grosse Herausforderung darstellt, sondern auch mit hohen Kosten für Teststraßen, Impfstrassen oder das Contract Tracing verbunden ist. Gemeinsam erwarten wir daher die Rückerstattung der Kosten rund um die Pandemiebewältigung durch den Bund. Denn die Länder kommen bei der Finanzierung der Gesundheit allmählich an die Grenzen. Darüber hinaus müssen die bereits bestehenden Förderungen der Europäischen Union, etwa für Beschäftigung und Wachstum sowie für Regionen, fortgesetzt werden", betonte Schützenhöfer und ergänzte: „Jetzt geht es darum, daß wir unsere Wirtschaft für die Zeit nach der Krise stärken und Arbeitsplätze schaffen. Das Rückgrat unserer regionalen Wirtschaft sind und bleiben die Gemeinden. Umso wichtiger ist das kommunale Investitionsgesetz des Bundes, mit dem Gemeinden bei Investitionen unterstützt werden. Wir beantragen gemeinsam die Einreichfrist zur Abholung der finanziellen Mittel bis 31. Dezember 2022 zu verlängern, damit möglichst viele Investitionen der Gemeinden umgesetzt werden können."

LH Wilfried Haslauer

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer betonte: „Ich danke Landes-

Foto: Land Steiermark / Streibl

Die Landeshauptleute Wilfried Haslauer, Hermann Schützenhöfer und Michael Ludwig informierten nach der Landeshauptleutekonferenz über die besprochenen Inhalte.

hauptmann Hermann Schützenhöfer und seinem Team sehr herzlich, die Steiermark war ein wunderbarer Gastgeber. Der steirische Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz war nun bereits der dritte Vorsitz, der von Pandemie geprägt war. Ich freue mich mit Landeshauptmann Schützenhöfer, daß die nunmehrigen Öffnungsschritte in seine Amtsperiode fallen und wir, nicht zuletzt auch aufgrund der mittlerweile beträchtlichen Durchimpfungsrate, insgesamt einen durchaus optimistischen Blick auf die Zukunft haben können.“ Im Mittelpunkt der Landeshauptleutekonferenz seien wie üblich Finanzthemen gestanden, so Haslauer, aber auch die Registrierungspflicht bei der Einreise nach Österreich, sei Diskussionsthema gewesen: „Derzeit sehen wir die Notwendigkeit einer Registrierungspflicht für jene Personen, die auf dem Landweg nach Österreich einreisen, nicht mehr, da die ‚3-G-Regelung‘ in Österreich ja ohnehin für alle Personen gilt. Die Registrierungspflicht führt zudem zu enormer Staubildung an den österreichischen Grenzen, weshalb sich die Landeshauptleutekonferenz eindeutig dafür ausspricht, diese abzuschaffen.“ Abschließend zog Haslauer Bilanz: „Als Landeshauptleute verstehen wir uns als konstruktiver Partner von Bund und Gemeinden zur Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben. Das ist allerdings immer nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Bund möglich und daher bin ich froh, daß der Austausch mit dem Bund gut funktioniert und stets ein sichtbares Bemühen aller Beteiligter wahrnehmbar ist, gemeinsam im Dienste der Sache zu arbeiten.“

Foto: Land Steiermark / Streibl

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz.

Landeshauptmann Michael Ludwig

Der Wiener Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Ludwig ergänzte: „Im Austausch zwischen den Bundesländern hat sich gezeigt, daß wir uns über die Grenzen hinweg gut verstehen und nicht nur an uns denken. Wir haben sehr viel Koordinierungsarbeit geleistet und es hat sich gezeigt, daß es gut ist, wenn wir an einem Strang ziehen. Wir hatten in den letzten Monaten schwierige Herausforderungen zu meistern. Corona hat uns alle gefordert und deswegen war auch der Austausch enorm wichtig. Wir sind auf einem guten Weg und das zeigen uns nicht nur die sinkenden Infektionszahlen, sondern auch die Belegung der Intensivstationen. Es ist aber weiterhin wichtig, daß die Bevölkerung die empfohlenen Sicherheitsmaßnahmen einhält. Wichtig für die Zukunft ist auch, daß wir die finanziellen Auswirkungen mit dem Bund auf Augenhöhe diskutieren. Neben all den Herausforderungen die noch auf uns zukommen, war es uns aber auch wichtig, über die Grenzen hinweg zu helfen. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam beschlossen, daß wir Kroatien, das letztes Jahr von einem schweren Erdbeben getroffen wurde, mit 500.000 Euro helfen. Damit sollen Häuser finanziert werden, damit den schwer getroffenen Menschen vor Ort Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Es ist uns wichtig, Solidarität auch innerhalb der Europäischen Union zu zeigen.“ ■

https://www.verwaltung.steiermark.at/
https://www.salzburg.gv.at/
https://www.wien.gv.at/

100 Jahre Burgenland

LH Doskozil: »Die BurgenländerInnen waren es, die durch ihren Fleiß, ihre Mentalität und ihren starken Zusammenhalt unser Land, unsere Gemeinden und kleinen Ortschaften, gemeinsam aus dem Nichts aufgebaut und den erfolgreichen burgenländischen Weg überhaupt erst ermöglicht haben.«

Foto: Landesmediendienstservice Burgenland

v.l.: Historiker Oliver Rathkolb, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Kultur-Burgenland-Generalintendant Alfons Haider, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Sängerin Ulrike „Die Mayerin" Mayer, LH a.D. Hans Niessl, Jonathan Dorner aus Wiesfleck und LH a.D. Hans Sipötz

Mit einer Festsitzung des Burgenländischen Landtages haben am 19. Mai die offiziellen Feierlichkeiten des Landes anläßlich der 100jährigen Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich ihren ersten Höhepunkt erreicht. In der Festsitzung wurde an den Beschluß des ersten „Burgenland-Gesetzes" vom 25. Jänner 1921 erinnert. Mit diesem Bundesverfassungsgesetz wurde erstmalig die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Bundesland geregelt. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landtagspräsidentin Verena Dunst dankten den BurgenländerInnen in ihren Ansprachen für ihren Einsatz beim Aufbau des Landes. Der Historiker Oliver Rathkolb nahm die Festgäste mit auf eine historische Zeitreise durch 100 Jahre Burgenland. Jonathan Dorner aus Wiesfleck sprach über seine Erfahrungen, die er im Rahmen des österreichischen Auslandsdienstes im Holocaust Museum in Los Angeles, gesammelt hat.

Das Burgenland sei unter schwierigen Umständen gestartet und war geprägt von wirtschaftlicher Not und der Amerikawanderung. „Wenn man heute das Auswanderermuseum in Güssing besucht, steht auf einem Türbogen ‚mit starkem Glauben und kräftiger Hand'. Das waren die Attribute dieses Beginns des Burgenlandes. Ein starker Glaube versehen mit unseren christlichen Werten sowie ein starker Glaube an die Chancen für dieses Land. Kräftige Hände – jeder wußte, es liegt an uns gemeinsam, dieses Land aufzubauen und mitanzupacken sowie für dieses Land einzustehen. Das sind bis heute die wesentlichen Eckpfeiler", betonte LH Hans Peter Doskozil in seiner Ansprache.

Im heurigen Jubiläumsjahr sei es vor allem auch wichtig, die BurgenländerInnen, die enorm zum Aufbau des Landes beigetragen haben, in den Mittelpunkt zu stellen. „Die die Burgenländerinnen und Burgenländer waren es, die durch ihren Fleiß, ihre Mentalität und ihren starken Zusammenhalt unser Land, unsere Gemeinden und kleinen Ortschaften, gemeinsam aus dem Nichts aufgebaut und den erfolgreichen burgenländischen Weg überhaupt erst ermöglicht haben. Das bedeutet, daß die Burgenländerinnen und Burgenländer heute im Vordergrund stehen", so Doskozil. Dabei bedankte er sich bei den Vorgängergenerationen und den bisher politischen Verantwortlichen, allen voran bei LH a.D. Hans

Niessl (2000–2019) und LH a.D. (1987–1991), die als Ehrengäste der Festsitzung beiwohnten.

Die Entwicklung des Burgenlandes sei auch geprägt von einer enormen Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit, die beim Ungarn-Aufstand 1956 oder beim Fall des Eisernen Vorhangs 1989 international große Anerkennung gebracht habe. „Die Burgenländer haben in dieser Situation gezeigt, was es bedeutet, in einer selbst schwierigen wirtschaftlichen Situation Hilfsbereitschaft und Gemeinsamkeit zu zeigen“, betonte der Landeshauptmann. Das jüngste Bundesland Österreichs und die Menschen im Land charakterisieren bis heute auch das friedliche und partnerschaftliche Miteinander der Volksgruppen und Konfessionen in besonderem Maße. Diese Vielfalt sei ein bedeutender Reichtum des Landes sowie ein fester Bestandteil der burgenländischen Identität.

Auch die Herausforderungen und Krisen der letzten Jahre sowie die aktuelle Covid-19-Pandemie thematisierte der Landeshauptmann in seiner Festrede: „Wir können mit Fug und Recht sagen, wir werden auch diese Krise überwinden. Die Basis dafür ist von unseren Vorgänger-Generationen gelegt worden. Ich bin durchaus stolz, heute hier stehen und jener Landeshauptmann sein zu dürfen, der auf diese 100 Jahre zurückblicken kann. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und gleichzeitig stolz, motiviert und zuversichtlich in die Zukunft blicken“, hob Doskozil in seiner Festansprache hervor.

Landtagspräsidentin Verena Dunst

Landtagspräsidentin Verena Dunst hielt in ihrer Ansprache fest: „Nicht nur das Burgenland feiert heute. Jeder unserer Vorfahren – Generationen über Generationen, von jung bis alt, haben das gute Recht heute stolz zu sein. Stolz auf das, was Burgenländerinnen und Burgenländer seit 100 Jahren geschafft haben. Stolz auf das, was uns heute ausmacht und stolz auf das, was wir in den nächsten 100 Jahren alles schaffen werden. Stolz darauf, daß wir in Frieden zusammenleben können. Den dies ist auch keine Selbstverständlichkeit, in meiner Kindheit waren die Spuren des Krieges noch unübersehbar und eine mahnende Erinnerung an die Kampfhandlungen, die in der Vergangenheit ausgetragen wurden. Unser Fleiß, unser Zusammenhalt, unsere Gastfreundschaft und Herzlichkeit, all das sind wir – und das ist ein guter Grund heute zu feiern.“

Das heurige Jubiläumsjahr unter dem Motto „Wir sind 100“ soll seitens des Landes Startschuß und Motivation zugleich sein, um Impulse und Initiativen zur positiven Weiterentwicklung in verschiedensten Bereichen – wie z.B. Beschäftigung, Soziales, Jugend, Kultur oder Bildung – zu setzen. „Der Auftrag an die Politik muß sein, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu dienen. Deshalb ist der anfangs erwähnte Spruch ‚mit starkem Glauben und kräftiger Hand‘ heute wichtiger denn je. Wir brauchen auch in Zukunft einen starken Glauben an unser Land sowie die Notwendigkeit, daß Gemeinsame vor das Trennende zu stellen“, so der Landeshauptmann abschließend.

Durch die Festsitzung führte Kultur-Burgenland-Generalintendant Alfons Haider, musikalisch umrandet wurde die Sitzung vom Damenquartett Haydn Konservatorium und von Ulrike „Die Mayerin“ Mayer. ■

Sonderausstellung zu 100 Jahre Burgenland

Von Deutschwestungarn ins Burgenland. Geschichte einer Region (1848 – 1921)

Kulturreferent Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eröffnete am 29. April in Form eines gemeinsamen Ausstellungsbesuchs mit Landtagspräsidentin Verena Dunst, Bürgermeister Vinzenz Knor und dem Ausstellungskurator Dieter Szorger die Sonderausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland“ auf Burg Güssing. Aufgrund der strengen Sicherheitsmaßnahmen war keine Eröffnungsfeier mit Publikum möglich; die Schau ist seit 30. April und bis 30. Oktober 1922 öffentlich zugänglich. Sie ist eine von drei großen kulturhistorischen Ausstellungen, mit denen das Burgenland heuer sein hundertjähriges Bestehen feiert, und legt einen besonderen Fokus auf das Alltagsleben der Menschen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Schau „Unsere Amerikaner – burgenländische Auswanderergeschichten“ läuft bereits im Landesmuseum Burgenland in Eisenstadt, und am 15. August 2021 wird die Jubiläumsausstellung „Wir sind 100. Burgenland schreibt Geschichte“ auf Burg Schlaining eröffnet.

Die Ausstellung sei „nicht nur eine historische Zeitreise, sondern auch eine Liebeserklärung an dieses Land und seine Menschen“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Eröffnung: „Kaum ein Bundesland hat so dafür kämpfen müssen, an Österreich angeschlossen zu werden. Deutschwestungarn war eine vergleichsweise gut entwickelte Region und man kann heute sagen, daß Ungarn mit dessen Angliederung an Österreich viel verloren und die Republik Österreich viel gewonnen hat. Das Jubiläumsjahr ist eine wunderbare Chance, sich mit den Ecken und Kanten, den Potentialen und den Liebenswürdigkeiten des Burgenlandes aus-

Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Ausstellungskurator Dieter Szorger, Landtagspräsidentin Verena Dunst und Güssings Bürgermeister Vinzenz Knor

Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Landtagspräsidentin Verena Dunst, Bürgermeister Vinzenz Knor, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Kurator Dieter Szorger

einanderzusetzen. Um die Zukunft gestalten zu können und um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir uns unserer Wurzeln bewußt sein und wissen, woher wir kommen."

„Die Ausstellung verdeutlicht, wie schwer das Leben in der Zeit vor der Angliederung an das Burgenland war und macht uns bewußt, daß das Leben, wie wir es heute kennen, keine Selbstverständlichkeit darstellt und daß viele Menschen für den Kampf um das Burgenland ihr Leben lassen mußten. Das Jubiläum gibt uns die Möglichkeit, auch ihrer zu gedenken," sagte Landtagspräsidentin Verena Dunst.

Bürgermeister Vinzenz Knor erklärte, es sei „für Güssing wichtig, mit dieser Ausstellung eine zentrale Rolle beim 100-Jahr-Jubiläum des Burgenlands zu spielen. Besonders freut es mich, daß ein zentrales Ausstellungsobjekt die Rekonstruktion der historischen Bahnhofsanlage von Güssing aus dem Jahr 1899 ist."

Vor 100 Jahren war das heutige Burgenland ein Teil Ungarns, der umgangssprachlich als Deutschwestungarn bezeichnet und im Wesentlichen die größtenteils von Deutschen und Kroaten besiedelten Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg umfaßte. Die Ausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland" erzählt die Vorgeschichte unseres Bundeslandes. Diese historische Zeitreise beginnt im Jahr 1848, dem Jahr der europäischen Revolutionen und endet mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie und der „Landnahme" des Burgenlandes durch Österreich.

Ausstellungsinhalt

Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 brachten zwar die Befreiung der „burgenländischen" Bauern vom Untertanentum, die ersehnten bürgerlichen Freiheiten und eine ungarische staatliche Souveränität blieben jedoch verwehrt. Mit dem Ausgleich von 1867 erhielt Ungarn eine größere Eigenständigkeit zugestanden. Verbindendes Element der beiden Reichshälften war das Haus Habsburg, mit der Figur von Franz Joseph I., der als österreichischer Kaiser bzw. als ungarischer König viele Jahrzehnte regierte.

Während die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine vergleichsweise liberale Minderheitenpolitik mit sich brachte, wurde die ab den 1890er-Jahren verstärkt spürbare Magyarisierung von Deutschen und Kroaten als belastend empfunden. Die Jahrzehnte vor dem Anschluß an Österreich brachten das Entstehen einer vergleichsweise gut entwickelten Industrie und zahlreiche technische Innovationen. Eine besondere Bedeutung bei der wirtschaftlichen Entwicklung der Region spielte die Eisenbahn.

Die Ausstellung setzt sich besonders mit dem Alltagsleben der Menschen des ausgehenden 19. Jahrhunderts auseinander. In der privaten Lebenswelt der „Burgenländer" gewann die Fotografie zunehmend an Bedeutung. Langsam hielt auch die Elektrizität Einzug in die Ortschaften Deutschwestungarns. Telegrafie und Telefon revolutionierten die Kommunikation und noch vor dem Weltkrieg rollten die ersten Automobile durch das Land. Am Ende standen mit dem Ersten Weltkrieg die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" und der Zusammenbruch der Monarchie. Das Habsburgerreich wurde nach dem Willen der Siegermächte in Einzelstaaten aufgeteilt. Die Republik Österreich entstand auf Grundlage der Friedensverträge von St. Germain und Trianon und es waren auch diese Verträge, welche die Angliederung Deutschwestungarns als eigenständiges Bundesland an die Republik Österreich ermöglichten.

Zahlreiche noch nie veröffentlichte Fotografien und Filmdokumente

Die Geschichte dieser Jahre wird mit zahlreichen noch nie veröffentlichten Fotografien, historischen Filmdokumenten aus österreichischen und ungarischen Archiven, durch authentische Lebensgeschichten sowie zahlreiche private Erinnerungsstücke in einer lebendigen Form erzählt. Zu sehen ist das älteste Foto des Burgenlandes, das aus Mattersburg stammt und 1859 aufgenommen wurde. Ausgestellt sind auch zahlreiche handschriftliche Dokumente wie Stammbücher und Tagebücher. Erstmals öffentlich ausgestellt wird das Tagebuch des Seligen Ladislaus Batthyány. Darin erzählt er die Schwierigkeiten in Bezug auf die medizinische Versorgung im Burgenland in Zeiten

der Spanischen Grippe. Die ältesten Filmaufnahmen aus dem Burgenland, Bilder von den Kämpfen des Jahres 1921 und Szenen aus der Ersten Sitzung der Burgenländischen Landesregierung und des Landtages sind ebenfalls zu sehen.

Das wissenschaftliche Team bilden Dieter Szorger und Michael Achenbach (Kuratoren) sowie Christian Ratz (wissenschaftliche Assistenz), für Grafik und Produktion zeichnet Evelyn Rabold verantwortlich.

Sammelaktion

Im Frühjahr 2021 führte das Land Burgenland eine burgenlandweite Suche nach Ausstellungsexponaten durch und wurde dabei von den burgenländischen Medien intensiv unterstützt. 84 Burgenländerinnen und Burgenländer haben persönliche Erinnerungsstücke für die Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Für die Ausstellung und den für Juli 2021 geplanten digitalen Begleitband wurden fast 800 – größtenteils private – Fotoaufnahmen zur Verfügung gestellt. Es gelang in dieser Sammelaktion auch, das älteste Foto des Burgenlandes zu finden, das ebenfalls in der Ausstellung präsentiert wird.

Schulprojekt „Schüler führen Schüler“

Im Rahmen eines Schulprojektes der ECOLE-Güssing – Höhere Bundeslehranstalt und Fachschule für wirtschaftliche Berufe sind Schulführungen möglich. Acht SchülerInnen – je vier mit der Muttersprache Deutsch und vier mit Ungarisch als Muttersprache – nehmen an dem Projekt teil und werden von den Kuratoren zu Kulturvermittlern für die Sonderausstellung ausgebildet. Damit können auch ungarische SchülerInnen und Erwachsene durch die Ausstellung geführt werden.

Dokumentation zum Vertrag von St. Germain

Eine kurze Dokumentation über den Vertrag von St. Germain (1919) und seine Auswirkungen auf das Burgenland ist ein weiteres Sonderprojekt, das im Zuge der Ausstellung realisiert wurde. Der Film wurde von den Kuratoren wissenschaftlich begleitet und hat eine Länge von 11 min. Die Filmdokumentation ist in der Ausstellung zu sehen.

Filmische Biografien

Drei Persönlichkeiten des ausgehenden 19. Jahrhunderts erzählen in der Ausstellung ihre persönlichen Lebensgeschichten. Eva Maria Marold schlüpft in die Rolle der kroatischen Arbeiterin Hanna Sturm und erzählt über ihre schwere, vom Arbeiten in Fabriken und von Mißhandlungen gezeichnete Kindheit. Georg Kusztrich verkörpert den Revolutionär, Pfarrer und Abgeordneten des Ungarischen Unterhauses Anton Herics und Georg Leskovich verkörpert einen westungarischen Heizer auf dem im Ersten Weltkrieg untergehenden ungarischen Schlachtschiff „Szent Istvan“. Peter Wagner führte Regie und Max Leimstättner war für Kamera, Ton und Postproduktion verantwortlich. Die Figuren und die erzählten Geschichten sind real. Die Filmbiografien sind mit ungarischen Untertiteln versehen.

Rekonstruktion des Bahnhofs von Güssing

Mit Unterstützung der Stadt Güssing ist es gelungen, eine maßstabgetreue Rekonstruktion des 1899 eröffneten Bahnhofes von Güssing in die Ausstellung zu bekommen. Das Modell hat eine Länge von fast 4 m und wurde nach historischen Fotos und originalen Dokumenten eigens für die Sonderausstellung gebaut. Das Modell wird nach Ende der Ausstellung weiterhin in der Stadt Güssing zu sehen sein und wurde von einem Team um Manfred Klepeisz und Walter Reiss konstruiert.

Der Ausstellungsort

Burg Güssing hat jährlich mehr als 15.000 AusstellungsbesucherInnen und zählt damit zu einem der besucherstärksten burgenländischen Museen.

Neben der Sonderausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland“ ist auch im Jubiläumsjahr die Burgausstellung zu besichtigen.

Jubiläumsticket für alle drei Sonderausstellungen

Ein eigens kreiertes Jubiläumsticket zum Preis von 20 Euro ermöglicht den Besuch von allen drei Sonderausstellungen zu 100 Jahre Burgenland. ■

https://www.wirsind100.at/
http://www.burgguessing.at/burg-guessing.htm

Foto: © Wikipedia / CC-BY 4.0 / Dr. Korom

Der Schauplatz der Sonderausstellung „Von Deutschwestungarn ins Burgenland. Geschichte einer Region (1848 – 1921)“: die Burg Güssing

60 Jahre Diözese Eisenstadt – 100 Jahre Burgenland

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil lobte am Pfingstmontag im Rahmen des Gedenkgottesdienstes »60 Jahre Diözese Eisenstadt – 100 Jahre Burgenland« die gute Partnerschaft zwischen Land und Kirche im Burgenland.

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Anläßlich des Gottesdiensts am Pfingstmontag übergab Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics eine Karte mit allen burgenländischen Pfarren an Landeshauptmann Hans Peter Doskozil – als Geschenk an das Land Burgenland

So wie es die Diözese Eisenstadt nicht ohne ein unabhängiges, eigenständiges Burgenland geben würde, so ist auch dieses Burgenland heute ohne Diözese Eisenstadt undenkbar“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am Pfingstmontag. Vielfalt und Zusammenhang würden das Burgenland in besonderer Weise prägen. „Die Vielfalt der Kulturen, Volksgruppen und Konfessionen, gab nie Anlaß zu Konflikten und Dissens. Sie stand immer im Zeichen einer großartigen Gemeinsamkeit“, betonte er.

„Ich danke allen, die seit 60 Jahren und länger ihren Beitrag leisten – den Seelsorgern, den Laien in den Pfarren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Diözese in allen Gesellschaftsbereichen und vor allem den drei großen Persönlichkeiten, die in diesen 60 Jahren an der Spitze dieser Diözese gestanden sind: Bischof Stefan László, Bischof Paul Iby und Bischof Ägidius Zsifkovics“, so Doskozil.

Gleichzeitig ist Doskozil überzeugt, daß es der Kirche und der Diözese gelingen wird, für die Menschen da zu sein. Überzeugt ist er auch, daß die Kirche im Burgenland weiter für Dialog und Gesprächsbereitschaft, für Toleranz und Lebensfreude, für Gastfreundschaft und Weite sowie für Vertrauen und Solidarität stehen wird.

Ein Zeichen des Dankes

„Am Pfingstmontag 2021 möchten wir – wenn auch in eingeschränkter Form – dieses besondere Jahr für unsere Diözese abrunden und zugleich Dank sagen für unser 100jähriges Burgenland“, so Diözesanbschof Ägidius J. Zsifkovics. „Insofern können wir beide Jubiläen verbinden, und ich erinnere mich an ein Wort eines Landeshauptmannes, der gesagt hat: ‚Der Schlußstein des neuen Bundeslandes war die Gründung der Diözese‘.“ Dank sprach der Bischof besonders jenen Menschen aus, die sich für Kirche und Diözese eingesetzt und in den letzten 100 Jahren das Burgenland mit aufgebaut haben.

Die kirchlichen und kulturellen Jahreshighlights im Burgenland mußten 2020 wegen der Corona-Krise um ein Jahr verschoben werden, So auch das geplante große Diözesanfest. Dennoch konnten viele andere Akzente gesetzt werden. Güssing, Eisenstadt/Oberberg und Loretto waren markante Punkte des gemeinsamen Feierns und des Miteinanders, das nun seinen Höhepunkt fand.

Anläßlich des gemeinsamen Jubiläums, „60 Jahre Diözese – 100 Jahre Burgenland“, wird ein gemeinsames Projekt verwirklicht: In Deutsch Jahrndorf werden Land und Diözese eine künstlerisch gestaltete Gedenkstätte errichten, die sich mit dem Thema „Grenze“ auseinandersetzt. „Teilen, füreinander da sein, zusammenhalten: diese Eigenschaften prägen seit 100 Jahren das Burgenland und seit über 60 Jahren die Diözese.“ ■

https://www.martinus.at/

Gestärkt aus der Krise

Das Burgenland setzt zahlreiche wachstumsstärkende Investitionen – Insgesamt rund 72 Mio. Euro wurden zur Bekämpfung der Coronakrise und für wirtschaftsfördernde Maßnahmen aufgewendet.

Die umfassenden Maßnahmen, die das Burgenland zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie gesetzt hat, haben dazu beigetragen, daß das Land besser als andere Bundesländer durch die Krise gekommen ist“, erklärte Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann am 20. Mai. „Insgesamt wurden über 33,2 Mio. Euro zur Bewältigung der Corona-Pandemie über alle Bereiche zur Verfügung gestellt.

Zusammen mit den regulären Investitionsförderungen nach dem Wirtschaftsförderungsgesetz und mit den Haftungsübernahmen ergibt sich eine Summe von knapp 72 Mio. Euro, die wir für die burgenländische Wirtschaft bereitgestellt haben. Die Maßnahmen funktionieren, das belegen auch die Arbeitsmarktdaten. Das Burgenland geht gestärkt aus der Krise hervor“.

In Summe wurden bis zum Stichtag 31. 03. 2021 mehr als 20 Mio. Euro zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie für die burgenländische Wirtschaft zur Verfügung gestellt. 3,3 Mio. Euro davon kamen aus dem Härtefall-Fonds des Landes, bei dem die betroffenen Betriebe 50 Prozent der Fixkosten sowie 50 Prozent der Mietkosten geltend machen konnten, 2,9 Mio. Euro entfallen auf Haftungsübernahmen von über Banken abgewickelte Überbrückungsfinanzierungen, die weit mehr als 3 Mio. Euro an frischer Liquidität auslösten, und 14 Mio. Euro auf Förderungen aus dem Handwerkerbonus. Dazu kommen 220.000 Euro für die Übernahme von Kleinkrediten.

Für den Bereich Soziales wurden 4,9 Mio. Euro, für den Tourismus bis Ende des ersten Quartals rund 5,3 Mio. Euro bereitgestellt – unter anderem für das Burgenland Bonusticket, Corona-Kasko, für das Winter- und das Frühlings-Bonusticket, für Zinsübernahmen und Überbrückungsfinanzierungen. Im Bereich Kultur wurden bis Ende März 2021 rund 2,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

38,6 Mio. Euro für die Wirtschaft

Nach dem Wirtschaftsförderungsgesetz (WIFÖG) wurden im Jahr 2020 18,2 Mio. Euro an Investitionsförderungen (inkl. EFRE) für Gewerbe und Tourismus genehmigt. „Diese Fördersumme hat insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von rund 140 Mio. Euro in den Wirtschaftsstandort Burgenland ausgelöst“. Zusätzlich wurden rund 1,2 Mio. Euro für Beteiligungen zur Stabilisierung von in Schieflage geratenen Unternehmen aufgewendet, weiters burgenländischen Betrieben 19,2 Mio. in Form von Haftungsübernahmen gewährt. „Zählt man die Coronahilfen und die regulären Wirtschaftsförderungen zusammen, wurden im letzten Jahr knapp 72 Mio. Euro der burgenländischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. All das hat dazu geführt, daß das Burgenland besser aus der Krise gekommen ist als manche andere Bundesländer“, betont Schneemann.

Foto: Landesmedienservice Burgenland

Landesrat Leonhard Schneemann berichtete über Maßnahmen des Landes zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie.

Beschäftigtenzuwachs von 2,2 Prozent im 1. Quartal 2021

Das spiegle sich vor allem in den Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten wider. „Die Zahl der Beschäftigten ist von Jänner bis März 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,2 Prozent gestiegen, österreichweit wurde in diesem Zeitraum im Durchschnitt ein Minus von 0,9 Prozent verzeichnet.“ Derzeit beträgt der Beschäftigtenstand im Burgenland 104.000, im Vergleich zum Rekordstand von 108.000 im Jahr 2019 sei dies lediglich ein marginaler Rückgang und respektabler Wert angesichts der Bedingungen. „Das zeigt, daß wir im Burgenland die richtigen Maßnahmen rechtzeitig gesetzt haben.“

Baubranche um 1,2 Prozent gewachsen

Das zeige sich beispielhaft in der Baubranche, die im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent gewachsen ist – im Österreichvergleich ist sie um 3,1 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben. „Hier zeigt sich, daß wir sektoral die burgenländische Wirtschaft mit gezielten Maßnahmen wie dem Handwerkerbonus gut über diese Krise bringen konnten.“

Gründerinitiative mit Startförderungen ins Leben gerufen

Was die kommenden Quartale und Jahre betrifft, könne man optimistisch in die Zukunft blicken. „Seitens der Wirtschaft sind wir gut aufgestellt, weil wir gute Ausgangsdaten haben“, sagt Schneemann. „Unser Bestreben muß es sein, die Wirtschaft wieder so in Gang zu bekommen, daß wir möglichst viele Menschen in Beschäftigung halten und bringen können.“ Auch dazu sei eine Reihe von Maßnahmen geplant. Im Bereich des Tourismus werde es weiterhin das Bonusticket geben, weiters den Handwerkerbonus zur Stärkung der KMU. Für Wirtschaftsförderungen sind für 2021 6 Mio.

Euro budgetiert, im Rahmen einer eigens ins Leben gerufenen Gründerinitiative werden Starterförderungen vergeben und dazu über die WIBUG spezielle Beratungen angeboten und auch Büroflächen bereitgestellt. 1,2 Mio. Euro sind für diese Maßnahme budgetiert.

Digitalisierung und Internationalisierung werden forciert

Eine spezielle Förderung soll burgenländische Unternehmen bei der Digitalisierung fit für die Zukunft machen. „Die Pandemie hat gezeigt, daß die Unternehmen gerade in diesem Bereich gerüstet sein müssen, um erfolgreich auch über die digitale Schiene verkaufen zu können." Eine Unterstützung vom Land wird es auch für die Internationalisierung geben. „Der Export ist für jeden Wirtschaftsstandort wichtig. Rund ein Viertel unseres BIP gehen in den Export. Das wollen wir in Zukunft forcieren und haben dafür einen Fördertopf von drei Millionen Euro geschaffen."

Rund 1,35 Mio. Euro zusätzlich sind seitens des Landes für Aus- und Weiterbildung vorgesehen, und für die überbetriebliche Ausbildung wurde der Fördertopf auf 4 Mio. Euro aufgestockt.

„Wir haben auch für 2021 ein gutes Paket an Fördermaßnahmen für die heimische Wirtschaft geschnürt. Deshalb bin ich optimistisch, daß wir auch in diesem Jahr gut über die Runden kommen und die Wirtschaft ordentlich ankurbeln können", erklärte der Wirtschaftslandesrat abschließend. ■

Mit Bürgerbeteiligung Richtung Klimaneutralität 2030

LH Doskozil: »Die Einbindung der Bevölkerung ist der Schlüssel zur Klimaneutralität. Im Burgenland erreichen wir diese 10 Jahre vor dem Bund. Alle Burgenländerinnen und Burgenländer sollen von der Energiewende profitieren.«

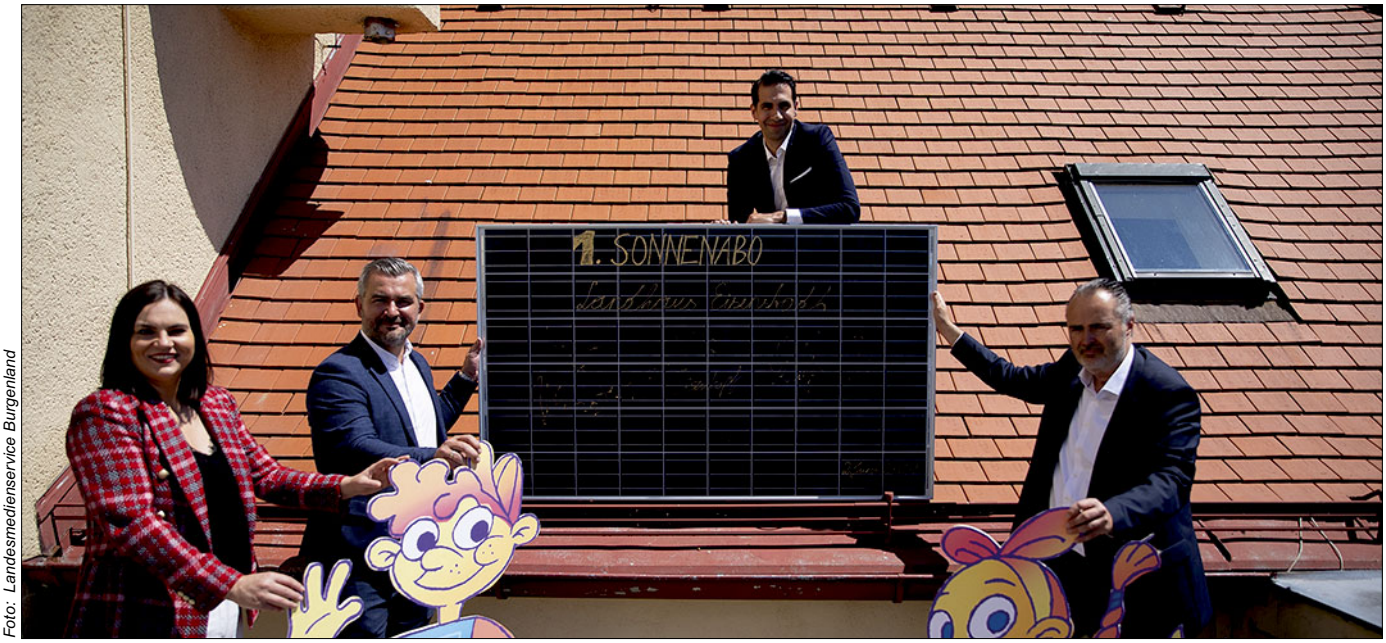


Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.r.: LH Hans Peter Doskozil, EB-Vorstand Stephan Sharma. Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner und LH-Stv.in Astrid Eisenkopf gaben gemeinsam den offiziellen Startschuß für die PV-Bürgerbeteiligungsinitiative von Land und Energie Burgenland.

Das Burgenland will 2030 – 10 Jahre vor dem Bund - klimaneutral sein und damit europaweiter Vorreiter werden. Dafür forciert das Land den massiven Ausbau der Photovoltaik. Diese ist ein zentraler Schwerpunkt der 75 Maßnahmen umfassenden Klima- und Energiestrategie des Landes. Neben der Nutzung von geeigneten Freiflächen soll der Einbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern von gemeindeeigenen, privaten und Firmengebäuden helfen, dieses ambitionierte Ziel zu erreichen. Um die Bevölkerung verstärkt einzubinden, bietet die Energie Burgenland österreichweit einzigartige maßgeschneiderte Mietmodelle von PV-Anlagen, für Unternehmen auch Speicherlösungen und den Ausbau als Energiegemeinschaft an. Am 2. Juni gaben Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf und Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner gemeinsam mit Energie Burgenland-Vorstand Stephan Sharma den offiziellen Startschuss für die Initiative.

Alle BürgerInnen sollen von der Energiewende profitieren

„Wir haben uns ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt: Das Burgenland soll bis 2030 klimaneutral sein", betonte Landeshauptmann Doskozil. „Deshalb werden wir jetzt in den Ausbau der Photovoltaik einsteigen. Dazu braucht es aber auch die Bevölkerung. Uns ist es wichtig, daß nicht nur Konzerne aus der Energiewende Gewinne erzielen, sondern daß alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Die von der Energie Burgenland

angebotenen Modelle sind einzigartig in Österreich und bieten den Burgenländerinnen und Burgenländern attraktive Einstiegsmöglichkeiten in die Photovoltaik."

Neue Dynamik beim Ausbau der Photovoltaik

Im Burgenland seien die Weichen schon vor einem Jahr gestellt worden, sagte LH-Stellvertreterin Eisenkopf. 18.000 m_2 Dachflächen von landeseigenen Gebäuden seien als fotovoltaiktauglich eingestuft worden, der Ausbau gehe zügig voran. „Nach der Windkraft setzen wir jetzt mit der Photovoltaik den nächsten Schritt. Wir haben eine neue Dynamik, wenn wir die Gemeinden und die Bevölkerung mitnehmen, so können wir die Klimaziele früher erreichen. Wir setzen dabei vor allem auf Anreize".

Daß das Interesse in großem Ausmaß vorhanden sei, habe das im Vorjahr ins Leben gerufene EFRE-Förderprogramm „Energie- und Umweltmaßnahmen für Gemeinden" gezeigt; dabei sei die Errichtung von PV-Anlagen die am häufigsten gewählte Maßnahme gewesen.

Mix aus Dachflächen, bereits versiegelten und von Freiflächen notwendig

In den letzten Monaten seien die Rahmenbedingungen für die Erreichung der Klimaziele geschaffen worden – unter anderem durch das Raumplanungsgesetz. „Für den Photovoltaikausbau reicht es nicht, nur auf einen einzelnen Bereich zu setzen", betonte Dorner. „Wir brauchen einen sinnvollen Mix aus Dachflächen, bereits versiegelten und von Freiflächen. Wir haben landesweit 1.300 ha Flächen als geeignet eingestuft, diese durchlaufen jetzt die erforderlichen Genehmigungsverfahren". Noch im Juni sollen diese abgeschlossen sein.

Ziel: Von derzeit 2 Mio. Tonnen CO_2 jährlich auf Null bis 2030

Ein jüngst veröffentlichter Bericht der IAEO stufe Wind- und Sonnenenergie klar als die tragenden Säulen für die globale nachhaltige Energieerzeugung ein, berichtete EB-Vorstand Sharma. „Diesen Weg hat das Burgenland schon vor Jahren eingeschlagen". Sharma sieht dabei vor allem die Energie Burgenland in der Verantwortung. Es sei verantwortungslos und nicht hinnehmbar, daß das Burgenland 50 Prozent der benötigten Energie importiere. Das Land produziere 2 Mio. Tonnen CO_2 im Jahr, bis 2030 soll dieser Wert auf Null gesenkt werden. „Dazu brauchen wir Freiflächen für Photovoltaik ebenso wie Dächer, aber auch weiterhin die Windenergie."

Klimaschutz: so einfach wie TV-Einschalten und so billig wie Glas Wein

„Wir wollen, daß Klimaschutz so einfach wie Fernsehereinschalten und so billig wie ein Glas Wein ist." Deshalb habe die Energie Burgenland auch die Weiterdenker-Initiative gestartet und maßgeschneiderte Pakete, darunter auch Mietmodelle, für Private und Unternehmen kreiert.

»Sonnenmax« und »Sonnen-Marie«

Rund 23.000 PV-geeignete Dächer gibt es im Burgenland. Mit einer eigenen PV-Anlage können Hauseigentümer, Gewerbebetriebe und Dienstleister einfach und günstig in die Energiewende einsteigen und von Gratisstrom aus Sonnenenergie profitieren.

„Sonnenmax" und „Sonnen-Marie" nennen sich die Angebote, die man ab 45 Euro im Monat sofort ohne weitere Investitionen mieten kann; nach 10 Jahren geht die Anlage ins Eigentum über. Die Tarife seien deshalb so günstig, weil das Land diese unterstütze, sagt Sharma.

SonnenAbo

Speziell für Nicht-Hauseigentümer wurde das „SonnenAbo" kreiert. Dieses bucht man zum Fixpreis von 30 Euro für fünf Jahre ab dem jeweils nächsten Jänner, ohne Installation und Aufwand und hat dabei den genauen Überblick über die monatlichen Stromkosten.

PV für Großunternehmen

Schließlich gibt es Rundumpakete für große Unternehmen, die ihre Betriebsgebäude mit PV-Anlagen ausstatten wollen. Diese sind auf den jeweiligen Eigenbedarf optimiert, können aber mit Speicherlösungen und Direktleitungen zu benachbarten Unternehmen als Energiegemeinschaft ausgebaut und deren Ertrag bis 20 kW ins öffentliche Netz eingespeist werden. ■

https://www.energieburgenland.at/

Physiker Werner Gruber ist neuer Forschungskoordinator des Burgenlandes

Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l: LR Leonhard Schneemann, LH Hans Peter Doskozil und der Physiker Werner Gruber

Der Physiker Werner Gruber wurde am 14. Mai von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann als neuer Forschungskoordinator des Burgenlandes vorgestellt. Gruber soll als Schnittstelle zwischen dem Land, der Wirtschaftsagentur Burgenland und den burgenländischen Unternehmen fungieren und helfen, Forschungsinitiativen im Burgenland zu etablieren und das Land für Betriebsansiedlungen weiter zu attraktivieren.

„Werner Gruber ist ein allseits anerkannter Experte im Bereich der Wissenschaft und Forschung. Er ist aber auch ein Wissenschaftler, der vor Ideen übersprüht, die den burgenländischen Forschungsstandort mit Sicherheit bereichern werden", ist Doskozil überzeugt.

Das Burgenland habe im Bundesländervergleich eine der niedrigsten Forschungsquoten. Das liege daran, daß Forschung zum einen zu über 70 Prozent im privaten Wirtschaftssektor, überwiegend in der Industrie, zum anderen an den Universitäten passiere. „Das Burgenland hat hier einen klaren Startnachteil", sagt Doskozil.

Mit Kooperationen, etwa mit Joanneum Research oder mit der Eröffnung des Südhubs in Güssing, habe man erste Schritte in Richtung Forschung gesetzt. ■

Eisenstadt »knackt« 15.000 Einwohner-Marke

Landeshauptstadt wächst im Schnitt jährlich um 1,28 Prozent

Knapp 15.000 Menschen leben seit Kurzem in Eisenstadt – so viele wie noch nie“, so Bürgermeister Thomas Steiner am 29. April Die Bevölkerungsentwicklung der Landeshauptstadt zeigt seit vielen Jahren deutlich nach oben. Von 2001 bis 2020 hat sich die Zahl der Bevölkerung um 30 % erhöht, von 11.334 auf 14.881 EinwohnerInnen mit Hauptwohnsitz. Im Vergleich dazu hat sich die Bevölkerung des Burgenlandes im gleichen Zeitraum um lediglich 6 % erhöht. „Natürlich ist diese Entwicklung sehr positiv und zeigt, daß Eisenstadt eine extrem attraktive Stadt ist. Es ist aber gleichzeitig auch eine große Herausforderung“, so Steiner.

„Insgesamt“, so Steiner anschließend, „sind wir auf einem guten Weg, wenn es um die Gesamtentwicklung der Stadt geht. Heuer wird der Stadtentwicklungsplan 2030 evaluiert und adaptiert, genau zum richtigen Zeitpunkt. Es gibt viele Gründe, warum sich so viele Menschen Eisenstadt als Heimat aussuchen: Viele Arbeitsplätze, beste Infrastruktur, Sport und -Freizeitmöglichkeiten, medizinische Versorgung, ein umfangreiches Bildungsangebot, eine intakte Natur, Nachhaltigkeit, das sind nur einige Faktoren, die dazu führen“, wie Steiner betont: „Eisenstadt hat beides: Standortstärke und Lebensqualität. Eisenstadt ist eine wunderschöne kleine Stadt in der sich die Menschen gerne niederlassen.“

Wachstum von 1,28 % jährlich im Schnitt

Im April 2020 wurden nun erstmals über 15.000 Einwohner mit Hauptwohnsitz gezählt, exakt waren es mit 29. April 15.074 EisenstädterInnen. Steiner: „Für uns ist klar, wir wollen wachsen, aber nicht zu schnell. Deswegen haben wir in dem im Jahr 2013 entwickelten Stadtentwicklungsplan 2030 das Ziel festgeschrieben, daß unsere Stadt jährlich etwa um 1,3 % an Bevölkerung zunehmen soll. Das ist aus unserer Sicht ein gesundes Wachstum.“ Steiner betont weiter: „Es ist erfreulich, daß wir dieses 2013 festgeschrieben Ziel von 15.000 EinwohnerInnen fast auf den Punkt einhalten konnten.“

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner in der beliebten Fußgängerzone

Vom 1. Jänner 2013 bis 1. Jänner 2021 ist die Bevölkerung von 13.351 auf 14.892 gestiegen. Das sind insgesamt 11,5 % bzw. jährlich 1,28 %. Sieht man sich die einzelnen Jahre an, dann waren es immer zwischen 0,8 und 1,2 % jährlich, mit Ausnahme von zwei „Ausreißern“: Von 2015 auf 2016 stieg die Bevölkerung überdurchschnittlich um 4,1 %, von 2020 auf 2021 stieg sie um 0,5 % unterdurchschnittlich. ■

Stadtteilpark Kirchäcker

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt

Detailplanung abgeschlossen: Bürgermeister Thomas Steiner mit Matthias Hahnekamp (FPÖ, l.), 2. Vizebürgermeister Otto Kropf (SPÖ, 2.v.l.) und Grünen-Sprecherin Anja Haider-Wallner (r.)

Mitten in Eisenstadt entsteht derzeit mit dem Stadtteilpark Kirchäcker eine neue Grünoase. Die Detailpläne des auf 8.000 m² unterschiedlich ausgestalteten Grünraumes wurden Anfang Mai von Bürgermeister Thomas Steiner präsentiert. Steiner erklärt: „Von einem Fontänenfeld, Sitzbänken und Tischen bis hin zum Kletterpark und zum naturnahen Spielplatz – der Park bietet Erholungsmöglichkeiten für alle Generationen.“ Alle Gemeinderatsfraktionen zeigten sich von dem Projekt beeindruckt. Die Gesamtinvestition beträgt 900.000 Euro und wird von B-SÜD, OSG und Neue Eisenstädter getragen. Geplant wurde der Park von der Firma Knollconsult, umgesetzt wird der Stadtteilpark von der Eisenstädter Maly Gartengestaltung. ■

https://www.eisenstadt.gv.at/

Sauberes Mattersburg – 150 Mistkübel im Stadtgebiet

Ein sauberes Erscheinungsbild ist für jede Stadt wichtig. In Mattersburg versuchen wir mit einem Bündel von verschiedenen Maßnahmen die Stadt sauber zu halten“, erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Neben 150 Mistkübel- und 12 Containerplätzen steht den 7600 BewohnerInnen in Mattersburg auch eine Altstoffsammelstelle (Mittwoch bis Samstag von 8-12 Uhr und von 12.30 bis 17 Uhr) zur Verfügung. Zwei Straßenreiniger drehen täglich ihre Runden im Stadtgebiet. Neben der umfassenden Flurreinigung zu Ostern ist auch die erfolgreiche Plogging-Aktion (Stadtsäuberung beim Bewegen in der freien Natur) eine weitere Aktivität für eine saubere Stadt.

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Bürgermeisterin Ingrid Salamon mit Mitarbeitern Deib Mousa und Michael Rehm des Mattersburger Bauhofs

eMabu und Lastenräder

Umweltverschmutzung ist nicht immer gleich sichtbar, aber meßbar. Der eMABU (Stadtbus) und die Lastenräder tragen zu einer massiven Schadstoff-Reduktion der Luft bei. So verringert die aus umweltfreundlichen Elektro-Bussen bestehende Stadtlinie den CO_2-Ausstoß in Mattersburg um ca. 25 t/Jahr. Dabei werden ca. 160.000 Pkw-Kilometer pro Jahr eingespart. ■

https://www.mattersburg.gv.at/

Regionale Erdbeeren haben eine neue Königin!

Die Erdbeergemeinde Wiesen – an der Spitze Bürgermeister Matthias Weghofer – organisierte gemeinsam mit dem örtlichen Verschönerungs- und Tourismusverein die diesjährige Krönung der Erdbeerkönigin am 21. Mai in der Mehrzweckhalle in Wiesen. Die Krönung wurde von NR Nikolaus Berlakovich, Präsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer, vorgenommen.

In einer geheimen Wahl wurde Nathalie Ramhofer von den Wiesenerinnen und Wiesenern in dieses Amt bestellt. Die 16jährige Schülerin wird ein Jahr lang die Erdbeeren bei verschiedenen Anlässen repräsentieren und als Botschafterin dieser süßen Früchte fungieren.

Ihr zur Seite steht die Erdbeerprinzessin Antonia Cubert. Nathalie I. folgt damit Sophie I., die coronabedingt zwei Jahre diese ehrenvolle Aufgabe innehatte.

Präsident Berlakovich dankt der scheidenden Erdbeerkönigin für ihren Einsatz in den zwei Jahren. Er gratulierte Nathalie I. zur Wahl und zur Krönung. Berlakovich wünscht ihr für das Amt als Österreichische Erdbeerkönigin viel Freude und Erfolg.

„Heimische Erdbeeren zeichnen sich durch hervorragende Qualität und viel Geschmack aus. Diese traditionellen Früchte sind ein regionales und saisonales Highlight in der Vielfalt der heimischen Landwirtschaft. Durch den Griff zu regionalen Erdbeeren erhält der Konsument nicht nur Topqualität vom heimischen Bauern, sondern leistet durch kurze Transportwege auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz“, sagte Berlakovich anläßlich der Krönung von der Erdbeerkönigin Nathalie I. ■

Foto: LK Burgenland / Hettlinger

v.l.: Erdbeerprinzessin Antonia, der Bürgermeister der Erdbeergemeinde Wiesen, Matthias Weghofer, LK-Präsident NR Nikolaus Berlakovich, Erdbeerkönigin Nathalie I. und die Obfrau des Verschönerungs- und Tourismusvereins Anita Treitl

https://bgld.lko.at/
http://www.wiesen.eu/

Bildungscampus Oberwart

Der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen

© Franz&Sue

Neben dem Pinkaufer in Oberwart entsteht ein Bildungscampus, der neue Maßstäbe setzt: In dem Neubau werden zukünftig Kinder die Volks- und Musikschule besuchen und die StadtbewohnerInnen ein neues Zuhause für den Musikverein finden.

In den kommenden Jahren wird auf dem Areal bei der Europäischen Mittelschule ein Bildungscampus entstehen. In zwei Baustufen soll die Errichtung einer Volksschule samt Räumlichkeiten für Musikschule und Musikverein (Baustufe 1) sowie die Errichtung eines Kindergartens mit zehn Gruppenräumen samt Außenanlagen für alle Betreuungs- und Bildungseinrichtungen (Baustufe 2) erfolgen.

Wettbewerb mit mehr als 60 Projekten

Die Stadtgemeinde Oberwart hat im Jänner 2021 einen europaweiten Wettbewerb ausgeschrieben, um einen Planer für das Großprojekt zu finden. 66 Projekte wurden eingereicht. Eine neunköpfige Jury hat in einer zweitägigen Marathon-Sitzung den Sieger gekürt. Das ausgewählte Projekt von „Franz und Sue ZT GmbH“ aus Wien setzt neue Standards im Schulbau.

Bürgermeister 2. LT-Präs. Georg Rosner spricht von einer zukunftsweisenden Entscheidung für die Stadt, die die Zukunft und Entwicklung des Bildungsstandortes positiv beeinflussen wird: „Wir errichten einen Campus, auf dem drei- bis 14jährige Kinder betreut und unterrichtet werden. Das Areal rund um die Europäische Mittelschule wird zu einem Zentrum für Lernen, Freizeit und Begegnung und wird das Stadtbild der kommenden Jahrzehnte nachhaltig prägen. Daher war es uns sehr wichtig, auf alle Details zu achten und das beste Projekt zum Wohle unserer Kinder und unseres Bildungsstandortes auszuwählen. Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit waren ebenso zentrale Themen, wie die Architektur und das Erscheinungsbild in der ländlich geprägten Umgebung. Es freut mich, daß bei der Auswahl des Siegerprojektes Einstimmigkeit herrschte. Gemeinsam können wir die Zukunft der Stadt erfolgreich gestalten und in den Standort Oberwart investieren.“

SPÖ-Fraktionsvorsitzender Stadtrat Ewald Hasler war Teil der Jury und erklärt zur Entscheidung für dieses Projekt: „Kinder verbringen immer mehr Zeit in Betreuungseinrichtungen. Ganztägige Betreuung wird auch bei uns bald der Standard und nicht mehr die Ausnahme sein. Architektur kann entscheidend dazu beitragen, daß sich die Kinder in ihrer Umgebung wohlfühlen. Raumgestaltung, Farbwahl, aber auch die Möglichkeit von Begegnungs- und Rückzugsorten wirken sich direkt auf die Psyche der Lernenden und Lehrenden aus. Wenn Schulen und Kindergärten die Kinder in ihren Bewegungsmöglichkeiten einschränken, so verarmt auch das Sozialverhalten der Kinder. Wenn wir ihnen nicht ermöglichen, ihre Umgebung mit allen Sinnen zu erfahren (Materialien, Formen und Farben), dann werden sie auch später die Welt nicht begreifen.

Das einstimmig ausgewählte Architekturprojekt hat viele unsere Vorgaben zu unserer Zufriedenheit umgesetzt. Ich hoffe, daß wir mit der Wahl des Siegerprojektes unseren jungen OberwarterInnen und St. MartinerInnen. aber auch den PädagogInnen die Möglichkeit geben werden, die Schule als Ort des Glücksempfindens wahrzunehmen, dadurch besser und leichter zu lernen und zu lehren und sich in ihrem Alltag fern von daheim wohlzufühlen!“

Stadtrat Christian Benedek von der FPÖ war ebenfalls in der Jury für den Bildungscampus vertreten: „Wir, die FPÖ Fraktion, freuen uns, parteiübergreifend gemeinsam mit einer Fachjury, die wie wir glauben, beste Lösung aus einer großen Auswahl an Einreichungen für unsere Gemeinde getroffen zu haben. Ein zukunftsweisendes Projekt, das natürlich jetzt weitere Schritte erfordert sowie einer gesicherten Finanzierung bedarf, um alle geplanten Projekte zu verwirklichen.“

Im Frühling 2022 soll mit den vorbereitenden Maßnahmen für die erste Baustufe begonnen werden.

Die Summe der einzelnen Teile

Morgens lernen die Kinder in der Volksschule Rechnen, nachmittags in der Musikschule Klavierspielen. Und abends treffen sich die Vereinsmitglieder der Stadtkapelle zum Musizieren. Neben dem Pinkaufer in Oberwart entsteht ein Bildungscampus, der neue Maßstäbe setzt: In dem Neubau werden zukünftig Kinder die Volks- und Musikschule besuchen und die StadtbewohnerInnen ein neues Zuhause für den Musikverein finden. So entsteht ein neuer Ort für die ganze Gemeinde – ein Ort der Gemeinschaft, der von früh bis spät belebt ist.

© Franz&Sue

Kernstück des Neubaus, der sich nach zwei Seiten orientiert, ist die Aula.

Gemeinsame Mitte

Kernstück des Neubaus, der sich nach zwei Seiten orientiert, ist die Aula. Diese bildet im Erdgeschoß den zentralen Baustein zwischen Volks- und Musikschule. Durch die großzügigen Sitzstufen eignet sich der offene Raum auch für Veranstaltungen – schulischer oder musikalischer Natur.

Die gemeinsame Mitte setzt sich in den oberen Geschoßen fort und dient auch dort als zentrale Kommunikations- und Erschliessungszone. Eine Glaswand mit Regalelementen grenzt die Aula von der zweigeschoßigen Bibliothek ab, die aufgrund ihrer Raumhöhe ein besonderes Erlebnis bietet. Auf weiteren Sitzstufen können die SchülerInnen lesen und haben dabei durch die Fensterfronten freien Blick auf den Vorplatz.

„Wenn sich die Volksschule nachmittags lichtet, aktivieren die Räumlichkeiten der Musikschule und des Musikvereins das Erdgeschoß. So entsteht ein Bildungszentrum, das den ganzen Tag über belebt und beleuchtet ist“, so Robert Diem, einer der geschäftsführenden Gesellschafter Franz und Sue ZT GmbH.

Den Klassen ein Cluster

Insgesamt fünf Cluster in den oberen beiden Stockwerken strukturieren die Volksschule. Jedes Cluster ist in unterschiedliche Bereiche geteilt, wobei diese durch teils transparente Wände geteilt sind, um Sichtbeziehungen zwischen den Bereichen herzustellen. Ein Cluster beherbergt etwa Klassenräume, einen Differenzierungsraum für ruhiges Lernen, einen Marktplatz und eine großzügige Loggia. Hier können die SchülerInnen ihre Pausen genießen oder dem Unterricht im Freien lauschen. Durchgängiger Parkettboden sorgt zudem für eine wohnliche Atmosphäre. Ein weiterer Vorteil der Clusterlösung: Sollte die Schule zu klein werden, kann das zweite Obergeschoß einfach um ein Cluster erweitert werden.

Foto: Stadtgemeinde Oberwart

v.l.: StR Christian Benedek, Bgm. 2. LT-Präs. Georg Rosner, VS-Direktorin Roswitha Imre, Architekt Robert Diem und StR Ewald Hasler mit dem Plan des neuen Bildungscampus

Ein Auszug aus dem Juryprotokoll: „Es entsteht ein formales Ganzes, welches sowohl im Außenraum, im Zugang und in der Nutzung im Innenraum eine kindgerechte Architektur verwirklicht.“

Viel Licht und Holz

Raumhohe Fenster und eine vertikale Gliederung der Fassade, die durch sichtbare Bänder unterbrochen wird, prägen das äußere Erscheinungsbild des Bildungszentrums. Die zurückspringende Fassade ermöglicht einen geschützten Haupteingangsbereich, von dem aus die Gartenseite und die Aula mit Sitzstufen sichtbar sind. Die Stahlbeton-Tragkonstruktion, deren Außenwände mit Holz verkleidet sind, kombinieren Wirtschaftlichkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit; die begrünten Dächer dienen als Zwischenspeicher für Regenwasser.

„Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit waren ebenso zentrale Themen, wie die Architektur und das Erscheinungsbild in der ländlich geprägten Umgebung. Es freut mich, daß bei der Auswahl des Siegerprojektes Einstimmigkeit herrschte“, Oberwarts Bürgermeister Georg Rosner.

Über Franz&Sue

Franz&Sue zählt zu den erfolgreichsten und innovativsten Architekturbüros Österreichs, mehr als 90 Personen arbeiten an Projekten im Bildungsbereich, an öffentlichen Bauten und Wohnbauprojekten. Die Architektur von Franz&Sue ist klar, reduziert und hochwertig, wichtig ist dem Wettbewerbsbüro vor allem der Dialog auf Augenhöhe. ■

https://www.oberwart.gv.at/
https://www.franzundsue.at/

Multimediales Bild des Burgenlandes und der Volksgruppen

ORF-TVthek Videoarchive wurden maßgeblich ausgebaut und um ahlreiche neue Facetten bereichert

Foto: Landesmedienservice Burgenland

v.l.: Josef Buranits, Mitglied des ORF Publikumsrats, Werner Herics, Landesdirektor ORF Burgenland, Lena Hager, Irina Pöschl, beide Redaktion ORF-TVthek, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Thomas Prantner, Stv. ORF-Direktor für Technik, Online bzw. neue Medien

Anläßlich des Jubiläums „100 Jahre Burgenland“ wurden die beiden „ORF-TVthek goes school“-Videoarchive zur Geschichte des Burgenlandes und zu Österreichs Volksgruppen umfassend ausgebaut und erweitert. Insgesamt mehr als 50 neue Videos bereichern das auf der ORF-TVthek in der Rubrik „History“ gezeichnete, multimediale Bild des Bundeslandes und der österreichischen Volksgruppen um zahlreiche neue Facetten.

„Die neugestalteten Videoarchive zur Geschichte des Burgenlandes und zu den Volksgruppen anläßlich unseres 100jährigen Jubiläums sind wichtig für die Bewußtseinsbildung der Burgenländerinnen und Burgenländer, denn man muß zuerst die Geschichte begreifen, um die Zukunft gestalten zu können. Worte der Erklärung sind nämlich das eine, laufende Bilder das andere. Deshalb wird mit dieser kompakten Darstellung des Burgenlandes auch der Bildungsauftrag in den Schulen ergänzt und nachhaltig erfüllt. Diese ORF-TVthek bildet aber nicht nur, sie ist auch insgesamt gesehen etwas Besonderes, denn sie erzählt von der Geschichte, von der Tradition und der Identität unseres Landes. Zu dieser Identität zählen auch unsere Volksgruppen. Sie sind ein Teil unserer Bevölkerung und damit ein Teil dieses Miteinanders, einem wesentlichen Merkmal des Burgenlandes. Deshalb bin ich froh und dankbar, daß diese Idee vom ORF geboren und auch dementsprechend umgesetzt wurde“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der die neugestalteten Videoarchive gemeinsam mit Werner Herics, Landesdirektor des ORF Burgenland, Thomas Prantner, Stellvertretender ORF-Direktor für Technik, Online und neue Medien, ORF-Publikumsrat Josef Buranits, sowie Lena Hager, Irina Pöschl, beide Redaktion ORF-TVthek, am 2. Juni präsentierte.

Videoarchiv »100 Jahre Burgenland« im Detail

Das zeit- und kulturhistorische Videoarchiv über das Burgenland besteht bereits seit dem Jahr 2011 und war damals das erste Angebot dieser Art auf der Videoplattform des ORF.

Nun wurde es anläßlich des 100jährigen Jubiläums des Bundeslandes umfassend auf insgesamt 153 Videos erweitert. 34 davon sind neu hinzugekommen, inklusive der neuen Rubrik „Best of Burgenlands schönste Plätze“ mit Videos aus der Serie „100 Jahre – 100 Plätze“.

Es gliedert sich somit in die sieben Bereiche „Best of Burgenlands schönste Plätze“ (12 Beiträge, alle neu), „Politik“ (24 Beiträge, davon 6 neu), „Geschichte“ (28 Beiträge, davon 2 neu), „Kultur“ (19 Beiträge, davon 3 neu), „Panorama“ (25 Beiträge, davon 4 neu), „Natur“ (18 Beiträge, davon 4 neu) und „Volksgruppen (27 Beiträge, davon 3 neu).

In den zwölf Videos der neu gestalteten Rubrik mit dem „Best of Burgenlands schönste Plätze“ werden u. a. das Jazz Fest Wiesen, das Eiermuseum in Winden am See oder das Landhaus in Eisenstadt vorgestellt.

Im Bereich „Politik“ sind z. B. ein politischer Jahresrückblick 2020 sowie Glückwünsche und Erinnerungen der burgenländischen Parteichefs zum 100jährigen Jubiläum zu finden.

Das umfangreiche Angebot zur „Geschichte“ des Burgenlandes wurde u. a. um eine Doku über Major Lawrence Martin, einen der „Geburtshelfer“ des Burgenlandes bei den Vertragsverhandlungen von St. Germain, erweitert.

Der Bereich „Kultur“ wurde z. B. um ein spannendes Porträt des Künstlerdorfes Neumarkt an der Raab oder den im Rahmen des Neujahrskonzerts ausgestrahlten Film „Happy Birthday Burgenland“ ergänzt.

In „Panorama“ kann man sich ab sofort auch über die Erfolgsgeschichte des Uhudlers informieren. Der Lebensraum Schilf und eine Weinreise durch das Burgenland sind einige Themen neuer Videos in der Rubrik „Natur“.

U. a. über 100 Jahre Burgenland und die ungarische Wart steht ein neuer Beitrag im Kapitel „Volksgruppen“ bereit. Die genaue Liste mit allen Beiträgen ist online in der ORF-TVthek auf der Startseite des Videoarchivs in der Rubrik „History“ zu finden.

Dazu Werner Herics, Landesdirektor ORF Burgenland: „Der ORF würdigt das 100-Jahr-Jubiläum des Burgenlandes in all seinen Programmen sehr umfassend. Es freut mich sehr, daß viele Beiträge aus der Serie ‚100 Jahre – 100 Plätze‘ und qualitativ hochwertige Produktionen aus dem Landesstudio wie beispielsweise ‚100 (Lebens)Jahre Burgenland‘ (‚Österreich-Bild‘, 2021) oder ‚Unbekanntes Grenzland‘ (‚Erlebnis Österreich‘, 2004) Einzug in das Videoarchiv ‚100 Jahre Burgenland‘ finden. Seit zwei Jahren steht das Videoarchiv zu den Volksgruppen in Österreich zur Verfügung und beinhaltet mit tlerweile 130 Beiträge. Allein 100 davon liefert das Landesstudio Burgenland als Kompetenzzentrum für die Volksgruppen im Burgenland und in Wien, aus den Sendungen für die Volksgruppen ‚Dobar dan Hrvati‘, ‚Adj´ Isten magyarok‘ ‚Servus Szia Zdravo Del tuha‘ und ‚Èeské Ozvìny / Slovenské Ozveny‘.“

Foto: ORF

Die »ORF-TVthek goes school«-Videoarchive

Die beiden Videoarchive „100 Jahre Burgenland“ und „Volksgruppen in Österreich“ sind Teil der Aktion „ORF-TVthek goes school“, die Videoarchive in einer speziell auch für die Integration in den Unterricht geeigneten Form bereitstellt. Sie sind auf der Videoplattform des ORF in der Rubrik „History“ ***https://TVthek.ORF.at/history*** nicht nur österreichweit uneingeschränkt und unbefristet verfügbar, sondern auch weltweit (mit Ausnahme einiger Beiträge, für die keine entsprechenden Lizenzrechte vorliegen) zugänglich.

Insgesamt stehen derzeit auf der ORF-TVthek 38 zeit- und kulturhistorische Videoarchive mit ca. 3.700 Beiträgen zur Verfügung.

Die Themenpalette reicht von Zeitgeschichte sowie Kulturgeschichte und Gesellschaft über die Geschichte aller neun Bundesländer sowie Politik und Wirtschaft bis zu Religion und auch Fernseh- und Mediengeschichte. Es werden sowohl laufend die bestehenden Archive erweitert als auch neue bereitgestellt.

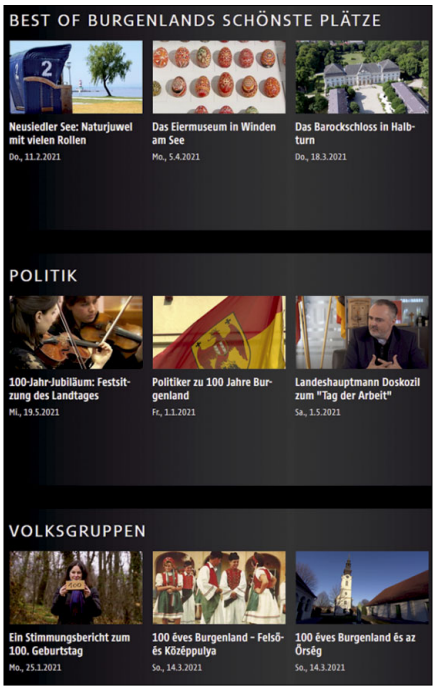


Foto: ORF

„Das Burgenland feiert 100 Jahre und die burgenländischen Volksgruppen blicken ebenfalls auf die historischen Ereignisse zurück. Es ist eine bewegte Geschichte geprägt durch Verunsicherung, Auswanderung, Verfolgung, Krieg und Frieden, sozialen und wirtschaftlichen Wandel, den Kampf um rechtliche und soziale Gleichstellung, Assimilationsdruck, Attentate, die europäische Öffnung, das friedliche Miteinander, die Anstrengungen um den Spracherhalt, und vieles mehr. Von großer Wichtigkeit ist es, daß sich die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Burgenlandes in der Serie ‚100 Jahre – 100 Plätze‘, und damit auch in der ORF-TVthek, widerspiegelt.“ Durch die Beiträge in der ORF-TVthek sind Ausschnitte dieser bewegten Geschichte für das Publikum jederzeit abrufbar.

„Die Videobeiträge dienen als Erweiterung der leider spärlich vorhandenen Informationen zu Volksgruppen in den Schulbüchern. Das Volksgruppenarchiv kann als Beitrag des ORF zum Abbau von Vorurteilen und zur Stärkung des respektvollen Miteinanders in Österreich gesehen werden“, betonte ORF-Publikumsrat Josef Buranits abschließend. ■

https://TVthek.ORF.at/

In interessanten Zeiten leben

Retrospektive Sepp Laubner – 50 Jahre für die Kunst von 27. Mai bis 5. September 2021 in der Landesgalerie Burgenland

Foto: KBB / Wagner

Aansicht der Ausstellung „Retrospektive Sepp Laubner – 50 Jahre für die Kunst“

Anläßlich „100 Jahre Burgenland“ wurde die Ausstellung „In interessanten Zeiten leben“ am 26. Mai im kleinen Kreis von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eröffnet und via Livestream auf Facebook übertragen. Nach der Begrüßung von Geschäftsführerin Barbara Weißeisen-Halwax und einer kurzen Einführung durch das KuratorInnenteam Günter Unger und Margit Fröhlich gewährten Gattin Gabi Laubner und Tochter Ina Laubner einen kurzen Einblick in das Leben und Schaffen Sepp Laubners. Moderator Alfons Haider führte sowohl die Zuschauer vor Ort als auch die Zuschauer via Livestream durch den Abend.

In den 70er-Jahren wurde Sepp Laubner als „Der junge Wilde“ des Burgenlandes bezeichnet. Ausstellungen ins europäische Ausland und auch nach New York gingen einher mit vielfachen Auszeichnungen. Kurz vor seinem Ableben plante Laubner diese Retrospektive, die ihm das Land Burgenland anläßlich seines 100jährigen Jubiläums widmet. „Sepp Laubner war aus meiner Sicht nicht nur ein großartiger Künstler – er war ein Botschafter des Burgenlandes“, so der Landeshauptmann bei der Eröffnung über Sepp Laubner und sein Wirken. Lauber habe bis kurz vor seinem Tod selbst an der Vorbereitung dieser Ausstellung mitgearbeitet. „Es tut weh, daß er sie selbst nicht mehr erleben konnte‘, so Doskozil.

Seit Beginn seines künstlerischen Schaffens nimmt Sepp Laubner in seinen Werken Strömungen der Zeit auf und bringt sie mit einer spürbaren Vitalität auf die Leinwand. „In interessanten Zeiten leben!“ – die künstlerische Reflexion durch Beobachtungen und Herausforderungen werden sichtbar in der Farbwucht und Dynamik auf großen Flächen bis hin zu zarten Verläufen in die Zurückgezogenheit kleiner Formate.

In der Retrospektive wird Laubners Entwicklung sehr deutlich. Die anfangs noch erkennbaren burgenländischen Naturszenerien lösen sich zunehmend in einem Pigmentwirbel auf. Die Komposition von Farben, Linien und Kontrasten werden immer abstrakter und gleichzeitig fühlt der Betrachter eine satte Kraft und Sinnlichkeit. Läßt man sich kontemplativ auf Laubners Bilder ein, so spürt man intuitiv pannonische Lebenswelten. Laubners abstrakte Malerei der Gegenwart ist expressionistisch. Ein Blick in die Vergangenheit erzählt interessante Geschichten von interessanten Zeiten. ■

https://landesgalerie-burgenland.at/
http://www.laubner.at/

Das Video zur Ausstellungseröffnung ist auf der Videoplattform der KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH zu sehen unter:
https://kulturbetriebe.at/wirsindkultur-bewegtbilder/

Oper im Steinbruch

Das atemberaubende Bühnenbild der diesjährigen Opernproduktion Turandot verbindet Tradition und Innovation.

Foto: Arenaria / Andreas Tischler

Oper im Steinbruch von St. Margarethen: der spektakuläre Bühnenaufbau ist fertiggestellt

Bei einer Bühnenfläche von 7.000 m² braucht es 50 Tonnen Gerüstkonstruktion mit Ballast, etwa 28 Tonnen Holzboden, rund 30 Tonnen Bühnentechnik sowie circa 35 Tonnen Kulisse für die fulminante Inszenierung von Giacomo Puccinis „Turandot". Premiere feiert die Produktion am 14. Juli.

„Was teils federleicht wirkt, hat ein Materialgewicht von einigen Tonnen. Mit Winter Artservice haben wir einen verläßlichen Partner an der Seite, der es jedes Jahr gemeinsam mit uns schafft, die Idee eines Bühnenbildes in die Realität umzusetzen", erklärt Edi Edelhofer, Technischer Leiter der Oper im Steinbruch. Ein klarer Vorteil dabei ist das Ineinandergreifen der hausinternen Gewerke von Winter Artservice wie Tischlerei, Schlosserei, Bildhauerei, Glaserei und Bühnenmalerei, das rasche Reaktionszeiten und Flexibilität ermöglicht.

Damit asiatisches Flair im St. Margarethener Steinbruch Einzug hält, wird mit vielen, von traditionellen chinesischen Elfenbeinschnitzereien inspirierten, Elementen und detailreichen Verzierungen gearbeitet. In

Foto: Arenaria / Andreas Tischler

Daniel Serafin, Künstlerischer Direktor

den Werkstätten von Winter Artservice wurden für das atemberaubende Bühnenbild unter anderem 1.200 m³ Styropor, zwölf Tonnen Stahl, 52.000 Stück Schrauben und 5,9 Tonnen Putz und Farbe von Dekorationsbauern verarbeitet sowie 9.400 Arbeitsstunden plus 6.800 Roboterstunden und computergesteuerte Maschinenstunden benötigt.

Die Welt der Kaisers Altoum wird in einem kugelähnlichen Gebilde dargestellt. Als Unterkonstruktion dient ein Stahlgerüst, das mit Schlangen- und Drachendarstellungen verkleidet ist. Die vielen Öffnungen ermöglichen einen ungehinderten Blick auf den Kaiser aus dem gesamten Zuschauerbereich. Die Kugel ist auf einem Drehkranz gelagert, sodaß eine 180 Grad-Drehung möglich ist. Zu Beginn der Vorstellung wird ein zwölf Meter langes Boot, umringt von mehreren hundert Stück Seerosenblätter, auf die Bühne gefahren, das rein durch die Muskelkraft zweier Techniker in beide Richtungen bewegt wird.

„Mit dem Bühnenbild werden neuen Maßstäbe in der Opernwelt gesetzt. Besonders die darstellende Kunst ist eng mit Emotionen verbunden und da ist die visuelle Wahrnehmung nicht zu unterschätzen. Das internationale Leading Team, die Sängerinnen und Sänger, alle Mitwirkenden und ich freuen uns, diese so berührende wie dramatische Liebesgeschichte für alle Sinne erlebbar zu machen", bringt es Daniel Serafin, Künstlerischer Direktor der Oper im Steinbruch, auf den Punkt. ■

https://www.operimsteinbruch.at/

Branchenklima im Frühjahr 2021 ist aufgeklart…

Industrie ist großteils wieder auf Wachstumskurs – Auch der Bau wächst fast ungebremst und berichtet eine überdurchschnittlich hohe Kapazitätsauslastung

Österreichs Wirtschaft kann sich trotz weiterer pandemiebedingter Einschränkungen rascher regenerieren als noch im Herbst angenommen. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung 2020 von 5,4 Prozent nominell beziehungsweise von 19,4 Milliarden Euro wird 2021 zwar nicht vollständig aufgeholt werden. Allerdings sollten schon 2022 alle größeren Branchen das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben.

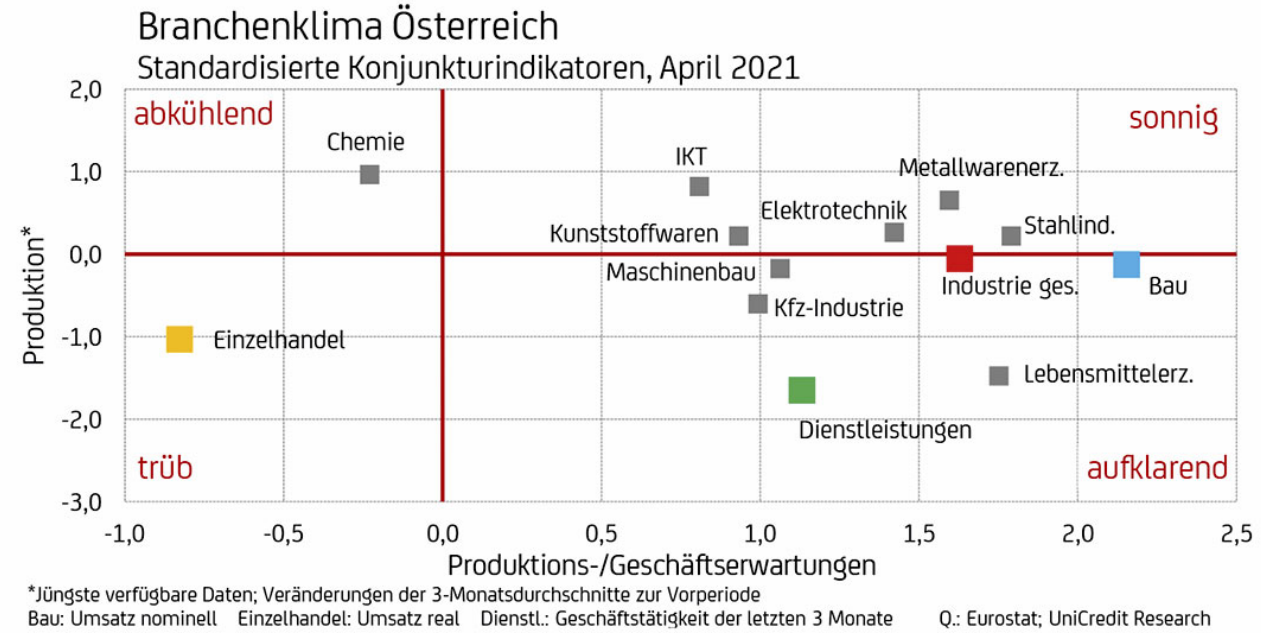
„Das Branchenklima hat sich im April 2021 in den wichtigsten Sektoren und Branchen aufgeklart oder ist bereits sonnig. Der aktuelle Branchenüberblick der UniCredit Bank Austria zeigt, daß 2021 wesentliche Wachstumsimpulse von der Industrie kommen“, sagt UniCredit Bank Austria Ökonom Günter Wolf. In der Industrie lagen die Produktionserwartungen wie die Beurteilungen der Auftragslage der Unternehmen im April überwiegend im Wachstumsbereich. Auch die Bauwirtschaft berichtet seit Ende 2020 zunehmende Auftragseingänge und bereits überdurchschnittlich hohe Kapazitätsauslastungen. Im Dienstleistungssektor sorgten zumindest die Sparten, die ihre Aufträge im Wesentlichen vom Produktionssektor erhalten, für die Aufklarung des Branchenklimas. Lediglich im Sektor Handel überwiegen die pessimistischen Geschäftserwartungen der konsumnahen Sparten, die auch erst frühestens 2022 ihr Vorkrisenniveau wieder erreichen werden. Für die Ermittlung des Branchenklima-Indikators werden die Entwicklung der Produktion und Umsätze bis Februar 2021 den Konjunkturbefragungsergebnissen vom April 2021 gegenübergestellt.

Industrie als Wachstumsmotor

Derzeit kommen die stärksten Wachstumsimpulse aus der Industrie von der Stahlerzeugung, der Metallverarbeitung und dem Maschinenbau. Die Branchen werden ebenso wie die Elektroindustrie noch 2021 von den geplanten Investitionsprogrammen zur Abfederung der Krisenfolgen profitieren. Darüber hinaus sorgt die lebhafte Baukonjuktur für eine erheblich bessere Auftragslage bei den baunahen Bereichen, wozu auch die Kunststoffverarbeiter zählen. Voraussichtlich können die Branchen 2021 mit Produktionszuwächsen von wenigstens 6 Prozent bis über 10 Prozent in der Stahlerzeugung und im Maschinenbau rechnen. Da beide Branchen im Vorjahr aber überdurchschnittlich hohe Produktionseinbußen von durchschnittlich 15 Prozent verbuchten, werden sie erst 2022 das Vorkrisenniveau wieder erreichen.

Infolge der starken Nachfrage nach Vorprodukten kommt es in der Industrie zum Teil schon zu Angebotsengpässen und hohen Preiszuwächsen. Beispielsweise wurde Stahl im österreichischen Großhandel im März 2021 gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 30 Prozent teurer, Holz und Holzprodukte noch um knapp 10 Prozent. Die Erzeugerpreise der Rohstoffkunden folgen dem Kostenanstieg langsam. Im April erwarteten die Unternehmen der Stahlindustrie, aber auch der Metallverarbeitung bereits Preissteigerungen in ähnlich hohem Ausmaß wie zuletzt im Frühjahr 2011, im Maschinenbau zumindest wie Anfang 2019.

In der Lebensmittel- und Getränkeerzeugung ist das Branchenklima im April aufgeklart. Der Anteil optimistischer Produktionserwartungen lag bei beiden Branchen per



Saldo im Wachstumsbereich. Allerdings beurteilte noch die Mehrzahl der Unternehmen ihre Auftragslage zu niedrig, ein Hinweis, daß der Bereich erst nach der Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen stärker an Schwung gewinnt. Die Lebensmittelerzeugung wird das Produktionsminus von 3,2 Prozent 2020 noch 2021 vollständig aufholen können. Hingegen wird die Getränkeerzeugung, die deutlich stärker vom Lockdown im In- und Ausland betroffen war, wahrscheinlich bis 2022 brauchen, um das Vorjahresminus von 10,3 Prozent wettzumachen.

Auch die Elektroindustrie wird ihre relativ geringen Produktionseinbußen von 2 Prozent 2021 ausgleichen können. Im April lagen alle Stimmungsindikatoren im Plus. Die Branche profitiert vom unverändert zunehmenden Bedarf an Informationstechnik ebenso wie von den zu erwartenden öffentlichen Investitionsprogrammen, die unter anderem auf den Ausbau der digitalen Netze und auf Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz abzielen. Im Vergleich dazu hat sich die Fahrzeugkonjunktur im April 2021 noch nicht gefestigt: Die Mehrzahl der Unternehmen rechnet zwar noch im zweiten Quartal wieder mit Produktionszuwächsen, blieb aber in der Beurteilung der Auftragslage in den letzten Monaten unsicher. Voraussichtlich kann die Fahrzeugindustrie das hohe Produktionsminus von 16 Prozent im Vorjahr frühestens 2022 ausgleichen.

Im April wurden die Produktionserwartungen in den größeren Industriebranchen nur in der Chemieindustrie vorsichtiger und kündigen hier eine Konjunkturabkühlung in den nächsten Monaten an. Die Entwicklung muß aber vor dem Hintergrund des bemerkenswert hohen Produktionsplus der Branche von 11 Prozent 2020 gesehen werden.

Bau wächst fast ungebremst

Die Bauwirtschaft beendete das Jahr 2020 mit einem geringen Umsatzminus von 2,2 Prozent nominell, das im laufenden Jahr zur Gänze ausgeglichen werden kann. Bereits im vierten Quartal 2020 lag die Kapazitätsauslastung mit 6,9 Monaten weit über dem langjährigen Durchschnitt von 6 Monaten. Die Auslastung der Bauwirtschaft hat sich bis ins zweite Quartal 2021 kaum verringert. Überdurchschnittlich starke Zuwächse werden vor allem im Wohnungsneubau und mit Wohnbausanierungen erzielt. Noch 2020 wurden rund 75.000 neue Wohnungen bewilligt (im Durchschnitt der letzten zehn Jahre waren es 66.000 Einheiten). Zudem wird die Nachfrage nach Tiefbauleistungen 2021 von höheren Investitionen im Verkehrs- und Energiebereich gestützt. Lediglich dem Wirtschaftsbau fehlen die Aufträge für neue Büro- und Einzelhandelsbauten, der Spartenumsatz wird voraussichtlich erst 2023 wieder das Niveau von 2019 erreichen.

Die lebhafte Bautätigkeit spiegelte sich schon 2020 in den Baupreisen, die im Wohnbau im Jahresdurchschnitt um 3,2 Prozent zugelegt haben. Gegen Jahresende haben dann auch die Baukosten mit der zunehmenden Materialknappheit und den hohen Rohstoffkosten deutlich angezogen. „Im ersten Quartal 2021 sind die gesamten Baukosten im Wohnbau bereits um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen und damit rascher als die Baupreise mit 3,7 Prozent. Ein Hinweis, daß die Gewinne der Unternehmen trotz guter Baukonjunktur unter Druck geraten“, sagt Wolf.

Handelsjahr 2021 verläuft in unterschiedlichem Tempo

Der Kfz-Handel sollte sich vom hohen Umsatzrückgang im Jahr 2020 von 11 Prozent nominell im laufenden Jahr großteils erholen können. Zuletzt haben sich die Neuzulassungszahlen im März und April im Vorjahresvergleich fast verdoppelt, blieben aber unter den Ergebnissen aus 2019. Allerdings ist die Zahl der Konsumenten, die noch 2021 ein neues Auto kaufen wollen, im zweiten Quartal wieder leicht gestiegen.

Der Großhandelsumsatz schrumpfte 2020 insgesamt um 7 Prozent nominell, am stärksten im Rohstoffhandel und bei einzelnen Konsumgütersparten, u. a. im Lebensmittelhandel. Anfang 2021 bremsen weiterhin viele pandemiegeschädigte konsumnahe Sparten die Großhandelskonjunktur, während die dynamische Industriekonjunktur im Produktionsverbindungshandel in den nächsten Monaten das Wachstum beschleunigen sollte.

Die Geschäftserwartungen der Einzelhändler sind im April überwiegend pessimistisch geblieben. Wahrscheinlich gewinnt der gesamte Einzelhandel erst in der zweiten Jahreshälfte stärker an Schwung, unter der Voraussetzung, daß keine weiteren pandemiebedingten Einschränkungen notwendig werden. In den ersten Monaten 2021 verbuchte nur der großflächige Lebensmittelhandel höhere Zuwächse. Die Sparte sorgte schon 2020 für ein leichtes Umsatzplus im Einzelhandel von 0,1 Prozent nominell.

Das Branchenklima im Dienstleistungssektor klart weiter auf

Im April ist die Zahl der Dienstleistungsunternehmen, die mit Nachfragezuwächsen in den nächsten Monaten rechnen, weiter gestiegen. Nachdem der Sektor (ohne öffentliche und soziale Dienste) 2020 einen Umsatzrückgang von 15,6 Prozent verbuchte und vermutlich auch das erste Quartal 2021 mit einem Minus beendete, erholt sich die Dienstleistungskonjunktur langsam.

Die Nachfrageerwartungen verbesserten sich in den letzten Monaten auch in den tourismusnahen Branchen, im Verkehrsbereich, aber vor allem im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, nicht zuletzt aufgrund der angekündigten kontrollierten Öffnung der Betriebe. Die massiven Umsatzeinbußen aus 2020, die von 33 Prozent in der Beherbergung und Gastronomie sowie der Sparte Kino und Filmvertrieb bis über 70 Prozent in der Luftfahrt reichen, können aber erst frühestens 2022 ausgeglichen werden.

Im April sind die Nachfrageerwartungen der Unternehmen zwar in den meisten Dienstleistungssparten optimistischer geworden. Im Wachstumsbereich lagen die Erwartungen aber nur bei den Paketdiensten, im IT-Service, einigen freiberuflichen Dienstleistungssparten, der Werbung und Sparten, die ihre Aufträge im Wesentlichen aus dem Produktionssektor bekommen. Dazu zählen die Lagerhaltung und Speditionen sowie die Arbeitskräftevermittler. Trotz der Zuwächse werden zumindest die Werbung und Arbeitskräftevermittler, zwei größere Sparten in dem Bereich, das Umsatzminus aus dem Vorjahr von 11 bzw. 16 Prozent im Jahr 2021 nur zum Teil ausgleichen können. ■

https://www.bankaustria.at/

Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab

Aufgrund der umfangreichen behördlichen Maßnahmen sank die österreichische Wirtschaftsleistung im I. Quartal um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal.

Der gesamtwirtschaftliche Wertschöpfungsverlust ist allerdings das Resultat einer sehr heterogenen, teils gegenläufigen Entwicklung der Teilkomponenten. Dies gilt sowohl für die Angebots- als auch für die Nachfrageseite. Vorlaufindikatoren zeichnen ein günstiges Bild der weiteren Konjunkturentwicklung. Auch die schrittweise Rücknahme der Restriktionen gibt Anlaß zu einem positiven Ausblick auf das II. Quartal.

„Die gesamtwirtschaftliche BIP-Lücke zum Vorkrisenjahr 2019 verkleinerte sich zuletzt deutlich. Ende Mai betrug sie rund 1 Prozent. Das Vorkrisenniveau dürfte innerhalb der nächsten Monate er reicht werden“, so Christian Glocker, Autor des aktuellen Konjunkturberichts des Österreichischen Institus für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Die behördlichen Covid-19-Maßnahmen prägten auch im I. Quartal 2021 die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Bis 8. Februar war die Geschäftstätigkeit in vielen Branchen (Handel, Gastronomie, Beherbergung, körpernahe Dienstleistungen) durch die umfangreichen Restriktionen stark eingeschränkt. Dementsprechend ist der Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,1 Prozent gegenüber dem IV. Quartal 2020 angebotsseitig vor allem den konsumnahen Dienstleistungen zuzurechnen. Zu letzteren zählen u. a. Beherbergung und Gastronomie sowie persönliche Dienstleister wie etwa Frisöre und der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung. Die günstige Industrie- und Baukonjunktur dämpfte dagegen den Wertschöpfungsverlust.

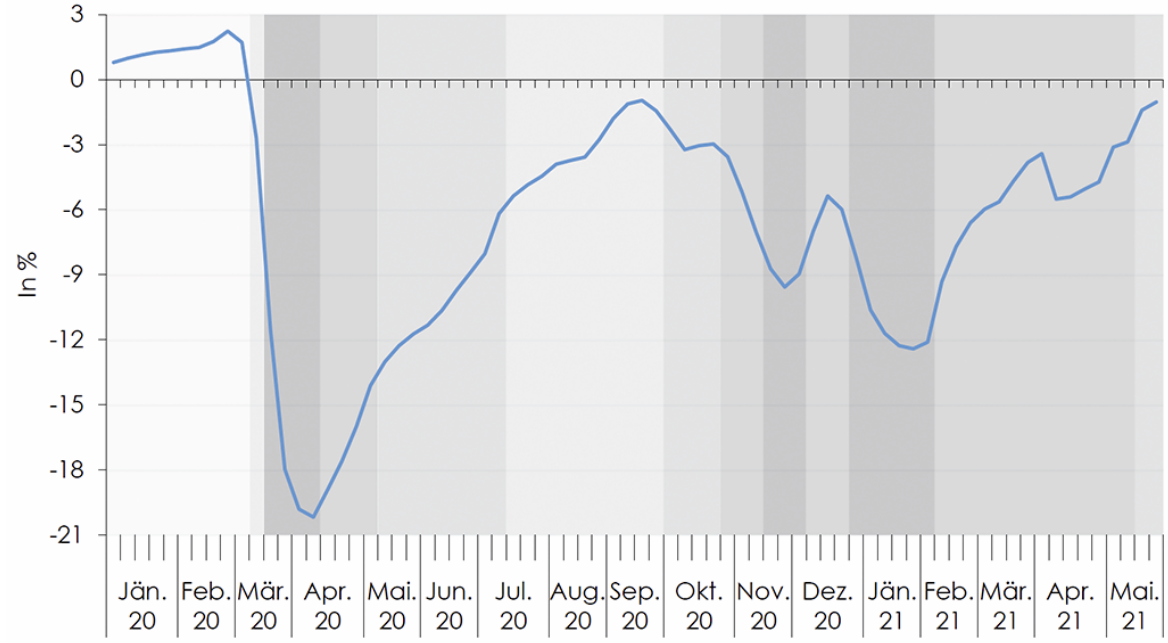
Auf der Nachfrageseite bestimmte vor allem der deutliche Rückgang des privaten Konsums die Entwicklung im I. Quartal. Die Investitionen und die öffentliche Konsumnachfrage wurden hingegen ausgeweitet. Wichtige Vorlaufindikatoren zeichnen ein günstiges Bild: Im April lag der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) für viele EU-Länder erstmals seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie wieder über dem langjährigen Durchschnitt. Im Mai verbesserte sich dieser Indikator abermals. Neben der Industrie zeichnet sich auch für den Dienstleistungsbereich eine Erholung ab. Auch in Österreich beurteilten die Unternehmen die wirtschaftliche Lage optimistischer als bisher: Laut WIFO-Konjunkturtest von Mai verbesserten sich die Konjunktureinschätzungen in allen untersuchten Branchen deutlich.

Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung fort. Nach vorläufiger Schätzung war die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Mai erneut etwas höher als im Vormonat, während die Arbeitslosigkeit abermals zurückging (-2,5 Prozent gegenüber April). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Definition) dürfte im Mai 7,7 Prozent betragen haben. ■

https://www.wifo.ac.at/

Wöchentliche Wirtschaftsaktivität

WWWI, Veränderung gegenüber einer durchschnittlichen Referenzwoche 2019



Quelle: Blavatnik School of Government, University of Oxford, WIFO. WWWI . . . Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex

Wirtschaft

Österreichs Handel in Zahlen

Jahresbilanz 2020 & Prognose 2021: Ausgaben der Österreicher wegen Lockdowns um 39 Mrd. eingebrochen – Private Haushaltsausgaben 2020 real um 8,2 % auf 192,5 Mrd. Euro geschrumpft – Nur 30 Prozent der Pakete werden im heimischen Onlinehandel bestellt.

Im Jahr 2020 sind die Ausgaben der privaten Haushalte in Österreich laut der Jahresbilanz "Österreichs Handel in Zahlen“ von Branchenradar.com Marktanalyse und Handelsverband von 206,5 Milliarden Euro um -6,8 Prozent auf 192,5 Milliarden Euro gesunken. Inflationsbereinigt liegt das Corona-bedingte Minus sogar bei -8,2 Prozent. Der Rückgang der Ausgaben traf primär den Dienstleistungs- und Kfz-Sektor. Der Einzelhandel mußte ein reales Umsatzminus von rund -1,3 Prozent auf 67,6 Milliarden Euro verkraften.

„Die Ausgaben der Österreicherinnen und Österreicher sind im Corona-Jahr 2020 um -8,2 Prozent eingebrochen. Für 2021 erwarten wir zwar eine leichte Erholung von real +0,5 Prozent, das Vorkrisenniveau werden wir aber vermutlich erst 2024 wieder erreichen. Insgesamt haben uns die Covid-Lockdowns Ausgabenausfälle von 39 Milliarden Euro gekostet“, erklärt Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will die zentralen Ergebnisse der Studie.

„Die Einkäufe konzentrierten sich im Vorjahr ganz stark auf In-Home-Produkte. Das Podium der Top3-Wachstumssieger 2020 bilden Nahrungsmittel mit +8,6 Prozent, Videospiele mit +6,7 Prozent, Grünraumprodukte mit +5,4 Prozent. Alle Ausgaben in Zusammenhang mit sozialen Kontakten und Outdoor- bzw. Freizeitaktivitäten waren hingegen rückläufig“, ergänzt Studienautor Andreas Kreutzer von der branchenradar.com Marktanalyse.

Foto: Verband österreichischer Handelsunternehmen

Handelsverband-Geschäftsführer Rainer Will

Schadensausmaß der Pandemie im stationären Handel enorm

Auf den ersten Blick scheint es so, als sei der heimische Einzelhandel bisher mit einem blauen Auge durch die Corona-Krise gekommen. Erst bei genauerer Betrachtung der Zahlen wird klar, wie enorm das Schadensausmaß der Pandemie tatsächlich ist. Allein die Umsatzverluste für die „Osterruhe“ im Osten belaufen sich auf 1,95 Milliarden Euro. Der Onlinehandel konnte einen Teil dieser Verluste auffangen, allerdings haben davon insbesondere Webshops aus Drittstaaten wie Amazon profitiert.

Im Branchenvergleich hat es den stationären Modehandel mit einem Umsatzeinbruch von -24 Prozent am schlimmsten getroffen, aber auch die Wintersportgeräte-, Schmuck- und Schuhhändler mußten Verluste von weit über -15 Prozent im Vergleich zu 2019 hinnehmen. Besonders Händler in Tourismusregionen und Großhändler, die die Gastronomie beliefern, haben dramatische Umsatzausfälle bis hin zu Totalausfällen zu beklagen. Je kleiner der Betrieb, je weniger digital und je abhängiger vom Tourismus, desto geringer die Liquiditätsreserven und desto dikker das Minus. Aktuellen Studien zufolge müssen in den nächsten zwei Jahren 5.000 bis 10.000 Geschäfte schließen, dadurch sind zehntausende Jobs gefährdet.

Onlinehandel entwickelt sich mit +17% dynamisch

Der Distanzhandel befindet sich in Österreich laut Studie weiterhin auf Wachstumskurs. „Der Onlinehandel hat im letzten Jahr erneut an Bedeutung gewonnen, die Wachstumsdynamik ist im Vergleich zu 2019 wie erwartet gestiegen. Der Vertriebskanal generierte während der Pandemie um satte +17 Prozent höhere Privatausgaben. Damit steigt der eCommerce-Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz auf den neuen Rekordwert von 11,2 Prozent“, so Rainer Will.

Hinzu kommt: Neben den bislang im Onlinehandel dominierenden Warengruppen Bekleidung/Schuhe (31,2 %), Elektrogeräte (26,3 %) und Bücher (46,8 %) wird der eCommerce für immer mehr Waren zu einem relevanten Vertriebskanal.

„So erhebt der aktuelle Branchenradar für 2020 substanzielle Zuwächse etwa bei Kunst-Antiquitäten (+75 %), Grünraumprodukten (+45 %), Drogeriewaren (+36 %) und Einrichtungsgegenständen (+40 %). Im Lebensmittelhandel ist Online-Shopping zwar trotz massiver Investitionen noch eine

Nischenangelegenheit, die Wachstumsdynamik ist allerdings mit +46 % ebenfalls beträchtlich“, sagt Andreas Kreutzer.

Paketlawine wächst um 27 %, allerdings wird nur 1/3 im heimischen Onlinehandel bestellt

Noch stärker als der Distanzhandel hat im letzten Jahr der sog. KEP Markt (Kurier-, Express- und Paketdienste) zugelegt. „2019 lag die Zahl der zugestellten Pakete im B2C Bereich bei 109 Millionen, 2020 ist das Paketvolumen um unfassbare 27 Prozent auf 139 Millionen Stück angewachsen. Hauptgründe für die Paketlawine sind neben dem generellen eCommerce-Boom vor allem überproportional steigende Teillieferungen und Retouren. Der durchschnittliche Paketwert ist hingegen um 8 Prozent gesunken“, bestätigt Kreutzer.

„Der Anteil ausländischer Onlinehändler am Paketvolumen ist allerdings auf rund 64 Prozent angestiegen. Nur jedes dritte Paket, daß die Österreicherinnen und Österreicher im Onlinehandel bestellen, wird bei heimischen Webshops gekauft. Das größte Tortenstück geht an Amazon“, betont Will.

Darüber hinaus wird Österreich nach wie vor mit China-Paketen geflutet, indem die bestehende 22-Euro-Freigrenze für Paketlieferungen aus Drittstaaten durch asiatische Online-Händler vorsätzlich ausgenutzt wird. „Das Aus für die 22-Euro-Freigrenze mit 1. Juli 2021 ist überfällig. Damit wird die Europäische Union ein 7 Milliarden Euro großes Steuerschlupfloch für asiatische Onlinehändler endlich schließen“, freut sich Rainer Will.

Wie der wirtschaftliche Neustart gelingen wird? Handelsverband gibt 4 Empfehlungen

Nach mehr als 6,5 Monaten „Lockdown light“ sind diese Woche die Türen zu Gastronomie, Hotels, Sport-, Kunst- und Kultureinrichtungen wieder aufgegangen. Viele Konsumenten haben dem Schlechtwetter getrotzt und das Angebot gerne angenommen. Auch der österreichische Handel ist mit der Umsatzentwicklung seit dem Tag der Öffnung vieler eng verbundener Branchen am 19. Mai zufrieden.

Für die Händler bedeutet die Rückkehr zu den normalen Geschäftszeiten und die Öffnung von Gastronomie & Hotellerie einen weiteren Schritt Richtung Normalität und wirtschaftlichem Comeback. Je besser es den Hotels, Kaffeehäusern und Gastwirten geht, desto stärker profitieren auch die heimischen Geschäfte von steigenden Besucherzahlen und Impulskäufen. Im Mai erhofft sich der stationäre Handel dadurch pro Woche einen Mehrumsatz von 100 Millionen Euro im Vergleich zur bisherigen Umsatzentwicklung seit der Öffnung des Handels.

Wie nachhaltig der Aufschwung im stationären Handel tatsächlich ist, wird sich allerdings erst in den kommenden Wochen zeigen. Die gesamte Branche hofft jetzt auf ein nachhaltiges „Klima der Zuversicht“, indem sich auch die Einkommenserwartung der Menschen stabilisiert.

Dringenden Handlungsbedarf für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Neustart sieht der Handelsverband insbesondere in folgenden vier Bereichen:

Schaffung gleicher und fairer Wettbewerbsbedingungen in der EU (Fair Commerce)

Jeder weiß, daß der größte Onlinehändler der Welt kaum Steuern zahlt. Allein in den letzten zehn Jahren hat Amazon außerhalb der USA Steuergutschriften in Höhe von 13,4 Milliarden Dollar geltend gemacht. Damit finanziert Europa mit Steuergeldern die globale Expansion von Amazon zulasten heimischer KMU-Händler. Österreichische Händler müssen unzählige Zwangsabgaben und hohe Lohnnebenkosten stemmen, während Amazon vogelfrei agieren kann. Es braucht eine faire Besteuerung der Marktteilnehmer.

Senkung der Lohnnebenkosten

Nur in drei Ländern der EU erhalten Durchschnittsverdiener weniger Nettolohn von ihrer erwirtschafteten Leistung als in Österreich. Fast die Hälfte des Arbeitseinkommens landet hierzulande beim Staat. Daher braucht es dringend eine Entlastung des Faktors Arbeit und eine konsequente Senkung der Lohnnebenkosten.

Abschaffung der Mietvertragsgebühr

Wenn man in Österreich ein Geschäft mieten will, bekommt man bereits Monate vor dem Umbau einen Bescheid: die Mietvertragsgebühr. Kleine Händler, die hierzulande eine Fläche anmieten, müssen Mietvertragsgebühren zahlen, bei denen das Finanzministerium oft für fünf Jahre im Voraus ein Prozent aller Mietkosten kassiert. Damit finanziert sich der Staat auf dem Rücken von Startups vor, obwohl nur die Hälfte aller Händler fünf Jahre nach der Gründung noch bestehen. Die Abschaffung dieser Papiersteuer aus Maria Theresias Zeiten ist überfällig. ■

https://www.handelsverband.at/

Wirtschaftliche Lage im 1. Quartal 2021 ist weiterhin angespannt

Nach dem schwersten Einbruch der Wirtschaftsleistung der Nachkriegszeit im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie bleibt die Wirtschaftslage in Österreich weiterhin angespannt. Im 1. Quartal 2021 sank laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorquartal real um 1,1 % (saison- und arbeitstagbereinigt). Im Vergleich zum Vorjahresquartal lag der Rückgang bei 5,5 %.

„Die wirtschaftliche Lage Österreichs war im 1. Quartal 2021 weiterhin angespannt. Von Jänner bis März ging das BIP im Vergleich zum Vorquartal um 1,1 % zurück. Damit liegt die Wirtschaftsleistung Österreichs bei 91,5 % des Vorkrisenniveaus, bezogen auf das 1. Quartal 2019. Mit der aktuellen Entspannung bei der Corona-Pandemie mehren sich die positiven Konjunktursignale, z.B. im Außenhandel oder am Arbeitsmarkt. Die Umsätze in Industrie und Bau liegen bereits deutlich über Vorkrisenniveau“, erklärt Statistik Austria-Generaldirektor Tobias Thomas im Rahmen der ersten „Austrian Recovery Barometer“-Pressekonferenz. Diese bietet vierteljährlich einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der abklingenden Corona-Krise. Zentrale Größe ist das Barometer, welches für verschiedene Indikatoren (z. B. BIP, Beschäftigung, Tourismus, Außenhandel) anzeigt, in welchem Ausmaß das Vorkrisenniveau erreicht ist (verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2019).

- Rückgang der Wirtschaftsleistung im 1. Quartal 2021 weiterhin hoch
- Konjunktur-Frühschätzung für Industrie und Bau bereits über Vorkrisenniveau
- Außenhandel im Februar 2021 mit Anzeichen einer Erholung
- Erste Entspannung am Arbeitsmarkt
- Wintersaison 2020/21 ist nahezu ausgefallen
- Luftfahrt: Frachtverkehr im April 2021 fast auf Vorkrisenniveau, Passagieraufkommen bei 9 %

http://www.statistik.at/

MAN Nutzfahrzeug Werk Steyr gerettet

WSA Beteiligungs GmbH übernimmt Standort und Belegschaft von MAN Truck & Bus

Foto: Nutzfahrzeug Werk Steyr

Ein Blick über das Nutzfahrzeugwerks Steyr

Die Zukunft des Nutzfahrzeugwerks Steyr – und damit die von tausenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Region – ist gesichert. Die MAN Truck & Bus SE hat sich mit der WSA Beteiligungs GmbH (WSA) auf den Verkauf aller Anteile an der MAN Truck & Bus Österreich GesmbH geeinigt. Ein entsprechender Kaufvertrag wurde bereits unterzeichnet.

Der neue Investor wird unter der Traditionsmarke „Steyr“ eine Auftragsproduktion von Nutzfahrzeugen und Nutzfahrzeugteilen etablieren und sichert damit Beschäftigung im Werk und bei zahlreichen Zulieferunternehmen der Region. Im September 2020 hatte MAN angekündigt, den Standort im Rahmen der tiefgreifenden Neuausrichtung des Unternehmens zur Disposition zu stellen. Als einzige tragfähige Alternative zur Schliessung kam nur der Verkauf an WSA in Frage, da darüber hinaus – trotz gegenteiliger Berichte – bis heute keine weiteren Kaufinteressenten industriell schlüssige Angebote vorgelegt haben.

Im März diesen Jahres hatte WSA bereits ein vollständiges Konzept zur Übernahme des Werks Steyr vorgestellt, das in einer Mitarbeiterbefragung jedoch abgelehnt worden war. Die Verhandlungen mit WSA wurden daraufhin beendet. Erst vor wenigen Tagen nahmen die Parteien erneut Gespräche auf und einigten sich auf eine Übernahme.

„Das drohende Aus für den Nutzfahrzeugstandort Steyr, das intensive politische und juristische Tauziehen sowie die damit verbundene Unsicherheit für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – diese verfahrene Situation war unerträglich. Aus diesem Grund sind wir unserer Verantwortung für den Standort Steyr, für die Belegschaft und deren Familien, nachgekommen und haben uns mit WSA über einen Verkauf des Werks geeinigt. Beide Seiten haben sich bewegt und sind dabei auf wesentliche Forderungen der Arbeitnehmerseite eingegangen. Damit ist die Standortschließung des Werks vom Tisch. Ich freue mich sehr, daß es uns nun auch in Steyr gelungen ist, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine echte Zukunftsperspektive zu bieten. WSA unter der Führung von Siegfried Wolf wünsche ich viel Erfolg und eine glückliche Hand beim Aufbau des neuen Unternehmens“, sagt Andreas Tostmann, Vorsitzender des Vorstands der MAN Truck & Bus SE.

Der Übergang des Standorts an WSA erfolgt in den nächsten Wochen. Mit der

Transaktion übernimmt WSA den Produktionsstandort mit allen MitarbeiterInnen.

Um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen, wird MAN Truck & Bus länger als bisher geplant für Aufträge sorgen und in Steyr bis Mai 2023 zunächst weiter Lkw der Baureihen MAN TGL und MAN TGM produzieren lassen. Für den MAN-Produktionsverbund wird WSA zudem weiter Komponenten fertigen und Kunststoffteile lackieren. Auch hier wurden die Laufzeiten teilweise verlängert.

Oberösterreich erfreut

„Mit dem heutigen Beschluß des MAN-Konzerns, den Standort Steyr an den Investor Siegfried Wolf zu verkaufen, liegt nun eine Entscheidung auf dem Tisch: Das Werk und die Produktion wird weitergeführt, eine Schließung des Standortes wurde abgewendet. Jetzt sind alle Beteiligten aufgerufen, den Blick nach vorne zu richten und dafür zu sorgen, daß das Werk Steyr und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder eine Perspektive haben. Das Angebot des Landes OÖ, im Bereich Forschung & Entwicklung Unterstützung zu leisten, bleibt natürlich weiterhin aufrecht“, stellen Landeshauptmann Thomas Stelzer und Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner zum Beschluß des MAN-Aufsichtsrates vom 10. Juni fest.

„Für das Land OÖ hatte immer der Erhalt des Werks in Steyr und der Arbeitsplätze von möglichst vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oberste Priorität. Siegfried Wolf hat zuletzt sein Übernahmeangebot nachgebessert und die Weiterbeschäftigung von 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von 160 Lehrlingen angeboten. Durch den Kauf des MAN-Standorts durch Wolf haben diese Beschäftigten nun wieder eine Perspektive“, betonen Landeshauptmann und Landesrat.

„Um die Zukunftsfähigkeit des Werks in Steyr abzusichern gilt es, den Standort auf die Transformation der Mobilität auszurichten, insbesondere in den Bereichen E-Mobilität und Wasserstoff. Das Land OÖ ist weiterhin bereit, entsprechende Forschungsprogramme und -maßnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen“, bekräftigen beide.

Industrie zu MAN-Steyr

Als „gute Nachrichten und große Chance für den Arbeits-und Wirtschaftsstandort Oberösterreich“ bezeichnete der Präsident der Industriellenvereinigung (IV), Georg Knill, die Vertragsunterzeichnung zwischen MAN und dem Unternehmer Siegfried Wolf. Für eine erfolgreiche Zukunft des Produktionsstandortes in Steyr brauche es im Interesse aller eine kluge und vor allem betriebswirtschaftlich nachhaltige Lösung. Die nun erzielte Vereinbarung mit MAN und der Belegschaft könne dafür eine bedeutende Perspektive bieten. Das Werk habe „eine übergeordnete wirtschaftliche und soziale Bedeutung für die ganze Region. Entscheidend ist daher, daß jede Möglichkeit genutzt wird, den Standort am Laufen zu halten“, so Knill weiter.

Die Diskussionen rund um den Produktionsstandort würden einmal mehr überdeutlich zeigen, wie wichtig das Thema internationale Wettbewerbsfähigkeit ist. „Attraktive Rahmenbedingungen sind kein Selbstzweck, sondern die Basis für Arbeitsplätze, Wohlstand und hohe Lebensqualität in unserem Land.“ Eine kluge Industriepolitik müsse daher entsprechende Voraussetzungen und Anreize schaffen, damit internationale Unternehmensgruppen in ihre Standorte in Österreich investieren und damit Arbeitsplätze sichern bzw. zusätzliche Beschäftigung aufbauen, so Knill abschließend. ■

https://www.man.eu/at/

Foto: Land Oberösterreich / Denise Stingl-

Auf Einladung vor Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner tagte die Staatliche Wirtschaftskommission zur Zukunft des MAN-Werks in Steyr am 3. Feber in Linz (v.l.): Thomas Kutsam, Vorsitzender des Angestellten-Betriebsrates vom MAN-Steyr, Günter Rübig, Vertreter des Landes OÖ in der Staatlichen Wirtschaftskommission, Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner, Sektionschef Matthias Tschirf, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Vorsitzender der Staatlichen Wirtschaftskommission, und Erich Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter-Betriebsrates vom MAN-Steyr.

Wirtschaft

Fernbusterminal für Wien

Wien bekommt einen neuen zentralen Fernbus-Terminal, der beim Stadion Center am Handelskai im 2. Bezirk errichtet wird – das Architekturbüro Burtscher-Durig, InvestorInnen und BetreiberInnen stehen fest

© Zoomvp

Der Architekturwettbewerb ist abgeschlossen und das Siegerprojekt liegt vor. Die Verfahren zur Vergabe an BetreiberInnen und InvestorInnen wurden erfolgreich abgewickelt.

Das Siegerprojekt wird nun nochmals ausführlich überprüft und optimiert. Anschließend können die konkreten Planungsarbeiten gestartet werden. Der Baubeginn ist für frühestens Ende 2022 geplant, die Inbetriebnahme kann ab 2025 erfolgen.

Den raschen Umstieg auf den öffentlichen Verkehr garantiert die nahe U2-Station „Stadion“, über die man in nur wenigen Minuten die Innenstadt erreicht. Der Terminal ist an die Buslinien 11A, 77A, 79A und 79B angebunden. Am Standort gibt es genügend Parkplätze, zum Beispiel im Stadion Center.

© Zoomvp

Gestaltung: markant, hell und luftig

- Der neue Fernbus-Terminal ist offen, hell und übersichtlich gestaltet. Das Herzstück

© Zoomvp

bildet ein markantes, luftiges Dach, das die beiden Baukörper und das Verkehrsgeschoss miteinander verbindet.

- Die Dachlandschaft besteht aus abwechselnd verglasten und begrünten Feldern sowie einem Aufenthaltsraum mit Sitznischen und einer Terrasse.
- Ein Weg über das Dach durch den dort angelegten Park verbindet den Prater, das Stadion Center und das Donauufer.
- Die rundherum verglaste Wartehalle des Terminals bietet die Möglichkeit, während des Wartens auf den Bus das lebendige Treiben zu beobachten.
- Das Hochhaus ist 90 Meter hoch, mit begrünten Wintergärten, Fernblick und Rooftop Bar.
- Das „Haus am Kai“ wird als horizontal ausgerichtetes Gebäude entlang des Handelskais errichtet. Es wird in den vier Obergeschossen nutzungsoffene Flächen mit Donaublick beherbergen.
- Der neue Handelskai-Steg schafft mit seiner versetzten Rampe eine wichtige Verbindung zwischen Grünem Prater, Stadion Center und dem Yachthafen Donaumarina für RadfahrerInnen und FußgängerInnen.

Wiener ArchitektInnen-Team für Fernbus-Terminal

Auf Basis der Machbarkeitsstudie und unter Bedachtnahme der gesammelten Anliegen von BürgerInnen fand ein internationaler Architekturwettbewerb für den neuen Fernbus-Terminal statt.

Aus insgesamt 27 eingereichten Projekten kürte eine Fachjury den Entwurf des Wiener Architekturbüros Burtscher-Durig ZT GmbH zum Gewinner des EU-weit offenen, zweistufigen Wettbewerbs.

© Zoomvp

Prägnante Visitenkarte für Wien

Bürgermeister Michael Ludwig: „Wien braucht als lebenswerteste Stadt der Welt und als bedeutende Tourismusdestination einen attraktiven, internationalen Fernbus-Terminal. Denn bisher ist der Fernbus-Verkehr in Wien auf drei Standorte aufgeteilt. Der neue zentrale Terminal ist künftig neben dem Flughafen und dem Hauptbahnhof die dritte starke Säule im Personen-Fernverkehr.“

Ulli Sima, Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität: „Der Siegerentwurf hat ein enormes Potential, zu einem neuen, urbanen und vitalen Zentrum zwischen Stadion Center und Handelskai zu werden. Das vorliegende Projekt zeichnet sich ganz besonders auch durch viele nachhaltige Lösungen aus: eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr, viel Grün am Dach und rund um das Areal, ein smartes Energiesystem und verkehrsberuhigende Begleitmaßnahmen.“

Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke ergänzt: „Betrieben wird der Terminal künftig von einer eigenen Betreibergesellschaft, bestehend aus den Firmen Blaguss, Gschwindl und Dr. Richard. Und als Investor ist die Donau Busterminal Realisie-

rungs GmbH der Investoren Ariel Muzicant und Markus Teufel mit an Bord."

Neuer Standort für Sport & Fun Halle

Bevor mit dem Bau für den neuen Fernbus-Terminal begonnen wird, muß Ersatz für die bis jetzt auf dem Grundstück betriebene Sport & Fun Halle gefunden werden. Der Prozeß dafür ist bereits im Laufen. Ziel ist ein bestens angebundener Standort im 2. Bezirk mit Indoor- und Outdoor-Bereich.

Das Terminal als Katalysator

Der neue Wiener Busbahnhof schafft zwischen Dusika-Stadion und bestehendem Stadion Center ein neues urbanes Zentrum. Am Ende der Engerthstraße entsteht ein attraktiver städtischer Raum mit transparenten Gehverbindungen und einladenden Gastgärten.

Durch die Öffnung des Stadion Centers im Erdgeschoß erhält dieses einen weiteren Zugang. Hat man den Bus mal versäumt, kann man bis zur nächsten Abfahrt ja windowshoppen.

Eine Geschichte zweier Türme

Das Dach über dem neuen Busterminal ist eine Art Missing Link zwischen den beiden darüber hinauswachsenden Hochbauten. Während neben der Wartehalle ein 26geschoßiges Hochhaus mit Büro- und Hotelnutzung 90 Meter weit in den Himmel ragt, liegt am östlichen Teil des Geländes sein horizontaler Kollege und bietet von seinen vier Etagen einen ungetrübten Blick zum Donauwasser.

Anatomie eines Daches

Die Park- und Verkehrsfläche im neuen Vienna Fernbusterminal wird von einer ikonografischen Dachlandschaft gekrönt. Die Felder der geometrischen Stahlstruktur sind mal luftig und offen, mal transparent verglast, mal opak geschlossen, mal substratgefüllt für Büsche und Bäume. Zwischen den polygonalen Stabwerkfeldern führt ein fußläufiger Weg durch den künstlichen Park.

Alle Wege führen zum Strom

Ein Terminal nicht nur für 33 Busse, sondern auch viele verschiedene Wegmöglichkeiten, um von A nach B zu kommen. Man kann das Gebäude entlang der Straße durchwandern. Man kann den neuen Engerthplatz überqueren und auf stillen, entrückten Pfaden zum Gasthaus Mehler gelangen. Und man kann das Dach erklimmen, um auf einem enthobenen, künstlichen Park stufenlos zum Donaustrom hinüberzumarschieren.

Eine Vitrine fürs Fernweh

Die Wartehalle auf Ebene des Engerthplatzes und des benachbarten Stadion Centers ist rundum verglast und bietet auf diese Weise Ein- und Ausblicke in die unmittelbare Nachbarschaft. Während des Wartens kann man direkt auf die Park- und Verkehrsebene des Fernbusterminals hinunterschauen und sich gedanklich schonmal im Reisen wähnen – unterwegs nach Berlin, Florenz und Sarajevo.

Bitte einsteigen!

Von der Wartehalle gelangt man über eine Rolltreppe auf die Abfahrtsebene. Am Weg zum Bus vergißt man die traumatischen Erinnerungen an den schattig düsteren Busbahnhof unter der Südost-Tangente in Wien-Erdberg. Stattdessen entfaltet sich über einem eine luftig leichte Dachskulptur mit Durchblicken in den blauen Himmel. Ja, so macht Busfahren Spaß. Theo! Genug gesehen! Jetzt komm, steig endlich ein! Wir fahr'n nach Lodz! ■

https://fernbusterminal.wien.gv.at/
https://www.burtscherdurig.at/

© Zoomvp

Chronik

Bevölkerungsentwicklung

Zuwanderung sorgt trotz hoher Sterbezahlen für Bevölkerungswachstum im Jahr 2020

Am 1. Jänner 2021 lebten 8.932.664 Menschen in Österreich, um 31.600 Personen (+0,36 %) mehr als zu Jahresbeginn 2020. Das geht aus den endgültigen Ergebnissen der Bevölkerungsstatistik von Statistik Austria hervor. 2019 hatte die Bevölkerung Österreichs einen Zuwachs von 42.289 Personen bzw. 0,48 % verzeichnet.

„Das Bevölkerungsplus fiel 2020 etwas geringer aus als im Jahr zuvor und ging ausschließlich auf internationale Zuwanderung zurück: Im Jahr 2020 wanderten 40.064 Menschen mehr aus dem Ausland zu als ab. Die Geburtenbilanz fiel hingegen aufgrund des starken Anstiegs der Sterbefälle mit einem Minus von 7.996 Personen negativ aus und dämpfte das gesamte Bevölkerungswachstum deutlich“, so Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas.

Bevölkerungswachstum im Burgenland, in Wien und in Vorarlberg besonders stark

In Vorarlberg und im Burgenland gab es 2020 mit jeweils +0,53 % das stärkste prozentuale Bevölkerungswachstum aller Bundesländer Österreichs. Aber auch die Bundeshauptstadt Wien verzeichnete mit +0,51 % ein starkes Bevölkerungswachstum.

Nur leicht über dem österreichweiten Bevölkerungswachstum rangierten Salzburg (+0,41 %) und Niederösterreich (+0,39 %), während der Zuwachs in Oberösterreich exakt dem Bundesdurchschnitt (+0,36 %) entsprach. Niedriger war der Anstieg der Einwohnerzahl in Tirol (+0,33 %) und in Kärnten (+0,14 %) sowie in der Steiermark (+0,05 %), wo die Bevölkerungszahl praktisch stagnierte *(siehe Tabelle 1)*.

Etwas weniger Geburten, jedoch deutlich mehr Gestorbene in Österreich 2020; Geburtenbilanz stark negativ

Im Jahr 2020 wurden in Österreich insgesamt 83.603 Kinder geboren, um 1.349 bzw. 1,6 % weniger als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum starben 91.599 Personen, um 8.213 bzw. 9,8 % mehr als im Jahr davor. Bezogen auf die Bevölkerung entsprach dies 9,4 Geburten sowie 10,3 Sterbefällen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Nachdem 2020 die Geburtenzahl leicht zurückging, während die Zahl der Sterbefälle deutlich anstieg, fiel die Geburtenbilanz mit -7.996 im Corona-Jahr 2020 deutlich negativ aus. Ähnlich negative Geburtenbilanzen gab es zuletzt Ende der 1970er Jahre: Damals trafen niedrige Kinderzahlen der geburtenschwachen Jahrgänge 1945 bis 1955 auf erhöhte Sterbezahlen der geburtenstarken Generation um 1900 Geborener.

Im Jahr 2020 starben in Österreich 262 Kinder im ersten Lebensjahr. Die Säuglingssterberate lag mit 3,1‰ etwas über jener des Vorjahres (2,9 ‰).

Geburtenzuwachs nur in Kärnten, mehr Sterbefälle in allen Bundesländern, negative Geburtenbilanz in fünf Bundesländern

Nur ein Bundesland verzeichnete 2020 steigende Geburtenzahlen: (+1,7 %). Alle übrigen Bundesländer registrierten jeweils weniger Geburten als im Jahr davor. Am deutlichsten waren die Rückgänge der Ge-

Einwohnerzahl Österreichs am 1.1.2021 im Vergleich zur Einwohnerzahl am 1.1.2020 nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerungsstand		Bevölkerungsveränderung		Ausländische Staatsangehörige am 1.1.2021	
	am 1.1.2020	am 1.1.2021	absolut	in %	absolut	in %
Österreich	**8.901.064**	**8.932.664**	**31.600**	**0,36**	**1.531.072**	**17,1**
Burgenland	294.436	296.010	1.574	0,53	28.504	9,6
Kärnten	561.293	562.089	796	0,14	63.489	11,3
Niederösterreich	1.684.287	1.690.879	6.592	0,39	179.629	10,6
Oberösterreich	1.490.279	1.495.608	5.329	0,36	203.941	13,6
Salzburg	558.410	560.710	2.300	0,41	101.938	18,2
Steiermark	1.246.395	1.247.077	682	0,05	147.818	11,9
Tirol	757.634	760.105	2.471	0,33	127.214	16,7
Vorarlberg	397.139	399.237	2.098	0,53	74.104	18,6
Wien	1.911.191	1.920.949	9.758	0,51	604.435	31,5

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes

burtenzahlen im Burgenland (-5,9 %), in Wien (-3,9 %) sowie in Vorarlberg (-2,5 %) und in Oberösterreich (-2,0 %). Geburtenrückgänge unter dem Bundesdurchschnitt verzeichneten Salzburg (-0,4 %), die Steiermark und Niederösterreich (jeweils -0,3 %) sowie Tirol (-0,1 %).

Die Zahl der Gestorbenen stieg 2020 im Vergleich zum Vorjahr in allen Bundesländern, am deutlichsten in der Steiermark (+13,9 %), in Kärnten (+13,1 %), in Vorarlberg (+11,0 %), in Wien (+10,8 %) und in Salzburg (+9,8 %). In den übrigen Bundesländern lagen die Zuwächse der Sterbezahlen jeweils unter dem Bundesdurchschnitt: Oberösterreich (+9,1 %), Tirol (+8,8 %), Niederösterreich (+6,8 %) und Burgenland (+4,0 %).

Bezogen auf die Bevölkerung (Geburtenrate) lag die Zahl der Neugeborenen 2020 in Wien, Oberösterreich, Salzburg, Vorarlberg

Internationale Wanderungsbewegungen 2020 und Bevölkerungsstand am 1.1.2021 nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Internationale Wanderungen 2020			Bevölkerungsstand am 1.1.2021
	Zuzüge aus dem Ausland	Wegzüge in das Ausland	Wanderungssaldo	
Insgesamt	**136.343**	**96.279**	**40.064**	**8.932.664**
Österreich	**15.032**	**16.869**	**-1.837**	**7.401.592**
Nicht-Österreich	**121.311**	**79.410**	**41.901**	**1.531.072**
EU-/EFTA-Staaten/UK, darunter:	**84.526**	**52.725**	**31.801**	**815.216**
Deutschland	19.013	10.005	9.008	208.732
Rumänien	17.479	11.161	6.318	131.824
Kroatien	7.156	2.386	4.770	89.007
Ungarn	10.098	7.274	2.824	91.395
Italien	4.226	2.622	1.604	34.266
Drittstaatsangehörige	**36.785**	**26.685**	**10.100**	**715.856**
Europ. Drittstaaten (inkl. Türkei), darunter:	17.386	12.754	4.632	440.495
Bosnien und Herzegowina	3.340	2.060	1.280	96.990
Serbien	5.308	4.439	869	121.990
Türkei	2.480	2.226	254	117.580
Afrika	2.950	2.184	766	36.278
Amerika	3.700	2.671	1.029	23.852
Asien, darunter:	12.197	8.688	3.509	195.601
Syrien - Arabische Republik	3.729	443	3.286	55.372
Afghanistan	1.492	1.335	157	44.002
Ozeanien	262	241	21	1.638
Staatenlos/Unbekannt /Ungeklärt	290	147	143	17.992

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes

und Tirol über dem Bundesdurchschnitt, während in der Steiermark, in Niederösterreich, in Kärnten und im Burgenland die Zahl der Sterbefälle bezogen auf die Bevölkerung (Sterberate) über dem Österreichschnitt lag.

Die Geburtenbilanz fiel 2020 in den Bundesländern unterschiedlich aus: Wien (+1.255), Vorarlberg (+813), Tirol (+730) und Salzburg (+562) erzielten, wie in den Vorjahren, Geburtenüberschüsse. Weniger Neugeborene als Gestorbene gab es, wie bereits in den Vorjahren, in Niederösterreich (-4.023), in der Steiermark (-3.516), in Kärnten (-2.258) und im Burgenland (-1.428). Erstmals war auch in Oberösterreich die Geburtenbilanz leicht negativ (-131).

+40.064 Personen Netto-Zuwanderung nach Österreich 2020; Ausländeranteil steigt auf 17,1 %

Im Jahr 2020 gab es 136.343 Zuzüge aus dem Ausland und 96.279 Wegzüge ins Ausland. Daraus ergibt sich ein Wanderungssaldo für Österreich mit dem Ausland von +40.064 Personen. Die Covid-19-bedingt eingeschränkte Mobilität von Personen ließ sowohl die Zahl der Zuzüge als auch der Wegzüge im Vergleich zum Vorjahr sinken. Dennoch blieb die Netto-Zuwanderung auf dem Niveau des Vorjahres (2019: +40.613 Personen bei 150.419 Zuzügen und 109.806 Wegzügen).

Der Wanderungssaldo bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft war mit -1.837 deutlich kleiner als im Vorjahr (2019: -4.343), blieb aber negativ. Bei ausländischen Staatsangehörigen ergab sich dagegen unverändert zu den Vorjahren auch 2020 ein Wanderungsgewinn. Mit +41.901 Personen war dieser nur um rund 7 % niedriger als im Vorjahr (2019: +44.956 Personen).

Am 1. Jänner 2021 lebten insgesamt 1.531.072 Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung stieg von 16,7 % am 1. Jänner 2020 auf 17,1 % am 1. Jänner 2021.

Zugewanderte kommen überwiegend aus Europa

Drei Viertel der Wanderungsgewinne bei ausländischen Staatsangehörigen entfielen 2020 auf Angehörige von anderen EU- bzw. EFTA-Staaten sowie dem Vereinigten Königreich (+31.801 Personen), was in etwa dem Niveau des Vorjahres entspricht (2019: +33.497). Nur ein Viertel des Wanderungsgewinns ist auf Drittstaatsangehörige (+10.100) zurückzuführen, bei denen die Netto-Zuwanderung im Vergleich zu 2019 um 12 % sank (2019: +11.459). 46 % des Wanderungssaldos von Drittstaatsagenhörigen entfielen auf Angehörige anderer europäischer Staaten (4.632 Personen), während 5.468 der netto-zugewanderten Personen Staatsangehörige außereuropäischer Nationen (inklusive staatenloser Personen und Personen unbekannter Staatsangehörigkeit) waren. Den größten Zuwanderungsüberschuß gab es 2020 bei Deutschen (+9.008 Personen), gefolgt von Rumäninnen und Rumänen (+6.318 Personen), sowie kroatischen (+4.770), syrischen (+3.286) und ungarischen (+2.824) Staatsangehörigen.

Wien zieht die meiste internationale Zuwanderung an

Wien blieb das wichtigste Ziel der internationalen Zuwanderung nach Österreich: 30,6 % des österreichischen Außenwanderungssaldos 2020 (+12.272 Personen) entfielen auf die Bundeshauptstadt. Ebenfalls hohe Wanderungsgewinne aus dem Ausland verzeichneten Oberösterreich (+6.411 Personen), Niederösterreich (+5.196 Personen), die Steiermark (+3.933 Personen) und Tirol (+3.423 Personen).

Binnenwanderungen bleiben häufig in einer Gemeinde

Innerhalb Österreichs gab es 2020 insgesamt 781.472 Hauptwohnsitzwechsel und damit um 16.948 weniger als im Vorjahr (2019: 798.420). Der größte Teil der Binnenwanderungen verlief über kurze Distanzen, denn in rund 54 % der Fälle handelte es sich um Umzüge innerhalb einer Gemeinde. Nur rund 15 % aller Binnenwanderungen erfolgten über Bundesländergrenzen hinweg. Dabei konnte Niederösterreich mit +5.395 Personen den größten absoluten Wanderungsgewinn aus allen anderen Bundesländern verzeichnen. Auch das Burgenland, Kärnten und die Steiermark verzeichneten positive Binnenwanderungssalden.

Hingegen überwog in Wien, Salzburg, Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg die Abwanderung in andere Bundesländer, wobei die negative Binnenwanderungsbilanz mit -3.431 Personen in der Bundeshauptstadt am größten war.

Informationen zur Methodik, Definitionen

Die Statistik des Bevölkerungsstandes beruht auf den nach bevölkerungsstatistischen Kriterien aufgearbeiteten Daten über Hauptwohnsitzmeldungen in Österreich laut Zentralem Melderegister. In den hier präsentierten endgültigen Ergebnissen sind statistische Bereinigungen auf Basis der für den Finanzausgleich jährlich zu ermittelnden Einwohnerzahl berücksichtigt. Zur Wohnbevölkerung zählen Personen mit einer (den Stichtag einschließenden) Aufenthaltsdauer (Hauptwohnsitzmeldung) von mindestens 90 Tagen.

Die Wanderungsstatistik beruht ebenfalls auf den im Zentralen Melderegister (ZMR) des Bundesministeriums für Inneres (BMI) gespeicherten An- und Abmeldungen von Hauptwohnsitzen. Sie erfaßt alle Wanderungsbewegungen (Hauptwohnsitzwechsel) innerhalb Österreichs sowie zwischen dem Ausland und Österreich. Im Einklang mit den Empfehlungen der Vereinten Nationen (1998) zur Erfassung und Klassifizierung von MigrantInnen nach ihrer Aufenthaltsdauer berücksichtigt die Wanderungsstatistik nur Personen mit einem Aufenthalt (Hauptwohnsitzmeldung) von mindestens 90 Tagen im Bundesgebiet Österreichs.

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung über Geburten und Sterbefälle beruht auf den Eintragungen im Zentralen Personenstandsregister (ZPR), wobei alle bis 23. April 2021 übermittelten Informationen in den endgültigen Ergebnissen für 2020 beinhaltet sind. Im Ausland stattfindende Ereignisse von Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich werden dabei gezählt. Nicht berücksichtigt sind in Österreich stattfindende Geburten und Sterbefälle von im Ausland wohnhaften Personen. Die regionale Zuordnung der publizierten Daten erfolgt bei den Geborenen nach dem Wohnort der Mutter und bei Gestorbenen nach dem letzten Wohnort des Verstorbenen.

Aus demographischer Sicht verändert sich die Einwohnerzahl zwischen zwei Stichzeitpunkten durch die beiden Komponenten Geburtenbilanz (Differenz aus Lebendgeborenen minus Gestorbenen) und Wanderungsbilanz (Differenz aus Zuzügen minus Wegzügen). Allerdings lassen sich durch die der Bevölkerungsstatistik zugrundeliegenden Administrativdaten des Zentralen Melderegisters und des Zentralen Personenstandsregisters nicht alle Veränderungen des Bevölkerungsstandes demographisch erklären. Aus diesem Grund werden statistische Korrekturen vorgenommen. Im Kalenderjahr 2020 bewirkten die notwendigen statistischen Korrekturen einen leichten Rückgang der Einwohnerzahl um 468 Personen. ■

http://www.statistik.at/

Gastronomie & Kulinarisches

Erster digitaler Weinatlas Österreichs vorgestellt

riedenkarten.at zeigt die Herkünfte des österreichischen Weins

© ÖWM / ÖWM

Burgenland, die Stadt Rust im Zentrum – Großlage: Sonnenberg, Spezifisches Weinbaugebiet / DAC: Leithaberg

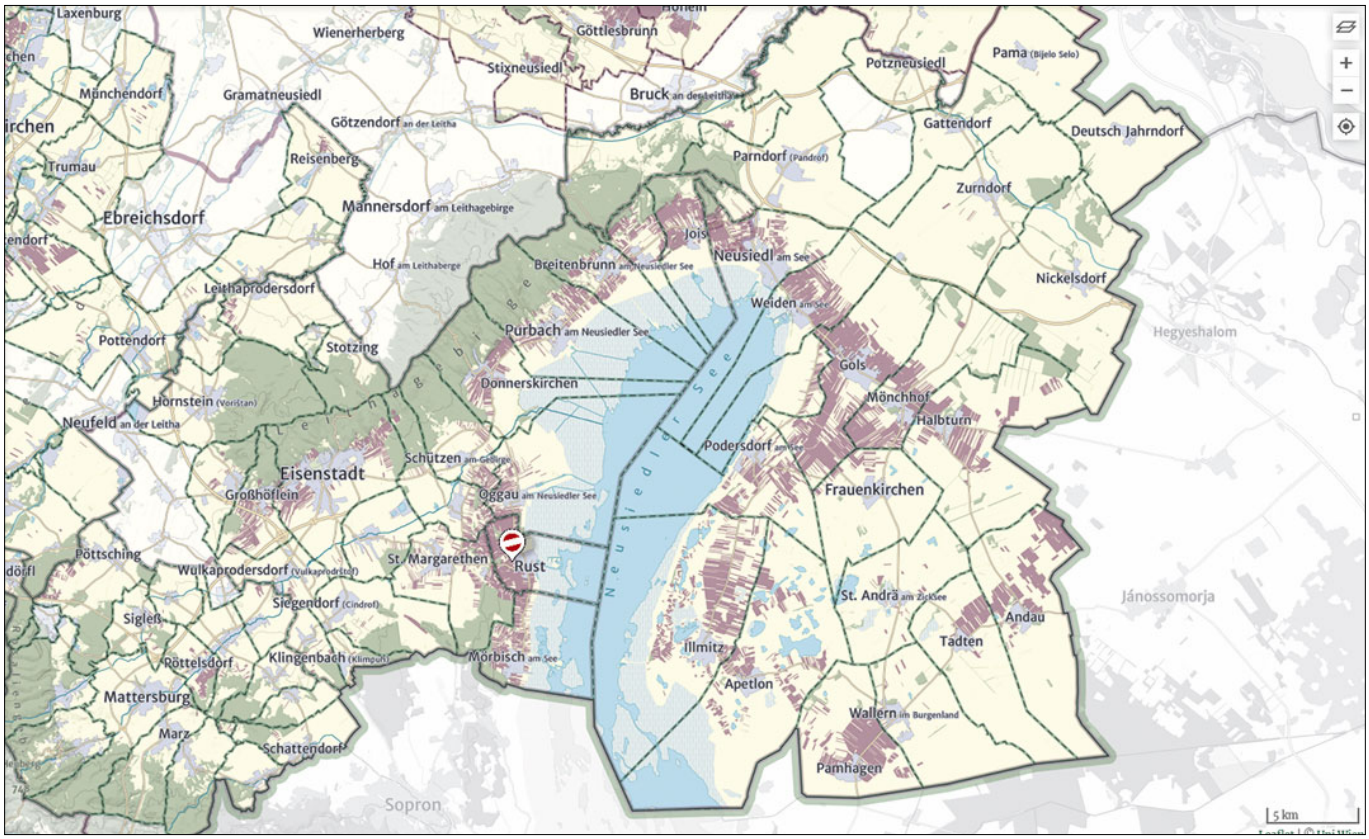
Die Herkünfte des österreichischen Weins samt Rieden (Einzellagen) auf einen Blick: Nach drei Jahren Entwicklungszeit präsentierte die Österreich Wein Marketing (ÖWM) den digitalen Wein-Herkunftsatlas und damit den ersten weltweit für ein gesamtes Weinbauland.

Wo kommt der österreichische Wein in meinem Glas her? Die Antwort auf diese Frage findet man auf riedenkarten.at nun so einfach und präzise wie nie zuvor. Alle gesetzlich festgelegten Weinherkünfte Österreichs sind dort auf einer interaktiven Karte zusammengefaßt: vom Weinbauland Österreich über 27 Weinbaugebiete und 458 Weinbaugemeinden bis hin zum „Allerheiligsten", Österreichs mehr als 4.300 Einzellagen – „Rieden" genannt.

Detaillierte Informationen zu über 4.300 Rieden

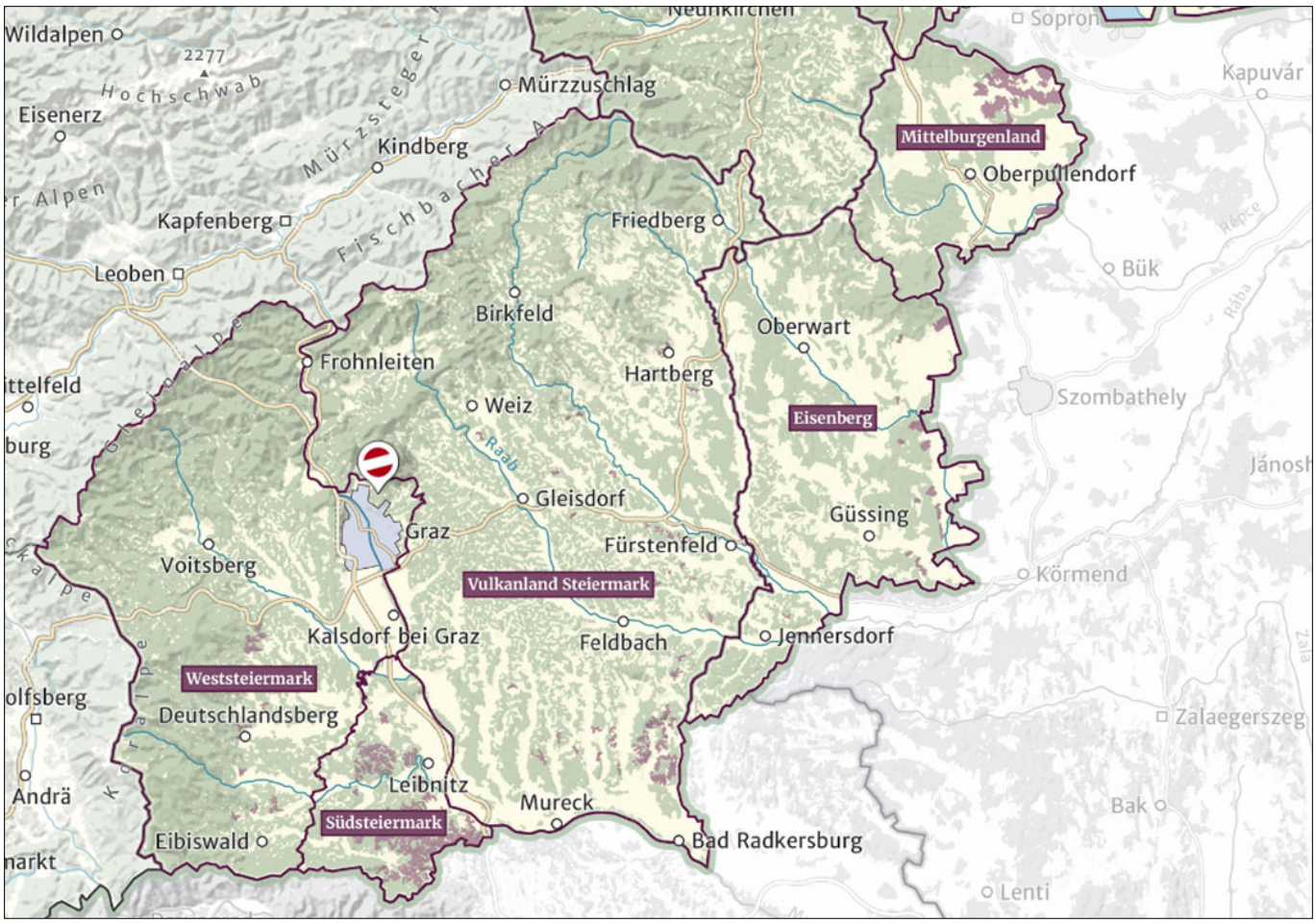
Zu allen Herkunftsebenen bietet riedenkarten.at Erklärungen und Informationen; dabei steigt der Detailgrad, je kleiner die Herkunft wird. Jede Riede enthält beispielsweise Informationen zu Weinbaufläche, Seehöhe, Hangneigung, Ausrichtung, Durchschnittstemperatur und Niederschlagsmenge und Sonnenscheindauer – zentrale Parameter für die Qualität und geschmackliche Prägung eines Weins. Die steirischen Rieden werden aktuell noch gesetzlich verankert und sollen Ende des Jahres auf der Plattform integriert werden. Riedenkarten.at wird laufend anhand der neuesten weingesetzlichen Entwicklungen aktualisiert.

Gastronomie & Kulinarisches



© ÖWM / ÖWM

Burgenland, die Stadt Rust im Zentrum – Großlage: Sonnenberg, Spezifisches Weinbaugebiet / DAC: Leithaberg



© ÖWM / ÖWM

Die Weinbauregion Steiermark mit ihren extrem steilen Weingärten ist eine der schönsten Weinlandschaften Europas.

Foto: © ÖWM / Anna Stöcher

Das Team der Universtität Wien, Österreich Wein Marketing und des Büros plan+land

Weltweiter Benchmark – auch als gedruckte Karten

Der Start von riedenkarten.at markiert auch eine Pionierleistung in der internationalen Weinwelt: Kein anderes Weinbauland hat bisher all seine Weinherkünfte auf nationaler Ebene einheitlich zusammengefaßt und derart detailliert dargestellt. Neben der digitalen Form sind neue Riedenkarten aller Weinbaugebiete mit verordneten Rieden auch gedruckt erhältlich. Sie stellen mit ihrem Detailgrad und kartographischen Anspruch ebenfalls einen Meilenstein für die österreichische Weinwirtschaft dar.

Drei Jahre Entwicklung mit Universität Wien & Büro plan+land

Entwickelt wurden der Wein-Herkunftsatlas riedenkarten.at und die gedruckten Karten in dreijähriger Zusammenarbeit mit dem Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien sowie dem Büro plan+land. Auf dem erfolgreichen Weg des Herkunftsmarketings hat die österreichische Weinwirtschaft nun Werkzeuge von völlig neuer Qualität in der Hand.

Stimmen zur Präsentation

Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen & Tourismus

„Unsere Weine sind in ihrer Qualität einzigartig. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir diese Erfolgsgeschichte stetig weiterentwickelt. Sie sind im Inland beliebt und über die Grenzen bekannt. Mit dem Weinatlas sind wir weltweit wieder einen Schritt voraus und am Puls der Zeit. Wir setzen damit weltweit ein Ausrufezeichen. Alle Herkünfte eines Weinbaulandes auf einen Blick, das gibt es bisher nirgends sonst. Konsumentinnen und Konsumenten wissen nun ganz genau, wo ihr österreichischer Wein herkommt und das sogar bis zur Riede. Künftig heißt es beim Wein also: Herkunft schmecken – und entdecken!“

Johannes Schmuckenschlager, Präsident des Österreichischen Weinbauverbands

„Die neuen Riedenkarten – digital und gedruckt – sind ein absolutes Herzstück für das Herkunftsmarketing des österreichischen Weins. Unsere Winzer haben damit eine hervorragende Möglichkeit, die Herkunft und Geschichte ihrer großartigen Weine zu erzählen – am Heimmarkt und rund um den Globus. Ein Meilenstein für das Weinbauland Österreich!“

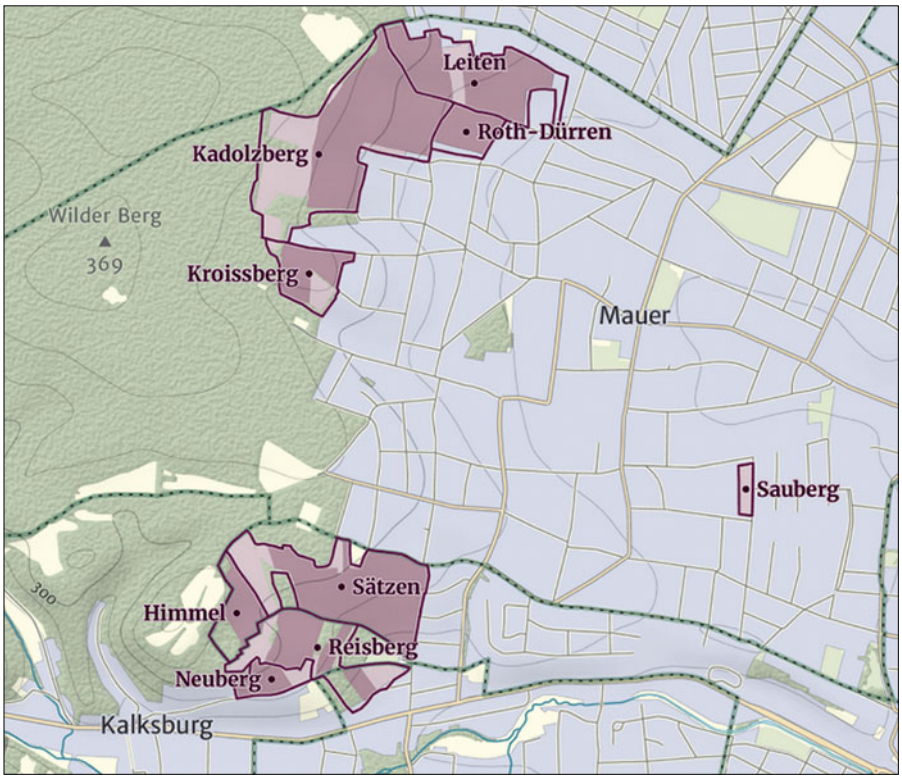
Chris Yorke, Geschäftsführung ÖWM

„Unser Ziel war es von Anfang an, unseren Winzern mit den neuen Riedenkarten das beste Werkzeug in die Hand zu geben, um ihre Vermarktung voranzutreiben: egal ob beim Ab-Hof-Verkauf, bei Verkostungen oder im Export. Aber auch Händler, Sommeliers und JournalistInnen aus aller Welt können jetzt so tief in das Weinland Österreich eintauchen wie nie zuvor. Damit sind wir international Vorreiter!“

Susanne Ertler-Staggl, Projektleitung Riedenkarten, ÖWM

„Eine saubere und transparente Darstellung aller Weinherkünfte ist Grundlagenarbeit für jedes seriöse und professionelle Weinland. Dadurch gewinnt der Konsument Vertrauen in das Produkt, da es bis in die kleinste Einheit nachvollziehbar ist. Daß es uns mit der Universität Wien und dem Büro plan+land als erstem Weinland weltweit gelungen ist, alle Weinherkünfte auf nationaler Ebene darzustellen, macht uns stolz.“ ■

https://www.riedenkarten.at/
https://www.oesterreichwein.at/
https://homepage.univie.ac.at/karel.kriz/rka/



© ÖWM / ÖWM

Ein Beispiel für die große Detailgenauigkeit des Atlas: Rieden in Wien Mauer

Laurent-Perrier feiert Österreichs beste Gastronomen

Hornstein-Ranking feiert 40jähriges Jubiläum: Silvio Nickol, Karl und Rudi Obauer sowie Heinz Reitbauer belegen die ersten Plätze in Österreich.

Seit 40 Jahren faßt das von Spitzenkoch Wolf von Hornstein initiierte Hornstein-Ranking in Zusammenarbeit mit dem Champagnerhaus Laurent-Perrier die besten Restaurants und Hotels in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Südtirol zusammen. Als Grundlage der unkommentierten Bestenliste dienen die Bewertungen der maßgeblichen Restaurantführer. Diese werden entsprechend ihrer Bewertungskriterien zusammengefaßt und nach einem 100-Punkte-System aufgeschlüsselt.

In das Hornstein-Kompendium fließen unter anderem die Bewertungen von Michelin, Gault-Millau, Schlemmer Atlas, Gusto und Feinschmecker sowie Varta ein. Die jeweils schlechteste Bewertung entfällt und hat somit keinen Einfluß auf die Punktezahl. Erstmals wurde heuer der „Grüne Stern“ von Michelin berücksichtigt, der an Restaurants vergeben wird, die überwiegend saisonale, regionale und biologisch-ökologische Produkte aus artgerechter Tierhaltung verarbeiten, über ein ressourcenschonendes Recycling verfügen und verantwortungsbewußte, sozialverträgliche Arbeitsbedingungen bieten.

Foto: Spitz

Erlangten 98,7 Punkte: Rudolf und Karl Obauer, Restaurant-Hotel Obauer, Werfen

Ausgezeichnete Hüter des guten Geschmacks

In Österreich werden insgesamt 50 Restaurants gelistet und heuer gleich drei erste Plätze vergeben. Über jeweils 98,7 Punkte und drei Kronen können sich Karl und Rudolf Obauer („Obauer“, Salzburg), Silvio Nickol („Silvio Nickol Gourmet Restaurant“, Wien) sowie Heinz Reitbauer („Steirereck“, Wien) freuen. Sie wurden allesamt auch vom kürzlich erschienen „Falstaff Restaurant Guide“ hoch dekoriert.

„Das aktuelle Hornstein-Ranking möchte die Branche, die durch die Pandemie ums Überleben kämpfen mußte, mit Leib und Seele unterstützen und ihr eine verdiente Lobby geben“, sagt Herausgeber Thomas Schreiner (Laurent-Perrier). Er ergänzt: „Das Hornstein-Ranking soll gerade jetzt einen wahren Sturm auf die Hüterinnen und Hüter des guten Geschmacks auslösen!“

„Mit der Rückkehr in die Normalität gehört die Bühne wieder den herausragenden Persönlichkeiten, die in Küche und Service mit großer Leidenschaft die Gäste verwöhnen. Nach diesem herausfordernden Jahr sind wir glücklich, den österreichischen Preisträgern gemeinsam mit Laurent-Perrier zu ihrer verdienten Auszeichnung zu gratulieren und mit ihnen auf ein erfolgreiches Comeback der Gastronomie anzustoßen“, so Kattus-Borco-Geschäftsführer Andreas Ruhland. Er ergänzt: „Aus Sicht eines in fünfter Generation familiengeführten Unternehmens freue ich mich sehr, daß zwei Familienunternehmen die Spitzenplätze belegen.“

Die Top-Platzierungen in Österreich

- Obauer, Salzburg, 98,7 Punkte
- Silvio Nickol Gourmet Restaurant, Wien, 98,7 Punkte
- Steirereck, Wien, 98,7 Punkte
- Amador, Wien, 97,4 Punkte
- Döllerer, Salzburg, 97,4 Punkte
- Ikarus im Hangar 7, Salzburg, 97,4 Punkte
- Landhaus Bacher, Niederösterreich, 97,4 Punkte
- Senns Restaurant, Salzburg, 97,4 Punkte
- Stüva, Tirol, 97,4 Punkte und
- Taubenkobel, Burgenland, 97,4 Punkte

Hotels und Wellness-Hotels im Hornstein-Ranking

Erstmals veröffentlicht das Hornstein-Ranking auch die Liste der 101 besten Hotels in Deutschland, die in Zusammenarbeit mit Carsten K. Rath erstellt wird. Das diesjährige Ranking wird durch eine Übersicht der führenden Wellnesshotels im deutschsprachigen Raum ergänzt.

Das gesamte Hornstein-Ranking in Zusammenarbeit mit Laurent-Perrier findet sich online auf hornsteinranking.de. Die gedruckte Ausgabe kann um fünf Euro online bestellt werden.

Über Laurent-Perrier und das Hornstein-Ranking

Champagne Laurent-Perrier, 1812 gegründet, ist das größte, in Familienbesitz befindliche Champagnerhaus. Es wird von der Familie de Nonancourt geführt und hat seinen Sitz in Tours-sur-Marne im Herzen der Champagne. Präzision, Energie, Frische, Eleganz und Raffinesse zeichnen die Produkte aus

und bilden das Fundament dieser anhaltenden Erfolgsgeschichte.

Honrstein-Ranking-Herausgeber Thomas Schreiner ist in der DACH-Region bestens bekannt und dank seiner Initiativen wie „Sterne-Cup der Köche“ oder „Ski-WM der Gastronomie“ einer der beliebtesten Netzwerker der Gastronomieszene.

Über Kattus-Borco

Kattus-Borco ist ein Joint Venture des Wiener Traditionshauses Kattus und des Hamburger Spirituosenunternehmens Borco Mit einem stetig wachsenden Team und starken Marken wie Kattus, Sierra Tequila, Laurent-Perrier, Stroh Inländer Rum, Russian Standard Vodka, Select Aperitivo oder Blue Gin ist Kattus-Borco eine der stärksten Vertriebsorganisationen der Branche. Kattus und Borco vereint mehr als nur die starke Präsenz am Markt: Beide Unternehmen blicken auf eine langjährige Eigenproduktions- und Vertriebstradition zurück. Gemeinsam zählen sie über 230 Jahre an Erfahrung, Expertise und Marktpräsenz. Das Portfolio umfaßt sowohl die Eigenmarken Kattus und Sierra Tequila als auch über 120 klingende Namen.

Kattus-Borco unterstützt den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol, über den Sie sich im Internet informieren können.

Über Kattus

Kattus wurde 1857 von Johann Kattus als Spezereiwarenhandlung für Wein, Kaffee, Tee, Südfrüchte, Spirituosen und Champagner gegründet. Mit seiner eigenen Kaviarproduktion belieferte Kattus Kaiser- und Fürstenhöfe in Wien und Sankt Petersburg (Rußland), woraus internationale Geschäftsbeziehungen entstanden, die bis heute andauern. 1890 nahm Johann Nepomuk Kattus die Sekterzeugung auf und wurde acht Jahre später zum k.u.k. Hoflieferanten ernannt. Als Innovationstreiber am heimischen Schaumweinmarkt führte das Familienunternehmen unter der Leitung von Maria und Ernst Polsterer-Kattus 1992 Frizzante in Österreich ein. Heute führen Sophie und Johannes Kattus in fünfter Generation das Traditionsunternehmen mit Sitz in Wien.

Kattus zählt zu den führenden Schaumweinherstellern und beschäftigt rund 50 MitarbeiterInnen. Die eigene Produktpalette umfaßt rund 30 Schaumweine in den Sorten Sekt, Frizzante, Prosecco und Bio-Sekt. ■

https://hornsteinranking.de/
https://kattus-borco.at/
https://kattus.at/
http://www.verantwortungsvoll.at/

Foto: Kanizaj Marija

Erlangte ebenfalls 98,7 Punkte: Heinz Reitbauer vom Restaurant Steirereck, Wien

Foto: Tina Herz

Silvio Nickol (l.) & Team vom Palais Coburg in Wien erlangten ebenfalls 98,7 Punkte

Foto: Kattus

Es werden auch Führungen durch die traditionsreiche Kattus-Kellerwelt angeboten…

Gastronomie & Kulinarisches

Internationales Rosé-weinfestival Steiermark

Gleich drei hochkarätige Masterclasses für Professionals und private Roséwein-Liebhaber beim Internationalen Roséweinfestival Steiermark

Foto: Johanna Lamprecht

Verkostet wurden – unter Einhaltung der Covid-19-Schutzbestimmungen – in Flights rund 30 Weine

In Kooperation mit „Vinaria“, Österreichs Zeitschrift für Weinkultur, organisierte Wein Steiermark am 10. Juni eine gesetzte, kommentierte Verkostung in der Alten Universität Graz.

Thema waren dabei ausschließlich Roséweine und Schilcher, letztere die Leitsorte der Herkunft Weststeiermark DAC. Damit tragen die Veranstalter dem anhaltenden Hype um Roséweine Rechnung. Früher als „Sommerwein“ in Fachkreisen oft belächelt, haben sich Roséweine einen fixen Platz in den Herzen der Weinfreunde ebenso erobert wie in den Regalen des Handels und auf den Weinkarten der Gastronomie.

Roséweine erleben in Österreich und international einen wahren Boom. Vom „Gemisch“ entwickelte sich Rosé zur eigenständigen, gefragten Weinkategorie. Die Weine werden mittlerweile in allen Qualitätsstufen gekeltert, auch als Riedenweine. Viele Winzer bauen ihre Rosèweine reinsortig aus, aber auch exzellente Cuvetierungen spiegeln das große Know-how der heimischen Winzer wider. Einzelne Winzer haben sich sogar auf Roséweine spezialisiert, etwa „Miss Rosé“ Pia Strehn aus dem Mittelburgenland. Sie war in den Masterclasses selbstredend mit einem Top-Rosé vertreten.

Roséweine haben ganzjährig Saison

„Gerade das Weinland Steiermark verfügt in allen drei Herkünften und im Besonderen im Weststeiermark DAC – über hervorragende Roséweine, die das gesamte Spektrum der Rosés abdecken, von frisch-rassig-knackig bis hochfein, elegant und finessenreich“, sagt Stefan Langmann, stellvertretender Obmann Wein Steiermark. Der Schilcher beziehungsweise Blaue Wildbacher spielt im Konzert der besten Roséweine eine führende Rolle und gewinnt immer mehr Fans.

Längst haben Roséweine ganzjährig Saison, sind besonders vielfältige Speisebegleiter und decken alle „Gewichtsklassen“ ab: Von frisch-fruchtig-leicht über gehaltvoll unkompliziert bis zu strukturiert, stoffig, vielschichtig, mit Tiefgang und Länge. Der aktuelle Jahrgang 2020 ist ein typisch steirischer Weinjahrgang und wartet mit frischen, fruchtigen Weinen auf, die viel Trinkspaß vermitteln. Auch in den anderen Weinbaubundesländern hat sich in der pinken Szenen in den vergangenen Jahren viel getan.

Gastronomie & Kulinarisches

Größte Roséwein-Verkostung Österreichs

Diesen Trends auf der Spur ist alljährlich Österreichs größte Roséverkostung, die das Weinmagazin „Vinaria“ ausrichtet. Die jüngste Auflage ist in der eben erschienenen Ausgabe 3/21 publiziert, anonym (blind) degustiert und bewertet wurden darin rund 200 Roséweine Jahrgang 2020. „Vinaria“ widmet traditionell auch dem Schilcher viel Aufmerksamkeit und dokumentiert die ausgezeichnete Entwicklung dieser autochthonen weststeirischen Rebsorte.

Vor diesem Hintergrund wurde das Konzept des Internationalen Roséweinfestivals kreiert von Wein Steiermark und Vinaria. Dieses startet 2021 pandemiebedingt vorerst mit drei Masterclasses im prächtigen Rahmen der Alten Universität Graz. Für die kommenden Jahre ist ein zügiger Ausbau um eine große Publikums-Verkostung, Symposium und Abendevent geplant. Die Location ist der hohen Rosékompetenz in der Steiermark geschuldet.

Foto: Johanna Lamprecht

v.l.: Chris Yorke (Österreich Wein Marketing), Stefan Langmann (Obmann Stellvertreter Wein Steiermark), Weinhoheit Lisa Müller, Hans Pleininger („Vinaria“)

Foto: Johanna Lamprecht

v.l.: Stefan Potzinger (Obmann Wein Steiermark), Weinhoheit Lisa Müller, Erwin Goldfuss („Vinaria“), Chris Yorke (Österreich Wein Marketing)

Steiermark, Österreich, International

Zur Verkostung gelangte bei den Masterclasses 2021 eine repräsentative Auswahl an Schilcher- und Roséweinen aus der Steiermark, ergänzt um erstklassige Rosè aus anderen österreichischen Weinbaugebieten und internationale Vertreter. Letztere zeigten etwa den „Rosé de Coeur de Grain“ von Domaines Ott Chateau Romassan, das Rosé-Flaggschiff aus der der südfranzösischen Provence. Oden den mit viel Glamour behafteten, sehr vielseitigen Miraval, den „Rosé der Stars“, steht doch das Château im Miteigentum von Angelina Jolie und Brad Pitt. Dazu einen der besten Rosé aus Italien von der Tenuta Feudi di San Gregori in Kampanien. Aber auch einen Rosé aus Granacha-Reben eines kleinen, jungen, spanischen Bioweinguts.

Verkostet wurden – unter Einhaltung der Covid-19-Schutzbestimmungen – in Flights rund 30 Weine aus Zalto Universal-Gläsern. Die Fachmoderation oblag Hans Pleininger (Vinaria) und Stefan Langmann, Obmann-Stellvertreter Wein Steiermark.

Das Internationale Roséweinfestival Steiermark 2021 bietet diesen Weinen erstmals eine exklusive Bühne. Die durch und durch pinken Masterclasses präsentierten steirische, österreichische und internationale Roséweine im direkten, spannenden Kostvergleich.

Die Steiermark ist ein „Roséwein-Kompetenzzentrum“. Mit der autochthonen Sorte „Blauer Wildbacher“, aus welcher der bekannte Schilcher gekeltert wird, hat die Steiermark schon früh eine Vorreiter-Rolle übernommen: „Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre wurde der als Roséwein ausgebaute Wein schon für die Steiermark geschützt, mit Einführung des DAC-Systems mit dem Jahrgang 2018 wurde die Herkunft des regionaltypische Schilcher mit „Weststeiermark-DAC“ definiert“, erklärt Werner Luttenberger, der steirische Weinbaudirektor.

Der Blaue Wildbacher/Schilcher liegt mit 535 Hektar und einem Anteil von 10,5 Prozent der gesamtsteirischen Fläche an 4. Stelle der aktuellen Rebsorten-Statistik in der Steiermark. Ein Plus von 12 Prozent im Vergleich zur Erhebung davor. In der Weststeiermark ist die Sorte Blauer Wildbacher mit 419 Hektar die am stärksten gepflanzte Sorte und nimmt knapp zwei Drittel der weststeirischen Fläche ein.

Wein Steiermark

Der Verein Wein Steiermark dient der Zielsetzung, Maßnahmen zum Schutz und zur Absatzförderung von Steirischem Wein zu setzen. Der Steirische Wein und das DAC-Herkunftssystem werden im In- und Ausland vermarktet. Derzeit zählt der Verein rund 450 Mitgliedsbetriebe. Die Steirischen Winzer bewirtschafteten aktuell 5.096 ha Weingartenfläche und produzieren 2020 gesamt 238.500 Hektoliter Wein. Damit hält die Steiermark mehr als 10 Prozent der gesamtösterreichischen Weinbaufläche. ■

http://www.steiermark.wine/
http://www.vinaria.at/

Personalia

Christa Ludwig †

Die Wiener Staatsoper trauert um Christa Ludwig, die am 24. April im 94. Lebensjahr in Klosterneuburg verstarb.

© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Franz Johann Morgenbesser

Die Opern- und Konzertsängerin (Mezzosopranistin) Christa Ludwig anläßlich ihrer Ernennung zur Ehrenpräsidentin der Hilde Zadek Stiftung in Berlin 2015

Christa Ludwig gab ihr Staatsopern-Debüt (in den Redoutensälen) am 14. April 1955 als Cherubino in Le nozze di Figaro, im Haus am Ring trat sie erstmals am 26. Dezember 1955, kurz nach der Eröffnung der aus Ruinen wieder erbauten Staatsoper, als Octavian im Rosenkavalier auf. Ein Augenblick, den sie im Rückblick oftmals mit „Verweile doch, du bist so schön" beschrieb.

Unzählige solcher einzigartiger Augenblicke folgten in den nächsten knapp 40 Jahren: Insgesamt war sie in 769 Staatsopern-Vorstellungen in 42 Rollen zu erleben und deckte dabei fast das gesamte Mezzosopran-Repertoire ab, unternahm aber auch kurze Ausflüge – etwa mit der Leonore in Fidelio – ins Sopranfach. Interpretationsgeschichte schrieb sie quer durch alle Fächer: Als Mozart-Sängerin ebenso wie als Strauss-Interpretin, als Gestalterin von Wagner- und Verdi-Partien, in zeitgenössischen Opern, man erlebte sie aber auch als Orlofsky, Rosina, Geneviève oder Wozzeck-Marie. Ihre meistgesungene Partie war die Dorabella in Così fan tutte, als Octavian und Marschallin war sie ebenso stilbildend wie als Kundry in Parsifal oder die für sie geschriebene Claire Zachanassian in Der Besuch der alten Dame.

Ludwigs künstlerisches Leben war auch durch die Zusammenarbeit mit allen großen Dirigenten ihrer Zeit gekennzeichnet, Herbert von Karajan, Karl Böhm und Leonard Bernstein waren jedoch die drei, die sie selbst als am meisten prägend nannte. Sie war österreichische Kammersängerin, Ehrenmitglied der Staatsoper und Trägerin des Goldenen Ehrenrings der Wiener Staatsoper und verabschiedete sich am 14. Dezember 1994 als Klytämnestra in Elektra von ihrem stets begeisterten Wiener Opernpublikum.

Es war die besondere Einheit aus einer einzigartigen Stimme und einer klugen, dramaturgisch versierten und mit Emphase gelebten darstellerischen Durchdringung aller Partien, die sie auszeichnete: Die absolute Identifikation mit einer Rolle bezeichnete sie einst als das Allerwichtigste in der musiktheatralischen Gestaltung. „Bei Christa Ludwig ging es direkt vom Herzen, vom Gehirn zu den Stimmbändern, sodaß man nicht sagen konnte, ob sie gerade singt oder fühlt oder redet. Das war alles ein einziger Mikrokosmos", wurde sie einst von Otto Schenk beschrieben.

Dem Haus am Ring blieb sie auch nach ihrem Bühnenabschied eine Wegbegleiterin, die nicht mit großem Interesse Anteil am künstlerische Geschehen nahm und sogar als Programmheft-Autorin gewonnen werden konnte, sondern auch in zahlreichen Gesprächsveranstaltungen auftrat, zuletzt bei der Feier zum 1.000 Rosenkavalier im Haus am Ring.

Als Pädagogin und Kommentatorin war sie bis fast zuletzt engagiert tätig, Generationen von Sängerinnen bezeichnen sie bis heute als ihr erklärtes künstlerisches Vorbild.

Für die Wiener Staatsoper war Christa Ludwig nicht nur Künstlerin, langjähriges Ensemblemitglied, Ehrenmitglied und Ikone, sondern ein Ausnahmefall eines künstlerischen Mitlebens und Miterlebens: eine, die das Haus, die Musikwelt und alle, die mit ihr in Berührung kamen, inspirierte und nachhaltig prägte.

Staatsoperndirektor Bogdan Roscic

„Die von Christa Ludwig oft zitierten Worte der Marschallin – ‚Mit leichtem Herz und leichten Händen, halten und nehmen, halten und lassen' –, die sie immer wieder als persönlichen Leitspruch bezeichnete, waren tatsächlicher und wahrer Ausdruck ihrer Art zu leben. Sie nahm die Kunst so ernst, wie man sie nur ernst nehmen kann, ordnete dieser ihr Leben unter, nahm aber auf eigenen Wunsch ‚mit leichter Hand' Abschied von der Bühne. Später konnte sie fast ohne Wehmut über ihre Jahrzehnte sprechen, immer mit einer Prise Ironie, Selbsterkenntnis, aber auch ohne falsche Bescheidenheit. Wie sie auch bis zuletzt eine reflektierte, ehrliche und humorvolle Gesprächspartnerin blieb, deren Analysen von bestechender Klarheit und großer Kenntnis getragen wurden. Sie bezeichnete sich gerne einfach als ‚Theaterkind', und diese künstlerische Unmittelbarkeit, dieses Selbstverständnis – sie waren in jedem ihrer Auftritte zu spüren und machten, neben ihrer großen Musikalität und dieser unvergesslichen Stimme, die Ausnahmeerscheinung Christa Ludwig aus. Unser Mitgefühl gilt Ihrer Familie." ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Christa_Ludwig
https://www.wiener-staatsoper.at/

Personalia

»Den Dingen juristisch und mit Herz auf den Grund gehen«

Erich Kussbach, Botschafter i.R., ist seit 20 Jahren Mitglied der Schiedsinstanz für Naturalrestitution. Ein Beitrag zu seinem 90. Geburtstag.

Foto: privat

Mitglied der Schiedsinstanz für Naturalrestitution, Botschafter Erich Kussbach

Im Jahr 2001 verpflichtete sich Österreich im Zuge der Restitutionsverhandlungen mit den USA und Opfervertretern, offene Fragen der Entschädigung und Restitution von Vermögen, das während der NS-Zeit entzogen worden war, zu lösen. Dazu wurde unter anderem eine unabhängige, dreiköpfige „Schiedsinstanz für Naturalrestitution“ eingerichtet, die Anträge auf Rückstellung von entzogenem Vermögen im öffentlichen Eigentum prüfte. In jenen Fällen, in denen solches Vermögen, mehrheitlich Liegenschaften, bis 2001 nicht bzw. nicht vollständig zurückgegeben worden war oder eine entsprechende frühere Entscheidung „extrem ungerecht“ gewesen war, konnte die Schiedsinstanz eine Naturalrestitution empfehlen.

Von österreichischer Seite wurde Botschafter Erich Kussbach als Mitglied der Schiedsinstanz nominiert. Dieser war von Hans Winkler, dem ehemaligen Leiter des Völkerrechtsbüros im Außenministerium und maßgeblich Beteiligten an den Verhandlungen zum so genannten Washingtoner Abkommen von 2001, zur Mitarbeit in der Schiedsinstanz eingeladen worden.

Erich Kussbach blickt auf eine bewegte Familiengeschichte zurück. Sein Vater, Franz Kussbach, war in der Zwischenkriegszeit Rechtsanwalt in Ungarn. Er verhalf während der Besetzung Ungarns durch das Deutsche Reich vielen jüdischen Berufskollegen und Freunden zur Flucht und wurde 1944 von der Gestapo in das KZ Dachau deportiert. Er entging nur durch Glück und Zufall seiner Ermordung auf einem Todesmarsch.

Erich Kussbach selbst entkam im Zuge des ungarischen Volksaufstandes 1956, der sich heuer zum 65. Mal jährt, auf spektakuläre Art und Weise den sowjetischen Besatzern. Als vermeintliches Mitglied eines Teams von Rotkreuz-Helfern konnte er per Rettungsflugzeug fliehen. Erst später wurde ihm klar, daß ihn der Flug nicht nur aus der Gefahrenzone, sondern über die Landesgrenze nach Österreich gebracht hatte. Somit war er einer der ersten Flüchtlinge der ungarischen Revolution.

1963 trat Kussbach in den Diplomatischen Dienst Österreichs ein, war zuletzt Botschafter in Ungarn und bis 1996 ständiger Vertreter bei der Internationalen Donaukommission. Er ist Honorarprofessor für Humanitäres Völkerrecht der Universität Linz und war Professor für Völkerrecht an der Katholischen Pázmány Péter Universität Budapest.

Nach seiner beruflichen Karriere setzte sich Erich Kussbach nicht zur Ruhe, sondern widmete sich ab 2001 den Aufgaben als Mitglied der Schiedsinstanz für Naturalrestitution. Diese Funktion übt er so wie seine beiden Kollegen, die Juristen Josef Aicher und

August Reinisch, seit nunmehr 20 Jahren ehrenamtlich und mit großer Hingabe aus.

2020 hat die Schiedsinstanz ihre Entscheidungstätigkeit zu Ende geführt und wird in Kürze ihren Schlußbericht in Buchform auf Deutsch und Englisch veröffentlichen.

Im Gespräch erklärt Erich Kussbach die Intention der Schiedsinstanz: „Ziel war es, mit Herz und nicht nur juristisch den Sachen auf den Grund zu gehen. Die AntragstellerInnen – zumeist Erben der Verfolgten – sollten mehr über die Umstände des Vermögensentzugs erfahren, als sie vorher gewußt haben." Deshalb wurde versucht, AntragstellerInnen aktiv zu unterstützen und die einzelnen Fälle in den Entscheidungen sehr ausführlich zu dokumentieren. Die Schiedsinstanz für Naturalrestitution sollte der „Abschlußstein" in einer Reihe von diesbezüglichen Maßnahmen und Bemühungen seit dem Ende des NS-Regimes sein.

Es könne kein Ende der Beschäftigung mit der Geschichte und den Folgen des Nationalsozialismus geben, so Botschafter Kussbach: „Es gibt nichts Abschließendes, weder geistig noch materiell." Daher müsse weiter etwas getan werden, denn die nächste Generation werde sonst nichts mehr über die NS-Zeit wissen.

Zur Person Erich Kussbach

- Hon.-Prof. DDr. Dr.h.c. Erich Kussbach LL.M., Botschafter i.R., geboren 5. Mai 1931.
- Ehemaliges Mitglied der Internationalen Humanitären Ermittlungskommission, Gründungsprorektor der „Gyula Andrássy Deutschsprachige Universität Budapest", österreichischer Botschafter i. R.,
- ordentliches Mitglied der europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.
- 1953, 1958 Universitäten Budapest und Wien (Dr. iur.; Dr. rer. pol.), 1961 Yale University (Master of Law).
- 1963 Eintritt in den Diplomatischen Dienst Österreichs. Zuletzt Botschafter in Ungarn und ständiger Vertreter bei der Internationalen Donaukommission 1993–1996.
- Seit 1996 Honorarprofessor für Humanitäres Völkerrecht der Universität Linz.
- Bis 2008 Professor für Völkerrecht an der Katholischen Pázmány Péter Universität Budapest.
- Verfasser zahlreicher Publikationen auf dem Gebiet des Völkerrechts, des internationalen Privatrechts, der Rechtsphilosophie und der Politikwissenschaft.

Foto: Nikolaij Kreinjobst

Die zweisprachige Buchreihe „Entscheidungen der Schiedsinstanz für Naturalrestitution" erscheint im Facultas-Verlag, Wien.

- Seit 2001 von Österreich ernanntes Mitglied der Schiedsinstanz für Naturalrestitution.
- Am 5. Mai 2021 beging Erich Kussbach seinen 90. Geburtstag.

Zur Schiedsinstanz für Naturalrestitution

Bei der Schiedsinstanz für Naturalrestitution wurden insgesamt 2.307 Anträge gestellt; bei 140 Anträgen wurde die Liegenschaftsrestitution empfohlen. Die Mehrzahl der Rückstellungsempfehlungen der Schiedsinstanz betraf unterschiedlich beschaffene und genutzte Liegenschaften in ganz Österreich.

Die Bandbreite reichte von Wiener Innenstadtpalais, Zinshäusern, Gemeindebauten, Kleingartensiedlungen, militärisch genutzten Liegenschaften bis hin zu Wald-, Wiesen- oder Straßenflächen im Eigentum der Republik Österreich, der Stadt Wien, der Länder Niederösterreich und Oberösterreich oder der Gemeinden Bad Vöslau, Frauenkirchen, Mattersburg und Schwechat. Wenn eine Restitution zwar grundsätzlich angezeigt, aber *in natura* nicht zweckmäßig oder durchführbar war, wie etwa bei heutigen Straßengrundstücken, Schulen oder Gemeindebauten, sprach die Schiedsinstanz einen vergleichbaren Vermögenswert in Form einer Geldsumme zu, die auf Basis eines Sachverständigengutachtens zum heutigen Verkehrswert der Liegenschaft ermittelt wurde.

Den Empfehlungen der Schiedsinstanz wurde von den öffentlichen Eigentümern zu 100 Prozent Folge geleistet. Der Gesamtwert der Liegenschaften, deren Restitution die Schiedsinstanz empfohlen hat, beläuft sich auf geschätzte 48 Millionen Euro. ■

https://www.entschaedigungsfonds.org/

Personalia

Klassik Stiftung Weimar: Franz Liszt Ehrenpreis für Haselböck

Die Klassik Stiftung Weimar und die Neue Liszt Stiftung verliehen am Abend des 20. Mai den Franz Liszt Ehrenpreis 2021 an Martin Haselböck. Der herausragende Organist, Dirigent und Universitätsprofessor ist der sechste Träger dieses Preises. Die Verleihung fand pandemiebedingt im kleinen Rahmen auf der Terrasse des Goethe- und Schiller-Archivs statt.

Als gleichermaßen herausragender Organist wie Dirigent hat Martin Haselböck ganz besondere Verdienste um das Werk Franz Liszts erworben. Von ihm stammt die Erstausgabe aller Orgelwerke Liszts innerhalb der Universal Orgel Edition Wien. Seine CD-Einspielung des gesamten Orgelwerkes Liszts wurde ebenso international hochgelobt wie die Gesamtaufnahme aller Orchesterwerke Liszts unter dem Titel „The Sound of Weimar“ (2010–2017) mit dem von ihm 1985 gegründeten Originalklang-Orchester Wiener Akademie. Mit Gastspielen in aller Welt hat Martin Haselböck als vielfach hochgeehrter, vielseitiger Musiker und Experte für Liszts Orgel- und Orchesterwerk sehr zu einer profilierten Verbreitung des Lisztschen Œvres beigetragen.

© Klassik Stiftung Weimar / Foto: André Kühn

v.l.: Ulrike Lorenz, Prof. Martin Haselböck, Nike Wagner und Prof. Christoph Stölzl

Nach einer Begrüßung durch Ulrike Lorenz, Präsidentin der Klassik Stiftung Weimar, überreichte Ministerpräsident Bodo Ramelow den Ehrenpreis gemeinsam mit Christoph Stölzl, Präsident der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar. Die Laudatio hielt Hellmut Seemann, ehemaliger Präsident der Klassik Stiftung Weimar.

Der Franz Liszt Ehrenpreis geht auf das Jahr 2011 zurück (geboren am 22. Oktober 1811 im burgenländischen Raiding, gestorben am 31. Juli 1886 in Bayreuth) als ihn Wolfram Huschke und Rolf-Dieter Arens anläßlich des Liszt-Jubiläums ins Leben riefen. Seit 2017 steht der Preis unter der Schirmherrschaft des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Den Vorsitz des Preiskomitees führt die Ururenkelin Liszts Nike Wagner. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Haselb%C3%B6ck
https://www.klassik-stiftung.de/
https://www.lisztverein.at/

Kärntner ist »Internationaler Handelsagent des Jahres 2021«

Der Kärntner Handelsagent Norbert Radocha (36), Eigentümer der oenoproducts GmbH, wurde in diesem Jahr mit dem George Hayward Award der Internationally United Commercial Agents and Brokers (IUCAB) ausgezeichnet. „Ich bin stolz, Handelsagent zu sein und freue mich riesig über diese Auszeichnung“, so Radocha.

Der Preisträger vermittelt hochwertigen Naturkork, Sektkorken, edle Holzfässer, innovative Oenologieprodukte und praktisches Zubehör. Der Preis ist die höchste Auszeichnung, die man am internationalen Parkett im Vertrieb erhalten kann und steht für Qualität und hervorragende Leistungen.

„Daß dieser Award nach Österreich geht, zeigt, daß die österreichischen Handelsagenten auch international im Spitzenfeld vertreten sind“, so Robert M. Hieger, Bundesobmann der Handelsagenten in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ). Nach Peter Feigl (Award Gewinner 2018) erhält zum zweiten Mal ein Handelsagent aus Österreich die Auszeichnung. Heuer wurde der George Hayward Award von der IUCAB bereits zum zwölften Mal vergeben.

Foto: WKO Handelsagenten

Der Kärntner Handelsagent Norbert Radocha wurde vom Handelsagenten-Dachverband Internationally United Commercial Agents and Brokers ausgezeichnet.

Die IUCAB, ist die weltweit größte Dachorganisation von Handelsagentenverbänden und besteht aus 21 Mitgliedsorganisationen aus Europa, Nord- und Südamerika, Asien und Afrika. ■

https://oenoproducts.at/

Kardinal Schönborn feiert Fronleichnam im Stephansdom

Wiens Erzbischof betont, es sei tiefste christliche Überzeugung: »Jeder Mensch ist nach dem Bild Gottes geschaffen, ist also ein Ort der Gegenwart Gottes«

Foto: erzdiözese Wien / Stephan Schönlaub

Kardinal Christoph Schönborn beim feierlichen Hochamt am Hauptaltar des Stephansdom

Im Wiener Stephansdom stand Kardinal Christoph Schönborn am Vormittag des 3. Juni dem feierlichen Hochamt zum Fest Fronleichnam vor. Fronleichnam sei das Fest der Gegenwart Gottes unter uns, so der Erzbischof in seiner Predigt. In dem demütigen Zeichen des Brotes mache Christus seine Verheißung wahr: „Ich bin bei Euch alle Tage bis zum Ende der Welt“. In der Eucharistie verdichte sich die Gegenwart Gottes. Daher sei es wichtig darauf zu achten, daß Gott auch in seiner Schöpfung gegenwärtig ist. Besonders gelte das für jeden Menschen. Es sei die tiefste christliche Überzeugung: „Jeder Mensch ist nach dem Bild Gottes geschaffen, ist also ein Ort der Gegenwart Gottes.“

Er sage das mit „einer großen Sorge“ um den Erhalt des Religionsfriedens in Österreich, so der Kardinal weiter. Bei aller berechtigten Vorsicht und Sorge um die öffentliche Sicherheit dürfe nie vergessen werden, daß jeder Mensch völlig unabhängig von Herkunft und Weltanschauung „nach dem Bild Gottes geschaffen ist und damit eine unzerstörbare Würde hat.“ Und dazu gehöre auch der Respekt vor der „Gegenwart Gottes im Leben der anderen Religionen.“

Foto: erzdiözese Wien / Stephan Schönlaub

Kardinal Christoph Schönborn

Mit besonderem Nachdruck wies der Erzbischof auch auf das „Sakrament der Armen hin“. Christus sei real präsent in den Armen. Er habe das selbst feierlich bekräftigt: „Ich war gefangen und ihr habt besucht, ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben … was ihr dem Geringsten getan habt, das habt Ihr mir getan.“

Nach einer kurzen Andacht im Anschluß an das Hochamt spendete der Wiener Erzbischof den eucharistischen Segen über die Stadt. ■

https://www.erzdioezese-wien.at/

Gedenkort für auf der Flucht Verstorbene

Am 7. Juni wurde am Stadtfriedhof Linz/St. Martin in Traun der Entwurf eines »Gedenkortes für Menschen, die auf der Flucht verstorben sind« vorgestellt.

Foto: Krummel / Wachsmuth

Visualisierung des Gedenkortes, der am Stradtfriedhof Linz/St. Martin in Traun entstehen und im März oder April 2022 fertiggestellt werden wird

In Kooperation mit dem Land Oberösterreich, den Städten Linz, Traun und Leonding, der Evangelischen Kirche A.B. Oberösterreich, der Islamischen Religionsgemeinde OÖ und dem Stadtfriedhof St. Martin (Linz AG) wird unter der Projektleitung der Diözese Linz ein Gedenkort für Menschen, die auf der Flucht verstorben sind, realisiert. Die Eröffnung dieses Gedenkortes, der bisher erste in dieser Form in Österreich, ist im März oder April 2022 geplant.

Aus sechs eingereichten Projekten wurde in einer Jury-Sitzung am 7. April 2021 das Projekt „VorAugen / InSight“ des Wiener Künstlers Arye Wachsmuth ausgewählt.

Ziel des Gedenkortes am Stadtfriedhof St. Martin (in Form einer „wall of names“) soll sein, an jene Toten zu erinnern, die auf der Flucht ihr Leben verloren haben – sei es beispielsweise im Mittelmeer, auf der Balkanroute oder in einem der Lager in Libyen (und darüber hinaus).

Seit 2014 bis heute sind laut Angaben des Statistikportals Statista alleine im Mittelmeer um die 22.000 Personen umgekommen. Dieses Sterben auf der Flucht ist in aller Regel ein leises Sterben, ein stilles Sterben, ein Sterben im toten Winkel der Weltöffentlichkeit.

Der geplante Gedenkort, dessen Realisierung von Dr. Stefan Schlager (Diözese Linz, Abteilung Gesellschaft & Theologie; Theologische Erwachsenenbildung und Weltreligionen) initiiert und koordiniert wurde, soll dementsprechend folgende drei Zwecke erfüllen:

- *Gedenkort:* Hauptintention soll sein, an diese „Toten ohne Ort“ zu erinnern und dem Gedächtnis an sie eine würdige Form bzw. Gestalt zu geben.
- *Trauerort:* Jene Menschen, die zu keinem Grab für ihre Verstorbenen gehen oder zumindest an dieses Grab denken können, sollen – so sie wollen – einen Ort für ihre Trauer haben.
- *Ort der Versammlung:* Am Langen Tag der Flucht (UNHCR) soll an diesem Gedenkort regelmäßig ein multireligiöses Totengedächtnis stattfinden, zu dem selbstverständlich auch Menschen eingeladen sind, die keiner Religion angehören (wollen). ■

https://www.land-oberoesterreich.gv.at/
https://www.linz.at/
https://www.traun.at/
https://www.leonding.at/
https://www.linzag.at/
https://www.dioezese-linz.at/
https://evang.at/
https://www.derislam.at/

Ferne Sterne

AstrophysikerInnen der Universität Graz weisen koronale Massenauswürfe auf benachbarten Sonnen nach

Sie sind Hunderte von Lichtjahren entfernt. Sterne, die – ähnlich unserer Sonne – Materie ins All hinausschleudern. Könnten diese Eruptionen eine Gefahr für ferne Planeten sein, die diese Sterne umkreisen? Um das herauszufinden, hat ein Team rund um Astrid Veronig, Astrophysikerin an der Universität Graz, eine neue Methode entwickelt. Sie konnten, wie im renommierten Fachjournal „Nature Astronomy“ nachzulesen ist, 21 koronale Massenauswürfe auf Sternen nachweisen und deren Stärke bestimmen.

Unsere Sonne ist die Quelle von energiereichen Ausbrüchen, bei denen Plasma samt eingebettetem Magnetfeld ins All geworfen wird. Diese koronalen Massenauswürfe sind unterschiedlich stark und bewegen sich mit Geschwindigkeiten von Millionen Kilometern pro Stunde durch unser Sonnensystem. Die stärksten Ausbrüche können sogar Stromausfälle auf der Erde auslösen und elektronische Systeme auf Satelliten lahmlegen. Sie sind aber auch für die spektakulären Polarlichter verantwortlich. „Verfolgt werden die Auswürfe mit Hilfe von Koronographen, die das starke direkte Sonnenlicht ausblenden und so eine Art künstliche Sonnenfinsternis erzeugen“, schildert Astrid Veronig, die dafür satellitengestützte Teleskope nutzt und mit den Weltraumorganisationen ESA und NASA zusammenarbeitet.

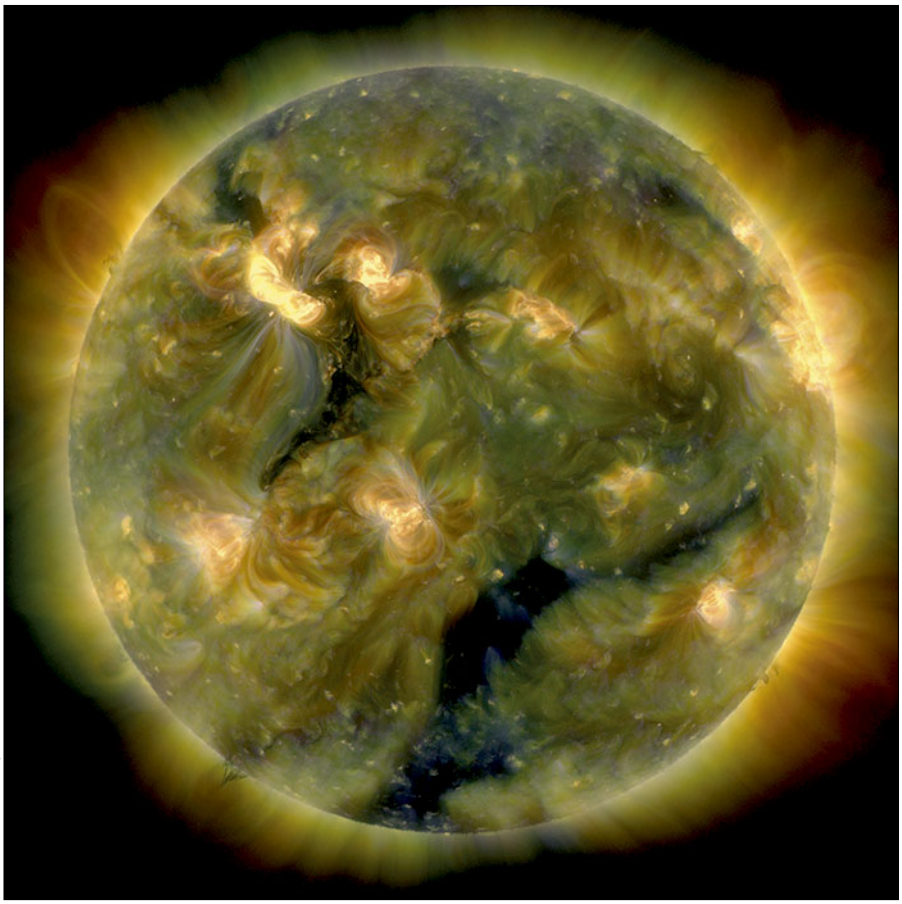


Foto: NASA SDO / AIA

Massenauswurf auf der Sonne: Aufnahme des Atmospheric Imaging Assembly (AIA) an Bord des Solar Dynamics Observatory (SDO) der NASA.

Verdunkelungen im Strahlenkranz

Während die Sonne gut im Blick der Wissenschaft ist, gibt es bisher auf Sternen nur spärliche Beobachtungshinweise für koronale Massenauswürfe. Veronig: „Für koronographische Messungen wie bei der Sonne ist die räumliche Auflösung zu gering und die Strahlung der Auswürfe zu schwach.“ Daher haben die ForscherInnen den Spieß umgedreht und die Sonne wie einen Stern betrachtet, um eine neuartige Methode des Nachweises zu entwickeln. „Wir beobachten die Sonne im Licht der ultravioletten und Röntgenstrahlung, wo die Millionen Grad heiße Korona am meisten Strahlung aussendet“, erklärt die Astrophysikerin. „Wenn es zu Massenauswürfen kommt, also riesige Plasmawolken aus der Korona hinausgeschleudert werden, so bleiben in diesem Strahlenkranz Verdunkelungen zurück, die wir nachweisen können.“

Diese Erkenntnisse und Methodik konnten die WissenschafterInnen nun erfolgreich für andere Sterne anwenden. Es zeigte sich, daß dort ebenfalls solche plötzlichen Verdunkelungen in Röntgenlichtkurven zu finden sind. „Daraus schließen wir“, bestätigt Petra Odert, Forscherin am Institut für Physik der Uni Graz und Co-Autorin der Studie, „daß es dort ebenso koronale Massenauswürfe gibt“. Auf diese Weise haben die WissenschafterInnen insgesamt 21 koronale Massenauswürfe auf anderen Sternen entdeckt. Dabei können beträchtliche Teile der Korona ausgestoßen werden. Odert: „Diese energiereichen Plasmawolken sind eine Bedrohung für Exoplaneten, die den Stern umkreisen, da sie deren Atmosphären vollständig erodieren können.“ Wie so oft kommt es aber auf die Dosis an. Zugleich könnte eine geringere Intensität ebenso lebenswerte Bedingungen wie in unserem Planetensystem ermöglichen.

Diese Forschungen, unterstützt vom österreichischen Weltraumprogramm der FFG und Wissenschaftsfonds FWF, wurden im Journal „Nature Astronomy“ veröffentlicht.

Univ.-Prof. Astrid Veronig ist Inhaberin des Lehrstuhls für „Sonnen- und Heliosphärenphysik“ am Institut für Physik der Universität Graz und Leiterin des Observatoriums Kanzelhöhe für Sonnen- und Umweltforschung. Ihre Forschungsinteressen sind die Physik von Sonneneruptionen, koronalen Massenauswürfen und deren Auswirkungen auf das Weltraumwetter der Erde sowie die magnetische Struktur von koronalen Löchern und deren Beziehung zu Hochgeschwindigkeits-Sonnenwindströmen. ■

https://www.uni-graz.at/

Japangraben: Tiefsee-Expedition bricht zwei Rekorde

Offshore-Phase der IODP-Expedition 386 erfolgreich abgeschlossen

50 Tage auf hoher See, Sedimentbohrkerne mit einer Gesamtlänge von 832 Metern und zwei neue Tiefenrekorde im internationalen Tiefseebohrprogramm mit über 8000 Metern unter dem Meeresspiegel: Die Offshore-Phase der Expedition 386 „Japan Trench Paleoseismology“ im Rahmen des Internationalen Ozeanbohrprogramms IODP wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Expedition verfolgt das Ziel, vergangene Starkbeben vor der Küste Japans zu erforschen und damit Erdbebengefahren in Zukunft besser einschätzen zu können. Geleitet wird die Expedition von Prof. Michael Strasser vom Institut für Geologie der Uni Innsbruck und von Ken Ikehara vom Geologischen Dienst (AIST) in Japan.

Zwei Rekorde des wissenschaftlichen Tiefseebohrprogramms gebrochen

Während des ersten Teils des Projekts auf hoher See wurden zwei Rekorde des wissenschaftlichen Tiefseebohrprogramms gebrochen: Bei einer Wassertiefe von 8.023 Metern entnahm das Team an der tiefsten je erreichten Stelle unterhalb des Meeresspiegels Proben aus dem Meeresgrund. Der dort entnommene Sediment-Bohrkern mit einer Länge von knapp 38 Metern erweitert den Rekord auf 8.061 Meter unter dem Meeresspiegel. Alle ExpeditionsteilnehmerInnen werden sich im Herbst zum zweiten Teil der Expedition in Japan treffen, um die zahlreichen Bohrkerne zu analysieren. „Um die Wiederkehrraten von Starkbeben und die Erdbebenprozesse entlang konvergierender Plattengrenzen wie Subduktionszonen verstehen zu können, müssen wir auf die Sedimentaufzeichnungen aus diesen ultratiefen Bereichen zurückgreifen.

Mit dem neuartigen ‚Giant Piston Corer-System‘ an Bord des Forschungsschiffs Kaimei ist es nun möglich geworden, den Tiefsee-Untergrund effizient und sicher zu beproben“, freut sich Michael Strasser, Co-Leiter der IODP-Expedition, vom Institut für Geologie der Universität Innsbruck. Starkbeben treten an konvergierenden Plattengrenzen auf, wo sich die ozeanische Erdkruste verbiegt und unter überschiebende Erdplatten hineinbewegt. Durch die Abwärtskrümmung der ozeanischen Platten bilden diese Plattengrenzen ozeanische Tiefseegräben – die tiefsten Stellen auf unserer Erde mit Wassertiefen weit unter 6.000 Metern Wassertiefe. Im Rahmen der siebenwöchigen Expedition wurden entlang des gesamten Japan-Grabens erfolgreich 832 Meter Bohrkerne an insgesamt 15 Stellen aus 58 Bohrlöchern entnommen, in Wassertiefen von 7.445 bis 8.023 Metern unter dem Meeresspiegel. Nach mehr als 43 Jahren wurde somit der Tiefen-Rekord im wissenschaftlichen Tiefseebohrprogramm gebrochen.

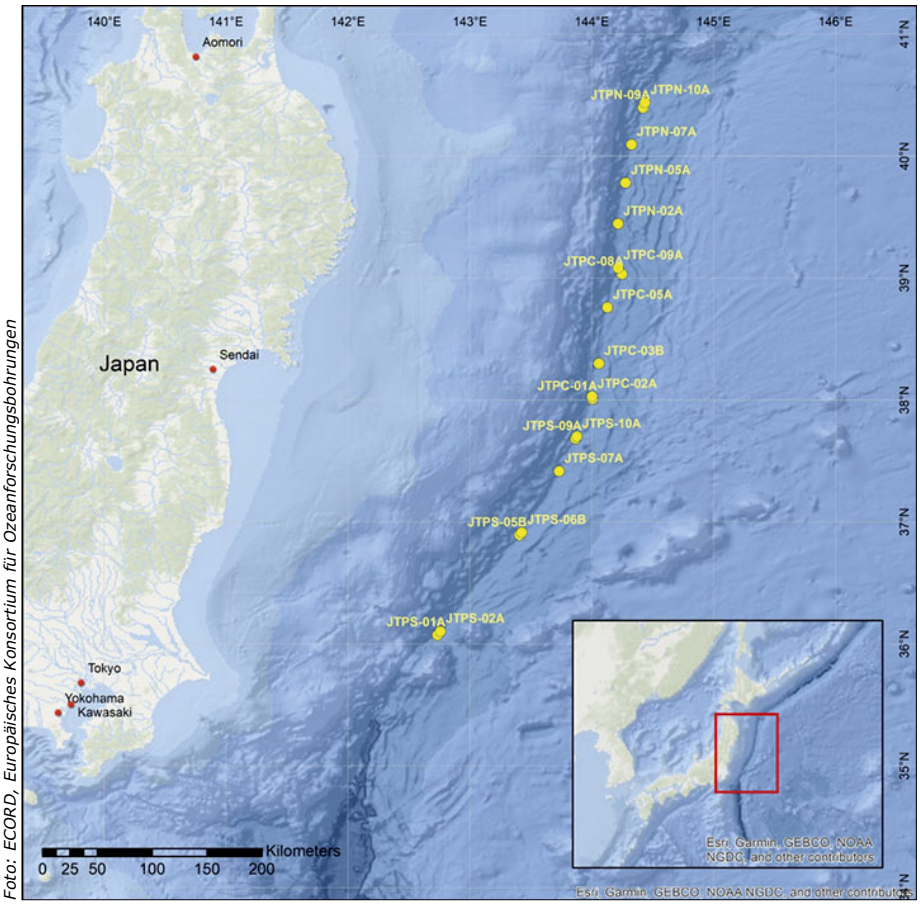


Foto: ECORD, Europäisches Konsortium für Ozeanforschungsbohrungen

Seekarte der erfolgreich abgeschlossenen Offshore-Phase der IODP-Expedition 386

Erste Hinweise auf vergangene Starkbeben

„Wir sprechen dem Kapitän des Forschungsschiffs Kaimei und seiner Crew unsere große Anerkennung für die sichere Durchführung dieser anspruchsvollen Tiefseebohrungen aus und freuen uns darauf, die Proben aus der tiefsten Tiefsee nun wissenschaftlich zu analysieren“, so Michael Strasser, der die erste Phase des Projekts aufgrund der Pandemie aus Innsbruck begleitete. Strasser ist Leiter der Arbeitsgruppe für Sedimentgeologie am Institut für Geologie und der Austrian Core Facility für wissenschaftliche Bohrkernanalysen an der Universität Innsbruck.

Die Bedingungen an Bord des Forschungsschiffs beschreibt Co-Leiter Ken Ikehara vom Japanischen Geologischen Dienst als durchaus herausfordernd: „Es war eine harte Expedition. Viele Tiefdruckgebiete und ein unerwartet starker Kuroshio-Strom standen uns im Weg. Dennoch haben wir es geschafft, die Giant Piston Corer-Bohrkerne an 15 Stellen entlang des gesam-

ten Japan-Grabens zu entnehmen. Vorläufige Beobachtungen und Messungen der Kerne an Bord ergaben Hinweise auf Strukturen in den Sedimentablagerungen, die durch vergangene große Erdbeben entlang des Japan-Grabens entstanden sein könnten. Wir sind zuversichtlich, daß weitere Analysen dieser Kerne zum Verständnis der räumlich-zeitlichen Variation großer Erdbeben und des erdbebenbedingten Materialtransports entlang des Japan-Grabens sowie zur Etablierung der Methodik der Tiefsee-Paläoseismologie beitragen werden“, erklärt Ikehara.

Internationales ExpertInnen-Team

Die Expedition wurde vom ECORD Science Operator in enger Zusammenarbeit mit dem Institute for Marine-Earth Exploration and Engineering (MarE3) und der Japan Agency for Marine-Earth Science and Technology (JAMSTEC) durchgeführt. Aufgrund der anhaltenden Pandemie und der weltweiten Reisebeschränkungen konnte die Offshore-Phase nicht wie geplant mit internationalen WissenschaftlerInnen durchgeführt werden. Durch die Bemühungen des japanischen Teams von JAMSTEC und MarE3 war es möglich, die Offshore-Phase mit Personen vor Ort zu absolvieren. Durch sorgfältige Planung und strenge Hygienemaßnahmen konnten alle TeilnehmerInnen die Expedition sicher und gesund beenden. Der erfolgreichen Offshore-Phase wird nun im Herbst eine Onshore-Phase folgen: 35 WissenschaftlerInnen mit Expertise in verschiedenen geowissenschaftlichen Disziplinen aus Österreich, Australien, China, Finnland, Frankreich, Deutschland, Indien, Japan, Korea, Schweden, Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind Teil der IODP Expedition 386. Das gesamte internationale Forschungsteam wird sich im Herbst zum ersten Mal an Bord des Bohrschiffes Chikyu treffen, dessen Laborinfrastruktur für die intensive Untersuchung und Beprobung der Bohrkerne genutzt wird, während es im Hafen liegt. Dabei werden die Kerne gespalten, beschrieben, analysiert und beprobt und die daraus resultierenden Daten mit den während der Offshore-Phase gesammelten Daten kombiniert, um einen umfassenden wissenschaftlichen Bericht der Expedition zusammenzustellen. Die kuratierten Bohrkerne und Proben werden dann für viele Jahre ein Schwerpunkt für weitere hochmoderne Analysen durch die breitere internationale Wissenschaftsgemeinschaft sein. ■

https://www.uibk.ac.at/geologie/sediment/
https://expedition386.wordpress.com/

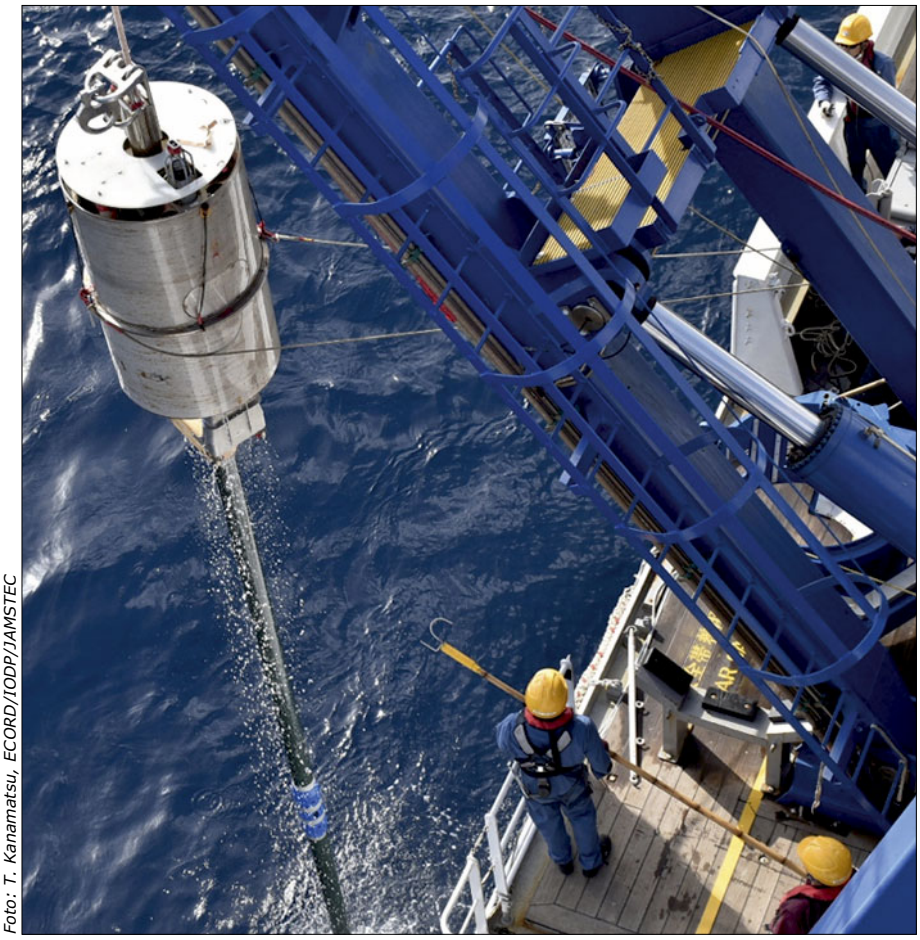


Foto: T. Kanamatsu, ECORD/IODP/JAMSTEC

Mit der hochmodernen Tiefsee-Bohrvorrichtung „Giant Piston Corer-System“ an Bord des Forschungsschiffs Kaimei ist es möglich, den Tiefsee-Untergrund präzise zu beproben.

Foto: JAMSTEC

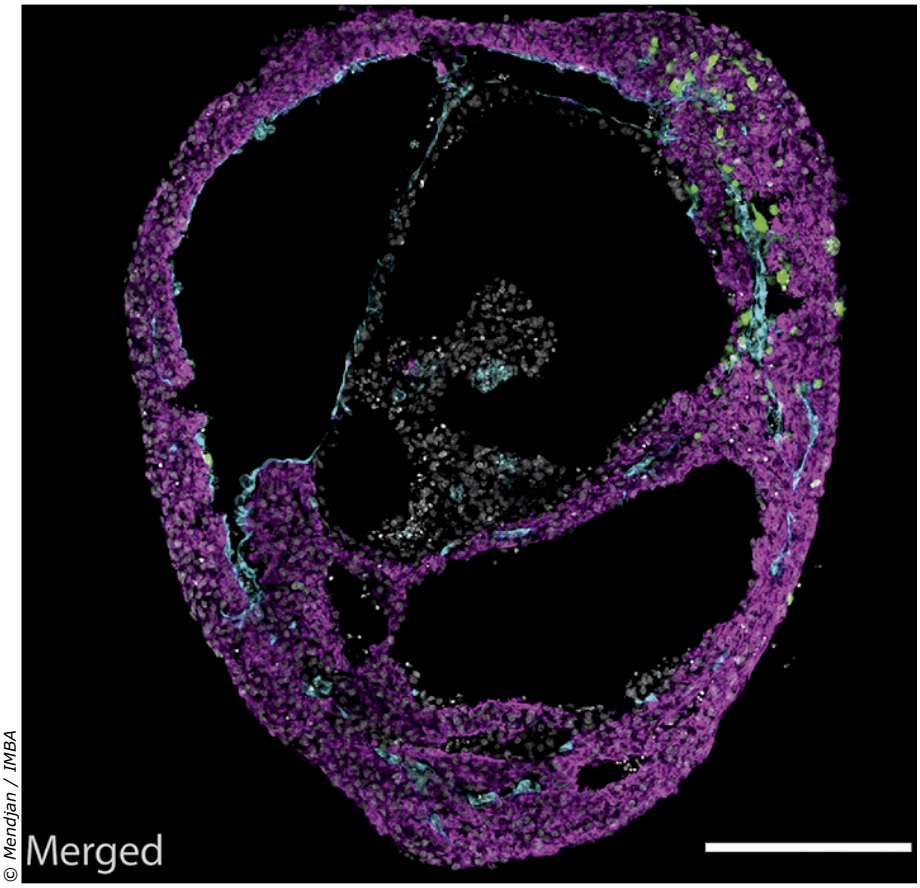
Das Forschungsschiff Kaimei stach am 13. April 2021 in See. Sedimentablagerungen in mehr als acht Kilometer tiefen Becken am Grund des Japan-Grabens wurden mit einer speziellen Tiefsee-Bohreinrichtung entnommen.

Pulsierende Herzen in der Petrischale

Die erste Entwicklung von selbst-organisierenden Herz-Organoiden am IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – setzt neue Maßstäbe für die Erforschung von Herzkreislauf-Erkrankungen, angeborenen Gendefekten und Entwicklungsstörungen des Herzens, wie das Fachmagazin »Cell aktuell« berichtet

Herzkreislauferkrankungen sind global gesehen ein enormes Problem für unsere Gesellschaft. 18 Millionen Menschen sterben jährlich in Folge einer Herz-Kreislauf-Erkrankung, viele hundert Millionen Menschen sind von Herzschwäche betroffen, was nicht nur die Lebensqualität von Betroffenen senkt, sondern auch die staatliche Gesundheitssysteme belastet. Auch bei Kindern zählen angeborene Herzdefekte zu den häufigsten genetischen Erkrankungen – der Großteil aller Früh- oder Fehlgeburten scheint mit fehlerhafter Herzentwicklung in Zusammenhang zu stehen. Die Entwicklung des Herzens im heranwachsenden Menschen ist ein sehr komplexer, wie auch riskanter Prozess, den WissenschaftlerInnen bis jetzt nur unzureichend erforschen konnten.

Eine neue Stammzell-Technologie, die am IMBA entwickelt wurde, ermöglicht nun nie dagewesene Einblicke in die menschliche Herzentwicklung: Pulsierende, kleine Herzmodelle aus Stammzellen wachsen scheinbar spontan in der Petrischale heran und zeigen die Entwicklung des Herzens in der Embryonalphase: Aus wenigen Stammzellen bildet sich eine herzähnliche Struktur mit verschiedensten Zelltypen, Herzwand und Kammern.



© Mendjan / IMBA

Eine selbstorganisierende Kardioide, die alle drei kardialen Linien enthält

Der IMBA Gruppenleiter und korrespondierende Autor der Studie, Sasha Mendjan, verfolgt einen Ansatz, der sich maßgeblich von sogenannten „Tissue Engineering Methoden“ unterscheidet. Bei diesen Methoden wird ein Gerüst aus Polymeren zusammengebaut und mit verschiedenen Herz-Zelltypen besiedelt. Als Krankheitsmodell eignet sich dies aber nur bedingt. Der IMBA Gruppenleiter setzt vielmehr auf die Selbstorganisation von Zellen: „Wenn man von „Tissue Engineering“ spricht, dann ist es so, als würde man einen Baum aus verschiedenen Teilen zusammenbauen. Mit unserer Methode versuchen wir, den Baum von selber wachsen zu lassen, so wie es der Natur entspricht. Gerade für die Entstehung von Krankheiten können wir enorm viel lernen, wenn es uns gelingt, das Zusammenspiel der Zellen während der Entwicklung zu verstehen“, so Mendjan.

Organoid-Forschung mit Herz

Um ein Herz-Organoid wachsen zu lassen, verwenden die ForscherInnen iP Stammzellen, die ethisch unbedenklich aus Blut oder Hautproben gewonnen werden können. Im Nährmedium können sie sich zu drei Zellschichten, den Keimblättern, formieren. Für die Entwicklung von Herz-Organoiden ist die mittlere Keimschicht, auch Mesoderm genannt, relevant, aus der fast alle unterschiedlichen Zelltypen im Herzen hervorgehen. Das Zusammenspiel dieser Zellarten im heranwachsenden Herz ist einzigartig: Über verschiedene biochemische Signale „sprechen“ die Zellen miteinander. Diese Informationen sind gerade für die Entwicklung des Herzens ganz wesentlich, damit die Zellen sich in einem bestimmten Zeitfenster so spezialisieren, daß sie schlußendlich die richtige Funktion am richtigen Ort im Herzen erfüllen können.

Herzfehler in der Petrischale simulieren

Ein entscheidender Punkt für die Entwicklung des Herzens ist die Ausbildung der

Herzkammern, deren Mißbildungen zu angeborenen Herzfehlern führen. Das Team konnte nachweisen, daß Mutationen eines bestimmten Gens namens Hand1 zu Mißbildungen der linken Herzkammer führen, einem der am häufigsten angeborenen Herzdefekte. „Wir konnten dank unserer Technologie ein Rätsel lösen, das EntwicklungsbiologInnen seit über 50 Jahren beschäftigt, nämlich welche biochemischen Signale der verschiedenen Zellen die Herzentwicklung steuern. Da sich das Herz sehr schnell entwickelt, war es mit Tiermodellen bisher nicht möglich, in einem bestimmten Zeitfenster der Entwicklung ganz gezielt Mutationen herbeizuführen und deren Wirkung zu untersuchen. Die Herz-Organoide spiegeln typisch menschliche genetische Eigenschaften wider und erlauben uns, Krankheitsentstehung am Herzen bereits während der Entwicklung zu untersuchen, was bisher nicht möglich war“, zeigt sich IMBA-Gruppenleiter und Letztautor Sasha Mendjan begeistert über das Potential der Herz-Organoide.

Ein vielversprechendes Verletzungsmodell und großes Forschungspotential

Die Forscher untersuchten auch die Auswirkungen einer Kryoverletzung auf die Herz-Organoide (Verletzung durch Einfrieren), einer Technik, die einen Herzinfarkt imitiert. Zum ersten Mal fand das Team in einer Schale heraus, daß diese Verletzung eine in-vivo-ähnliche Anhäufung von extrazellulären Matrixproteinen in den Herz-Organoiden auslöst, ein frühes Kennzeichen sowohl der Regeneration als auch einer fibrotischen Herzerkrankung.

Die möglichen medizinischen Anwendungen sind breit gefächert. Aktuell werden die Herz-Organoide etwa dazu eingesetzt um zu erforschen, wie das SARS-COV-Virus das Herz infizieren und schädigen kann. Für das gezielte Testen von Medikamenten wären die Herz-Organoide ein großer Schritt in Richtung personalisierte Medizin, da sie von den Stammzellen jedes beliebigen Patienten hergestellt werden können. „Ein großes medizinisches Ziel ist es einen Weg zu finden, Herzen nach einem Infarkt zu „heilen“. Eine derartige Selbstheilung des Herzens ist aus dem Tierreich bekannt und wurde sogar in Einzelfällen bei neugeborenen Babys medizinisch beschrieben. Jedoch scheint diese Regenerationsfähigkeit bei erwachsenen Menschen verlorengegangen zu sein. Unsere Herz-Organoide könnte man einsetzen, um gezielt nach diesem Mechanismus zu suchen“, äußert sich Mendjan über die vielfältigen klinischen Anwendungsgebiete und zukünftige Forschungsmissionen.

Diese am IMBA entwickelte Technologie hat zur Gründung von HeartBeat.bio geführt, ein neues IMBA Spin-Off, das sich auf die Entwicklung einer 3D-Hochdurchsatz-Screening-Plattform für Herzversagen und Kardiomyopathien konzentriert.

IMBA

IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie – ist eines der führenden biomedizinischen Forschungsinstitute in Europa mit Schwerpunkt auf modernsten Stammzelltechnologien, funktioneller Genomik und RNA-Biologie. IMBA ist im Vienna BioCenter angesiedelt, dem pulsierenden Cluster aus Universitäten, Forschungsinstituten und Biotech-Unternehmen in Österreich. IMBA ist eine Tochtergesellschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem führenden nationalen Förderer der ausseruniversitären akademischen Forschung.

Die Stammzell- und Organoidforschung am IMBA wird vom Bundesministerium für Wissenschaft und von der Stadt Wien gefördert. ■

https://heartbeat.bio/

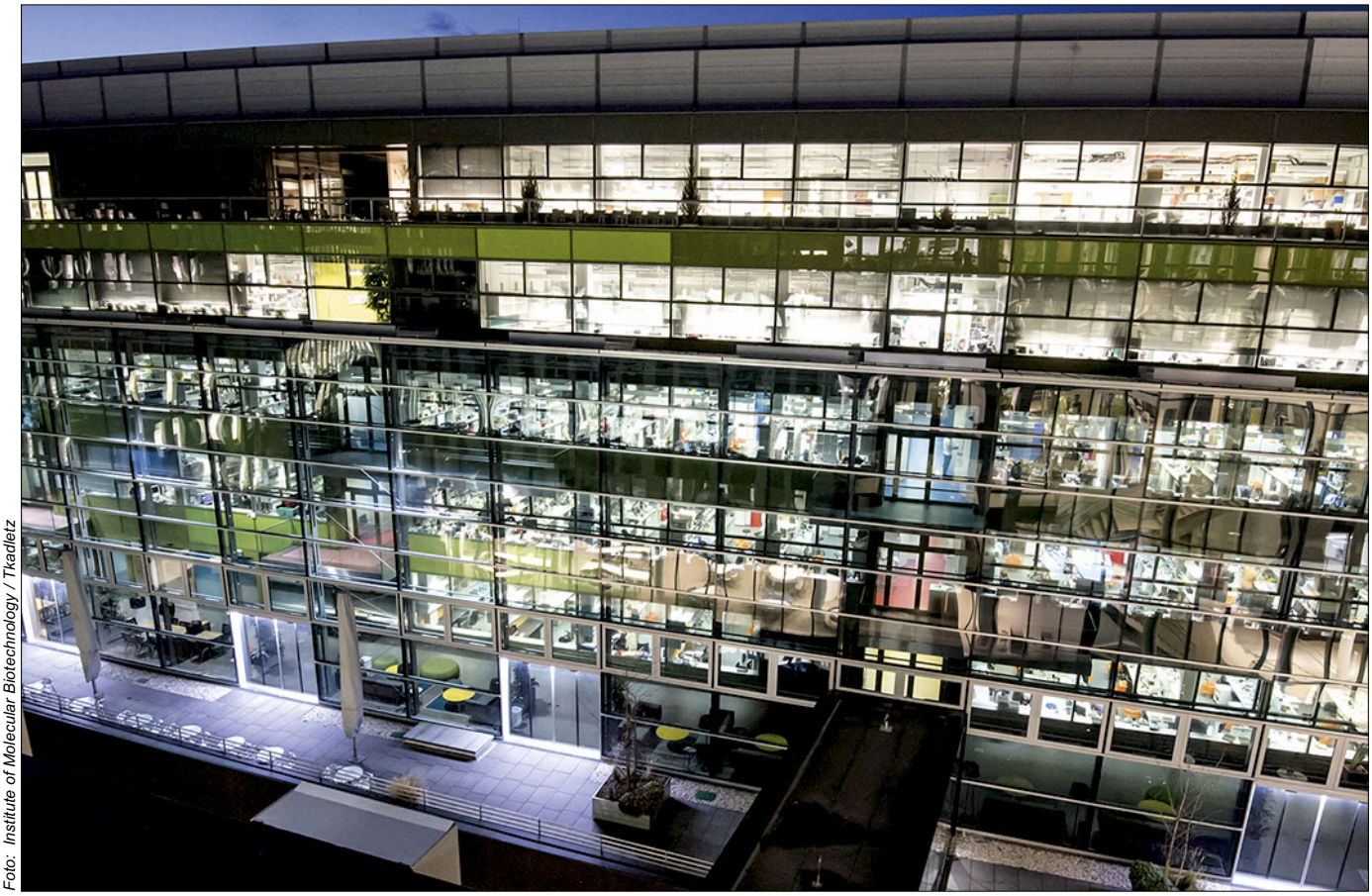
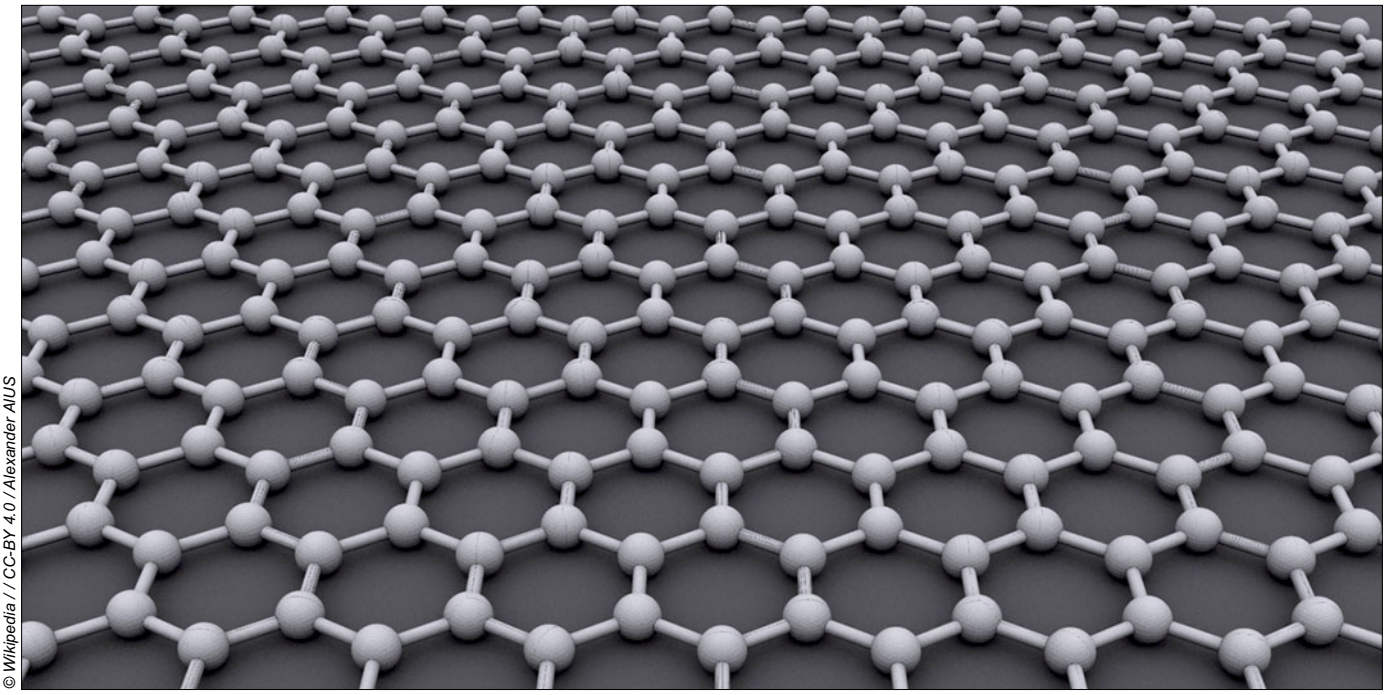


Foto: Institute of Molecular Biotechnology / Tkadletz

Ein Blick auf das Gebäude des IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Graphen

Atomares »Maßschneidern« nähert sich der makroskopischen Welt



© Wikipedia / / CC-BY 4.0 / Alexander AlUS

Forscher der Universität Wien haben eine Methode entwickelt, die die kontrollierte Erzeugung von Fehlstellen in Graphen auf Längenskalen erlaubt, die sich der makroskopischen Welt annähern.

Die Eigenschaften von Materialien werden häufig durch Unvollkommenheiten in ihrer atomaren Struktur bestimmt, insbesondere wenn das Material selbst nur ein Atom dick ist, wie z.B. Graphen. Forscher der Universität Wien haben nun eine Methode entwickelt, die die kontrollierte Erzeugung derartiger Fehlstellen in Graphen auf Längenskalen erlaubt, die sich der makroskopischen Welt annähern. Die durch Mikroskopie in atomarer Auflösung bestätigten Forschungsergebnisse wurden in der renommierten Fachzeitschrift „Nano Letters" veröffentlicht und dienen als wesentlicher Ausgangspunkt sowohl für das anwendungsorientierte Maßschneidern von Graphen als auch für die Entwicklung neuer Materialien.

Graphen besteht aus Kohlenstoffatomen, die in einem maschendrahtähnlichen Muster angeordnet sind. Das nur ein Atom dicke Material ist bekannt für seine vielen außergewöhnlichen Eigenschaften, wie z.B. extreme Festigkeit und bemerkenswerte elektrische Leitfähigkeit. Seit seiner Entdeckung haben ForscherInnen nach Möglichkeiten gesucht, Graphen durch kontrollierte Manipulation seiner atomaren Struktur weiter maßzuschneidern. Bislang konnten solche Veränderungen jedoch nur lokal bestätigt werden, da die Abbildung großer Proben mit atomarer Auflösung und die Analyse großer Datensätze eine Herausforderung darstellten.

Nun hat ein Team um Jani Kotakoski an der Universität Wien zusammen mit Nion Co. einen experimentellen Aufbau rund um ein atomar auflösendes Nion UltraSTEM 100 Mikroskop mit neuen Ansätzen zur Bildgebung und Datenanalyse durch maschinelles Lernen kombiniert, um die Kontrolle von Graphen auf atomarer Ebene in Richtung makroskopischer Probengrößen zu bringen. Der experimentelle Ablauf ist in Abbildung 1 dargestellt.

Zu Beginn des Experiments wird Graphen durch Laserbestrahlung gereinigt und danach kontrolliert durch niederenergetische Argon-Ionen-Bestrahlung modifiziert. Danach wird die Probe unter Vakuum in das Mikroskop überführt, wo sie mithilfe eines automatischen Algorithmus mit atomarer Auflösung abgebildet wird. Die aufgenommenen Bilder werden an ein neuronales Netzwerk weitergeleitet, das die atomare Struktur erkennt und so einen umfassenden Überblick über die atomare Veränderung der Probe liefert.

„Der Schlüssel zum erfolgreichen Experiment war die Kombination unseres einzigartigen Versuchsaufbaus mit den neuen automatisierten Bildgebungs- und maschinellen Lernalgorithmen", sagt Alberto Trentino, der Hauptautor der Studie. „Die Entwicklung aller notwendigen Teile war der Erfolg echter Teamarbeit, die jetzt leicht für Folgeexperimente verwendet werden können", fährt er fort. Tatsächlich erweitern die Forscher nach dieser gelungenen atomaren Veränderung von Graphen über große Bereiche einer Probe bereits die Methode, um die erzeugten strukturellen Unvollkommenheiten zum Beispiel zur Verankerung von Fremdatomen in der Struktur zu nutzen. „Wir sind begeistert von der Möglichkeit, mithilfe dieser Methode – ausgehend von der atomaren Ebene – neue Materialien zu erschaffen", schließt der Leiter des Forschungsteams Jani Kotakoski.

Die Forschung wurde durch den österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und den Europäischen Forschungsrat (ERC) finanziert.

Das „Wunder"-Material Graphen verheißt einen vielfältigen und weitreichenden Einsatz in der Elektronik der Zukunft, das die traditionelle Silizium-Technologie ergänzen oder sogar ersetzen könnte. ■

https://www.univie.ac.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Graphen

Kultur

Die Donau

Eine Reise in die Vergangenheit – bis 7. November 2021 in der Österreichischen Nationalbibliothek

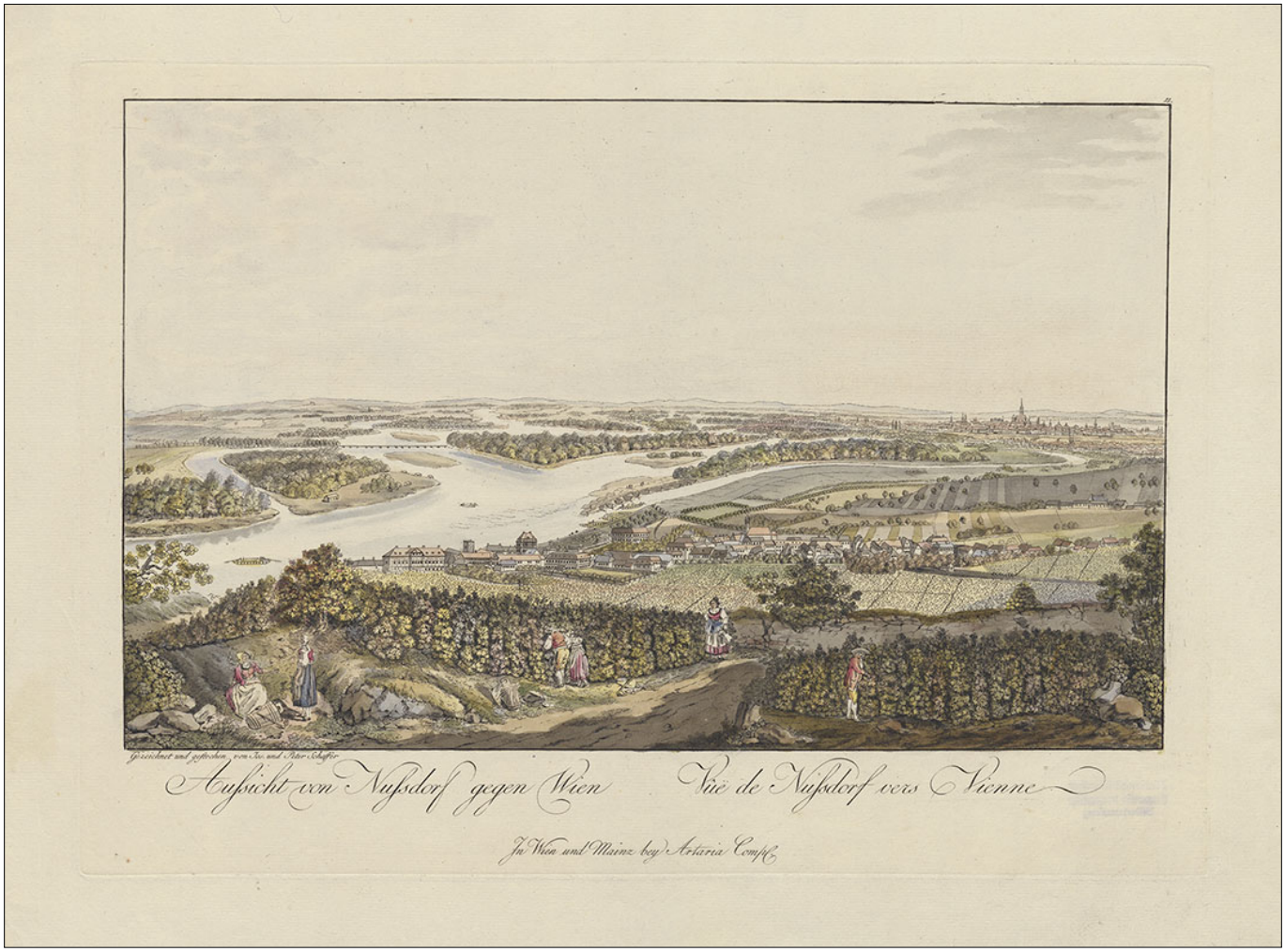


Foto: © Österreichische Nationalbibliothek

Aussicht von Nußdorf gegen Wien, gezeichnet und gestochen von Jos. und Peter Schaffer – „In Wien und Mainz bey Artaria Comp."

Die Donau durchfließt auf über 2.800 Kilometern zehn Länder – so viele wie kein anderer Fluß der Erde. Mit diesem riesigen Einzugsgebiet ist sie eine wahre Lebensader für Europa. Die Österreichische Nationalbibliothek porträtiert diesen einmaligen Natur-, Kultur- und Lebensraum in ihrer neuen Sonderausstellung im Prunksaal „Die Donau". Die Exponate, von denen viele erstmals öffentlich zu sehen sind, laden zu einer „Reise in die Vergangenheit" ein und decken den gesamten Flußlauf von den Quellen im heutigen Deutschland bis zur Mündung im Schwarzen Meer ab.

Die einzelnen Abschnitte der Schau thematisieren die Donau als Grenze, als verbindendes Element, als wichtigen Transportweg und als einmalige Naturlandschaft. Die Donau als Sehnsuchtsraum zeigt sich in den literarischen Texten etwa von Ingeborg Bachmann und Peter Handke und den farbenprächtigen Aquarellen von Jakob und Rudolf Alt. Diese Kunstwerke stammen wie die dokumentarischen Fotografien von der Regulierung der Donau oder die historischen Pläne und Handschriften zu den Befestigungsanlagen entlang der Donau aus den reichhaltigen Beständen der Bibliothek.

Den Höhepunkt der Ausstellung bildet eine spektakuläre, 44 Meter lange Reproduktion der berühmten Pasetti-Karte. Diese ab 1857 vom k.k. Staats-Ministerium herausgegebene Landkarte bietet eine äußerst präzise Darstellung der Donau auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie:

Mitten im Prunksaal kann man damit den Fluß von Passau bis zum Eisernen Tor in wenigen Minuten abschreiten.

Ein europäischer Fluß

Die Donau ist mit über 2.800 Kilometern Länge nach der Wolga der zweitlängste Fluß Europas. Mit Deutschland, Österreich, Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Rumänien, Bulgarien, Moldawien und Ukraine durchfließt sie zehn Länder – so viele wie kein anderer Fluß auf der Erde. Gleich vier Hauptstädte – Wien, Bratislava, Budapest und Belgrad – liegen an ihren Ufern. Für das Habsburgerreich war sie eine Lebensader, wie kein anderer Fluß verband sie die vielen Reichsteile und Völkerschaften.

In den Akten des Wiener Kongresses wurde erstmals festgelegt, daß internationale Flüsse allen Staaten für die Handelsschifffahrt offenstehen müssen und das galt natürlich auch für die Donau. Aber erst durch Garantien der europäischen Mächte im Frieden von

Foto: © Österreichische Nationalbibliothek

Foto: © Österreichische Nationalbibliothek

oben: Jakob von Alt, Schiffszug vor Dürnstein (1847): unten: … Budapest, Ofen und Pesth, Wien: Artaria, Kolorierte Radierung, ca. 1825

Paris, der 1856 den Krimkrieg beendete, konnte die Internationalisierung der Donau durchgesetzt werden. Die bald danach erfolgte Regulierung und Schiffbarmachung des Flusses war daher eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte in der Regierungszeit von Kaiser Franz Joseph I. 1992 wurde schließlich der Main-Donau-Kanal eröffnet, wodurch es erstmals eine durchgehende Wasserstraße zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer gab.

In der neuen Sonderausstellung im Prunksaal steht eine farbenprächtige, die Vitrine ausfüllende Übersichtskarte der Donauländer für diese europäische Dimension der Donau: „Cours Du Danube ...“ des italienischen Kartografen Vincenzo Coronnelli wurde 1688 in Paris gedruckt.

Knapp 150 Jahre später veröffentlichte Adolph Kunike sein großes Mappenwerk „264 Donau-Ansichten nach dem Laufe des Donaustromes von seinem Ursprunge bis zu seinem Ausflusse in das Schwarze Meer“. Die Lithographien stammen u. a. von Jakob Alt, Franz Wolf und Ludwig Erminy, ausgewählte Motive sind als Reproduktion in der Ausstellung zu sehen. Alle 264 Bilder können virtuell über die Website der Österreichischen Nationalbibliothek durchblättert werden: Für jedes einzelne Werk kann dort zudem eine Patenschaft übernommen werden, die Spende unterstützt die Österreichische Nationalbibliothek bei der restauratori-

Foto: © Österreichische Nationalbibliothek

Bild oben: Hochwasserkatastrophe in Wien im März 1830; Franz I. besichtigt die durch einen Eisstoß verursachten Schäden, Eduard Gurk, Kolorierte Radierung, 1830

Bild unten: „Die Königliche Freystadt Presburg in Ungarn“ nach der Natur gezeichnet und gestochen von Joseph und Peter Schaffer 1787 Wien: Artaria, Kolorierte Radierung

Foto: © Österreichische Nationalbibliothek

schen Bearbeitung und Konservierung wertvoller Objekte.

Die wichtigste Wasserstraße der Habsburger

Jahrhundertelang war der Wasserweg die beste und günstigste Transportmöglichkeit. Lange vor der Erfindung von LKW, Eisenbahn und Flugzeug wurden Salz, Holz, Erz, Wein, Getreide und Vieh, aber auch Soldaten und Auswanderer über Flüsse an ihr Ziel gebracht. Eine Fahrt von Regensburg nach Wien dauerte damals mindestens eine Woche – in Gegenrichtung entsprechend länger. Johann Nepomuk Hoechles Bild „Schiffzug“ aus dem Jahr 1825 zeigt in der Ausstellung sehr eindrücklich, wie aufwendig solche Fahrten waren. Gute Schiffe überstanden dabei mehrere Fahrten, viele wurden aber nach einer einzigen Fahrt stromabwärts zu Brennholz zerlegt, denn aufwärts mußten sie gezogen (getreidelt) werden.

Doch die Donau als Wasserstraße sollte sich bald gravierend ändern: 1829 erfolgte die Gründung der Ersten k. k. privilegierten Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft (DDSG), die ab 1830 den Linienverkehr aufnahm. In diesem Jahr legte ein Dampfer die Strecke Wien – Budapest erstmals in etwas mehr als 14 Stunden (retour über 48 Stunden) zurück. Die DDSG expandierte enorm, besaß eigene Werften in Budapest und Korneuburg sowie Bergwerke in Pécs zur Kohlegewinnung für die Dampfmaschinen. 1880 war die DDSG schließlich die größte Binnenreederei der Welt, die Flotte bestand aus über 200 Dampfschiffen und etwa 1.000 Lastkähnen. Historische Reiseführer und Reiseberichte stehen in der Ausstellung für die große touristische Bedeutung des Flusses, die mit dieser Revolution der Fortbewegung einherging, ein SW-Foto von Lothar Rübelt mit einem „Amateurfotografen in Kritzendorf“ zeigt die Donau als privaten Naherholungsraum.

Grenze und Kriegsschauplatz

Die Donau hatte aber nicht nur als Verkehrsweg große Bedeutung, sondern auch als Grenze: Die Auseinandersetzungen um Territorien und Vormachtstellungen, der wechselnde Einfluß von Großmächten wie dem Osmanischen Reich, der Habsburgermonarchie oder Rußland bestimmten jahrhundertelang die Geschichte des Donauraumes. Erstmals öffentlich zu sehen ist in der Ausstellung die prachtvolle Handschrift des kaiserlichen Kriegs-Kommissars Heinrich Ottendorf, der Leopold I. diese „Reisebeschreibung“ von Ofen (Budapest) nach Belgrad widmete. 1665 befand sich dieses Gebiet unter osmanischer Oberhoheit und die genauen Angaben zu den Palanken (kleine Befestigungen) entlang der Donau waren von strategischer Bedeutung für die Habsburger.

Auf der Donau wurden zum Schutz und als Patrouille auch Kriegsschiffe (Tschaiken) eingesetzt. Die schmalen und flachen Boote konnten sowohl gerudert als auch gesegelt werden. Sie hatten eine Besatzung von etwa 30 Mann und konnten im Kriegsfall mit Kanonen bestückt werden. Gebaut wurden sie in Klosterneuburg, Stützpunkte lagen u. a. an der Theißmündung. Ein Tschaikenbataillon war bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Teil der k. k. Donauflottille.

© Österreichische Nationalbibliothek

„Prospekt der Stadt und Festung Belgrad vom Semlin aus anzusehen – Nach der Natur gezeichnet und gestochen vom Herrn Hauptman im Monat August 1789“

Österreichische Nationalbibliothek / Foto: Virgil Widrich, 2021

Die Pasetti-Karte bildet die Donau von Passau bis zum Eisernen Tor in einem Maßstab 1:28.800 ab. Dadurch ergibt sich eine Gesamtlänge von 36 Metern. Die im Prunksaal gezeigte Reproduktion kommt durch zahlreiche ergänzende Illustrationen auf eine Länge von 44 Metern.

Ein einmaliger Sehnsuchtsraum

Neben der wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung war die Donau aber immer auch ein Sehnsuchtsraum, ein Ort „jenseits der Geschichte“, ein Schauplatz von Sagen, Gedichten und Erzählungen. Reiseberichte erzählten von den unterschiedlichen Kulturen und vielfältigsten Sehenswürdigkeiten entlang des Flusses, illustrierte Werke mit authentischen Ansichten von Orten und Landschaften erreichten ein breites europäisches Publikum. Der „Kulturraum Donau“ wird im Prunksaal durch bemerkenswerte Aquarelle Jakob Alts illustriert: Seine insgesamt 55 Ansichten der Donau von Engelhartszell bis Wien zählen zum „Memory of Austria“ der UNESCO; jeweils zwei dieser Kunstwerke sind im Original ausgestellt, aus konservatorischen Gründen werden sie regelmäßig ausgetauscht.

Ein besonderes literarisches Zeugnis für die Magie der Donau ist Ingeborg Bachmanns „Malina“: In diesem Roman schafft das Märchen der Prinzessin von Kagran einen zeitlosen mythischen Raum ohne Grenzen, die urtümliche wilde Donau und die Donau-Auen, in die die Prinzessin entführt worden ist, bilden dafür den Imaginationsraum. Im „Donauweibchen“ von H. C. Artmann und Gerhard Rühm kommt Elfi, die Tochter des Wassermanns Danubius, über die Wasserleitung nach Wien und bezirzt die Halbstarken in einer Bar. Sie will ein Mensch mit Seele werden, was aber nicht gelingt, weil ihr Burli untreu ist. Andreas Okopenko lädt in seinem experimentellen „Lexikonroman“ die LeserInnen dazu ein, sich aus den alphabetisch geordneten Impressionen und Textbausteinen zu einer Donau-Schiffsreise von Wien in die Wachau selbst eine Geschichte zu basteln. Ebenfalls ausgestellt ist ein Gegenstand heftiger Diskussionen: Das Typoskript zu Peter Handkes 1995 erschienenem Buch „Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien“.

Unumstritten ist hingegen die heimliche Landeshymne Wiens: Der 1867 uraufgeführte Walzer „An der schönen blauen Donau“ von Johann Strauß (Sohn) ist im Erstdruck zu sehen, dieser liegt neben dem Manuskript der unvollendet gebliebenen symphonischen Dichtung „Donau“ von Richard Strauss aus dem Jahr 1941.

Die Donau-Regulierung

Ursprünglich war die Donau ein gefährliches Gewässer: Zahlreiche Felsen und Stromschnellen waren Hindernisse für die Schifffahrt, mehrmals jährlich wiederkehrende, teils katastrophale Überschwemmungen und Eisstöße prägten das Leben am Strom. Bereits 1715 gab es daher erste Überlegungen für eine umfassende Regulierung der Donau, um Siedlungen und Bauernhöfe im Einzugsgebiet zu schützen. Konkret wurden die Pläne aber aus einem anderen Grund: Das Habsburgerreich wollte einen seiner wichtigsten Verkehrswege absichern und erschließen. Vor allem die rasch anwachsende Hauptstadt Wien wurde hauptsächlich über den Wasserweg mit Nahrungsmitteln und Gütern versorgt. Aufgrund finanzieller Engpässe war an eine durchgehende Regulierung der Donau jedoch vorerst nicht zu denken.

Vor über 150 Jahren, genau am 14. Mai 1870, erfolgte dann der Spatenstich für die Regulierung der Donau im Raum Wien. Nach katastrophalen Überschwemmungen in den Jahren 1830, 1849, 1850 und 1862 waren Kommissionen zur Erarbeitung eines Regulierungsprojektes eingesetzt worden. Der erfolgreiche Bau des Suezkanals trug zur Durchsetzung einer „radikalen“ Lösung bei – der Schaffung eines neuen begradigten Flußbettes. 1869 entwarf Jakob Alts Sohn Rudolf eine künstlerische Vision dieser regulierten Donau: Das großformatige Aquarell zeigt monumentale Bauten entlang des Wiener Ufers, die nie verwirklicht wurden. 1873 wur-

de das Kunstwerk mit „allerhöchster Genehmigung“ bei der Wiener Weltausstellung gezeigt, danach kam es an die Hofbibliothek und ist nun nach umfangreichen Restaurierungen erstmals wieder öffentlich zu sehen.

„Für mich ist dieses Aquarell eines der Highlights der Ausstellung, steht es doch sinnbildlich für die reale wie für die imaginierte Donau“, betont Robert Lasshofer, Vorstandsvorsitzender des Wiener Städtischen Versicherungsvereins. „Es zeigt, daß dieser Fluss für die Kunst genauso wichtig war und ist wie für die Wirtschaft. Selbst die Versicherungsbranche wurde durch den zweitlängsten Fluß Europas inspiriert – so ist die „Donau Versicherung“ seit fünf Jahrzehnten Teil der Wiener Städtischen Versicherungsgruppe. Vor diesem Hintergrund und im Rahmen unserer langjährigen Kooperation mit der Österreichischen Nationalbibliothek ist der Wiener Städtische Versicherungsverein ein stolzer Partner dieser Ausstellung.

Die Pasetti-Karte

Bevor der Strom jedoch gezähmt werden konnte, mußte er kartografisch erfaßt werden: Auf Initiative Valentin von Streffleurs wurden 1857 insgesamt 16 Blätter als „Schifffahrts-Karte der Donau im Bereiche des Österreichischen Kaiserstaates“ gedruckt. Unter dem Titel „Karte des Donau-Stromes innerhalb der Gränzen des österreichischen Kaiserstaates“ wurde die Karte 1862 noch einmal veröffentlicht und dann sukzessive bis 1867 erweitert: Am Schluß versammelte das Werk 54 Karten und reichte bis ins heutige Rumänien. Die Pasetti-Karte bildet die Donau von Passau bis zum Eisernen Tor in einem Maßstab 1:28.800 ab. Dadurch ergibt sich eine Gesamtlänge von 36 Metern. Die im Prunksaal gezeigte Reproduktion kommt durch zahlreiche ergänzende Illustrationen auf eine Länge von 44 Metern. Ihren Namen verdankt dieses Meisterwerk der Kartografie dem Hydrotechniker und mächtigen Ministerialbeamten Florian von Pasetti – er hat dieses editorische Großprojekt geleitet. Damals hatte sie den Zweck, ein öffentliches Bewußtsein für die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Wasserweges für die gesamte Donaumonarchie zu schaffen. Heute, nach den großen Regulierungsmaßnahmen und der Errichtung zahlreicher Kraftwerke, ist sie eine Erinnerung an eine Donau, die es so über weite Strecken nicht mehr gibt. ■

https://www.onb.ac.at/.

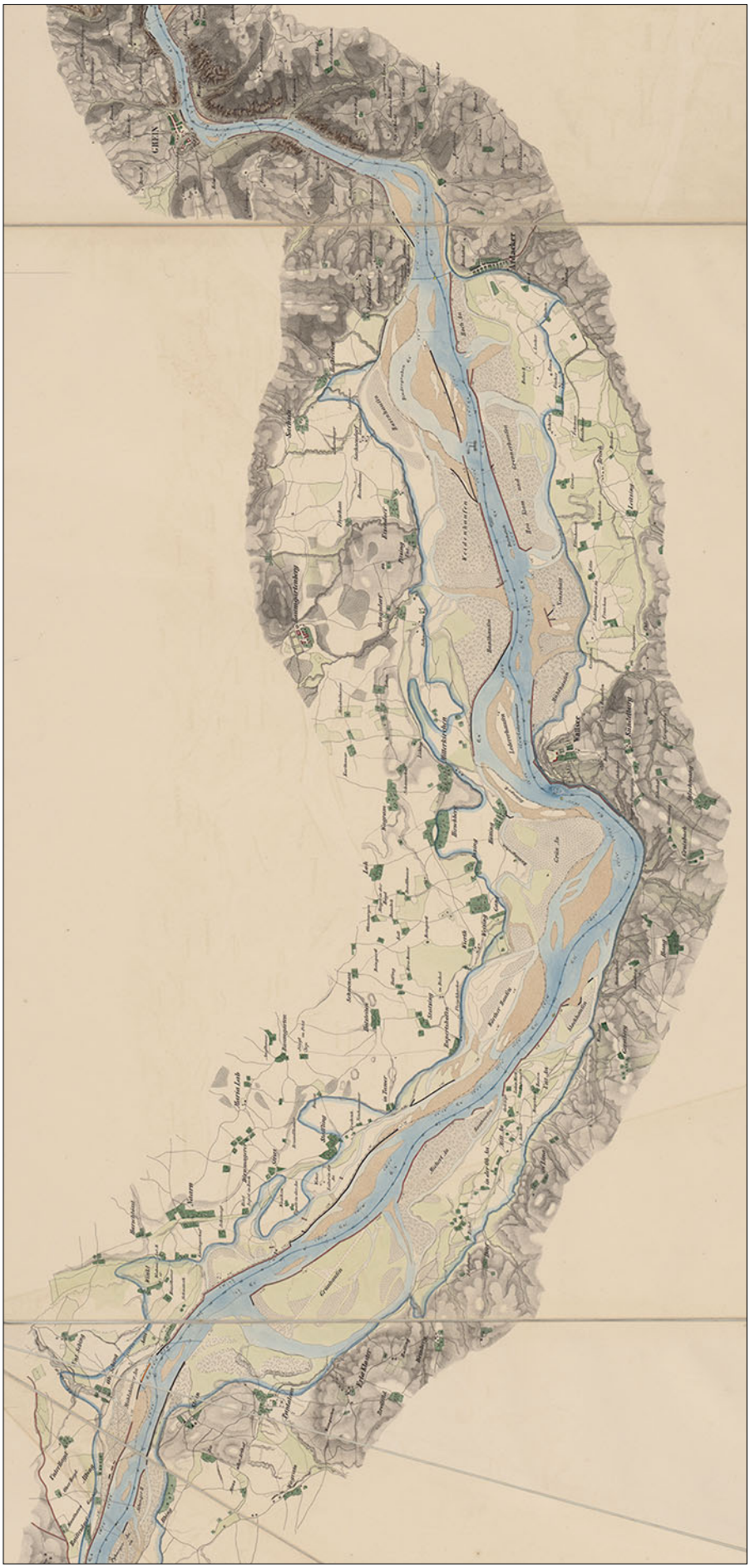


Bild rechts: Ausschnitt aus der Pasetti-Karte

Kultur

Mit Dürer in die Niederlande …

und auf romantischen Spuren durch Tirol. Die neue Präsentation der Grafischen Sammlung des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum bis 5. September 2021

Es war keine Urlaubsreise, die Albrecht Dürer 1520 in die Niederlande unternahm. Ein Jahr lang fuhr der Nürnberger durch das Land im Norden, um Kaiser Karl V. in Aachen als neuen Geldgeber zu gewinnen. Seine Druckgrafiken dienten dem Künstler unterwegs als Zahlungsmittel. Mit einer Auswahl dieser Werke feiert die Grafische Sammlung nun das längst vergangene Zeitalter liquider Kunst. Ergänzend folgt die Sammlungspräsentation Tiroler KünstlerInnen ins Zeitalter der Romantik. Seit 21. Mai sind die beiden Sammlungspräsentationen „Druckgrafik als Wegzehrung“ und „Komm! ins Offene, Freund!“ im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum zu sehen.

Liquide Kunst – Kunstwerke als Zahlungsmittel

12. Juli 1520: Albrecht Dürer bricht zu einer Reise in die Niederlande auf. Nicht zuletzt ökonomische Gründe führen ihn für ein Jahr in den Norden, denn nach dem Tod seines wichtigsten Gönners Kaiser Maximilian suchte der Künstler die Nähe zu dessen Nachfolger Karl V. Bei ihm will Dürer eine neuerliche Bestätigung seiner Leibrente von 100 Gulden im Jahr erwirken. Die Zeit bis zum Krönungszeremoniell nutzt er, um in der Gefolgschaft des künftigen Kaisers ein Netz an Fürsprechern für sich zu gewinnen. Die Begegnungen sowie die Route, die Einnahmen und Ausgaben der Reise dokumentiert er akribisch in einem Reisetagebuch. Wie sich den Aufzeichnungen entnehmen läßt, zählen auch zahlreiche Abzüge seines druckgrafischen Gesamtwerks zu Dürers Reisegepäck. Diese dienen nicht nur als Geschenke und Tauschware, sondern helfen durch ihren Verkauf auch dabei, die Reisekasse aufzufüllen. Selbst dort, wo bischöfliche Zollbriefe keine Wirkung mehr zeigen, werden die mit Dürers Monogramm beglaubigten Druckgrafiken noch als Zahlungsmittel akzeptiert.

Dürers Druckgrafiken – früher und heute

Während Dürers Kunstwerke heute in allen Sammlungen der Welt vertreten sind, begegnen sie uns in den Reiseberichten des Künstlers als taufrische Alltagsgegenstände – dazwischen liegt ein halbes Jahrtausend. Von 21. Mai bis 5. September 2021 feiern die Tiroler Landesmuseen das untergegangene Zeitalter liquider Kunst mit einer Auswahl an Abzügen von Dürers Werken, welche die Grafische Sammlung seit vergangenem Jahr als Dauerleihgabe des Stiftes Stams bewahren darf.

© TLM

Albrecht Dürer, Das Kleine Pferd, 1505, Kupferstich, Dauerleihgabe Stift Stams

Daß wir die Namen der Werke kennen, die ihnen Dürer einst gegeben hat und die bis heute verwendet werden, ist nicht zuletzt dem Tagebuch seiner Reise in die Niederlande zu verdanken. Doch damit nicht genug: Die Aufzeichnungen bringen uns den bereits zu seiner Zeit außerordentlich berühmten Künstler auch als umgänglichen und freigebigen Zeitgenossen näher. Gleichzeitig zeugen sie

© TLM

Jakob Gauermann, Gurgler Ferner, um 1801–1805, Feder in Braun und Aquarell auf Papier

auf beeindruckende Weise von dessen unstillbarer Neugier. So scheute Dürer etwa eine entbehrungsreiche Reise an die Nordsee nicht, um einen gestrandeten Wal zu besichtigen und besuchte das neue Anwesen des Fuggers Jakob II. des Reichen bei Antwerpen, um „seine hübsche hengst“ zu bewundern.

Komm! ins Offene, Freund! Romantik in der Grafik

Mit „Komm! ins Offene, Freund!“ rief Hölderlin um 1800 nach einer Wiedergeburt des Ehrfürchtigen und Göttlichen in einer unterdessen entgötterten Welt. Seinen Ausruf borgt sich die Sammlungspräsentation als Titel, um Tiroler KünstlerInnen auf ihrem Aufbruch zur Offenheit für die Phänomene jenseits des Profanen zu begleiten. Eingangs wird dabei ein sensationeller Fund präsentiert: eine bislang gänzlich unbekannte Zeichnung des frühromantischen Malers Philipp Otto Runge. In einem Brief an seinen Vater beklagte der Künstler 1802 die neue Unübersichtlichkeit des Daseins: „… bei uns geht wieder etwas zugrunde …, die Abstraktionen gehen zugrunde, alles ist luftiger und leichter, als das bisherige, es drängt sich alles zur Landschaft, sucht etwas Bestimmtes in dieser Unbestimmtheit und weiß nicht, wie es anzufangen?“ Aus diesen berühmt gewordenen Briefzeilen spricht die Erschütterung eines ganzen Zeitalters. An die Stelle säkularisierter Systeme, Einzelinteressen und rationalistischer Anschauungen lassen die KünstlerInnen der Romantik nun die gefühlvolle Auseinandersetzung mit der Welt treten: Sie werfen ihren Blick auf die Landschaft, den Menschen, die existentiellen Daseinsbedingungen und den Tod. ■

https://www.tiroler-landesmuseen.at/
https://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht_D%C3%BCrer

© TLM / Foto: Johannes Plattner

Blick in die Sammlungspräsentation „Druckgrafik als Wegzehrung“

Kultur

Die Frauen der Wiener Werkstätte

Ein Blick auf bisher wenig beachtete Gestalterinnen. Bis 3. Oktober 2021 im MAK – Museum für angewandte Kunst

© MAK

v.l.: Charlotte Billwiller, Mathilde Flögl, Susi Singer, Marianne Leisching und Maria Likarz, Fotografie, 1924

Mit der Ausstellung „Die Frauen der Wiener Werkstätte“ lenkt das MAK den Blick auf bisher wenig beachtete Gestalterinnen, die das Spektrum der Wiener Werkstätte wesentlich erweitert haben. Das Schaffen der Künstler der Wiener Werkstätte (WW, 1903–1932), allen voran Josef Hoffmann, Koloman Moser und Dagobert Peche, genießt weltweites Renommee.

Den Künstlerinnen galt dagegen bisher nur vereinzeltes Interesse. Gudrun Baudisch, Mathilde Flögl oder Vally Wieselthier sind bekannt. Aber wer waren Martha Alber, Rose Krenn oder Anny Wirth? Mehr als 800 Exponate geben Einblick in das nahezu unbekannte und bisweilen radikale weibliche Design in Wien zwischen 1900 und 1930, das die einzigartige Stellung der WW zwischen Jugendstil und Bauhaus mitbegründet hat.

Eindrucksvoll belegt die MAK-Ausstellung den Ideenreichtum der Entwerferinnen und ihre maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung des Wiener Kunsthandwerks. Chronologisch wie thematisch geordnet, zeichnet die MAK-Schau den Weg der Künstlerinnen von der Ausbildung bis zur Rezeption in den 1920er Jahren nach. Mit den Recherchen zu „Die Frauen der Wiener Werkstätte“ leistete das MAK Pionierarbeit: Rund 180 Künstlerinnen wurden als Mitarbeiterinnen der WW identifiziert, etliche Biografien konnten für den Katalog aktualisiert bzw. neu geschrieben werden.

Ausbildung und Vereinigung »Wiener Kunst im Hause«

Etwa die Hälfte der Künstlerinnen sind mit Werken in der Schau vertreten. Sie arbeiteten auf allen Gebieten des Kunsthandwerks und studierten mehrheitlich an der Wiener Kunstgewerbeschule, die von Anbeginn das Frauenstudium erlaubte. Die Studentinnen wurden zunächst in Blumen- und Dekorationsmalerei ausgebildet, später in den Spezialateliers für Emailarbeiten und Spitzenzeichnen, also in traditionell „weiblichen“ Bereichen. Das Spektrum vergößerte sich unter

© MAK

Wandmalereien von Lotte Calm, Lilly Jacobsen, Fritzi Löw, Anny Schröder und Vally Wieselthier in der WW-Textilabteilung, Kärntner Straße 32, 1918

dem 1899 bestellten Direktor Felician von Myrbach. Er verpflichtete die Secessionskünstler Hoffmann und Moser als Leiter der Fachschulen für Architektur und Malerei. Im Sinne der Gesamtkunstwerk-Idee weiteten sie die Lehre auf das gesamte Kunstgewerbe aus und banden die Schülerinnen in die Zusammenarbeit mit Produzenten ein.

Einige dieser Arbeiten fließen in die Ausstellung ein, darunter Service von Jutta Sika und Therese Trethan, ausgeführt von der Porzellanmanufaktur Josef Böck, oder Stoffmuster von Else Unger, ausgeführt von Joh. Backhausen & Söhne. Unger entwarf auch Möbel, Gisela von Falke bemerkenswerte Keramiken. Gemeinsam mit Marietta Peyfuss und fünf Studienkollegen gründeten sie 1901 die Vereinigung „Wiener Kunst im Hause“, einen direkten Vor- läufer der Wiener Werkstätte.

Erste Arbeiten für die Wiener Werkstätte

Den Auftakt der MAK-Ausstellung bilden früheste Arbeiten der WW-Künstlerinnen wie Entwürfe für Postkarten, die die Wiener Werkstätte ab 1907 vertrieb. Die Sujets zeigen Glückwünsche, Städtebilder, Landschaften, Kinderspiele und vor allem Mode. Besonders kreativ waren hier Mela Koehler und Maria Likarz, die die Gebrauchsgrafik der WW bis zuletzt prägte.

1910 entstand die Stoffabteilung der WW, 1911 folgte die Modeabteilung. Die umfangreichen Modeentwürfe dokumentiert das Mappenwerk Mode Wien 1914/5, an dem mehrheitlich WW-Künstlerinnen beteiligt waren. Bei der großen Modeausstellung 1915 im Museum für Kunst und Industrie (heute MAK) unternahmen sie mitten im Ersten Weltkrieg den Versuch, sich gegenüber der französischen Konkurrenz zu behaupten. Hier fanden sich bereits alle Namen, die man gemeinhin mit den WW-Künstlerinnen verbindet: Mathilde Flögl, Hilda Jesser, Fritzi Löw, Reni Schaschl, Felice Rix oder Vally Wieselthier.

Die Künstlerwerkstätte

1916 gründete die WW eine eigene Künstlerwerkstätte, die die Aufmerksamkeit der Presse erregte. „Ein Emaillierofen, eine Nähmaschine, ein Treibtischchen für Metallarbeiten, Kleistertöpfe, ein Batikapparat […] ein Schrank voll von geheimnisvollen Tiegeln wie in einer Zauberküche, dazwischen eine Schar lachender, junger Mädchen und ganz selten einmal ein männliches Wesen, – so sieht es in der Künstlerwerkstätte aus“, berichtete etwa das „Neue Wiener Journal“. Tatsächlich waren hier, auch kriegsbedingt, anfänglich vor allem Frauen tätig. Als „Ideenlaboratorium“ bot die Künstlerwerkstätte Möglichkeiten zum uneinge-

© MAK / Katrin Wißkirchen

Gudrun Baudisch, Keramikfigur (WW-Originalkeramik Nr. 5941), 1927

schränkten Experimentieren, die Ergebnisse wurden von der WW angekauft oder abgelehnt. Von Buntpapieren, Perlarbeiten und bemalten Gläsern über Stickereien, Schmuck und Spielzeug bis zu expressiver Keramik und sensationellen Stoffdesigns reichte das Produktionsspektrum.

Arbeiten in größerem Maßstab ermöglichte die Gestaltung der WW-Filiale in der Kärntner Straße 32, die 1918 für den Verkauf von Spitzen, Stoffen und Lampen eingerichtet wurde. Die Wände und Decken wurden u. a. von Lotte Calm, Lilly Jacobsen und Anny Schröder mit Natur- und szenischen Motiven bemalt und werden in der Ausstellung fotografisch dokumentiert.

Zwischen Anerkennung und Kritik

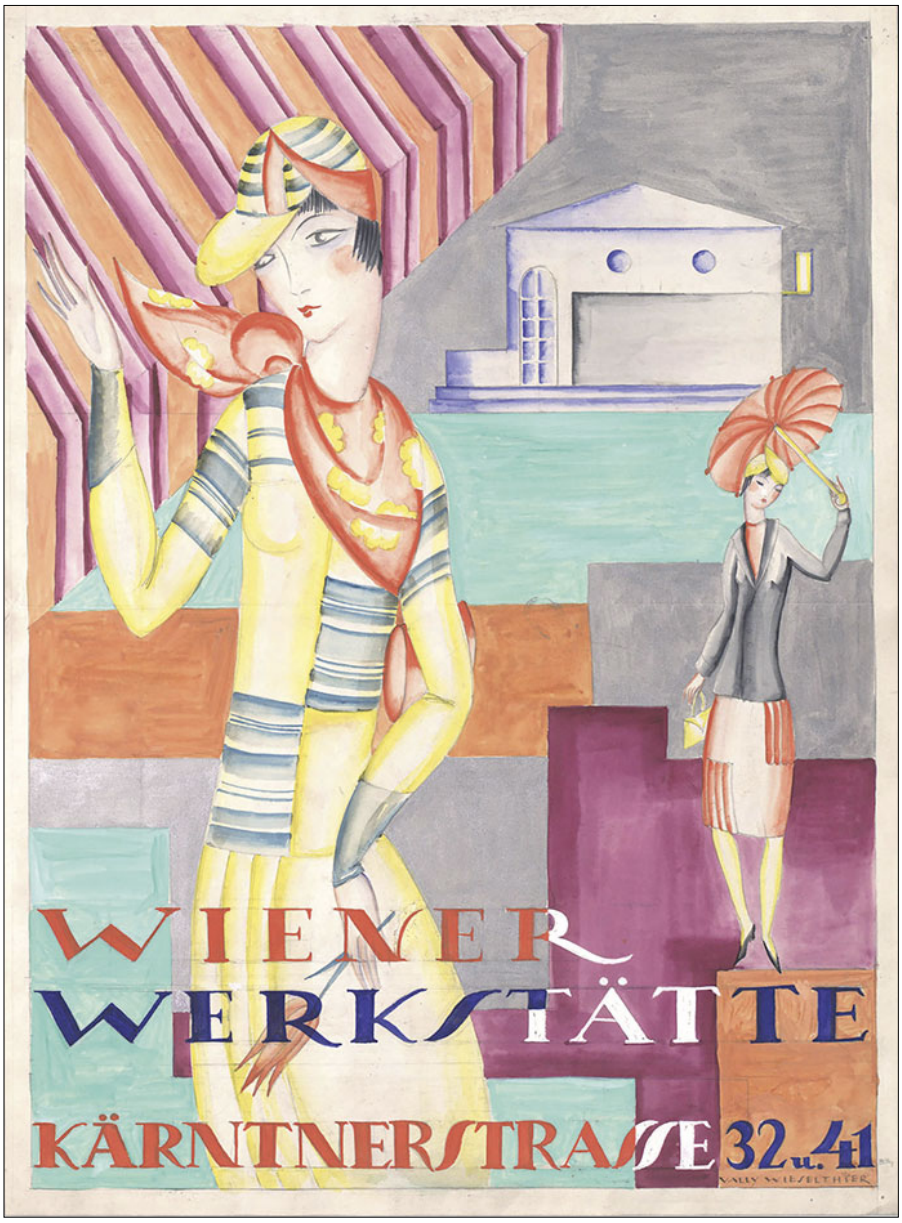
Der Ausstellungsparcours mündet in die Rezeption der „weiblichen" WW-Kunst in den 1920er Jahren. Im Zuge des Ersten Weltkriegs erforderte die wirtschaftliche Situation der Frauen Erwerbstätigkeit und ließ einen neuen Typus Frau entstehen: eigenständig und souverän. In der zeitgenössischen Literatur wird er u. a. durch die kurzhaarige, rauchende und extravagant gekleidete „Kunstgewerblerin" versinnbildlicht. Diesen Beruf umgab etwas Elitäres: Er garantierte keinen sicheren Verdienst und war daher eine Domäne für Frauen aus begüterten Verhältnissen. Adolf Loos sah in ihnen gelangweilte höhere Töchter, die sich „‚Künstlerinnen' nennen, weil sie batiken können". Die Kritik kulminierte in der Bezeichnung „Wiener Weiberkunstgewerbe" durch den Grafiker Julius Klinger.

Dieser Diffamierung stand die Würdigung bei großen Ausstellungen der Zwischenkriegszeit, etwa der Deutschen Gewerbeschau in München (1922) oder der Art-déco-Ausstellung in Paris (1925), gegenüber. Der von Gudrun Baudisch, Mathilde Flögl und Vally Wieselthier gestaltete Katalog zum 25-Jahr-Jubiläum der Wiener Werkstätte 1928 führte das grafische und plastische Können noch einmal beispielhaft vor Augen.

Zur Ausstellung ist die Publikation „Die Frauen der Wiener Werkstätte" erschienen, herausgegeben von Christoph Thun-Hohenstein, Anne-Katrin Rossberg und Elisabeth Schmuttermeier, mit Beiträgen von Megan Brandow-Faller, Elisabeth Kreuzhuber, Anne-Katrin Rossberg, Elisabeth Schmuttermeier, Lara Steinhäußer und Angelika Völker. ■

https://www.mak.at/

Deutsch/Englisch, 288 Seiten mit zahlreichen Farbabbildungen. MAK, Wien/Birkhäuser Verlag, Basel 2020. Erhältlich im MAK Design Shop um € 44,95.
https://www.makdesignshop.at/



© MAK

Vally Wieselthier, Werbung für die Mode der „Wiener Werkstätte Kärntnerstrasse 32 u. 41", Wien, vor 1928; Bild unten: Ausstellungsansicht „Die Frauen der Wiener Werkstätte"

Foto: MAK / Georg Mayer

Kultur

Vorarlbergs bedeutendste Plakatsammlung …

Mit volare ist es der Vorarlberger Landesbibliothek möglich, digitale Objekte benutzerfreundlich anzubieten und gleichzeitig langfristig zu sichern.

Foto: Plakatsammlung Wirtschaftsarchiv Vorarlberg, Karl Kunst, Signatur: P-00015

Werbetafel des Skiherstellers Bilgeri-Werk / Carl Kunst, München; Bilgeri-Werk, Bregenz

Über 1.000 Plakate aus der Sammlung des Wirtschaftsarchivs Vorarlberg stehen auf dem Vorarlberger Landesrepositorium (volare) online zur Verfügung. Damit wird ein beträchtlicher Teil des Sammlungsschwerpunkts „Grafikdesign" des Wirtschaftsarchivs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Plakate können nicht nur online betrachtet, sondern auch in höchster Auflösung für den Privatgebrauch heruntergeladen werden. Die Zusammenarbeit des Wirtschaftsarchivs mit der Vorarlberger Landesbibliothek hat die Publikation der Plakatsammlung ermöglicht. „Die Plakate sind sowohl Kunstwerke wie auch ein Stück Zeitgeschichte, sie spiegeln Werte- und Moralvorstellungen unserer Gesellschaft wider", so Gerhard Siegl, Geschäftsführer des Wirtschaftsarchivs.

Eines der ältesten Plakate der Sammlung wurde vom Bregenzer Skihersteller Bilgeri in Auftrag gegeben und von Carl Kunst in München hergestellt. Es datiert in die 1910er-Jahre. Der zeitliche Schwerpunkt der Sammlung liegt aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1950–2000). Mit dem Jahr 2006 endet die Sammlung – vorerst, denn eine Fortsetzung wird angedacht.

Plakate sind ein wichtiges Stück Vorarlberger Kulturgut.

An erster Stelle stehen Plakate mit Produktwerbung, es befinden sich aber auch zahlreiche Stücke mit kulturellen und politischen Inhalten in der Sammlung. Mit wenigen Ausnahmen sind die bedeutendsten VorarlbergerGrafikerInnen vertreten.

Plakate sind ein wichtiges Stück Vorarlberger Kulturgut. Sie zeugen von höchster handwerklicher Qualität und Kreativität der hiesigen Grafikerzunft. Das Plakat ist ein auf stärkste optische Wirksamkeit ausgerichtetes Medium persuasiven Charakters. Die zu transportierende Botschaft muß in Sekundenschnelle erkennbar sein. Durch Weglassungen, Überspitzungen, Verkürzungen und Verdichtung erreichen Plakate ihre Wirkung, die nicht selten provokant ist. Sie wirken daher wie ein Brennglas auf historische Werte und Normen, eine Auseinandersetzung mit ihnen ist in vielerlei Hinsicht lohnenswert.

Die dauerhafte Archivierung der Originale im Wirtschaftsarchiv Vorarlberg sowie die digitale Sicherung auf volare stellen sicher, daß dieser Schatz auch in Generationen noch greifbar sein wird. ■

https://pid.volare.vorarlberg.at/